

Das politische System im Irak unter der Baath-Partei

Stabilisierungs- und Destabilisierungsfaktoren der Baath- Herrschaft

Inaugural-Dissertation

**Zur Erlangung des Grades eines Doktors des Politikwissenschaft
des Fachbereiches 2**

Der Bergischen Universität Wuppertal

1. Gutachter: Prof. Dr. Hans J. Lietzmann

2. Gutachter: Prof. Dr. Ferhad Ibrahim

**Vorgelegt von
Salar Bassireh
Sulaimania**

Wuppertal 2003

Widmung

Dieses Buch widme ich meiner lieben und hochverehrten Mutter, der ich sehr viel in meinem Leben zu verdanken habe. Unser Wunsch und Traum, uns nach langen Jahren des Exillebens wiederzusehen, musste für immer begraben werden. Meine Mutter starb im Exil, in Kurdistan-Iran, auf tragische Weise, wenige Stunden vor ihrer Ausreise mit den zurückgebliebenen Familienmitgliedern auf dem Weg in die "Freiheit" zu uns, ihren Söhnen und Töchtern im europäischen Exil.

**Die Macht der Liebe und Vergebung ist
stärker als alle Gewalt (...). Meine Hoffnung
beruht auf dem Mut der Menschen und der
Liebe zur Wahrheit und Gerechtigkeit, die
immer noch im Herzen der Menschen lebt.**

Dalai Lama

Inhaltsverzeichnis

Titel.....	1
Widmung.....	2
Inhaltsverzeichnis.....	4
Abkürzungsverzeichnis.....	7
Vorbemerkung des Autors.....	9
Einleitung.....	10
Methodische Überlegungen und zur herangezogenen Literatur.....	12
Aufbau der Arbeit.....	14

Teil 1: Theoretische Ansätze zur Herrschaftsstabilisierung

1.1. Erklärungsmodelle zur Charakterisierung des Systems und zur Herrschaftsstabilisierung.....	17
1.2. Die drei Typen der Herrschaft nach Max Weber.....	20
1.2.1. traditionale Herrschaft.....	20
1.2.2. legale Herrschaft.....	21
1.2.3. charismatische Herrschaft.....	22
1.3. Patrimoniale Bürokratie im politischen System.....	24
1.4. Korruption in patrimonialen Bürokratien.....	27
1.5. Legitimierung der Herrschaft im patrimonialen System.....	34
1.6. Machtkonzentration im patrimonialen System.....	36

Teil 2: Das politische System im Irak zur Zeit der Baath-Herrschaft

2.1. Entstehungsgeschichte der Baath-Partei und ihre Ideologie.....	41
2.2. Der Sturz Kassems und die Machtübernahme der Baath-Partei im Irak 1963 und 1968.....	47
2.3. Der Aufstieg Saddam Husseins als charismatischer und patrimonialer Führer.....	53
2.4. Institutionen des <i>Staates</i> /Der revolutionäre Kommandorat (RCC).....	58
2.5. Die Organisationsstruktur der Baath-Partei.....	61
2.6. Parlament und Gesellschaft im patrimonialen System der Baath-Herrschaft.....	65
2.7. Der Nationalismus als ideologisches Instrument zur Herrschaftsstabilisierung.....	71
2.8. Die religiöse Weltanschauung und der arabischen Nationalismus der Baath-Partei.....	74
2.9. Krieg als Mittel der Politik zur Stabilisierung der Herrschaft....	77
2.10. Der gescheiterte Blitzkrieg des Irak gegen den Iran.....	79
2.11. Frieden als Mittel der Politik zur Stabilisierung der Herrschaft	81
2.12. Die außenpolitische Stärkung als systemstabilisierender Faktor.....	84
2.13. Die Rolle der Türkei zur Herrschaftsstabilisierung der Baath-Herrschaft.....	89

Teil 3: Bedeutung und Folgen des Zweiten Golfkrieges für die Baath-Herrschaft. Krieg als Instrument zur Herrschaftsstabilisierung

3.1. Das Verhältnis zwischen Krieg und Politik.....	93
3.2. Erste Auseinandersetzungen zwischen Irak und Kuwait.....	96
3.3. Die Hintergründe und Ursachen für die Besetzung Kuwaits aus irakischer Sicht.....	97
3.3.1. Historische Gründe.....	97
3.3.2. Wirtschaftliche Gründe.....	101
3.3.3. Geographische Gründe.....	118
3.3.4. Militärische Gründe.....	122
3.4. Der Weg zum Krieg am Golf.....	125
3.5. Argumente und tatsächliche Gründe für die Annexion Kuwait.....	128
3.6. Die Interessen der USA in der Golfregion und der Krieg gegen den Irak.....	131
3.7. Die Notwendigkeit des Golfkrieges?.....	137

Teil 4: Die politische und ethnische Struktur der Opposition als stabilisierender Faktor für die Baath-Herrschaft

4.1. Allgemeiner Überblick über die Opposition im Irak.....	140
4.2. Die Schaffung des Staates Irak und irakisch-Kurdistan als Ursache des Konfliktes.....	142
4.3. Kurden.....	145
4.3.1. Kurden in der irakischen Verfassung.....	145
4.3.2. Der erste Golfkrieg und die kurdische Opposition.....	147
4.3.3. Der zweite Golfkrieg und die kurdische Opposition.....	149
4.3.4. Die bedeuteten politischen Parteien und Organisationen in Kurdistan-Irak nach dem zweiten Golfkrieg.....	154
4.3.5. Die Hoffnung der Kurden auf eine strategische Allianz als Gegengewicht zur Baath-Herrschaft.....	157
4.4. Die Schiiten.....	161
4.4.1. Die schiitische Opposition im Irak.....	161
4.5. Kommunisten.....	168
4.5.1. Die kommunistische Bewegung im Irak.....	168
4.5.2. Die KP-I nach dem Putsch der Baath-Partei 1963.....	170
4.5.3. Die KP-I und die SU.....	171
4.5.4. Die Patriotische und Nationale Progressive Front.....	175
4.6. Die irakische Opposition nach dem zweiten Golfkrieg und das Dilemma der US-Konzeption zur Befreiung des Irak.....	177
Resümee.....	182
Literaturverzeichnis.....	198
Anhang.....	208
- Landkarte 1 (Naher und Mittlerer Osten vor u. nach der Aufteilung).....	209

- Landkarte 2 (Die Staaten des Nahen Ostens).....	210
- Landkarte 3 (Irak / Die britischen und französischen Mandate)..	211
- Landkarte 4 (Das Siedlungsgebiet der Kurden).....	212
- Landkarte 5 (Der Persisch – Arabische Golf).....	213
- Familienfoto – Saddam Hussein-Clan.....	214
- Die Verfassung der Baath-Partei.....	215
- Daten zum Michel Aflaq und Salah Bitar.....	229
- Gemeinsamefoto von Aflaq und Ahmad Hassan Al Bakir.....	230
- Die vorläufige irakische Verfassung.....	231
- Angaben zu den am ersten Golfkrieg beteiligten Ländern	242

Abkürzungsverzeichnis der Organisationen und Begriffe

Namen und Organisationen

ASBP	Arabische Sozialistische Baath Partei
AKSA	Association of Kurdistan students abroad
DDR	Deutsche Demokratische Republik
EL	Entwicklungsländer
ID	Irakischer Dinar
INC	Irakischer Nationalkongreß
INA	Bewegung der demokratischen Mitte
KDP	Demokratische Partei Kurdistan
KDP-I	Demokratische Partei Kurdistan-Iran
KP-I	Kommunistische Partei des Irak
KPI/ZF	Kommunist. Partei-Irak/Zentrale Führung
PNPF	Patriotische und Nationale Progressive Front
PUK	Patriotische Union Kurdistan
PKK	Arbeiter Partei Kurdistan
PFLOG	Befreiungsfront Arabistan
RCC	Revolutionärer Kommandorat
SU/UdSSR	Sowjetunion

Zeitungen

FR	Frankfurter Rundschau
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
NZZ	Neue Zürische Zeitung
NYT	New York Times
SZ	Süddeutsche Zeitung
TAZ	Die Tageszeitung, Berlin
UZ	Unsere Zeit

Zeitschriften

iz3W	Internationale Zeitschrift für die dritte Welt
inamo	Informationsprojekt Naher und Mittlerer Osten
Peripherie	Zeitschrift für Politik und Ökonomie in der Dritten Welt
Navend	Kurdisches Informationa- und Dokumentationszentrum e.V.

Vorbemerkung des Autors

Ich möchte zu Beginn meiner Vorbemerkung mein Dankeschön und meinen Respekt für folgende Freunde zum Ausdruck bringen, die mir bei der sprachlichen Korrektur geholfen haben: Anja Schrieber, Meggi Friedrichs und Erika Beermann. Für Ratschläge, Kritik und wissenschaftliche Hinweise bedanke ich mich bei den Herren Dr. Awat Azadi und Dr. Matin Baraki.

Es gibt kaum eine Stiftung, an die ich mich nicht gewandt habe, um ein Stipendium für meine Dissertation zu finden, leider vergebens. In die Suche nach einer Förderung habe ich fast so viel Zeit wie für eine halbe Dissertation investiert. Nicht einmal der DDAD war bereit, mir ein kurzfristiges Stipendium zu erteilen. Die Antworten mancher dieser Stiftungen waren enttäuschend und entmutigend. Dennoch wollte ich mein Projekt nicht aufgeben und es zu Ende zu führen. Finanzielle Schwierigkeiten haben dazu geführt, dass die Arbeit lange dauerte und ich mich mit einem bestimmten Umfang zufrieden geben musste. Mit meiner wissenschaftlichen Arbeit möchte ich trotzdem die deutschen Fachliteratur etwas bereichern.

Einleitung

Die vorliegende Arbeit ist ein Versuch, mit wissenschaftlichen Mitteln die politischen, institutionellen und ideologischen Strukturen des politischen Systems des Irak unter der Baath-Herrschaft einer Analyse zu unterziehen und damit die Ursachen und Hintergründe für die Herrschaftsstabilisierung bzw. Destabilisierung der Baath-Partei im Irak zu untersuchen. Es sollen die politischen und sozialen Strukturen des totalitären und patrimonialen orientalischen Staates und dessen ideologische Legitimation am Beispiel des Irak unter der inzwischen gestürzten Baath-Herrschaft analysiert werden. Die vorliegende Forschungsarbeit wird anhand folgender Fragestellungen bzw. Themenkomplexe untersucht:

- 1) Wie ist es möglich, dass kein Herrschaftssystem zwischen 1920 und 1968 Staat und Gesellschaft auch nur annähernd so total kontrollieren konnte, wie es seit 1968 im Irak geschah? Und wie kam es, dass nach 1968 im Irak eine solche Herrschaft wie die der Baath-Partei entstehen konnte?
- 2) Was waren die Faktoren und Hintergründe für die Stabilisierung und Destabilisierung der Baath-Herrschaft im Irak seit ihrer Machtübernahme 1968?
- 3) Dienen Krieg und Gewalt als Instrument der Politik zur Herrschaftsstabilisierung? Und welches Verhältnis bestand im Irak unter der Baath-Herrschaft zwischen Krieg und Politik?
- 4) Inwieweit spielten wirtschaftliche und machtpolitische Interessen eine Rolle in Bezug auf die Anwendung von Krieg und Repression nach innen und nach außen? Gibt es einen Einfluss der Innenpolitik auf die Außenpolitik?
- 5) Inwiefern beeinflusst eine Einzelperson als Entscheidungsträger bzw. als Patrimonialherrscher persönlich den Verlauf von Krieg und Frieden?

6) Welche Rolle spielte die internationale Politik in Bezug auf die Stabilitäts- bzw. Destabilitätsfrage der Baath-Herrschaft im Irak?

Es soll gezeigt werden, wie Politik im Irak funktionierte bzw. umgesetzt wurde, vor allem, wie sich die wichtigsten Charakterzüge dieser Politik in den letzten 35 Jahren herausgebildet haben und wie sie sich verstehen lassen.

Darüber hinaus werde ich unter den Aspekten des patrimonialen Modells von Max Weber bzw. des neopatrimonialen Modells von Peter Pawelka die charakteristischen Merkmale der Herrschaftsstruktur des politischen Systems im Irak unter der Baath-Partei und Saddam Husseins als eines patrimonialen und charismatischen Führers untersuchen.

Die Bearbeitung dieses Themas soll einen Beitrag zur Konfliktforschung und Konfliktlösung (regionale und ethnische Konflikte) in der Dritten Welt leisten.

Methodische Überlegungen und zur herangezogenen Literatur

Bei der Analyse und Untersuchung des Gegenstandes dieser Arbeit stieß ich zunächst auf das Problem der Materialbeschaffung. Zu diesem Themenkomplex liegt wenig wissenschaftlich-analytisch verfasste Literatur vor. Zu den einzelnen Ereignissen erschien Literatur fast nur in der Zeit der stattgefundenen Kriegen und Krisen, und meistens handelte es sich um journalistische Veröffentlichungen und, wie schon erwähnt, weniger um wissenschaftliche Literatur. Es gibt beispielsweise kaum neue Literatur in Bezug auf den ersten Golfkrieg (Irak-Iran) und zur Baath-Partei sind ebenfalls wenig Dissertationen oder andere wissenschaftliche Bücher erschienen. Autoren wie Horst Maar (Die Baath-Partei, Wien, 1971) gehört zu den seltenen Verfassern von Monographien über die Baath-Herrschaft. Daher musste ich mich überwiegend auf die Literatur und Quellen aus dieser Zeit beziehen. Aufgrund meiner Sprachkenntnisse konnte ich jedoch einschlägige Literatur auch in kurdischer und arabischer Sprache lesen und teilweise verwenden.

Es gibt in Irakisch-Kurdistan ein Institut für Internationale Beziehungen und Analysen, das ich besucht habe. Dort bot sich mir die Gelegenheit, nicht nur die spärlich vorhandene Literatur durchzusehen, sondern auch Gespräche zu führen und einen regen Gedankenaustausch zu pflegen. Die Quellen der vorliegenden Arbeit lassen sich in mehrere große Bereiche gliedern:

- *wissenschaftliche Quellen in kurdischer und arabischer Sprache
- *Quellen aus dem Bereich der Literaturwissenschaften
- *Journalistische Arbeiten
- *Gespräche und Interviews
- *Dissertationen.

Darüber hinaus habe ich das Thema der Arbeit mit Erkenntnissen und Eindrücken von eigenen Studienreisen in den Norden des Irak (in die

UNO-Schutzzone für Kurden) bereichert. Leider befinden sich zahlreiche Dokumente in nicht zugänglichen Archiven der Türkei, Irak, Großbritanniens und Russlands. Es ist bedauerlich, dass diese Quellen nicht ausgewertet werden können, da sie weder für wissenschaftliche Arbeiten noch für sonstige Publikationen zugänglich sind. Jetzt, nach dem Sturz der Baath-Herrschaft im Irak, könnten zahlreiche interessante Dokumentationen ausgewertet werden, falls diese nach ihrer Auswertung für die Öffentlichkeit frei gegeben werden.

Aufbau der Arbeit

Die Arbeit gliedert sich in vier Teile. Im ersten Teil wird der Patrimonialismus bzw. der Neo-Patrimonialismus als Erklärungsmodell zur Systemcharakterisierung und zur Herrschaftsstabilisierung für die Analyse von politischen Systemen untersucht. Dabei werden nicht nur die Merkmale, sondern auch die wichtigsten Instrumente des Patrimonialismus behandelt. Es soll untersucht werden, mit welcher Legitimation regiert und die Macht gesichert wird.

Zur Konkretisierung des Modells werden im zweiten Teil die Ideologie der Baath-Partei, deren Politik sowie die wichtigsten Institutionen des Staates behandelt, aber auch die Erfolgsfaktoren der Baath-Herrschaft werden in diesem Teil untersucht. Der erste Golfkrieg zwischen Irak und Iran nimmt dabei eine besondere Rolle ein.

Im dritten Teil der Arbeit wird der zweite Golfkrieg als ein wichtiges Ereignis, das nach dem Kalten Krieg stattgefunden hat, behandelt. Es soll dabei nicht nur deutlich gemacht werden, welche machtpolitischen und wirtschaftlichen Ziele durch den Krieg verwirklicht wurden, sondern auch die Politik, Methodik und Selbstzerstörung eines neo-patrimonialen und totalitären Regimes wie das der Baath-Partei im Irak durchleuchtet werden. Dieses Kapitel macht einerseits deutlich, dass der Faktor Gewalt und Krieg als Instrument der patrimonialen Herrschaft zur Stabilisierung der Herrschaft beitragen soll. Auf der anderen Seite soll das Verhältnis zwischen Krieg und Politik sichtbar gemacht werden.

Im vierten Teil soll zur Diskussion gestellt werden, wie es der irakischen Regierung - trotz einer organisierten Opposition von Kurden und Arabern sowie in den Reihen der Armee und der Baath-Partei selbst - möglich war, 35 Jahre die Zügel der Macht fest in der Hand zu

halten. Konkret wird in diesem Teil der Arbeit die Opposition mit ihren ethnischen, religiösen und politischen Strukturen im Irak untersucht.

Abschließend sollen Schlussfolgerungen daraus gezogen und Kenntnisse und Hintergründe veranschaulicht werden. Aus der Sicht des Autors erfolgversprechende Strategien sollen dazu beitragen, eine Entschärfung und Regelung der friedensgefährdenden Konflikte zu ermöglichen.

Teil 1

**Theoretische Ansätze zur
Herrschaftsstabilisierung**

Teil 1

Theoretische Ansätze zur Herrschaftsstabilisierung

1.1. Erklärungsmodelle zur Charakterisierung des Systems und zur Herrschaftsstabilisierung

Im Mittelpunkt der Arbeit steht insbesondere die Frage nach der Stabilität der Baath-Herrschaft im Irak. Wie konnte sie zwei Golfkriege und die Kämpfe einer organisierten Opposition aus Kurden, Schiiten und Kommunisten, aber auch aus den eigenen Reihen überstehen, ohne sich dabei einer ernsthaften Gefährdung ihrer Macht auszusetzen? Dabei werden die Faktoren und Hintergründe analysiert, die zur Stabilisierung, aber auch zur Destabilisierung der Baath-Partei im Irak seit 1968 beigetragen haben. Hierbei wird allerdings berücksichtigt, zu welcher politischen Kategorie das politische System im Irak gehörte.

In der Darstellung des politischen Systems sollen die patrimonialen Eigenschaften der irakischen Politik untersucht und damit ein Überblick zur Theorie des Patrimonialismus und schließlich eine zusammenfassende Interpretation der Zentralgewalt der patrimonialen Herrschaft durch die politische Elite und der eng mit ihr verbundenen Bürokratie gegeben werden. Und nicht zuletzt soll der Stellenwert des politischen Systems (Interessengruppen, Partei und Parlament) innerhalb dieser Herrschaftsform untersucht werden. Im Irak liegt es außerdem nahe, das politische System unter Saddam Hussein als populistisch und totalitär darzustellen. Zur Vervollständigung der Arbeit halte ich es für notwendig, ebenfalls die Ideologie der Baath-Partei zu analysieren, um dadurch die politischen Ereignissen und Methoden zu verstehen. Der Kernpunkt der Arbeit wird aber trotzdem in der Darstellung des Faktors Gewalt und Krieg als Instrument der patrimonialen Herrschaft zur Stabilisierung der Herrschaft der Baath-Partei sein.

Es gibt unterschiedliche Möglichkeiten zur Beantwortung dieser Fragen. Das „Patrimoniale“ bzw. „Neo-Patrimoniale“ Modell, mit dem z.B. Peter Pawelka das ägyptische System in der Zeit von Gamal Abdul Nasser bis Mubarak,¹ und auch Raymond Hinnebusch² die syrische Baath-Regierung untersucht, stellt nur eines dieser Erklärungsmodelle dar. Samir al Khalil ist der Ansicht:

„Die Stabilität des irakischen Regimes ist vor allem als Ergebnis des Umbaus des Staates und der Gesellschaft durch die permanente Repression zu erklären. Die Gewalt wird auch nach der Stabilisierung der Herrschaft zur Kontrolle der Gesellschaft institutionalisiert, so daß dieser kaum eine Möglichkeit der Reaktion bleibt.“³

Ferhad Ibrahim ist ähnlich wie Samir al Khalil der Ansicht, dass es primär die Repressionsapparate waren, die kontinuierlich zur Stabilität des Baath-Staates beigetragen haben. Eine These, die durch diese Arbeit bestätigt wird.⁴ Beide Autoren verbindet die Frage nach der Gewalt als Kontrollmechanismus miteinander.

Ein weiterer Faktor, der die Herrschaftssysteme, ob in Kuwait, im Irak oder in einem anderen nahöstlichen Staat stabilisierte, war die Aufrechterhaltung des nach dem Ersten Weltkrieg entstandenen Staatensystems. Jede Änderung des Status quo konnte unvorhersehbare regionale Folgen haben. Die beiden Supermächte Ost und West waren

1) Peter Pawelka, Herrschaft und Entwicklung im Nahen Osten: Ägypten, Heidelberg, 1985.

2) Raymond Hinnebusch, Authoritarian Power and State Formation in Ba'athist Syria, Oxford, 1990.

3) Samir al Khalil, Republic of Fear, Los Angeles, 1989, zitiert nach Ferhad Ibrahim, Staat und Gesellschaft im Irak unter der Herrschaft der Baath-Partei, in: Zeitschrift für Politik und Ökonomie in der Dritten Welt, Nr. 42, Münster, 1991, S. 20.

4) Vgl. ebenda, S. 19.

sich über die Aufrechterhaltung der Staatsgrenzen bzw. des Status quo in der Region einig und haben zu diesem Zweck den Irak unterstützt.⁵

Peter Pawelka ist der Ansicht: „Die Abhängigkeit vom Weltmarkt und die koloniale Vergangenheit hatten verschiedene autonome Entwicklungsprozesse in der Dritten Welt gehemmt. Der strukturelle Entwicklungsstand und die Besinnung auf autochthone Kulturprinzipien hatten nach der Unabhängigkeit zum Wiederaufleben patrimonialer Systeme im modernen Gewande geführt.“⁶

Darüber hinaus ist die Totalitarismustheorie eine weitere Möglichkeit zur Beantwortung der Frage des politischen Systems im Irak, die jedoch nicht zum Gegenstand der vorliegenden Arbeit gehört. Jede dieser verschiedenen Möglichkeiten bzw. Ansichten kann einen Aspekt der Baath-Herrschaft erklären. Der Patrimonialismus regelt dabei den Zugang zu den materiellen Ressourcen. Gewalt ist aber dabei ein unverzichtbares, institutionalisiertes Instrument.

Der Zusammenbruch des politischen Systems unter Saddam Hussein hat deutlich gezeigt, dass die tatsächlichen sozialen, ökonomischen und politischen Veränderungen der letzten 35 Jahren im Irak nicht ohne Folgen bzw. Auswirkungen auf den Baath-Staat blieben. Die Baath-Herrschaft ist daher keine unveränderbare Erscheinung. Angesichts dieser gesellschaftlichen Veränderungen stellt sich die Frage, wie und warum das politische System trotz dieser Veränderungen Gesellschaft und Staat dauerhaft unter Kontrolle halten und die Existenz der Baath-Herrschaft aufrecht erhalten konnte.

⁵) Vgl. ebenda.

⁶) P. Pawelka, Herrschaft und Entwicklung, a. a. O., S. 24.

1.2. Die drei Typen der Herrschaft nach Max Weber

Die Formen der Legitimation von Macht und damit die Grundlagen möglicher Herrschaftsordnungen können sehr unterschiedlich sein. Max Weber unterscheidet drei reine Typen der legitimen Herrschaft: Das ist die traditionelle Herrschaft, die rationale Herrschaft und die charismatische Herrschaft. Zu der traditionellen Herrschaft zählt er Feudalismus und Patrimonialismus.

1.2.1. Traditionale Herrschaft

Des Herrschers persönliche Diener und die, die in einem Verhältnis zu ihm stehen, führen die Verwaltung, anders als es in der legalen Herrschaft der Fall ist, die aus geschulten Beamten besteht. Dem zufolge müssen sie traditionell verwalten, andernfalls würden sie die bestehende Herrschaft des traditionellen Herrschers gefährden. Daher regiert hier traditionelle Ordnung.⁷

Max Weber schreibt dazu:

„Dadurch entwickeln sich Vetternwirtschaft und persönliche Abhängigkeitsverhältnisse. Wirtschaftliche Entwicklung wird gehemmt. So gibt es keine formalen Regelungen für Verträge, Abkommen usw., der Unternehmer muss immer mit Willkürentscheidungen oder traditionellen Hemmnissen rechnen, so dass sich der moderne Kapitalismus in dieser Herrschaftsform nicht entwickeln kann.“⁸

Reinhard Bendix schreibt dazu, dass der Widerstand bei diesem Typ von Herrschaft sich nicht gegen das bestehende System richtet, sondern gegen den Herrn, der selbst die Grenzen seiner traditionellen Herrschaftsgewalt missachtet. Wenn sich bei diesen traditionalistischen

⁷) Vgl. Max Weber, *Wirtschaft und Gesellschaft*, Tübingen, 1980, S. 130.

⁸) Ebenda.

Herrschaftsverhältnissen eine Verwaltungsorganisation herausbildet, kann sie sich zum „feudalen“ oder zum „patrimonialen“ Herrschaftstyp entwickeln.⁹

Wolfgang Latkowski ist der Ansicht, dass die traditionelle Herrschaft immer noch eine der häufigsten Herrschaftsformen darstellt, da die rationale (legale) Herrschaft sich entwicklungsgeschichtlich sehr spät herausgebildet hat. Diese Herrschaftsform lässt sich am Patriarchalismus, bei dem der Herrscher über Autorität innerhalb der Gemeinschaft oder des Clans verfügt und am Patrimonialismus (Treue an einem Herrn vor einer dezentralisierten Besitzlage) zum Ausdruck bringen. In beiden Fällen bestehen Abhängigkeit und Gehorsamsverhältnisse.¹⁰

Um den Unterschied zum traditionellen bzw. patrimonialen Herrschaftstyp besser zu begreifen, ist es von Wichtigkeit, auch die legale bzw. rationale Herrschaft zu beschreiben.

1.2.2. Legale Herrschaft

Die rationale Herrschaft von Max Weber beruht auf einem gesetzten, formalen Recht und ist personenunabhängig. Daran müssen sich alle Bürger und die verschiedenen Hierarchien des Staates halten. Kriterien der Zuverlässigkeit, Qualifikationen und der Leistung ist dabei entscheidend. Korruption und Vetternwirtschaft ist nicht erlaubt.¹¹

Nur durch festgelegte Satzung bekommt in dem legalen Herrschaftssystem der Herrschende seine Legitimität. Die Satzung

⁹) Vgl. Reinhard Bendix, Max Weber – Das Werk, München, 1964, S. 127-128.

¹⁰) Vgl. Wolfgang Laskowski, Macht und Herrschaft, Seminararbeit, WS 2001/02, Manuskript, o. O., S. 23.

¹¹) Vgl. M. Weber, Wirtschaft und Gesellschaft, a. a. O., S. 551.

muss von jedermann im Machtbereich des Staates eingehalten werden. Nicht dem Herrscher als Person wird gehorcht, sondern den Gesetzen, die vom Staat für jeden bestimmt sind. Der Herrscher vertritt nur das Gesetz. Die Regeln sind entweder technischer Natur oder Normen, welche nur durch geschultes Personal (Verwaltungsstab) praktiziert werden, nämlich den Beamten. Die Verteilung der Herrschaft erfolgt geordnet auf Behörden (Amtshierarchie), wobei der Befehlende als Vorgesetzter zu verstehen ist. Diese Form von Herrschaft endet häufig und in der Regel mit Wahl oder Ernennung eines neuen "Herrschers."¹²

1.2.3. Charismatische Herrschaft

Die charismatische Herrschaft wird durch einen Führer ausgeübt, der seine Legitimität dadurch erlangt, dass er als gottgesandt, auserwählt oder mit besonderen Fähigkeiten ausgestattet gilt. Er muss sich in der Praxis bewähren, um seine Legitimität zu erhalten. Das heißt in der Regel, er muss für das Wohlergehen seiner Anhänger sorgen. Der Verwaltungsstab wird allein vom Führer ausgewählt, es gibt keinerlei formale Regeln oder Hierarchien. Auch alle traditionellen Muster werden nach der Regel "Es steht geschrieben, aber ich sage Euch" überwunden. Dadurch hat die charismatische Herrschaft immer revolutionären Charakter und vermag sich auch besonders in Krisensituationen durchzusetzen, wenn vom Führer erwartet wird, dass er vergangenen oder nie dagewesenen Wohlstand bringt. Auch in dieser Herrschaftsform kann der Kapitalismus sich deshalb nicht entfalten.¹³

¹²) Vgl. W. Laskowski, Macht und Herrschaft, a. a. O., S. 22.

¹³) Vgl. M. Weber: Wirtschaft und Gesellschaft, a. a. O., S. 654.

Kriterien	Legale Herrschaft	Traditionale Herrschaft	Charismatische Herrschaft
Legitimierung des Herrschenden und der Basis der Gehorsamspflicht	Legalität der gesetzten Ordnung und Anweisungsrecht der durch Satzung Berufenen. Gehorsamspflicht an Satzung und unpersönliche Ordnung	Kraft Glaubens an die Heiligkeit der von jeher geltender Tradition. Gehorcht wird der Person kraft ihrer durch Herkunft geheiligten Eigenwürde.	Kraft affektuelier Hingabe an die Person des Herrn. Gehorcht wird dem Führer kraft seiner persönlichen Qualitäten und seiner „Wunder“, Erfolge, wegen des Wohlergehens der Gefolgschaft und des persönlichen Vertrauens.
Reinster Typ	Bürokratie	Patriaschalische oder patrimoniale Herrschaft; ständige Herrschaft	Herrschaft des Propheten, Kriegeshelden, großen Demagogen
Typus des Befehlenden	Vorgesetzte	„Herr“	Führer
Nachfolge	Durch Wahl oder Ernennung	Durch Familienrangfolge	-durch Führer selbst: *Nachfolgerdesignation *durch Erbcharisma oder charismatische Qualifikationen.
Beispiel	Stadtverwaltung	Sippenchef, König	Napoleon, Saddam

Grafik der drei reinen Typen der legitimen Herrschaften nach Max Weber
Quelle: Vgl. Wolfgang Laskowski, Macht und Herrschaft, Seminararbeit in
allgemeine Soziologie, WS 2001/02, o. O.

1.3. Patrimoniale Bürokratie im politischen System

Die europäischen Patrimonialstaaten im 17. und 18. Jahrhundert trugen wesentlich zur Bildung bürokratischer, bereits relativ rationaler Strukturen bei, innerhalb derer einem Beamtenstand spezifische berufliche Funktionen zugewiesen, schriftliche Dokumente erstellt und juristische, sich von materiell-rationalen ethischen Prinzipien herleitende Normen statuiert und in Gesetzbüchern niedergelegt wurden; damit waren natürlich noch keine formell rationalen bürokratischen Strukturen mit getrennten Privat- und Amtsbereichen und mit fixierten, nach objektiv-technischen Qualifikationskriterien festgesetzten Verwaltungskompetenzen gegeben. Ferner konnte es im Zeitalter des Merkantilismus in England, nach den Machtkonflikten zwischen den Patrimonialherren und dem kleinbürgerlichen Stand der das Parlament kontrollierenden puritanischen Unternehmer, zum ersten Male zu einer unternehmerischen Mentalität und Aktivität kommen, die bereits deutlich Charakterzüge des modernen Kapitalismus aufwies.¹⁴

Karl Marx definiert die Bürokratie als die „Herrschaft der staatlichen Exekutivgewalt der bürgerlichen Gesellschaft, die das allgemeine Staatsinteresse zu einem besonderen Privatzweck macht. Die Bürokratie gilt sich selbst als der letzte Endzweck des Staats. Die Staatszwecke verwandeln sich in Bürozwicke oder die Bürozwicke in Staatszwecke. Die Bürokratie ist ein Kreis, aus dem niemand herauspringen kann. Ihre Hierarchie ist eine *Hierarchie des Wissens*. Die Spitze vertraut den unteren Kreisen die Einsicht ins Einzelne zu, wogegen die unteren Kreise der Spitze die Einsicht in das Allgemeine zutrauen, und so täuschen sie sich wechselseitig. [...] Die Autorität ist daher das Prinzip ihres Wissens, und die Vergötterung der Autorität ist

¹⁴) Vgl. Johannes Weiß (Hg.), Max Weber heute, Frankfurt/M., 1989, S. 501.

ihre *Gesinnung*. Was den einzelnen Bürokraten betrifft, so wird der Staatszweck zu seinem Privatzweck, zu einem Jagen nach höheren Posten, zu einem Machen von Karriere.“¹⁵

Nach Ansicht von Peter Pawelka charakterisieren drei strukturelle Aspekte die patrimoniale Bürokratie: Ihr Verhältnis zur politischen Elite, zur Gesellschaft und zur materiellen Politik.

Was den ersten Aspekt betrifft, nämlich das Verhältnis zwischen Bürokraten und politischer Elite, wird der patrimonialen Bürokratie eine sehr eingegrenzte politische Autonomie zugeordnet. Es besteht zwar ein ständiges Bestreben der zivilen und militärischen Bürokraten, autonome Spielräume zu entwickeln und auf die Entscheidungsprozesse der politischen Führung Einfluss zu nehmen, doch gilt die Abhängigkeit der führenden Beamten vom Herrscher als Strukturprinzip patrimonialer Bürokratien. Es liegt nicht im Interesse des patrimonialen Herrschers, die Formierung einer autonomen bürokratischen Elite zu gestatten. Daher ist er ständig bestrebt, solche Eliten zu verhindern oder einzuschränken.¹⁶

Eine Unterordnung der bürokratischen Elite unter die Kontrolle des Herrschers kann ihr Gewicht im System langfristig festigen. Was das Verhältnis zwischen Bürokratie und Gesellschaft betrifft, meint Pawelka, dass patrimoniale Bürokratien dazu neigen, Mittelpunkt aller politischen Prozesse zu werden. Ihre Funktion der Vermittlung zwischen Herrschenden und Beherrschten verlegt das Schwergewicht der gesamten Politik auf die staatliche Exekutive. Die Bürokratie beansprucht im patrimonialen System tendenziell das Monopol, gesellschaftliche Interessen in die Entscheidungsprozess einzuspeisen

¹⁵) K. Lotter und R. Meiners, Bürokratie, Marx-Engels Begriffslexikon, München, 1984, S. 69-70.

¹⁶) Vgl. P. Pawelka, Herrschaft und Entwicklung, a. a. O., S. 41-42.

und politische Entscheidungen gesamtgesellschaftlich wirksam zu machen. Um diese Rolle aufrechtzuerhalten, ist die patrimoniale Bürokratie bestrebt, gesellschaftliche Differenzierungsprozesse, die Herausbildung autonomer sozialer Gruppen und Institutionen zu verhindern.

In der Dritten Welt ging der Ausbau und die Modernisierung bürokratischer Apparate nicht wie in der europäischen Entwicklung mit der Ausweitung demokratischer Partizipationsformen einher, sondern mit der Zentralisierung politischer Macht und verstärkter Autonomie der Herrschenden. Systemverändernde Innovationen sind der patrimonialen Bürokratie fremd. Bei der konkreten Analyse eines patrimonialen Systems wird man auf die Komplexität, die politischen Interessenschwerpunkte und die entwicklungspolitische Funktionalität der Bürokratie achten. Bürokratie dient hier als Instrument der Gewinnung, Erhaltung und Ausübung von Macht und Kontrolle der Gesellschaft und ihrer Ressourcen.¹⁷ „Die patrimoniale Bürokratien neigen also dazu, das Interaktionsnetz zwischen politischer Elite und Gesellschaft zu kontrollieren; und zwar nach beiden Seiten hin.“¹⁸

¹⁷) Vgl. ebenda.

¹⁸) P. Pawelka, Herrschaft und Entwicklung, a. a. O., S. 52.

1.4. Korruption in patrimonialen Bürokratien

Ein weiterer und letzter Aspekt politischer Steuerung in patrimonialen Bürokratien betrifft die Korruption. Nach Wimmer gilt: „Der Begriff ‚Korruption‘ stellt notorisch vor schwierige definitorische Probleme – besonders dann, wenn man ihn in eine komparative Perspektive rückt.“¹⁹

Unter der Baath-Herrschaft hat das Phänomen Korruption einen Höhepunkt erreicht. Im Irak trieb insbesondere das Geschäft mit dem Öl das Ausmass der Korruption in die Höhe. Milliarden US-Dollar wurden seit Mitte der siebziger Jahre alljährlich aus öffentlichen Kassen und aus den Staatseinnahmen privatisiert. Damit ist eine beachtliche Schicht von Dollarmillionären entstanden. Allein der irakische Präsident Saddam Hussein hatte seit dem Beginn der achtziger Jahre Milliarden aus dem Öl-Geschäft für sich vereinnahmt. Das Geld wurde auf ausländische Konten verlegt. Lukrative Geschäfte wurden mit dem Öl-Geschäft auf dem Schwarzmarkt während des Wirtschaftsboykotts abgewickelt. Wie bei allen Diktaturen üblich, erfährt man Genaueres erst jetzt nach dem Abtritt des gesamten Regimes. Selbstbereicherung, um auf das Beispiel Irak zurück zu kommen, war unter ranghöheren Offizieren und kooptierten Zivilpolitikern weit verbreitet. In Syrien sowie im Irak unter der Baath-Herrschaft war Korruption so weit normalisiert, dass sich niemand vor Sanktionen zu fürchten braucht. Parteibürokratie und Staatsbürokratie standen im Irak nicht getrennt von einander, und der Staat spielte keine dominante Rolle in der Wirtschaft. Solange dieser Zustand so blieb, solange die „personal rule“ an Stelle der Partei und des Staates stand, wuchs im Volk der Zynismus gegenüber der Partei. Die Menschen wendeten sich von der Politik ab und sannern selbst nach Strategien der

¹⁹) Hannes Wimmer, Die Modernisierung politischer Systeme, Wien, 2000, S. 137.

Selbstbereicherung. Zahlreiche Parteifunktionäre wurden zu erfolgreichen Unternehmern, andere hielten am alten Stil fest und sind verarmt.²⁰ ‚Geplante Korruption‘ dient also im Patrimonialismus der Systemstabilisierung, wie verheerend sie auch für eine entwicklungsorientierte Nutzung der gesellschaftlichen Ressourcen sein mag.“²¹

Im Gegensatz zu Staaten wie Ägypten wurde bisher in der Literatur wenig unternommen, um den Charakter des politischen Systems im Irak zu untersuchen. In seiner Arbeit über das politische System Ägyptens spricht Peter Pawelka von fünf Ansätzen in der wissenschaftlichen Literatur, mit deren Hilfe versucht wurde, den Charakter politischer Herrschaft im Gesamtsystem zu bestimmen, welche auch in Bezug auf die politischen Systeme in der Dritten Welt, wenn auch nicht in allen Punkten, anwendbar ist:

1) Das Institutionalisierungsmodell versucht politische System in der Dritten Welt danach zu unterscheiden, wie weit es ihnen gelungen ist, politische Macht zu institutionalisieren. Auch in dem am höchsten entwickelten arabischen Staat ist kein institutionelles Gegengewicht zur personifizierten autokratischen Herrschaft geschaffen worden.²²

2) Beim zweiten Punkt spricht Pawelka vom Prätorianismus. Dieser charakterisiert ein politisches System, in dem das Militär die Exekutive beherrscht oder in dem es dazu tendiert, in den politischen Entscheidungsprozeß zu intervenieren. Dieser Aspekt könnte am Beispiel der Türkei untersucht werden.²³

20) Vgl. ebenda, S. 140-143.

21) P. Pawelka, Herrschaft und Entwicklung, a. a. O., S. 51-52.

22) Ebenda, S. 12.

23) Vgl. ebenda, S. 13-14.

Dazu schreibt Gülistan Gürbey:

„...dass, angesichts der dominanten Stellung der militärischen Autorität und der ideologischen Grundlagen der türkischen Staats- und Rechtsordnung, die sich in den restriktiven rechtlichen und gesetzlichen Bestimmungen niederschlagen, in der Türkei noch nicht einmal die zivilen Institutionen des politischen Systems frei agieren können, eine bürgerliche Gesellschaft im Sinne einer funktionierenden parlamentarischen Demokratie noch nicht völlig ausgebildet ist.“²⁴

3) Autoritarismus und 4) Staatskapitalismus sind zwei weitere Aspekte, die Pawelka bei seiner Patrimonialismusanalyse erwähnt.

Es geht beim Staatskapitalismus darum, wie es dem Staat oder dem Regime gelingt, durch die Kontrolle der Wirtschaft und ein sehr vielschichtiges Interventionsinstrumentarium verschiedene Teile der Gesellschaft an sich zu binden. Der Staatskapitalismus ist auch eine Methode, Massenloyalität zu mobilisieren.²⁵

F. Ibrahim ist der Ansicht, dass die Bezeichnung „Staatskapitalismus“ für die ökonomische Orientierung solcher nahöstlicher Länder wie Irak und Syrien breite Zustimmung findet. Strittig sind aber die zentralen Begriffe: „State Bourgeoisie“ oder „Bürokratische Bourgeoisie.“²⁶

Pawelka vertritt der Auffassung, dass für die Analyse politischer Systeme in der Dritten Welt die Konzepte des Autoritarismus, des Patrimonialismus und des Staatskapitalismus besser geeignet sind. Der Patrimonialismus (4) ist ein wichtiger Aspekt in Peter Pawelkas

24) Gülistan Gürbey, Politische und rechtliche Hindernisse auf dem Wege der Herausforderung einer Zivilgesellschaft in der Türkei, in: Heidi Wedel (Hg.), Probleme der Zivilgesellschaft im Vorderen Orient, Opladen, 1995, S. 109.

25) Vgl. P. Pawelka, Herrschaft und Entwicklung, a. a. O., S. 20.

26) F. Ibrahim, Staat und Gesellschaft im Irak, a. a. O., S. 36.

Konzept, das an Max Webers Herrschaftssoziologie (Idealtypus der traditionellen Herrschaft) anschliesst.

Hannes Wimmer interpretiert diesen Begriff wie folgt:

„Patrimoniale Herrschaft beruht einerseits auf Grossgrundbesitz, ist historisch gesehen im wesentlichen Domänenverwaltung oder Herrschaft über einen Super-Oikos, andererseits auf dem Besitz von Herrschaftsrechten über ‚Land und Leute‘; erst diese Ausdehnung der Herrschaft auf Oiken, die ursprünglich nicht der Herrschaftsgewalt des Fürsten unterlagen, machte das soziale Gebilde zu einer politischen, die Herrschaft des Herrn zu einer politischen Herrschaft.“²⁷

Aus der Sicht von Peter Pawelka ist der Patrimonialismus eine personale Herrschaftsform, deren Legitimationsgrundlage traditionelle Loyalitäten und materielle Leistungen bilden. Zugleich impliziert dieser Begriff eine paternalistische Herrschaftsstrategie mit Hilfe bürokratischer Apparate. In Entwicklungsgesellschaften mit modernen staatlichen Strukturen hat diese Herrschaftsform eine neue Ausprägung erhalten, nämlich den Neo-Patrimonialismus.²⁸

Die Interpretation dieses Begriffs wird nach Reinhard Bendix so dargestellt, dass die patrimoniale Form dadurch gekennzeichnet ist, dass der Herrscher weitgehend über einen eigenen Verwaltungs- und Militärapparat und über eigene Herrschaftsmittel verfügt. Das heißt also, dass ein gewisser Grad von Zentralisierung der Machtausübung vorhanden ist. Reinhard Bendix bezieht sich dabei auf die Definition Webers, so dass der patrimoniale Apparat vornehmlich aus persönlich Abhängigen besteht, die feudale „Verwaltung“ hingegen werde von sozial gleichgestellten Personen getragen, die an der Herrschaft kraft

²⁷) H. Wimmer, Die Modernisierung politischer Systeme, a. a. O., S. 117.

²⁸) Vgl. P. Pawelka, Herrschaft und Entwicklung, a. a. O., S. 24.

Vertrag oder Verleihung teilhaben. Wo patrimonialen Herrschaft streng durchgeführt ist, besteht kein Eigenrecht der Funktionäre an ihrem Amt, die sachlichen Verwaltungsmittel werden für den Herrscher und in dessen eigener Regie bewirtschaftet. Die Gerichtsbarkeit und andere politische Rechte werden vom Herrscher nach Art „privater“ Berechtigungen behandelt. Er verfügt über die Herrschaftsgewalt im Prinzip wie über ein dingliches Besitzobjekt, sie kann daher veräußert, verpfändet und im Erbgang geteilt werden.²⁹

Was die Situation und Position der breiten Bevölkerung betrifft, schreibt Hannes Wimmer:

„Das übrige Volk im Lande ist entpolitisiert bzw. politisch rechtlos, setzt sich zusammen aus Untertanen, nicht aus Bürgern im modernen Sinne und wird von der herrschenden Schicht wesentlich als ‚Objekt‘ der Ausbeutung gesehen, d.h. eine irgendwie geartete Politik des ‚Gemeinwohls‘ oder der ‚sozialen Wohlfahrt‘ gibt es nicht, sofern sie nicht der Herrscher befiehlt, und selbst dann wird dessen Willen vielfach gebrochen durch die Pfründewirtschaft der nachgeordneten Verwaltung.“³⁰

Der Patrimonialismus ist also die Aneignung des öffentlichen Eigentums durch die privaten Machthaber. Nach Hannes Wimmer handelt es sich beim Neopatrimonialismus um ein politisches System, das durch weitgehend selbst erzeugte Blockierungen an der weiteren Entwicklung in Richtung einer modernen Staatlichkeit behindert wird, wobei diese vom System erzeugten Blockaden durch Wechselwirkungen mit bestimmten Faktoren der gesellschaftlichen Umwelt getragen oder gar verstärkt werden können. Wimmer schlägt vor, unter „Neopatrimonialismus“ ein politisches System zu verstehen,

²⁹) Vgl. R. Bendix, Max Weber-Das Werk, München, 1964, a. a. O., S. 129.

³⁰) H. Wimmer, Die Modernisierung politischer Systeme, a. a. O., S. 118.

in welchem 1. „personal Rule“ (hoch personalisierte Form der Staatsleitung), 2. klientelistische Politik und 3. endemisch gewordene Korruption kombiniert sind. Er fährt fort, dass die Strukturen neopatrimonialer Systeme seiner Meinung nach am besten so analysiert werden können, dass man die in der Literatur oft getrennt als „wesentlich“ erachteten Elemente kombiniert und auf diese Weise zu einer Theorie eines spezifischen Systemtypus gelangt.³¹

Hinsichtlich der Begrifflichkeit besteht einige Verwirrung. Hannes Wimmer meint, dass sich viele Autoren an Günther Roth anschließen und unter „Neopatrimonialismus“ primär „personal Ruleship“ oder „personal Rule“ verstehen, das auch als ein spezifisches System definiert wird, ohne sich auf den Begriff „Neopatrimonialismus“ zu beziehen.³²

Nach Ansicht von Gero Erdmann liegen präzise Definitionen des Begriffs nicht vor. Er schreibt, dass sich der Neopatrimonialismus am einfachsten in der Gegenüberstellung zu Max Webers Begriff des Patrimonialismus definieren lässt. Erdmann bezieht sich auf Weber und schreibt dazu, eine Form von Herrschaft, die sich auf nur dem Herrscher persönlich verantwortliches Verwaltungs- und Militärpersonal stützt, nenne man Patrimonialismus. Beim Neopatrimonialismus, der modernen Form dieses traditionellen Herrschaftstyps, handele es sich um eine Mischform. Hier existierten Elemente patrimonialer und rational-bürokratischer Herrschaft nebeneinander, teilweise miteinander verwoben.³³

³¹) Vgl. ebenda, S. 149.

³²) Vgl. ebenda, S.124-126.

³³) Gero Erdmann, Neopatrimoniale Herrschaft, in: Deutsche Stiftung für internationale Entwicklung, Nr. 10., Frankfurt, 2001, S. 3 (294-297).

Nach Erdmann sind alle Herrschaftsbeziehungen im Patrimonialismus politische, sowohl administrative als auch persönliche Beziehungen. Eine Unterscheidung zwischen Privatem und Öffentlichem existiert nicht. Im Neopatrimonialismus ist hingegen diese Unterscheidung von Privatem und Öffentlichem (zumindest formal) anerkannt, und es kann daher öffentlich auf sie Bezug genommen werden. Allerdings werden in der Praxis die Sphären des Privaten und des Öffentlichen oft nicht getrennt. So existieren zwei Systeme nebeneinander: das Patrimoniale der persönlichen Beziehungen und das Legal-Rationale der Bürokratie. De facto koexistieren sie nicht nebeneinander, sondern das Patrimoniale dringt in das legal-rationale System ein und deformiert seine Funktionslogik.³⁴

Nach Ansicht von Wimmer gilt:

„Neopatrimoniale Systeme sind weitgehend enttraditionalisierte Herrschaftssysteme, deren Staatstrukturen aber Züge des Patrimonialismus Max Webers aufweisen. ‚Neopatrimonialismus‘ bezeichnet eine selektive Verknüpfung von traditionellen und modernen Elementen und ist insofern eine für den Modernisierungsprozess typische Übergangserscheinung. Neopatrimoniale Regime müssen sich anders legitimieren und genau hierin liegt bereits eines ihrer Kernprobleme.“³⁵

Das neo-patrimoniale System bezieht dabei seine Stabilität nicht primär aus der Ausübung von Gewalt,³⁶ was nicht heißt, dass Kontrollmechanismen und Repression auszuschließen wären.

³⁴) Vgl. ebenda.

³⁵) H. Wimmer, Die Modernisierung politischer Systeme, a. a. O., S. 120-121.

³⁶) Vgl. F. Ibrahim, Staat und Gesellschaft im Irak, a. a. O., S. 19.

Erdmann kommt zu dem Ergebniss, dass die Folge des Neopatrimonialismus des Staates schließlich die Zerrüttung seiner eigenen Strukturen gewesen sei. Dies fand seit Anfang der 80er Jahre in verschiedenen Begriffen vom "schwachen", "weichen" Staat oder vom „lahmen Leviathan“ seinen Ausdruck. Im Gegenteil zu Pawelka spricht Erdmann in seiner Analyse von vier verschiedenen neopatrimonialen prinzipiellen Regimevarianten, die sich für die Zeit vor 1989/90 in Afrika (als Teil der dritten Welt), unterscheiden lassen:

- 1-Militäroligarchien;
- 2-plebiszitäre Einparteiensysteme;
- 3-kompetitive Einparteiensysteme;
- 4-Siedleroligarchien.

Die ersten drei Regimeformen, so Erdmann, werden als neopatrimoniale Variante charakterisiert, die Siedleroligarchien hingegen als bürokratisch-autoritär klassifiziert. Als fünfte nichtdemokratische, allerdings hybride Regimeform ist das neopatrimoniale Mehrparteiensystem zu nennen.³⁷

1.5. Legitimierung der Herrschaft im patrimonialen System

Ein weiteres Merkmal des Patrimonialismus ist die spezifische Legitimation. Herrschaft beruht auf einer traditionellen Loyalität - der Staat trägt die Verantwortung für die Kontrolle und Sicherung einer sozialen und kosmischen Ordnung; dabei spielt häufig auch eine religiöse Verankerung der Legitimation eine Rolle. Die politische Kultur patrimonialer Systeme reserviert die politische Sphäre dem Staat

³⁷) G. Erdmann, Neopatrimoniale Herrschaft, a. a. O., S. 2-3.

und seinen Trägern; die Schwellen gesellschaftlicher Kritik und Forderungen nach Einflussnahme sind hoch angesetzt.³⁸

Macht, die weitgehend in Übereinstimmung mit den Rechts- und Wertvorstellungen der Machtunterworfenen ergriffen und ausgeübt wird, nennt man legitim. Gelingt es nicht, den Legitimitätsanspruch der Regierenden mit den Legitimitätsvorstellungen der Regierten in Übereinstimmung zu bringen, so entstehen Konflikte. So führte im 18. und 19. Jahrhundert die Vorstellung der Bürger, dass Herrschaftsgewalt nur durch das Volk vergeben werden könne, zu Konflikten (schließlich Revolutionen) mit den Königen bzw. absolutistischen Monarchien, die glaubten, ihre Herrschaftsbefugnis von Gott zu haben. Einerlei, ob die Macht auf der persönlichen Bindung an die Führer, auf Gesetzmäßigkeit, Gewöhnung oder Terror beruht – immer ist ein gewisses Maß von Zustimmung in irgendeiner Form notwendig, wenn Macht Bestand haben soll. Sie kann sowohl durch Gegenmacht – etwa durch eine Gewaltenteilung – eingeschränkt und zugunsten der Freiheit begrenzt werden als auch durch Religion, Recht, Sitten und Gewohnheiten der Beherrschten. Totalitäre Systeme versuchen daher, mit Hilfe einer Ideologie die Legitimitätsauffassungen der Unterworfenen so zu beeinflussen, daß sie mit dem Legitimitätsanspruch der totalitären Partei übereinstimmen. Der Nationalsozialismus rechtfertigte seinen Herrschaftsanspruch mit der angeblichen Höherwertigkeit der „arisch-deutschen“ Rasse als Instrument zur Gewinnung der Machtlegitimation für die Partei und für den Führer. Erst wenn die Bevölkerung einen solchen Anspruch als legitim empfindet, erwächst dem Regime eine freiwillige Gefolgschaft: Die Herrschaft ist legitimiert und damit zugleich stabilisiert.³⁹

38) Vgl. P. Pawelka, Herrschaft und Entwicklung, a. a. O., S. 24.

39) Vgl. Hans Ritscher (Hg.), Welt der Politik, Frankfurt, 1971, S. 3.

„Die Ideologie der arabischen Einheit gibt den Baath-Politikern zugleich die Legitimation für die Ausweitung ihres Machtbereiches, der möglichst auf die gesamte arabische Welt ausgedehnt werden soll und auch die Anwendung von Gewalt rechtfertigt.“⁴⁰

1.6. Machtkonzentration im patrimonialen System

Das dritte Merkmal bei Pawelkas Ausführungen ist die Machtkonzentration, und zwar in einem doppelten Sinne: innerhalb des Machtzentrums und zwischen Zentralgewalt und Gesellschaft. Im patrimonialen System ist der Staatsapparat darum bemüht, die Herausbildung autonomer gesellschaftlicher Organisationen zu verhindern. Er kontrolliert daher alle gesellschaftlichen Regungen und entwickelt ständig neue Methoden und Strategien zur Eindämmung und zum Unterlaufen sozialer Ansprüche und Aktivitäten. Bürokratische Strukturen monopolisieren den gesamten Kontakt zwischen politischer Elite und Gesellschaft. Daher dominiert auch die Exekutive das politische System. Innerhalb des Staatsapparates kulminiert die Machtkonzentration in der Person des politischen Führers.⁴¹

Günter Abramowski schreibt dazu:

„Wo die patrimonialen Herrschaft streng durchgeführt ist, besteht kein Eigenrecht der Funktionäre an ihrem Amt, die sachlichen Verwaltungsmittel werden für den Herrscher und in dessen eigener Regie bewirtschaftet. Die Gerichtsbarkeit und andere politische Rechte werden vom Herrscher nach Art „Privater“ Berechtigungen behandelt. Er verfügt über die Herrschaftsgewalt im Prinzip wie über ein

⁴⁰) Geomagazin, Die Wurzeln der Konflikte, 1992, S. 200.

⁴¹) P. Pawelka, Herrschaft und Entwicklung, a. a. O., S. 25.

dingliches Besitzobjekt; Sie kann daher veräußert, verpfändet und im Erbgang geteilt werden.“⁴²

Diese patrimoniale Herrschaft ist von einer politischen und bürokratischen Elite umgeben, die zwar prinzipiell im Namen dieser Herrschaft allen staatlichen Institutionen vorsteht, de facto aber bemüht ist, Macht und Einfluss zu vergrößern und abzusichern.⁴³

Unterhalb der Position des patrimonialen Führers herrscht der Konkurrenzkampf der Eliten, der von ihm ständig geschürt wird, um ihre eigene Stellung unanfechtbar zu machen. Dieses Verhaltensmuster dient zum einen der Einheit des Systems und der Effizienz seines Handelns. Es zersplittert aktuelle und potentielle Oppositionskräfte und stabilisiert den patrimonialen Herrscher in der Rolle des politischen Schiedsrichters. Zum anderen stellt diese Struktur auch Mechanismen zur Verfügung, um den Entscheidungsprozeß der Zentralgewalt zu verbessern. Die Konkurrenz innerhalb der politischen Elite und ihr Kampf um die Gunst des Herrschers sind nicht nur in den Kategorien von Ehrgeiz und Macht zu sehen, sondern beinhalten auch eine Vielzahl personaler Kompetenzen, Ideen und Fähigkeiten. Denn nur der patrimoniale Herrscher entscheidet darüber, ob politische Ideen, Programme, Strategien und Ziele, die innerhalb der Elite vertreten werden, in den Entscheidungsprozeß des Systems Eingang finden. Es ist typisch für einen despotischen Patrimonialismus, dass Soldaten und Beamte von Gnade und Willkür des Herrschers abhängig und nicht in der Lage sind, ihre eigenen Interessen der Willkürherrschaft gegenüber zu behaupten.⁴⁴

⁴²) Günter Abramowski, Band 1, Das Geschichtsbild Max Webers, Stuttgart, 1964, S. 129.

⁴³) Vgl. P. Pawelka, Herrschaft und Entwicklung, a. a. O., S. 25.

⁴⁴) Vgl. ebenda, S. 25-26.

Die Gewalt und ihre Androhung ist so intensiv institutionalisiert, daß sie sich ständig reproduziert. Sie führt zu Verdächtigungen eines jeden gegen jeden und rekrutiert ständig Komplizen.⁴⁵

Alle Macht im Staat wird dem patrimonialen Herrscher übertragen. Verfassungen, Gesetzen und selbst der Partei werden keine Bedeutung beigemessen. Diese Art von Herrschaft, die dem Totalitarismus gleich kommt, besitzt nach Reinhard Kuhn vier Merkmale: Einheitspartei, Ideologie, Massenorganisationen und Geheimpolizei. Sie zeichnet sich durch drei institutionelle Monopole aus: Partei, Organisation, Nachrichten. Was das Parteimonopol betrifft, schreibt Reinhard Kuhn Folgendes: „Es existiert eine einzige politische Partei, die alle Machtpositionen in der Hand hat und allein entscheidet. Sie duldet weder innerhalb noch außerhalb der eigenen Organisation Opposition. Auf Grund des Fraktionsverbotes und der Reglementierung von oben befiehlt ausschließlich die Parteispitze. Sie rechtfertigt ihre Herrschaft mit Hilfe der Ideologie; denn die Partei besteht zu dem Zweck, die Ziele der Ideologie zu verwirklichen.“⁴⁶

Max Weber bringt es auf den Punkt: „Wer Politik treibt, erstrebt Macht – Macht entweder als Mittel im Dienst anderer Ziele oder Macht um ihrer selbst willen – um das Prestigegefühl, das sie gibt, zu genießen.“⁴⁷

Macht bedeutet für Max Weber, jede Chance zu nutzen, um innerhalb einer sozialen Beziehung den eigenen Willen auch gegen Widerstreben durchzusetzen, gleichviel, worauf diese Chance beruht. Die beiden Golfkriege haben diese These erschreckend bestätigt. Webers

⁴⁵) Vgl. F. Ibrahim, Staat und Gesellschaft im Irak, a. a. O., S. 31.

⁴⁶) Reinhard Kuhn, Totalitäre Herrschaft, in: H. Ritscher (Hg.), Welt der Politik, a. a. O., S. 35.

⁴⁷) Ebenda, S. 3.

Formulierung zeigt sehr klar, auf was es ankommt: Macht schafft die Möglichkeit, den Kontrahenten oder überhaupt andere zu bestimmten Handlungen zu veranlassen, notfalls mit Gewalt zu zwingen. Wer – seien es einzelne Personen, Gruppen oder Institutionen – über Macht verfügt, kann anderen das Verhalten vorschreiben und Gehorsam erlangen. Macht bezeichnet ein Verhältnis zwischen Menschen, das nur selten allein auf Zwang oder allein auf Zustimmung beruht. Die Chance, den eigenen Willen auf Dauer durchzusetzen, ist um so größer und sicherer, je mehr sie auf Zustimmung und je weniger sie auf Zwang basiert. Machtverhältnisse enthalten auch Elemente der Freiwilligkeit und Freiheit; die Herrschenden müssen Rücksicht auf die Beherrschten nehmen, wenn sie diese Stütze ihrer Macht nicht gefährden wollen.⁴⁸ Der französische Staatsmann Charles Maurice de Talleyrand prägte dafür vor rund 200 Jahren das Bonmot „Mit Bajonetten kann man alles machen, nur nicht darauf sitzen.“⁴⁹

Für Pawelka steht also im Mittelpunkt des politischen Systems ein Herrscher, der alle politischen Entscheidungen durch ein Netz personaler Beziehungen lenkt. Die führenden Politiker und Beamten sind direkt oder indirekt von der Person des Herrschers abhängig; soweit sie selber Entscheidungen treffen, sind diese als Ausstrahlung des Herrscherwillens zu verstehen. Weder staatliche Funktionsträger noch Institutionen verfügen in diesem System über Eigengewicht.⁵⁰

48) Vgl. ebenda.

49) Ebenda.

50) Vgl. P. Pawelka, Herrschaft und Entwicklung, a. a. O., S. 24.

Teil 2
Das politische System im Irak zur Zeit
der Baath-Herrschaft

Teil 2

Das politische System im Irak zur Zeit der Baath-Herrschaft

2.1. Entstehungsgeschichte der Baath-Partei und ihre Ideologie

Bei den Ausführungen über die Patrimonialherrschaft ist es wichtig und notwendig, auf die Frage der Ideologie als Instrument zur Herrschaftsstabilisierung des politischen Systems des Irak unter dem Baath-Staat einzugehen und sie zu untersuchen.

Die Baath-Partei (Hizb al-Ba'th al-Arabi- al-Ishtiraki, die arabisch-sozialistische Baath-Partei (ASBP)⁵¹ wurde 1942 in Damaskus von den syrischen Gymnasiallehrern Michel Aflak⁵² (Jahrgang 1910) und Salah Bitar gegründet. 1942 gründen die beiden die Organisation "Arabische Wiedergeburt", die später in die Baath-Partei umgewandelt wurde.⁵³ Aber der Denker, der die Parteiideen entwickelte, war Michel Aflak. Mit der Gründung der arabisch-sozialistischen Baath-Partei kam es erstmals zu einem organisatorischen Ausdruck dieser Ideologie. Politisches Ziel war der Kampf gegen die imperialistische Spaltung der arabischen Welt.⁵⁴

Unter der Baath-Partei wurden zwei Tendenzen vereint, die vor der Gründung der Partei zu langen Kontroversen geführt hatten, nämlich die sozialistische Position und die nationalistische Bewegung.⁵⁵ Damit sollte die Vorstellung des Panarabismus zum Sieg führen. Viele arabische Ideologen vertreten die Vorstellung, dass über eine kraftvolle Gesellschaft eine arabische Einheit in der Region verwirklicht werden könnte. Nach ihrer Vorstellung ist „die soziale Revolution im eigenen Lande (...) Maßstab und zugleich Schrittmacher der arabischen Einheit,

51) Baath bedeutet Wiedergeburt.

52) Zur Person Michel Aflak und Salah Bitar, siehe Anhang, S. 227.

53) Vgl. Gerhard Konzermann, Der Golf, Hamburg, 1991, S. 237.

54) Vgl. Fadil Rasoul, Irak-Iran, Wien, 1987, S. 43.

55) Vgl. Horst Mahr, Die Baath-Partei, Wien, 1971, S. 168. Diese lässt sich in Artikel 1 und 4 der allgemeinen Prinzipien der Baath-Partei zum Ausdruck bringen.

die von unten statt von oben bewerkstelligt werden sollte.“⁵⁶ Mit anderen Worten muss die Baath-Partei, nach Meinung des Parteigründers Aflak, sozialistisch und nationalistisch orientiert sein.

Zum Hauptkern der Baath-Ideologie gehört der arabische Nationalismus⁵⁷, und es war, nach Meinung von Hussam Eddin Falioun, der Baath, der die erste arabisch-nationalistische Ideologie entwickelte, die sich nicht auf den Islam gründete.⁵⁸ Was den arabischen Nationalismus betrifft, war der irakische Vizepräsident Tariq Aziz der Auffassung: "Die Arabische Baath-Partei ist nationalistisch. Sie ist überzeugt, daß der Nationalismus eine lebendige und bleibende Realität ist."⁵⁹

Dazu schreibt Aflaq:

„Baath ist eine arabische, keine kosmopolitische, eine nationalistische und keine internationale Bewegung“.⁶⁰ Aflak war von der Idee Karl Marx beeindruckt. Ein Kommunist wurde er aber nicht.⁶¹ „Für ihn waren sowohl der Islam, wie auch der Kommunismus supranational und werten den Nationalismus ab, weshalb sie, seiner Meinung nach, scheiterten“.⁶² Nach seinem Studium kehrte Aflaq nach Syrien zurück und lehrte an einer Schule Geschichte. Aflak gab der nationalistischen Bewegung Arabiens „Einheit, Freiheit und Sozialismus“ die ideologischen Inhalt der Baath-Partei wurde. Nach Auffassung Aflaqs bildet die arabische Nation eine untrennbare Einheit, die sich vom

⁵⁶) Ulrich Haarmann (Hg.), Geschichte der arabischen Welt, München, 1987, S. 485.

⁵⁷) Hussam Eddin Falioun, Die Baath-Partei, Münster, 1977, S. 185.

⁵⁸) Vgl. ebenda, S. 189.

⁵⁹) Tariq Aziz, Artikel 3 der allgemeinen Grundsätze der Statuten der Arabischen sozialistischen Baath-Partei, Bagdad, 1981, S.10 (arabisch). Die kurdischen und arabischen Titel, die in dieser Arbeit zitiert oder verwendet wurden, wurden nicht transkribiert. Sie wurden direkt ins Deutsche übersetzt.

⁶⁰) Hussam Eddin Falioun, Die Baath-Partei, a. a. O., S. 187, zitiert nach: Aflaq Michael, Fi Sabil Al Baath, Beirut, 1969, S. 165.

⁶¹) Vgl. G. Konzelmann, Der Golf, a. a. O., S. 238.

⁶²) Hussam Eddin Falioun, Die Baath-Partei, a. a. O., S. 187.

Atlantik bis zum roten Meer erstreckt. Die Aufteilung der arabischen Welt, so Aflak, ist ein schwerer Schlag gewesen, der die Kolonialisierung Arabiens einfacher machte.⁶³

Mit dem Freiheitsbegriff der Baathisten ist also die Unabhängigkeit der arabischen Nation von der Macht des Auslandes, der Kolonialisten und Imperialisten gemeint.⁶⁴

Mit Freiheit (Hurriya) meinte Aflak Freiheit von Fremdherrschaft und Rückständigkeit. Er war sich bewusst, dass auch der Aufstand im Irak, den das Deutsche Reich unterstützt hatte, zu keiner unabhängigen Regierung an Euphrat und Tigris geführt hätte, denn an Stelle der Engländer hätten dort eben die Deutschen regiert. Daraus zog Michel Aflak die Schlussfolgerung, mit dem Westen sei keine Verbindung möglich, da dieser immer nur an Einfluss und an die Märkte in der arabischen Welt denken würden. Diese Haltung der westlichen Regierungen und herrschenden Schichten erkläre sich aus ihrer Zugehörigkeit zum Kapitalismus. Die Konsequenz für Arabien könne deshalb nur sein, den Kapitalismus abzulehnen und den Weg des Sozialismus zu gehen. Allerdings wollte Aflak nicht den Sozialismus übernehmen, den sich Karl Marx ausgedacht hatte.⁶⁵

Mit Sozialismus meint Aflak jedoch keineswegs die Emanzipation des Individuums und die explizite Beseitigung von Klassengegensätzen. Wolfgang Günter Lerch beschreibt den Sozialismusbegriff Aflaks als verschwommen, wenn er sagt, dass nach dessen Ansicht der arabische Sozialismus den besonderen Bedürfnissen der Region entsprechen solle. Und weiter: Die arabische Nation sei eine Einheit, die sich durch Klassen nicht spalten lassen dürfe. In der Frage des Privateigentums

⁶³) Vgl. G. Konzelmann, Der Golf, a. a. O., S. 238.

verfocht er einen Mittelweg zwischen Verstaatlichung und privatem Besitz.⁶⁶

Sozialismus, der den Arabern ihr nationales Bewusstsein geben soll, ist für Aflak nicht von Nationalismus trennbar. Dieser kann aber nur im Rahmen eines einheitlichen arabischen Staates und einer einheitlichen arabischen Nation möglich sein. Die Beseitigung des Feudalismus ist für Aflak eine verbindliche Voraussetzung seines Sozialismus. Nach Ansicht Aflaks werden sich die Feudalisten zur Verteidigung ihrer eigenen Interessen gegen die Kolonialisten erheben und sich verteidigen, da diese auch sie ausbeuten wollen, aber sie werden letztendlich Verbündete der Kolonialisten, da diese für sie profitabler sind.⁶⁷

Um die Herrschaft der irakischen Feudalisten einzugrenzen, versuchte die Baath-Partei, unter der Bauernschaft Mitglieder und Anhänger zu finden, und sie beschloss Ende der sechziger Jahre, diverse Maßnahmen zu ergreifen:

Die Großgrundbesitzer durften nicht mehr unbegrenzt Boden besitzen. Es wurde kostenloser Boden an Bauern verteilt. Entschädigungen für die Großgrundbesitzer wurden abgeschafft, die von der Regierung Kassem, nach seiner Machtergreifung 1958, im Rahmen einer Bodenreform beschlossen worden waren. Das Gesetz wies aber viele Lücken auf. So wurden beispielsweise sämtliche Dattel- und Obstplantagen von der erlassenen Bodenreform des Staates ausgegrenzt. Hier wurden die Bauern grausam von den

⁶⁴) Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 24.01.1991, S. 10.

⁶⁵) Vgl. G. Konzelmann, Der Golf, a. a. O., S. 237-244.

⁶⁶) Vgl. Wolfgang Günter Lerch, Vielleicht ohne Wiedergeburt, Die irakische Baath-Partei vor ihrer schwersten Probe, in: FAZ, 24.01.1991, S. 10.

⁶⁷) Vgl. H. Mahr, Die Baath-Partei, a. a. O., S. 147.

Großgrundbesitzern ausgebeutet.⁶⁸ Daher sollten Reformen nicht aus formulierten Gesetzen auf dem Papier bestehen, sondern in deren praktischer Verwirklichung.⁶⁹

Die sozialistische Vorstellung Aflaks sollte von den Bedingungen der Einheit und der Freiheit des arabischen Landes abhängen. Verschwommen bleibt also die Vorstellung der Parteigründer, wie der Sozialismus tatsächlich umgesetzt werden könne. Aflak war überzeugt von der Besonderheit der arabischen Nation und der unsterblichen Mission (Al-Risala Alkalida), die sie geschichtlich weiterträgt.⁷⁰

„Den Gedanken an die ‚unsterbliche Mission‘ der Araber greifen alle Politiker auf, die sich auf das Programm der Baath-Partei berufen. Er ist von hohem propagandistischem Wert – und er spricht die Massen an. Durch die Parole von der ‚unsterblichen Mission‘ lassen sich die Mängel des Programms vertuschen. Der Schluß liegt doch wirklich nahe, daß das arabische Volk auf dem Weg zur Erfüllung dieser ‚unsterblichen Mission‘ einen Führer braucht. Wer sich dazu berufen fühlt, der kann mit dem Programm seine Diktatur rechtfertigen: ‚Wir wissen den rechten Weg und sind deshalb gezwungen, die Zügel straff in der Hand zu halten.‘ Parlamente seien für den Regierenden, der ‚Einheit, Freiheit und Sozialismus‘ in Arabien durchsetzen wolle, nur störend: ‚Wir nehmen nicht deshalb die Regierung in die Hand, um Parlamentarismus zu spielen.“⁷¹

Sich auf die politische Ideologie des Parteidenkers Aflaq stützend, äußerte sich ein Sprecher der Baath-Partei gegenüber dem Korrespondenten einer westeuropäischen Zeitung folgendermaßen,

⁶⁸) Vgl. Mahmud Tarik Schukr, Ökonomie der erdölexportierenden Länder in der OPEC, Bagdad, 1979, S. 16, 60 (arabisch).

⁶⁹) Vgl. ebenda, S. 16.

⁷⁰) Vgl. G. Konzelmann, Der Golf, a. a. O., S. 238-239.

schreibt Vanly: "Wir streben keine Demokratie nach westlichem Muster an (...). Im Irak gibt es keinen Platz für eine parlamentarische Opposition, und es wird sie auch niemals geben. Wer sich der Linie der Baath-Partei entgegenstellt, wird unbarmherzig beseitigt werden."⁷²

Dazu schreibt Samir Al Khalil:

"The Bath carry this thinking to their usual extremes: everything is relative and in the process of becoming; nothing is legitimate that is not made by them; everything has a purpose derived solely from the exigencies of the movement and its goals. "Remember always," Saddam Husain once said to party militants, "the principles and experiences which are special to you are the only ones that represent final truth and which are able to respond to the task of building the new society for the Arab nation." Elsewhere in the speech he talked about cultivating within each militant an "external wall" to ward off bad influences that not only came from the outside, but manifested themselves in an unacceptable "deviant environment."⁷³

Anhänger fand die Baath-Partei vor allem im Irak und in Syrien. Eine Massenbewegung bzw. eine große Volkspartei war sie trotz des Appells an die „unsterbliche Mission“ der arabischen Nation nicht,⁷⁴ und von der realen politischen Macht war sie noch weit entfernt.⁷⁵ Die bis vor kurzem im Irak regierende Baath-Partei entwickelte sich erst nach 1958 zu einer wichtigen politischen Kraft.⁷⁶ Den arabischen Nationalismus hatte sie sich von Anfang an auf ihre Fahne geschrieben.

Für die Baath-Partei ist Chusistan (die auch Ahwas genannt wird, ein von Arabern bewohnte Region im Iran) arabisch. Während des ersten

71) Ebenda, S. 239.

72) I. Vanly, Kurdistan und die Kurden, Band 2, Göttingen, 1986, S. 155. Ich bin der Ansicht, dass individuelle Freiheit des einzelnen, seine Menschenrechte vom Staat anerkannt, garantiert und geschützt werden, die er notfalls bei der unabhängigen Justiz einklagen kann, kennt der islamische Orient bis heute nur auf dem Papier.

73) Samir Al Khalil, a. a. O., S. 74.

74) Vgl. G. Konzelmann, Der Golf, a. a. O., S. 240.

75) Vgl. Frankfurter Rundschau, 08.02.1991, S. 6.

76) Vgl. Anon., Die religiös-politische Bewegung im Irak, in: iz3W., Nr. 147, Freiburg, 1988, S. 28.

Golfkrieges legitimierte die Baath-Partei die Eroberung Chusistan ideologisch. Chusistan gehört aber völkerrechtlich und geschichtlich zum Iran. Daher konnten die Baathisten völkerrechtlich nicht argumentieren.⁷⁷ „In Chusistan werden 90% des iranischen Erdöls produziert, und die Zahl der Araber im Iran beträgt 5-7% an der Gesamtbevölkerung. Damit hat Chusistan für den Iran eine sehr wichtige ökonomische Bedeutung.“⁷⁸

2.2. Der Sturz Kassems und die Machtübernahme der Baath-Partei im Irak 1963 und 1968

Am 14. Juli 1958 übernahmen Offiziere unter Führung von General Kassem die Macht durch einen Militärputsch. Damit wurde das Königtum im Irak, das von Großbritannien eingesetzt und unterstützt worden war, gestürzt. Die Republik Irak wurde ausgerufen. Präsident Kassem brauchte, um den Sturz seiner Regierung zu verhindern, die Unterstützung der Massen, ebenso hegte er die Hoffnung, die Kommunisten des Irak könnten ihm helfen. Und das, obwohl er selbst während seiner Macht die Bekämpfung und die Ermordung der Kommunisten befohlen hatte. Die Kommunisten aber hatten keinen Zweifel, dass die Baath-Anhänger nach ihrem Sieg die schlimmsten Kommunistenverfolger werden würden. Sie versuchten daher tatsächlich, die Massen gegen die Baathisten zu mobilisieren, aber vergebens. Nur noch wenige Einheiten der Armee standen während der Nacht des Sturzes auf Seiten Kassems.⁷⁹

⁷⁷) Vgl. Marianne Stern, Iran-Irak, „Bis die Gottlosen vernichtet sind“, Hamburg, 1987, S. 127.

⁷⁸) Ebenda.

⁷⁹) Vgl. G. Konzelmann, Der Golf, a. a. O., S. 241-242; Wolfgang Günter Lerch, Vielleicht ohne Wiedergeburt, a. a. O., S. 24-25; H. Mahr, Die Baath-Partei, a. a. O., S. 96.

Es gab viele Krisen, die die Macht von Kassem gefährdeten, was etwa Ende 1959 deutlich zu sehen war. Einer dieser Konflikte war die Krise mit den Ölgesellschaften nach der Verabschiedung des Gesetzes Nr.80⁸⁰. Kassem begrenzte massiv die Rechte der BIP (Britisch Irak Petroleum Corporation). Auch die Auseinandersetzung um Kuwait führte die Regierung Kassems zu seiner regionalen und internationalen Isolation. Vor allem aber der Krieg in Kurdistan destabilisierte die absolute Macht der Zentralregierung. Die Nationalisten, der Erzfeind der Kassem-Regierung, nutzten die Gunst der Stunde und konnten sich nach ihren Niederlagen während der Kassem-Regierung wieder neu formieren bzw. organisieren. Am 08. Februar 1963 gelang es der Baath-Partei, durch einen Militärputsch zum ersten Mal an die Macht zu kommen.⁸¹

“Die Ablehnung der kommunistischen Ideologie und die erklärte Abwendung von Moskau hatten die Baath-Partei um das Jahr 1960 dem amerikanischen Geheimdienst sympatisch gemacht. In Washington erkannten die Spezialisten des Nachrichtendienstes, dass der Irak durch diese Partei zum Bundesgenossen gegen den sowjetischen Block werden konnte. Die US-Regierung war deshalb gern bereit, ihren Geheimdienst anzuweisen, in Bagdad der Baath-Partei beim Kampf um die Macht zu helfen. Washington konnte, mitten im kalten Krieg zwischen West und Ost, eine solche Chance nicht auslassen.”⁸²

Nach der Machtübernahme der Baath-Partei durch einen Militärputsch 1963 spaltete sich die Partei in zwei Strömungen. Die Führung der „linken“ Strömung lag bei den Offizieren. Die „rechte“ Strömung

⁸⁰) Das Gesetz Nr. 80 vom 11.12.1961 limitierte einseitig die Konzessionsrechte der Erdölgesellschaften im Irak.

⁸¹) Vgl. F. Ibrahim, Die kurdische Nationalbewegung im Irak, Berlin, 1983, S. 491 (Diss.).

⁸²) G. Konzelmann, Der Golf, a. a. O., S. 242.

wurde von den Sunniten geführt. Die Spaltung blieb aber nicht ohne Konsequenzen. Die Baath-Partei, die von arabischen Nationalisten (Baathisten und Nasseristen⁸³) geführt wurde, konnte ihre dominierende Stellung dennoch nur neun Monate halten. Sie wurde am 18. November 1963 durch einen Militärputsch unter Führung von Abdul Salam Arif gestürzt.⁸⁴

Abdul Salam Arif war Anhänger von Nasser, sein Nasserismus trug allerdings konservative islamische Elemente.⁸⁵

Im Jahre 1968 gelang der Baath-Partei durch einen Putsch erneut die Machtergreifung. Der Putsch wurde in zwei Etappen durchgeführt:

Bei der ersten Etape des Putsches am 17. Juli 1968 stürzte die Baath-Partei, in Zusammenarbeit mit den Offizieren um Arif, das Regime von Abdulrahman Arif⁸⁶. Beim Putsch vom 30. Juli 1968 gelang es der Baath-Partei, ihre einstigen Verbündeten zu stürzen und die Macht ganz allein auszuüben. Dass die Baathisten seit langem einen Putsch vorbereiteten, und dass sie beim Putsch vom 17. Juli 1968 nur ein Partner der mächtigen Offizier um Arif waren, darüber besteht keinen Zweifel.⁸⁷

Dazu schreibt Hanna Batatu:

„The Ba’thists returned to power by pulling two coups, one on July 17 and the other on July 30, 1968. In the first they got rid of ‘Arif by allying themselves with his closest aides. In the second they cast out the more inconvenient of these chance allies. In both instances they prevailed by stratagem rather than through force.”⁸⁸

⁸³) Gemeint sind damit die Anhänger von Gemal Abdul-Nasser (ehemaliger Präsident von Ägypten).

⁸⁴) Vgl. Die religiös-politische Bewegung im Irak, a. a. O., S. 28.

⁸⁵) Vgl. H. Batatu, The old social classes, a. a. O., S. 1030.

⁸⁶) Abdul Rahman Arif war Bruder von Abdul Salam Arif.

⁸⁷) Vgl. F. Ibrahim, Die kurdische Nationalbewegung im Irak, a. a. O., S. 547-548.

⁸⁸) H. Batatu, The old social classes., a. a. O., S. 1073.

Wie schon vorher erwähnt, hatte sich die Baath-Partei beim erstem Putsch der Offiziere lediglich als Partner bedient. Bei der zweiten erfolgreichen Machtübernahme am 31. Juli 1968 haben die Baathisten aus den Erfahrungen des Jahres 1963 gelernt, anders zu taktieren. Um die Macht der Baath-Partei zu stabilisieren, musste erst die innere Stabilität gefestigt werden. Die Partei schloss mit den Kurden einen Waffenstillstand und versprach, wie bei allen Putschisten seit 1963 eine friedliche Lösung des Kurdenproblems und die Gewährung demokratischer Freiheiten.⁸⁹ Außerdem strebte die Baath-Partei eine scheinbare Koalition mit der Irakischen Kommunistischen Partei an.⁹⁰

Die erste Etappe des Putsches, nämlich die Ausschaltung der Offiziere durch die Baathisten und der Versuch, die Armee unter die Kontrolle der Partei zu stellen, schuf gute Bedingungen für die danach kommenden Entwicklungen. Die Offiziere sahen sich im Laufe der zeitlichen Entwicklungen und ihrer Gefährdung nicht mehr in der Lage, die Plattform der Partei mitzutragen. Bei diesen Auseinandersetzungen konnte die Baath-Partei ihre Stellung befestigen.⁹¹

„The People met the change of government with utter indifference. They had grown tired of the officers' power game, of their communiques no. 1, and their wearisome and tasteless rhetoric”.⁹²

Die erste Etappe des Putsches, nämlich die Ausschaltung der Offiziere durch die Baathisten und der Versuch, die Armee unter die Kontrolle

89) Vgl. ebenda, S. 1075.

90) Vgl. A. S. Barazani, Schutz der Kurden, Band 2, Wien, 1985, S. 147-149.

91) Vgl. F. Ibrahim, Staat und Gesellschaft im Irak, a. a. O., S. 22.

92) H. Batatu, The old social classes., a. a. O., S. 1075.

der Partei zu stellen, schuf gute Bedingungen für die danach kommenden Entwicklungen. Die Offiziere sahen sich im Laufe der zeitlichen Entwicklungen und ihrer Gefährdung nicht mehr in der Lage, die Plattform der Partei mitzutragen. Bei diesen Auseinandersetzungen konnte die Baath-Partei ihre Stellung befestigen.⁹³

„Die Armee konnte nur durch die Angst vor den Pistolen der Partei zur Loyalität gezwungen werden. Institutionell waren der Aufbau der Sicherheitsorgane und die besondere Organisation der Baath-Partei sowie die Etablierung der parteieigenen Volksarmee Faktoren, die sowohl die Stabilität der Baath-Herrschaft, als auch das Phänomen Saddam Hussein erklären lassen.“⁹⁴

Es stellt sich hier die Frage, wie es einer Partei, die über einen Putsch an die Macht gekommen war und nur einige hundert Mitglieder hatte, gelingen konnte, sich des Staates zu bemächtigen und die Gesellschaft nicht nur oberflächlich nach ihrem “Ebenbild” zu gestalten.

Gewalt war von Beginn an Ersatz für die Legitimation des Baath-Staates. Sie war ein stabilisierender Faktor und wurde von Anfang an planmäßig angewandt, um Angst und Schrecken zu verbreiten. Das Ergebnis war eine atomisierte, anomische Gesellschaft.⁹⁵

Wie schon vorher erwähnt, hatte sich die Baath-Partei beim erstem Putsch der Offiziere lediglich als Partner bedient. Bei der zweiten Machtübernahme am 31. Juli 1968 haben die Baathisten aus den Erfahrungen des Jahres 1963 gelernt, anders zu taktieren. Um die Macht der Baath-Partei zu stabilisieren, musste erst die innere Stabilität gefestigt werden. Die Partei schloss mit den Kurden einen Waffenstillstand und

⁹³) Vgl. F. Ibrahim, Staat und Gesellschaft im Irak, a. a. O., S. 22.

⁹⁴) Ebenda.

⁹⁵) Vgl. ebenda, S. 30.

versprach eine friedliche Lösung des Kurdenproblems. Außerdem strebte die Baath-Partei eine scheinbare Koalition mit der Irakischen Kommunistischen Partei an.⁹⁶

Tabelle 1

Die Militärputsche im Irak (Von 1936 – 1968)

Datum	Organisatoren	Regierung
29.10.1936	Bakr Sidiq und Ahli-Gruppe	Reg. Sulayman
17.08.1937	Amin al Umari, Sa'id Takriti	Reg. Midfa'i
25.12.1938	Sieben Generale und Oberste	Reg. Sa'id
01.02.1940	Vier Oberste (Goldene Vier)	Reg. Sa'id
26.01.1941	Vier Oberste (Goldene Vier)	Reg. Gaylani
02.04.1941	Vier Oberste (Goldene Vier)	Reg. Gaylani
14.07.1958	„Freie Offiziere“	Reg. Qassim
08.02.1963	Baath-Offiziere und Arif-Clan	Reg. Arif
18.11.1963	Baath-Offiziere und Arif-Clan	Reg. Arif
17.07.1968	Baath-Offiziere., „Arabische Revolutionäre“	
30.07.1968	Baath-Partei	RKR, Bakr

Quelle: Batatu, 1978, The Old Social Classes and the Revolutionary Movements of Iraq (...), S. 800 - 1085

Eine kurze Analyse der Tabelle macht deutlich, wie unstabil die politische Lage im Irak seit ihrer Gründung ist. Allein seit der Machtübernahme der Baath-Partei im Irak 1968 haben mehrere Putschversuche stattgefunden, aber ohne Erfolg. Keine dieser

⁹⁶) Vgl. A. S. Barazani, Schutz der Kurden, Band 2, Wien, 1985, S. 147-149.

Regierungen konnte aber die Gesellschaft und den Staat so auf Dauer unter Kontrolle und die Macht so fest in der Hand halten und sie geschickt stabilisieren, wie dies der Baath-Partei gelang. Es gibt kaum ein Land im Nahen Osten, in dem es so viele militärische Staatsstrieche gegeben hat wie im Irak.

2.3. Der Aufstieg Saddam Hussein als charismatischer und patrimonialer Führer

Saddam Hussein war Präsident der irakischen Republik, Oberbefehlshaber der Streitkräfte, Vorsitzender des alles beherrschenden Revolutionären Comandorates (RCC), Generalsekretär der Baath-Partei und trug diverse Titel wie Vater des irakischen Volkes, Schwert Arabiens, Sonne des Volkes, Weiser Führer der revolutionären Massen, die tagtäglich seinem Denkmal oder seinem Portrait am Eingang einer jeden Stadt und eines jeden Dorfes, auf den öffentlichen Plätzen und Märkten begegneten. Sein Standbild stand, riesig bemalt, überall herabblickend auf das vorbeigehende Fußvolk.⁹⁷

Im Irak begann Saddam Hussein zum Diktator aufzusteigen mit der Entmachtung des Militärs, mit der Verdrängung des letzten mächtigen Generals, Ahmad Hasan al-Bakr. Im Jahre 1979 kam die Diktatur, die Aflak etwa 40 Jahre früher für die Durchführung der ‚nationalen Revolution‘ als zwingend angesehen hatte, zu ihrer vollen Entfaltung.⁹⁸

„Ich gehöre zum Stamm Haschem und damit zur Familie des Propheten, dem Allah jeden Segen spenden möge!“ Diese Behauptung stellte Saddam Hussein auf, als die kriegerische Auseinandersetzung

⁹⁷) Vgl. Bahman Nirumand, Sturm im Golf, Hamburg, 1990, S. 17-18.

⁹⁸) Vgl. Phebe Marr, The modern History of Iraq, boulder, 1985, S. 229.

mit den Vereinigten Staaten von Amerika und deren Alliierten unmittelbar bevorstand. Er wollte damit zum Ausdruck bringen, dass er das Recht habe, den ‚Heiligen Krieg‘ auszurufen und damit alle Araber zum Kampf gegen den ‚Satan USA‘ zu mobilisieren. Doch die Aussage, er gehöre zur Familie des Propheten, war eine Lüge.“⁹⁹

Nach 1979 konzentrierte sich die Macht in den Händen Saddam Husseins, vor allem als Vorsitzender des RCC. Saddam übergab nach seiner Machtübernahme die wichtigsten Militärpositionen an Personen seines Vertrauens, also Personen seines Clans aus Tikrit.¹⁰⁰

Wolfgang Günter Lerch schreibt dazu, dass in der irakischen Propaganda alle Register gezogen wurden, wenn sie Saddam als den Erben Saladins, Nureddin Zengis und anderer Helden feierte, die gegen die christlichen Kreuzfahrer erfolgreich waren.¹⁰¹ Das irakische Informationsministerium schrieb in seiner Broschüre ein Zitat: "In 5000 oder 6000 Jahren werden die Kinder voller Stolz vom außerordentlichen Ruhm, dem großen Segen und dem phänomenalen Wohlstand jener Epoche vernehmen, die man die Ära des Führers Saddam Hussein nennen wird."¹⁰²

Saddam Hussein hat die Partei nötig als Instrument zur Absicherung seiner Macht und profitiert von ihren Massenorganisationen. Zu diesem Zweck verstärkte er den Einfluss und die Anerkennung der Partei. Dies, obwohl der Irak von einem Einzelmann als Alleinherrscher regiert wurde. Das bedeutet, dass die Partei, so wie es in einer patrimonialen Herrschaft typisch ist, als Instrument zur Herrschaftsstabilisierung der

⁹⁹) G. Konzelmann, Der Golf, a. a. O., S. 250.

¹⁰⁰) Vgl. P. Marr, The modern History of Iraq, a. a. O., S. 229.

¹⁰¹) FAZ, 22.01.1991, S.10.

¹⁰²) Die Zeit, 31.08.1990, S. 6-7.

eigenen Macht eingesetzt wurde.¹⁰³ Man kann daraus die Tatsache feststellen, dass Saddam Hussein für die Baath-Partei zum Ersatz geworden ist. Dabei ist der Irak, meines Erachtens, in dieser Hinsicht keine Einzellerscheinung im Nahen und im Mittleren Osten.

Die Ideologie der Baath-Partei scheint nach dem Aufstieg Saddam Husseins, insbesondere nach der Übernahme der Präsidentschaft 1979, in den Hintergrund getreten zu sein. Dies gilt auch für die Takritis, die ihre Position in der Partei und im Staat zugunsten der Familie Saddam Husseins verloren haben. Hussein hat sich seit dem Ausbruch des irakisch-iranischen Krieges vor allem auf seine Familie verlassen. Nicht anders als in den traditionellen Systemen der Golfstaaten entwickelte sich der Staat zu einer Art Familienbetrieb, ähnlich wie der Somosa Clan in Nicaragua.¹⁰⁴

Raymond Hinnebusch¹⁰⁵ bezeichnet die Herrschaft der Baath-Partei in Syrien unter Hafiz al-Asad als "Presidential Monarchy". In Syrien sowie im Irak unter der Herrschaft der Baath-Partei stützte sich die "Presidential Monarchy" auf kommunalistisch-ethnische Bindungen sowie auf eine Partei, die dem Regime lediglich die notwendige ideologische Legitimation verleiht. Sie stützte sich aber auch immer dann, wenn es opportun erscheint, auf religiöse Symbole und Inhalte, die nicht mit der säkularistischen Ideologie der Baath-Partei vereinbar waren. Der ausdrückliche Hinweis Saddam Husseins auf seine angebliche Abstammung von der Familie des Propheten, die Bezeichnung seiner Wahl durch die irakische Nationalversammlung

103) Vgl. Hans Günter Lohmeyer, Syrien: Das Reich des Leviathan, in: H. Wedel, Probleme der Zivilgesellschaft, Opladen, 1995, S. 79.

104) Vgl. Harald Möller, Der Krieg Irak-Iran, 1980-88, Berlin, 1995, S. 124; Vgl. F. Ibrahim, Staat und Gesellschaft im Irak, a. a. O., S. 24.

105) Raymond Hinnebusch, Authoritarian Power and State Formation in Ba'athist Syria: Army, Party, and Peasant, Boulder 1990.

(Parlament) 1982 als "Treueid"¹⁰⁶ und die Instrumentalisierung des Islam während der Kuwait-Krise standen im krassen Gegensatz zur sozialistisch-revolutionären Rhetorik der Baath-Partei nach 1968.¹⁰⁷

Saddam Hussein kann nur für Menschen ein Idol sein, die seit 800 Jahren, als Sultan Saladin die Kreuzfahrer aus Jerusalem vertrieb, keinen arabischen Helden mehr gesehen haben. Er verstand es, Panarabismus, antiwestlichen Radikalismus und islamischen Fundamentalismus mit Resten marxistischer Ideologie zu verbinden. Er propagierte den heiligen Krieg, den nationalen Befreiungskrieg und den Klassenkampf gleichzeitig.¹⁰⁸

Saddam Hussein traf den Nerv der Araber. Viele von ihnen fühlen bis zur Gegenwart die Niederlage, die der Westen ihnen zugefügt hat. Der irakische Präsident gilt im Gedanken vieler Araber als ein „neuer Nasser“, der als Herausforderer Israels und des Westens die Araber im Kampf gegen Imperialismus vereinte. Die Masse Arabiens ist in Palästina, Jordanien oder Ägypten davon überzeugt, nur ein starker arabischer Führer könne sie von der Niederlage bzw. Schande gegen Israel und von der Abhängigkeit von ausländischen Mächten erlösen.¹⁰⁹

Die Verbindung der Kuwait-Problematik mit der Palästinenserfrage war, meines Erachtens, ein kluger Plan, dadurch konnte sich Saddam Zustimmung bei den Palästinensern sichern. Hussein wusste, wie er den Palästinenser Hoffnung geben konnte, obwohl es den Arabern, vor allem den Palästinensern, klar ist, dass sie von den arabischen Machthabern politisch mißbraucht wurden.

94) Die formale Ratifizierung der Wahl eines islamischen Khalifen durch die islamische Gemeinschaft heisst Treuhand.

107) Die Zeit, 07.09.1990, S.9.

108) Vgl. FAZ, 22.08.1990, S. 3.

109) Vgl. W. G. Lerch, Vielleicht ohne Wiedergeburt, a. a. O., S. 10.

Eine ähnliche Stoßrichtung haben Anspielungen auf religiöse Motive. Dazu Wolfgang G. Lerch: "Saddam Hussein weckt in seinen Reden (Die Mutter der Schlachten hat begonnen) arabisch-nationale Emotionen, und spielt auch mit den religiösen Gefühlen der Araber. Nun behauptet er sogar ein Nachkomme des Propheten Mohamed zu sein."¹¹⁰

Saddam Husseins Propaganda und Versprechungen waren meines Erachtens nichts anderes als der Versuch, die Araber in Schach zu halten. Dies diente aber nur der eigenen Herrschaftssicherung und machtpolitischen Interessen. Es stellt sich die Frage, wieso die arabische Bevölkerung dies nicht wahrzunehmen schien.

Die arabische Gesellschaft ist bis heute despotisch, patriachalisch, hierarchisch und autoritär strukturiert. Individuelle Freiheiten nach westlichem Muster werden in den seltensten Fällen garantiert (...) Heute folgen die jahrzehntelang gedemütigten Araber Saddam Hussein (ungeachtet seiner aggressiven Politik nach innen und nach außen), und morgen würden sie jeder anderen erfolgreichen politischen Figur jubeln, die dem westlichen Abendland gegenüber kompromißlos auftritt und ihm die Zähne zeigt.¹¹¹

Die islamischen bzw. orientalischen Gesellschaften sind mosaikartige Gesellschaften, die über keine demokratischen Traditionen verfügen, eine Situation, die die Voraussetzungen eines charismatischen Führer hervorruft.¹¹²

Diese gesellschaftspolitische und psychologische Realität konnte Hussein für seine Führungsinteressen und deren Herrschaftssicherung

¹¹⁰) FR, 09.10.1990, S.14, Teil I.

¹¹¹) Vgl. F. Ibrahim, Staat und Gesellschaft im Irak, a. a. O., S. 28.

¹¹²) Vgl. ebenda, S. 19.

geschickt ausnutzen. Im Zusammenhang mit dem Phänomen Saddam Hussein stellt sich die Frage, in wieweit die Ideologie der Baath-Partei selbst der Diktatur Vorschub geleistet hat. Die baathistische Ideologie war von Anbeginn dem Prinzip einer nationalistischen Avantgarde und eines nationalen Führers nicht abgeneigt.¹¹³

2.4. Institutionen des Staates

- Der revolutionäre Kommandorat (RCC) -

Der revolutionäre Kommandorat (RCC) der Baath-Partei war, als eine politische Elite des Systems, das wichtigste Organ der Baath-Partei und ist das höchste Gremium im Staat. Es war das oberste legislative und exekutive Organ des Staates, es war also die höchste souveräne Autorität im Irak und hatte laut Gesetz ein Vetorecht gegen alle Entscheidungen der Nationalversammlung (Parlament). Über einen Revolutionsrat verfügten alle Machthaber im Irak, aber nur unter der Baath-Herrschaft nach dem Putsch von 1968 bildete der RCC seine spezifischen Merkmale aus. Er wurde wie ein Geheimbund oder Familienrat geführt.¹¹⁴

Der Präsident des RCC war Präsident der Republik, Premierminister und Vorsitzender des Ministerrats in einem, war gleichzeitig Oberbefehlshaber der Streitkräfte, Repräsentant der Exekutive, er ernannte und entließ die Minister und Richter und hatte das letzte Wort, zumal er über eine eigene Hausmacht – den Geheimdienst - verfügte. Er hieß seit dem 16. Juli 1979 Saddam Hussein. Der Vorsitzende des RCC besaß die absolute Immunität, die nur vom RCC selbst aufgehoben werden konnte. Der RCC setzte sich aus 22

¹¹³) Vgl. B. Nirumand, Sturm im Golf, a. a. O., S. 181-182.

¹¹⁴) Vgl. ebenda S. 181.

Mitgliedern zusammen, die aus der Regionalen Führung der ASBP gewählt wurden und volle Immunität besaßen.¹¹⁵

Der RCC hatte sowohl legislative als auch exekutive Funktionen. Er erließ und ratifizierte die Gesetze. Er bestimmte die Richtlinien der Politik, bestätigte die Entwicklungspläne, beschloss Angelegenheiten des Staatshaushaltes, der Landesverteidigung und der Außenpolitik, ratifizierte Verträge mit anderen Staaten und hatte das Recht, die Mobilmachung anzuordnen, Krieg zu erklären und Waffenstillstandsverträge abzuschließen. Die oberste Autorität im Staat verblieb laut Gesetz beim RCC, der weder selbst gewählt wurde noch irgendeinem vom Volk gewählten Organ verantwortlich war. Abgesehen davon ratifizierte der RCC die Entscheidungen der Nationalversammlung und konnte diese nach Gutdünken auflösen. Das Parlament besaß nicht nur keine demokratische Legitimation, es stand auch einem übermächtigen Präsidenten gegenüber. Damit werden zwei Hauptfaktoren des früheren irakischen Parlaments deutlich, nämlich die politische Kommunikation und die Legitimation der Baath-Herrschaft. Der Staatsapparat sah im Parlament primär ein Vermittlungsinstrument zwischen Regierung und Gesellschaft bzw. Teilen der Gesellschaft, auf die er sich stützte. Mit welcher Materie und Problematik und zu welchem Zeitpunkt sich das irakische Parlament beschäftigen durfte, bestimmte allein der Präsident.¹¹⁶

Die Schlussfolgerung liegt nahe, dass die Machtkonzentration sich eindeutig zum Präsidenten des RCC verlagert hatte. Shaker Alhamdani stellt in diesem Zusammenhang die Frage: „warum sich Saddam im Jahre 1980 die Mühe machte, ein Parlament zu gründen, das ähnlich

¹¹⁵) Vgl. I. Vanly, Kurdistan und die Kurden, Band 2, a. a. O., S. 155.

¹¹⁶) Vgl. Shaker Alhamdani, Innenansichten aus dem Irak, in: B. Nirumand (Hg.), Sturm im Golf, a. a. O., S. 182.

wie die frühere Volkskammer der DDR vom Volk zu wählen ist, aber keinerlei Befugnisse besitzt. Es dürfte lediglich Gesetzesvorschläge unterbreiten, sich jedoch weder in militärische noch in finanz- oder staatsicherheitspolitische Angelegenheiten mischen. Das heißt gegen den Willen der RCC konnte nichts verabschiedet werden.“¹¹⁷

Der Mitarbeiter des Deutschen Orient-Instituts in Hamburg Aziz Alkazaz interpretiert den RCC, indem er sich direkt auf die irakische Verfassung¹¹⁸ bezieht, wie folgt:

„Das Kabinett besteht seit der Regierungsumbildung vom 16.07.1979 aus dem Vorsitzenden des Ministerrates, dem 1. stellv. und 5 weiteren stellv. Premierministern, 20 Fachministern und 5 Staatsministern, darunter 5 Kurden. Zugleich ist jedes Mitglied der Regionalen Führung der ASBP (seit dem 04.09.1977) gleichzeitig Mitglied im Ministerrat. Der Ministerrat ist ein Exekutivorgan und hat im Verhältnis zum RCC wenig Macht. Er erstellt die Gesetzesentwürfe und legt sie dem RCC vor.“¹¹⁹

Konzelmann schreibt dazu, dass der RCC ursprünglich nur aus fünf Offizieren bestand. Als Saddam Hussein Staatsschef wurde, verlangte er, dass der RCC personell erweitert werden solle. Er solle künftig 14 Mitglieder umfassen, die auch zivile Mitglieder der Baath-Partei sein könnten. Der Ex-Präsident Ahmed Hassan al-Bakr machte Saddam Hussein zum Vorsitzenden des Revolutionären Kommandorats und schließlich zu seinem Vizepräsidenten.¹²⁰

117) Ebena

118) Die irakische Verfassung bestand zwischen 1958 bis 1990 aus einer lediglich provisorischen Verfassung. Ab 1990 hat die irakische Regierung eine „entgültige“ Verfassung verabschiedet. Zu der vorläufigen irakischen Verfassung s. Anhang, S. 231-242.

119) Aziz Alkazaz, Irak, in: Handbuch der Dritten Welt, Dieter Nohlen und Franz Nuscheler (Hg.), Hamburg, 1978, S. 201-241, 78-79.

120) G. Konzmann, Der Golf, a. a. O., S. 252.

2.5. Die Organisationsstruktur der Baath-Partei

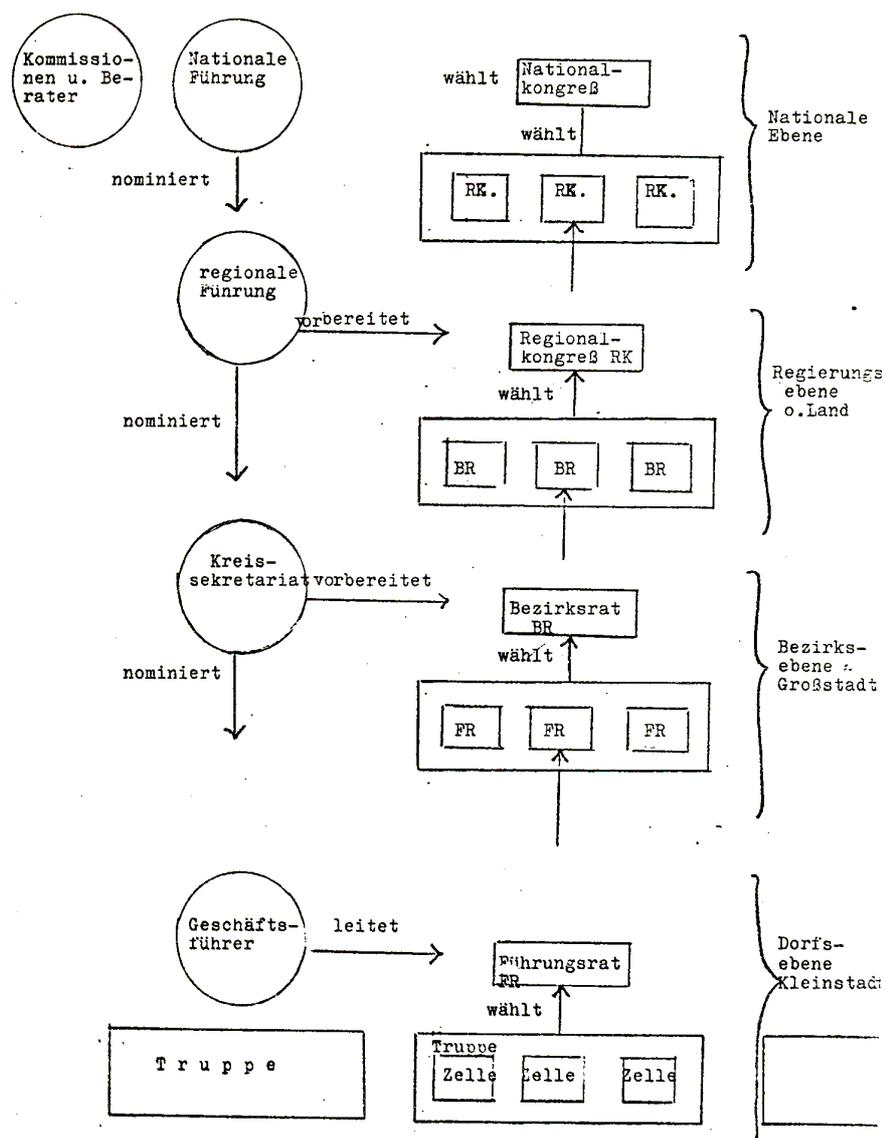


Abbildung 1

Quelle: Hussam Eddin Falioum, Die Baath-Partei, Münster, 1977,

S. 176

Um die Organisationsstruktur der Baath-Partei zu verstehen, halte ich eine Interpretation der Abbildung 1 für notwendig:

*Der Nationalkongreß ist das höchste Gremium der Organisation, kontrolliert und koordiniert die Arbeit aller Institutionen und Funktionen der Partei.

*Der Regionalkongreß ist das höchste Gremium in jedem arabischen Land, Er übt dieselben Funktionen wie der nationale Kongreß aus, allerdings nur auf regionaler Ebene. Dort führt er die Geschäfte des nationalen Kongresses aus.

*Der Bezirksrat führt Parteifunktionen innerhalb eines Bezirkes, einer Großstadt, eines Großproduktionssektors oder eines militärischen Regiments aus.

*Die Basis-Einheiten ist für den direkten Kontakt mit der Bevölkerung verantwortlich.

*Und die Zelle als die kleinste Struktureinheit, hat in der Regel Ausführungsaufgaben. Die Zelle dient zur Meinungsbildung auf der untersten Stufe der Organisation, zur Durchführung der delegierten Aufgaben und der Entsendung von Vertretern in die höheren Organisationsgremien.

*Und die Truppe, als Grundbasis der Partei-aktivitäten, umfasst mindestens neuen Mitglieder, Ihre Aufgaben erstrecken sich auf Propaganda, Organisation, Agitation, Information, politische, kulturelle Beteiligung u. a. Sie trifft sich wöchentlich, besitzt ein Führungsgremium, das sich aus fünf Mitgliedern zusammensetzt und hat einen Geschäftsführer.¹²¹

Auch Raymond A. Hinnebusch hat die Organisationsstruktur der Baath-Partei aus seiner Sicht dargestellt (s. Abbildung 2). Die pyramidische Organisationsstruktur soll eine Basisdemokratie

¹²¹) Vgl. Hussam Eddin Falioun, Die Baath-Partei, a. a. O., S. 175-177.

darstellen, die Macht und Befehle wurden trotzdem zentral vom oben erteilt und entschieden. Dazu schreibt Hinnebusch:

“The Party organization links the political elite to society through a four-layered pyramid erected on “democratic-centralist” lines (s. Abbildung 2-Autor). The basic level “units” (*firqa*, pl. *firaq*), made up of several cells (*halaqat*), are located in villages, factories, neighborhoods and public institutions. These basic units are grouped into sub-branches or sections (*shu`ba*, *shu`ab*) at the district (*mantiqa*) or town level and these are combined in branches (*far`*, *furu`* in the provinces (*muhafazat*), major Cities, and dominant institutions (such as a university). This structure is joined with a parallel military organization in the countrywide (qutri) Party organization. Each level of organization has its own assembly and executive committee-“command” or “leadership”(qiyada)-headed by a secretary (*amin*). At the countrywide level, there is a more complex superstructure made up of three institutions: a “Regional Congress” (*al-mu'tamar al-qutri*), and issuing from it, a Central Committee (*al-lajna al-markaziya*), and a sort of politburo, the “Regional Command” (*al-giyada al-qutriya*), which is the top Party authority for governance of Syria. A technically superior Pan-Arab National Congress (*al-mu'tamar al-qaumi*) groups representatives of the dominant Syrian Party and the Small extra-Syrian branches of the Ba'th and from it issues a “National Command” (*al-giyada al-qaumiya*), in theory the Party's supreme executive organ. In principle, this hierarchy is raised in elections beginning at the bases.”¹²²

Die Baath-Partei arbeitete und führte ihre Aktivitäten nach totalitären Prinzipien. Sie schickte ihre Aktivisten in das Land, um die Masse zu organisieren und zu ideologisieren. Dazu schreibt Hanna Batatu folgendes:

„The Ba`th party in Iraq embraced thousands of tested Arab young strugglers. They were, however, deprived of the right of membership which was confined to hundreds, some say to fewer than eight hundred, others to fewer than seven hundred. These hundreds, distributed over the different provinces... tens in each province, governed Iraq's millions. From such a secret group no authentic will

¹²²) Raymond a. Hinnebusch, a. a. O., S. 167.

could emerge. This was wholly out of keeping with the spirit of our party's rules."¹²³

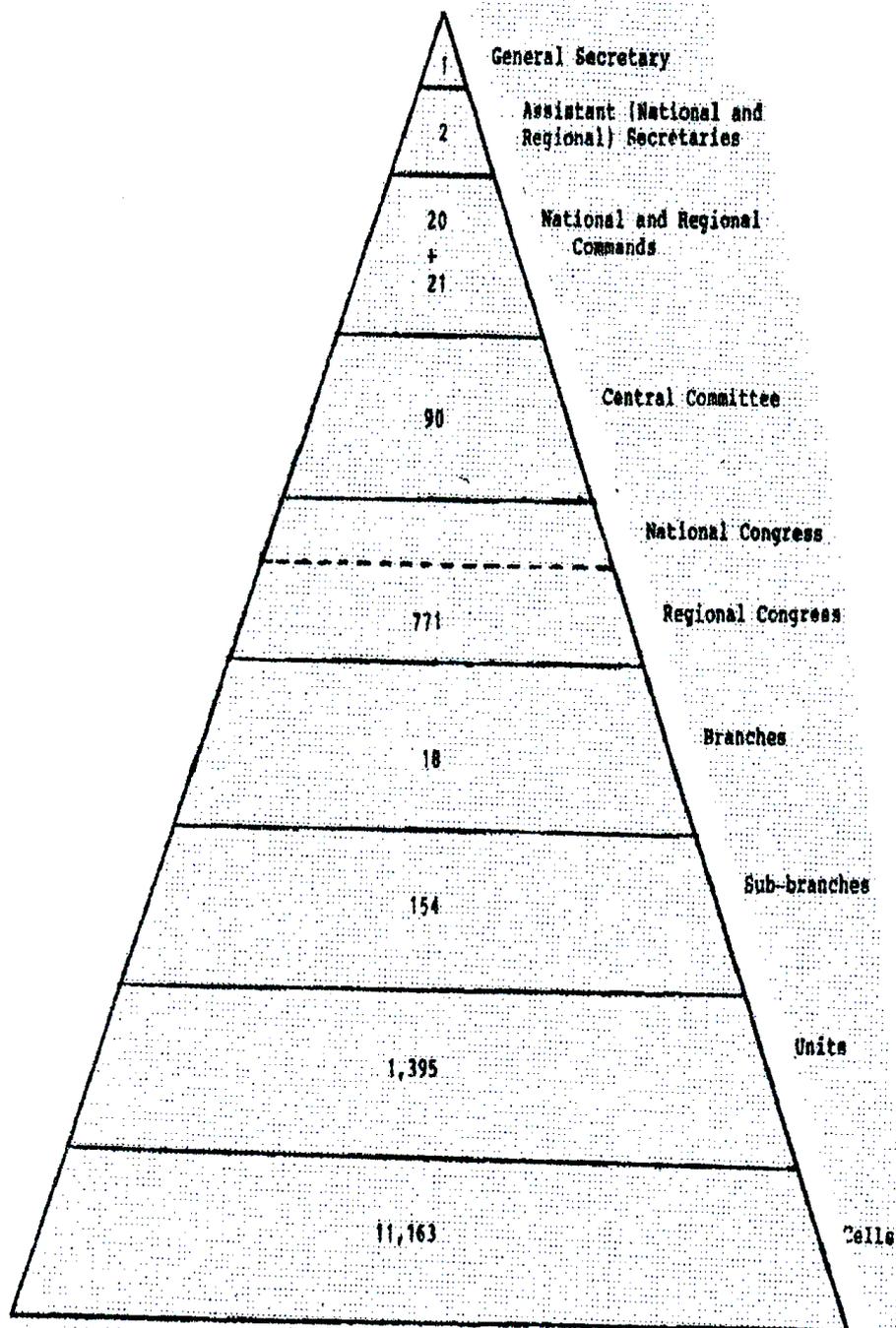


Abbildung 2

¹²³) H. Batatu, The old social classes..., a. a. O., S. 1010.

Structure of the Ba'ath party (Numbers indicate amount of lower organizational units and membership of higher organs)

Quelle: Raymond A. Hinnebusch, *Authoritarian Power and State Formation in Ba'athist Syria*, Oxford, 1990, S. 169

2.6. Parlament und Gesellschaft im patrimonialen System der Baath-Herrschaft

Was das Parlament im politischen System des Irak anbetrifft, meint Aziz Alkazaz, dass die gesetzlichen Grundlagen der Nationalversammlung in den Artikeln 46 bis 55 der provisorischen Verfassung von 1970 verankert sind. Pläne für die Durchführung allgemeiner Wahlen und Konstituierung der Nationalversammlung wurden zwar ausgearbeitet, aber noch nicht implementiert. In der Nationalversammlung sollten alle zugelassenen Parteien und Organisationen vertreten sein.¹²⁴

In Kapitel zwei der irakischen Verfassung wurde in Artikel 53 bezüglich der Frage der Nationalversammlung folgendes festgehalten: Die Nationalversammlung hat die ihr vom Staatspräsidenten vorgelegten Gesetzesentwürfe innerhalb von fünfzehn Tagen zu prüfen. Eine allfällige Zurückweisung ist unter Angabe der Gründe dem Staatspräsidenten zu übermitteln. Im Falle der Annahme ist der Gesetzentwurf dem Revolutionskommandorat (RCC) zuzuleiten. Sofern dieser ihn beschließt, kann er promulgiert werden. Ändert die Nationalversammlung den Entwurf ab, so ist er dem RCC zuzustellen. Weist der RCC die Abänderung zurück, oder nimmt er selbst eine Änderung vor, so ist der Entwurf innerhalb einer Woche wieder dem Parlament vorzulegen. Schließt sich die Nationalversammlung

¹²⁴) Vgl. A. Alkazaz, Irak, in: *Handbuch der Dritten Welt*, Dieter Nohlen und Franz Nuscheler (Hg.), a. a. O., S. 201-241, 78-79.

(Parlament) der Meinung der RCC an, so ist der Entwurf dem Staatspräsidenten zur Promulgation zuzustellen. Besteht das Parlament nach zweiter Lesung auf ihrer Meinung, so hat eine gemeinsame Sitzung des Rates und der Versammlung stattzufinden. In dieser Sitzung ist eine endgültige Entscheidung mit Zweidrittel-Mehrheit zu fällen. Der Entwurf ist sodann bei Annahme dem Staatspräsidenten zur Promulgation zuzuleiten.¹²⁵

Dazu schreibt Peter Pawelka: In patrimonialen Systemen ist das Parlament weder an der Regierungsbildung, noch am politischen Entscheidungsprozeß beteiligt, und die Teilnahme an der Gesetzgebung überwiegend formal.¹²⁶

Es hat sich in der irakischen Geschichte noch nie ereignet, dass die Nationalversammlung bzw. das Parlament irgendein Gesetz oder einen Beschluß des RCC zurückgewiesen oder abgelehnt hat. Das Parlament war offensichtlich nur eine Fassade ohne Macht. Gegenüber dem Staatspräsidenten bzw. dem Präsidentenclan war der RCC ebenfalls ein Organ ohne Staatsmacht. Das Parlament hatte damit weder auf außenpolitische Fragen noch auf gesamtgesellschaftliche und wirtschaftspolitische Entscheidungen Einfluss.¹²⁷

Pawelka spricht in seiner Analyse über das politische System in Ägypten, über die verschiedenen Funktionen von Interessengruppen. Er meint, dass die Aufgaben dieser gesellschaftlichen Gruppen nicht gleich zu setzen ist mit denen in den liberalen Demokratien. In Bezug auf die Rolle von Interessengruppen in patrimonialen Systemen vertritt Peter Pawelk folgende Auffassung:

125) Vgl. Nobert Wimmer, Irak–eine revolutionäre Demokratie, Innsbruck, 1981, S. 63.

126) Vgl. P. Pawelka, Herrschaft und Entwicklung, a. a. O., S. 95.

127) Vgl. I. Vanly, Kurdistan und die Kurden, Band 2, a. a. O., S. 155.

„Alle Interessengruppen dienen zunächst der staatlichen Kontrolle jener Teile der Gesellschaft, die sie formal vertreten. Zum zweiten helfen sie mit, das politische System und das Regime zu legitimieren. Vor allem in außenpolitischen Krisen wurden die Mitglieder verschiedener Interessengruppen aufgerufen, das Regime aktiv zu unterstützen. Diese Mobilisierung war jedoch völlig abhängig von den Bedürfnissen der Herrschenden. Und schließlich drittens dienen Interessengruppen der Bildung und Pflege informaler Kommunikationen zwischen dem Staatsapparat einerseits und speziellen Teilen der Gesellschaft andererseits. Sie erfüllen vor allem Aufgaben der politischen Information und Einflussnahme des Regimes.“¹²⁸

Was die gesellschaftliche Masse anbetrifft, so drückte der Gründer und Chefideologe der Baath-Partei Aflaq in einem 1941 erschienenen Artikel sein Misstrauen den Massen gegenüber aus:

„Das Volk ist überall unfähig, eine Idee wirklich und rasch zu verstehen. Aus diesem Grund sucht es nach lebendigen Menschen, die die Idee verkörpern. An diesen Personen und nur an ihren Werten und der moralischen Stärke ihrer Arbeit und ihrer Aktivitäten wird der Wert ihrer Ideen gemessen. Wenn eine Gruppe von gebildeten, aktiven und moralisch starken jungen Männern sich zusammentut und sich einer strengen und hierarchischen Ordnung unterwirft, wird diese ihren Einfluß auf das Volk garantieren. Die Heiligkeit, die diese Leute ihrem Führer zubilligen, wird in Wirklichkeit der Idee, die sie verbreiten wollen, dienen.“¹²⁹

¹²⁸) P. Pawelka, Herrschaft und Entwicklung, a. a. O., S. 62-63.

¹²⁹) F. Ibrahim, Staat und Gesellschaft im Irak, a. a. O., S. 23.

Das autoritäre Verhältnis zwischen der irakischen Gesellschaft und dem Baath-Staat ist keine Einzelferscheinung. Es kann auch in anderen arabischen Herrschaftssystemen festgestellt werden und ist auf mehreren Faktoren zurückzuführen:

- Politik wurde in der islamischen Gesellschaft bzw. islamischen Tradition tabuisiert.
- Fehlende politische Teilnahme der gesellschaftlichen Masse.¹³⁰
- Das Herrschaftssystem im Islam, schreibt F. Ibrahim, basierte auf „Unterwerfung“ mit der Konsequenz, daß die Beschäftigung mit der politischen Wissenschaft in der islamischen Kultur rudimentär blieb.¹³¹

Auf den Irak bezogen, können weitere Faktoren genannt werden, warum die irakische Gesellschaft schwach und gering organisiert ist; diese sind meiner Meinung nach:

- Weil die politische Kultur orientalischer Systeme keine unabhängige bzw. eigenständige Interessenartikulation ermöglicht hat, und darüber hinaus wird die Unterdrückung der Interessenorganisation und entstandenen unabhängigen autonomen Organisationen durch das Militär und den Geheimdienst angeführt.¹³²
- Die Eliminierung der zivilen Gesellschaft ist eine der entscheidenden Gründe für die oben genannte These und für die anhaltende Stabilität der irakischen Herrschaft.¹³³ Die Ausschaltung der politischen Opposition bzw. die Ausschaltung der vom Staat unabhängigen Interessengruppen oder deren Instrumentalisierung bedeutet, dass der Gesellschaft das letzte Instrument genommen wurde, ihre Interessen zu

130) Vgl. ebenda, S. 28.

131) Vgl. Ebenda.

132) Vgl. H. G. Lobmeyer, Syrien, Das Reich des Leviathan, a. a. O., S. 80.

133) Vgl. ebenda, S. 77.

artikulieren, Partizipationsmöglichkeiten zu haben und ihren Protest zum Ausdruck bringen zu können. Die Privatisierung des Staates heißt dann hier die Verstaatlichung der Gesellschaft.¹³⁴

Es hat in der Geschichte der orientalischen Systeme zahlreiche Ansatzpunkte für die Herausbildung gesellschaftlicher Organisationen gegeben. Nur hat immer wieder der Staat diese Entwicklung einzudämmen versucht. Eine Vielzahl gesellschaftlicher Organisationen und Bewegungen ist in den postkolonialen Staaten des Nahen und Mittleren Osten, auch im Irak, entstanden. Aber der patrimoniale Staat hat sie rigoros eingeschränkt.¹³⁵

Alle arabischen Gesellschaften bzw. Staaten, nicht nur im Irak, haben mosaikartige Strukturen. Da sich die heterogen strukturierte Gesellschaft dem Staat gegenüber indifferent verhält, versuchte dieser, anstelle der „abwesenden“ eine künstliche Gesellschaft zu kreieren. Er gründet Gewerkschaften und andere Massenorganisationen, die von ihm abhängig sind. Die neue Gesellschaft ist eine „staatliche“ Gesellschaft, die nach dem Ebenbild des Staates entworfen ist und lediglich den Schatten des Staates über die Gesellschaft darstellt.¹³⁶

„Die national bewußte Elite muß nach Vorstellungen Aflaqs in einer rückständigen Gesellschaft solche Führungsaufgaben übernehmen. Die Zustimmung der ‚Masse‘, so Aflaq 1959, sei weder vorhanden, noch für die Legitimation des Führers erforderlich. Der Führer in einer Phase der Schwäche und des ideologischen Tiefstandes ist nicht jemand, der der Mehrheit gefällt, sondern der eine, der widersteht ...; er ist nicht der, der Massen an die Stelle der Ideologie setzt, sondern der, welcher die

134) Vgl. ebenda.

135) Vgl. P. Pawelka, Herrschaft und Entwicklung, a. a. O., S. 61.

136) Vgl. F. Ibrahim, Staat und Gesellschaft im Irak, a. a. O., S. 29-30.

„Menge“ zur Ideologie leitet. Er ist der Besitzer einer einheitlichen Ideologie, der alles, was ihr widerspricht, ausschließt.“¹³⁷

Auf die Baath-Herrschaft in Syrien traf zu, was eine Gruppe arabischer Sozialwissenschaftler in der gesamten arabischen Welt beobachtete: „Die Gesellschaft verzichtete auf Interessenartikulation und politische Partizipation in der Annahme, dass das herrschende Regime für die nationale Einheit, ökonomische Entwicklung und soziale Gerechtigkeit sorgen würde.“¹³⁸

Insgesamt kommen die Aktivitäten der Volksorganisationen und Berufsverbände nicht der jeweils repräsentierten gesellschaftlichen Gruppe in ihrer Gesamtheit zugute; der Nutzen ist weniger kollektiver als individueller Natur, entwickelten sich doch die Volksorganisationen unter Asad zu institutionalisierten Patronagenetzen. In dem Maße, wie im Baathistischen Syrien insbesondere unter Asad eine Institutionalisierung gesellschaftlicher Strukturen stattfand, wurden die Beziehungen zwischen Staat und Gesellschaft individualisiert. Wie der Studentenverband, der bei der Vergabe von Stipendien ein entscheidendes Wörtchen mitzureden hat. Nicht nur die ideologisch-politische, an die Partei gebundene Loyalität wird als ausschlaggebendes Kriterium zugrunde gelegt, sondern die persönliche Loyalität gegenüber dem maßgeblichen Funktionär.¹³⁹

Demnach haben Massenorganisationen und Partei als zwei wichtige institutionelle Elemente patrimonialer Herrschaft meines Erachtens die Funktion, zwischen herrschender Elite und Gesellschaft wichtige soziale Gruppen an das von Asad beherrschte Patronagenetz zu binden.

¹³⁷) Ebenda, S. 23-24.

¹³⁸) Hans Günter Lobmeyer, Syrien, Das Reich des Leviathan, a. a. O., S. 80.

¹³⁹) Vgl. ebenda, S. 79.

Solche Interessengruppen in derartigen neo-patrimonialen Systemen sind trotzdem geduldete und zeitweilig sogar geschätzte Hilfsorgane der bürokratischen Steuerung. Die eigentliche Vermittlung zwischen Herrschenden und Beherrschten liegt in den Händen der Bürokratie. Dass im Irak unter der dortigen Baath-Partei ähnliche Umstände herrschten wie unter der Baath-Partei in Syrien, liegt meiner Ansicht nach an der politisch-ideologischen Natur beziehungsweise der Philosophie des Gründers der Baath-Partei, Aflak. Es geht meines Erachtens den Baath-Parteien in beiden Staaten weniger um die Einheit des arabischen Raumes als vielmehr um die Beibehaltung und den Ausbau der eigenen Macht.

2.7. Der Nationalismus als ideologisches Instrument zur Herrschaftsstabilisierung

In den letzten zwei Jahrhunderten hat der Nationalismus Arabiens eine geschichtlich-politische Wandlung erlebt. Diese Wandlung wurde aber extern dorthin herangetragen und nicht als ein selbstbestimmter Prozess, wie er in Europa stattgefunden hat. Demnach ist diese Form von arabischen Nationalismus ein passiver, reaktiver Prozess.¹⁴⁰

Die europäischen Kolonialmächte haben während des ersten Weltkrieges die arabischen Nationalisten unterstützt, mit dem Ziel, dadurch das türkisch-osmanische Reich zu schwächen und zu spalten. Die fortgeschrittene bürgerliche Gesellschaft bzw. die europäischen Nationalstaaten des Westens galten für den arabischen Nationalismus bis zum Ende des Ersten Weltkrieges als Vorbild. Die arabischen Nationalisten hofften mit Unterstützung der Kolonialmächte einen arabischen Nationalstaat zu verwirklichen. Nach dem Sieg der

¹⁴⁰) Vgl. Bassam Tibi, Vom Gottesreich zum Nationalstaat. Islam und panarabischer Nationalismus, Frankfurt/M, 1987.

Kolonialmächte (England und Frankreich) im ersten Weltkrieg teilten die Siegermächte das Osmanische Reich unter sich auf. Dieses führte zu einer großen Enttäuschung unter den arabischen Nationalisten.¹⁴¹ Seitdem gehört die Befreiung Arabiens aus kolonialer Macht zum Bestandteil jedes Programms der arabischen Führer.¹⁴²

Nach Meinung von Bassam Tibi galt der panarabische Nationalismus seit Beginn der fünfziger Jahre als verbindliche Doktrin, und der arabische Nationalismus war populär. Seiner Einschätzung nach verlor der Panarabismus jedoch mit der Niederlage im Juni-Krieg 1967 (der Sechs-Tage Krieg) an Wirkungskraft.¹⁴³

Der Putsch in Ägypten, die Krise von Suez und auch seine Haltung gegenüber dem Westen, dem er unversöhnliche Härte zeigte, machten Nasser, meines Erachtens, zum Vorreiter der panarabischen Idee.

Laut Bassam Tibi ging es Nasser jedoch nicht um die Emanzipation der Individuen, sondern um die Verwirklichung der Interessen einer kleinbürgerlichen Schicht, die bis dahin weder im politischen noch im ökonomischen Sinne eine Rolle gespielt hatte. Diese baute ihre Macht nach und nach auf allen Ebenen der Gesellschaft aus und sicherte ihren Herrschaftsanspruch mit Hilfe von pseudo-sozialistischen, nationalistischen sowie panislamistischen und panarabischen Elementen ab.¹⁴⁴

Demnach kann man davon ausgehen, daß es Nasser nicht um die Verwirklichung einer arabischen Nation im Sinne des Panarabismus

141) Vgl. ebenda, S. 104.

142) Vgl. ebenda, S. 194.

143) Vgl. B. Tibi, *Militär und Sozialismus*, Frankfurt/ M, 1973, S. 194.

144) Vgl. ebenda, S. 197, 201, sowie S. 214.

ging, sondern lediglich um die Erhaltung und den möglichen Ausbau seiner Macht.

Die Popularität, die Nasser genoss, läßt sich meiner Meinung nach weitgehend mit der Kränkung erklären, welche die Araber gegenüber dem Westen empfinden. Ich denke, dass sich daraus weniger eine politisch-ideologische Programmatik ableiten lässt als vielmehr dieses besagte tiefsitzende Gefühl der Kränkung. Daraus können die gleichen politischen und historischen Voraussetzungen für Saddam Hussein und die Baath-Partei abgeleitet werden: die Aufrechterhaltung der Macht in der Hand eines selbst ernannten Führers, wobei die Parteiprinzipien bzw. Programmatik nur auf dem Papier stehen. Die Araber brauchten wieder einmal einen Führer.¹⁴⁵ In Saddam Hussein wurden Hoffnungen gesetzt, da er dem Westen die Stirn bot und drohte, die Hälfte Israels mit chemischen Waffen zu verbrennen.¹⁴⁶

Ähnlich wie Nasser versuchte Saddam Hussein die Rolle eines starken Führers zu übernehmen, um als Vorreiter der arabischen Nation aufzusteigen. Der Krieg gegen den Iran, die Eroberung Kuwaits und seine antiamerikanische Haltung waren für die arabischen Menschen Heldentum. Saddam versuchte damit seine charismatische Herrschaftsführungsposition zu festigen.

¹⁴⁵) Nach dem Sturz Saddam Husseins werden sich die Araber – so scheint es mir – auf die Suche nach einem neuen Führer machen.

¹⁴⁶) Vgl. Salar Bassireh, Der zweite Golfkrieg, in: Zeitschrift für strategische Studien (Journal of the centre of strategic studies), Nr. 1, 10. 02.2002, Sulaimania/Irak, S. 47 (kurdisch).

2.8. Die religiöse Weltanschauung und der arabische Nationalismus der Baath-Partei

Ayatolla Chomeini vertrat, auch während seines Exils im Irak, die Meinung, dass der Nationalismus ein Hirngespinnst der Menschheit sei. Seiner Meinung nach kennt der Islam keine nationalen Grenzen. Chomeini träumte von der Gründung eines islamischen Imperiums, das erst die islamischen Länder und danach die ganze Welt umfassen sollte. Der Irak bildete das schwächste Glied in der Kette dieser Länder. In der Diktion Chomeinis herrschten im Irak die gottlosen Baathisten. Obwohl die islamischen Schiiten die Mehrheit der Bevölkerung im Irak bilden, waren sie von der politischen Macht ausgeschlossen und wurden verfolgt. Nach der Machtübernahme im Iran träumte Chomeini von der Gründung eines islamischen Staats im Irak durch die Mehrheit der islamischen Schiiten.¹⁴⁷

„Der Christ Michel Aflak hatte zwar in Salah ad-Din al-Bitar einen Moslem bei der Parteigründung neben sich, die Massen Arabiens aber sahen und sehen im Willen Allahs die treibende Kraft dieser Welt. Wer Allah zu nennen vergisst, fand und findet keinen Anklang. Die Bedeutung Allahs wurde im Programm der Baath-Partei nirgends erwähnt. Für die Partei existierte Allah nicht. Die jungen Offiziere waren zwar auch meist religiös veranlagt, doch suchten sie nach einem irdischen Rezept für die Bewältigung von Problemen der Gegenwart. Sie litten darunter, dass sich Arabien in einem schmachvollen Zustand befand.“¹⁴⁸

In der Verfassung der Baath-Partei wurde der Islam nicht erwähnt. (s. Anhang, Die Verfassung der Baath-Partei). Für Aflak ist der Islam eine der Manifestationen des ewigen Genius der arabischen Nation.

¹⁴⁷) Vgl. B. Nirumand, Sturm im Golf, a. a. O., S. 118.

¹⁴⁸) G. Konzelmann, Der Golf, a. a. O., S. 240.

Arabischer Nationalismus stehe über dem Islam und setze Arabismus an die Stelle von Nationalismus und Islam an die Stelle von Religion, denn dann könne das Problem in neuem Licht gesehen werden, meint Aflak. Der Islam sei aus dem Herzen des Arabismus gegründet worden. Es sei unmöglich, dem zu widersprechen. Dies ist Aflaks Antwort auf die Angriffe gegen die Baath-Ideologie, was ihre Einstellung zur Religion anbetrifft.¹⁴⁹ Nach Aflak sollte der Islam im Grunde genommen im Dienste der arabischen Nationalismus stehen, sollte seine Entwicklung mit der der Arabismus verbunden sein. Für Aflak stand die Rettung des Islamismus nicht auf dem Programm.¹⁵⁰

Michel Aflak, als Gründer und Chefideologe der ASBP, vertrat die Position, dass der Islam das Arabertum geschaffen habe. Saddam Hussein hingegen betonte immer, dass es ohne die Araber keinen Islam gäbe. Er interpretierte daher Islam zugunsten des arabischen Nationalismus.¹⁵¹

Aflak vertritt die Einstellung, dass durch die Expansion des islamischen Reiches durch die Araber, die auch viele fremde Länder außerhalb Arabiens umfasste, viele arabische Werte in nichtarabischen Völker verloren gegangen seien, was den Verfall der arabischen moralischen Werte und ihres Nationalgefühls bedeute. Dem Gründer der Baath-Ideologie Aflak und der Baath-Partei im Irak geht es also um die Arabisierung des Islam und nicht um die Islamisierung des Arabertums, es steht der arabischen Nationalismus im Vordergrund und dieser soll nicht von Religion beeinflusst und gesteuert werden. Der Islam soll mit dem arabischen Nationalismus reformiert werden. Die führenden Persönlichkeiten der ASBP (Arabisch Sozialistische Baath-Partei) haben oft betont, dass sie danach streben, das ganze irakische Volk zu

¹⁴⁹) Vgl. H. Mahr, Die Baath-Partei, a. a. O., S. 140.

¹⁵⁰) Vgl. G. Konzelmann, Der Golf, a. a. O., S. 240.

¹⁵¹) Vgl. Unsere Zeit, 26.10.1990, S. 3.

baathisieren und das Ziel verfolgen, die Iraker nationalistisch zu erziehen.¹⁵²

Dass während des zweiten Golfkrieges die Baath-Partei und Saddam Hussein die islamische Welt religiös zu motivieren versuchten und den Heiligen Krieg ausriefen, obwohl die Ideologie der Baath-Partei immer von einer Trennung zwischen Politik und Religion ausging, macht deutlich, dass Religion an dieser Stelle zum Zweck der politischen Herrschaft instrumentalisiert wurde.¹⁵³

Der Islam spielte zwar eine besondere Rolle, was die Herausbildung der arabischen Nation betrifft, er wurde aber von den Baathisten als eine gesellschaftliche und politische Alternative abgelehnt, da sie ihn aus einer modernistischen Einstellung heraus als reaktionäres und konservatives Element verstanden. Im Gegensatz zu Nasser distanzierte sich die Baath-Ideologie weit mehr vom Islam und forderte die Trennung von Politik und Religion.¹⁵⁴

Dennoch scheute sich Saddam Hussein nicht, den zweiten Golfkrieg als „Heiligen Krieg“ zu bezeichnen, genauso wie es Chomeini im ersten Golfkrieg getan hatte.

Daran zeigt sich, dass zur Aufrechterhaltung der Macht die jeweils passenden ideologischen Inhalte und Symbole auf opportunistische Weise instrumentalisiert werden, wobei jeweils die konkrete politische Situation die ideologische Orientierung der Partei bestimmt.¹⁵⁵

152) Vgl. H. Mahr, Die Baath-Partei, a. a. O., S. 140-141.

153) Vgl. UZ, 26.10.1990, S. 3.

154) Vgl., F. Rasoul, Irak-Iran, a. a. O., S. 46.

155) Vgl. F. Ibrahim, Staat und Gesellschaft im Irak, a. a. O., S. 24.

2.9. Krieg als Mittel der Politik zur Stabilisierung der Herrschaft

Was die Bedeutung der Kriege für die Baath-Herrschaft im Irak betrifft, äußert sich Ibrahim folgende massen:

„Eine besondere Bedeutung für die Herrschaftsstabilisierung im Irak haben die Kriege, die das Regime nach innen und außen führte. Krieg ist für die herrschende Baath-Partei aber nicht immer die ultima ratio. Die Frage ob Krieg oder Frieden, ist davon abhängig, ob dies für die Stabilität des Baath-Regimes positive oder negative Folgen erwarten läßt. Der Krieg wird daher nach dem Prinzip der Opportunität als Mittel der Politik eingesetzt. Das Regime hat bis jetzt zwei große interne und eben so viele externe Kriege geführt. Es hat aber auch auf kriegerische Auseinandersetzungen gegen interne und externe Akteure verzichtet, wenn zu erwarten war, daß dies destabilisierend gewirkt hätten.“¹⁵⁶

Aufgrund der immer tiefer werdenden ökonomisch-politischen Krise im Irak wurde die irakische Regierung mit einer wachsenden Unzufriedenheit der Massen und der zunehmenden Opposition konfrontiert. Krieg und Repressionen gegen die Kurden und die schiitische Bevölkerungsmehrheit, generell das Verbot der religiösen Organisationen im Irak, darunter auch Sunniten, Verfolgung der Kommunisten, Unterdrückung und Vertreibung der christlichen Assyrer, Turkumenen und anders Denkender machen deutlich, daß arabisch-nationalistische Ziele bei der irakischen Baath-Führung dominant waren und nicht die Ideologie des Islam. All das führte zu starken innenpolitischen Spannungen und Krisen. Um die Menschen von den Widersprüchen im Land abzulenken und sie mit Problemen außerhalb des Irak zu beschäftigen, und um eine solche Politik zu betreiben, dazu schien der Krieg das geeignetste und beste Mittel. Das heißt: Die irakische Regierung hoffte, so die inneren Widersprüche in einen äußeren Widerspruch umzuwandeln. Diese Politik schloss in ihr

¹⁵⁶) Ebenda, S. 31.

Kalkül auch eine bewaffnete Konfrontation mit dem Iran ein. Die Gegensätze zwischen dem Volk und dem einheimischen Regime sollten umgelenkt werden. Der Krieg hat also als Mittel zur Stabilisierung der Herrschaft gedient.¹⁵⁷

Die gleiche Situation trifft ebenfalls auf den Iran zu. Nach dem Sturz des Schah beharrten die Massen im Iran immer mehr auf ihren sozialen, politischen und ökonomischen Forderungen. Die neue islamische Regierung war nicht in der Lage, die Grundforderungen der Massen und der Opposition zu erfüllen. Daher war der Krieg für das Regime im Iran auch ein willkommener Anlass, die Menschen mit außenpolitischen Problemen zu beschäftigen. Der Krieg mit dem Irak hatte also schließlich einen ablenkenden Effekt. Die Regierung in Teheran hatte aus innenpolitischen Gründen kein vordringliches Interesse, den Krieg mit dem Irak zu beenden. Überall im Iran startete das Regime Propagandakampagnen "Krieg zwischen dem Islam und dem Heidentum", "Krieg zwischen Ungläubigen und Moslems". Jegliche Proteste der Massen wurden mit dem Hinweis auf den Krieg im Keim erstickt.¹⁵⁸

In diesem Krieg war die Armee, der die Führung in Teheran mit einigem Misstrauen gegenüberstand, gebunden. Damit war die Gefahr herabgesetzt, dass ein Teil von ihr sich auf die Seite der Opposition schlug oder - in welcher Weise auch immer - die Macht in Teheran übernehmen könnte. Eine Beilegung des Krieges dürfte darüber hinaus die alten Spannungen zwischen Teilen der Armee und den Pasdaran (Revolutionswächtern) wieder aufleben lassen.¹⁵⁹

¹⁵⁷) Vgl. ebenda, S. 31-33; Vgl. Salar Bassireh, Der Golfkrieg und die Kurdenfrage, Marburg, 1992, S. 33-34 (Unveröffentlichte Magister Arbeit).

¹⁵⁸) Vgl. ebenda, S. Bassireh, S. 33.

¹⁵⁹) Vgl. Friedrich Ebert Stiftung, Schwellenbrand am Golf, Bonn, Juni 1981, S. 11.

Obwohl die beiden Regime manche ihrer Ziele durch den Krieg verwirklichen konnten, gerieten sie dennoch in tiefe Krisenprozesse. Die Unzufriedenheit der Massen und ihre Proteste gegen die Regimes nahmen sowohl im Irak als auch im Iran zu.

2.10. Der gescheiterte Blitzkrieg des Irak gegen den Iran

Das Kalkül der irakischen Baath-Führung bei ihrer Strategie zur Eroberung von des ölreichen Chusistans erwies sich im nachhinein als falsch: Nach dem Sturz des Schahs im Jahre 1979 flüchteten viele Generäle der iranischen Armee in den Irak und fanden Schutz bei den irakischen Machthabern. Diese Generäle haben die militärische Stärke der iranischen Armee und der wirtschaftlichen Lage des Iran unterschätzt. Diese Unterschätzung führte bei der irakischen Regierung zu einer Fehlkalkulation ihres militärischen Vorhabens gegen den Iran. Darüber hinaus sind die Araber in dem ölreichen Abadan in Iran der Aufforderung des Irak, sich gegen die Zentralmacht von Teheran zu erheben, nicht nachgekommen.¹⁶⁰

Der militärische Angriff gegen den Iran erreichte das Gegenteil dessen, was sich das irakische Regime erhofft hatte. Durch diesen Angriff erwies das irakische Regime den Mullahs im Iran den größten Dienst. Von da an stand die Pflicht bzw. die Notwendigkeit der Verteidigung des Vaterlands im Iran im Vordergrund. Die wirtschaftlichen, sozialen, politischen und ethnischen Probleme wurden vom iranischen Regime in den Hintergrund gedrängt. So durfte z.B. niemand für mehr Lohn auf die Straße gehen. Die Wünsche und Vorstellungen der irakischen Regierung hinsichtlich des Blitzkrieges wurden nicht erfüllt. Der irakische Aggressor wurde zurückgeschlagen, und die irakische Armee

¹⁶⁰) Vgl. Anon., Krieg Iran-Irak, Revolution am Golf?, in: Autonomie, Nr. 6, Hamburg, 1980, S. 5-6.

mußte Verluste eingestehen. Der beabsichtigte Blitzkrieg verwandelte sich in einen Stellungskrieg, und bereits im September 1981 begann die iranische Gegenoffensive. Die iranischen Truppen überschritten die Grenze zum Irak. Der für die Zukunft des Regimes im Irak entscheidende Faktor lag nach wie vor in der Loyalität der Armee.¹⁶¹

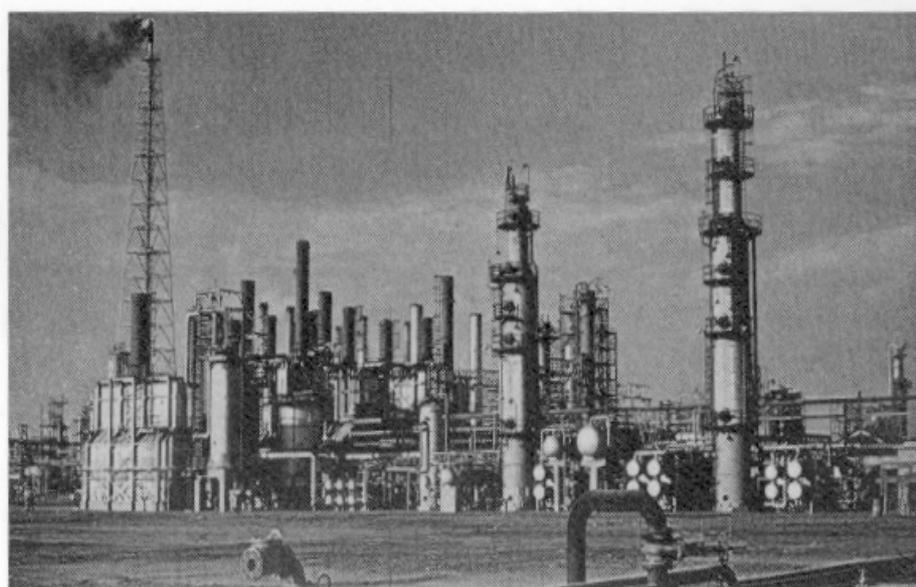


Abbildung 1

Eine der größten und modernsten Ölraffinerien der Welt liegt in Abadan am persischen Golf. Im Krieg zwischen Iran und Irak ist jedoch der größte Teil dieser Raffinerien zerstört worden.

Quelle: Mehraban Farhumand, Die betrogene Revolution im Iran,
Meckenheim, S. 200

¹⁶¹) Vgl. S. Bassireh, Der Golfkrieg und die Kurdenfrage, a. a. O., S. 35.

2.11. Frieden als Mittel der Politik zur Stabilisierung der Herrschaft

Angesichts der Niederlage der irakischen Armee sah sich Saddam Hussein gezwungen, durch Friedensangebote den gescheiterten Krieg beenden. Chomeini lehnte ab. Er setzte den Krieg fort und bezeichnete ihn als Glücksbringer. Damit wurde nun der Iran zum Aggressor im "Heiligen Krieg". „Die Schaffung des Friedens" durch die irakische Regierung und die Beendigung des Krieges war ebenfalls wie der Krieg selbst die Fortsetzung der Politik. Der Frieden ist die Umwandlung des Krieges, deshalb ist der Charakter des Friedens durch den des Krieges bedingt. Bei Errichtung des Friedens stellt sich genauso wie beim Beginn eines Krieges die Frage, welche politischer Herrschaft und, welche sozioökonomischen Umstände und welche Ziele maßgebend sind. Krieg und Frieden waren beide für die Regimes im Irak und Iran zur Niederlage geworden. Sie konnten weder kämpfen noch den Krieg beenden. Der "glückbringende Krieg" hat sich in Unglück verwandelt.¹⁶²

In der geschwächten Position des Irak sah der Iran die Chance, den Krieg fortzusetzen und seine Ziele zu erreichen. Die iranischen Streitkräfte stießen auf irakisches Gebiet vor, und Chomeini machte den Sturz der irakischen Machthaber zur Bedingung des Friedens. Der Iran besaß dabei günstige Voraussetzungen: Einerseits war der Iran nicht so hoch mit Auslandsschulden belastet wie der Irak, andererseits schien die Versorgung im Iran günstiger zu sein als im Irak. Außerdem ist die Einwohnerzahl im Iran etwa dreimal größer als die des Irak (s. Anhang). Eine Fortführung des Krieges hätte den Irak in die Knie

¹⁶²) Vgl. Tuana/Awara, Der Krieg Irak-Iran, in: Yekgirtin (Einigung), Kopenhagen, 1987, S. 6-7 (Kurdisch).

gezwungen. Es löst daher keine Verwunderung aus, dass die Politik von Saddam Husseins Regierung immer stärker auf ein Ende des Krieges abzielte.¹⁶³ Die irakische Baath-Regierung versuchte, den Krieg zu internationalisieren. Der Irak begann im Dezember 1982 mit dem Raketenkrieg, und es wurden iranische Städte beschossen. Später beschossen beide Seiten die Städte des Gegners mit Raketen. Im März 1984 begann der sogenannte Tankerkrieg.¹⁶⁴ Der Iran drohte mit der Schließung der Straße von Hormus und mit Vergeltungsmaßnahmen gegen Saudi-Arabien und Kuwait. Durch die Niederlagen im Krieg gegen den Iran und die darin begründete Gefährdung der Macht der Baath-Partei setzte sie im Jahr 1984 Giftgas sowohl gegen die iranischen Soldaten als auch gegen Kurden ein.¹⁶⁵

163) Vgl. H. Möller, Der Krieg Irak-Iran, a. a. O., S. 71.

164) Vgl. F. Rasoul, Irak-Iran, a. a. O., S. 109.

165) Vgl. Tuana/Awara, Der Krieg Irak-Iran, a. a. O., S. 22.

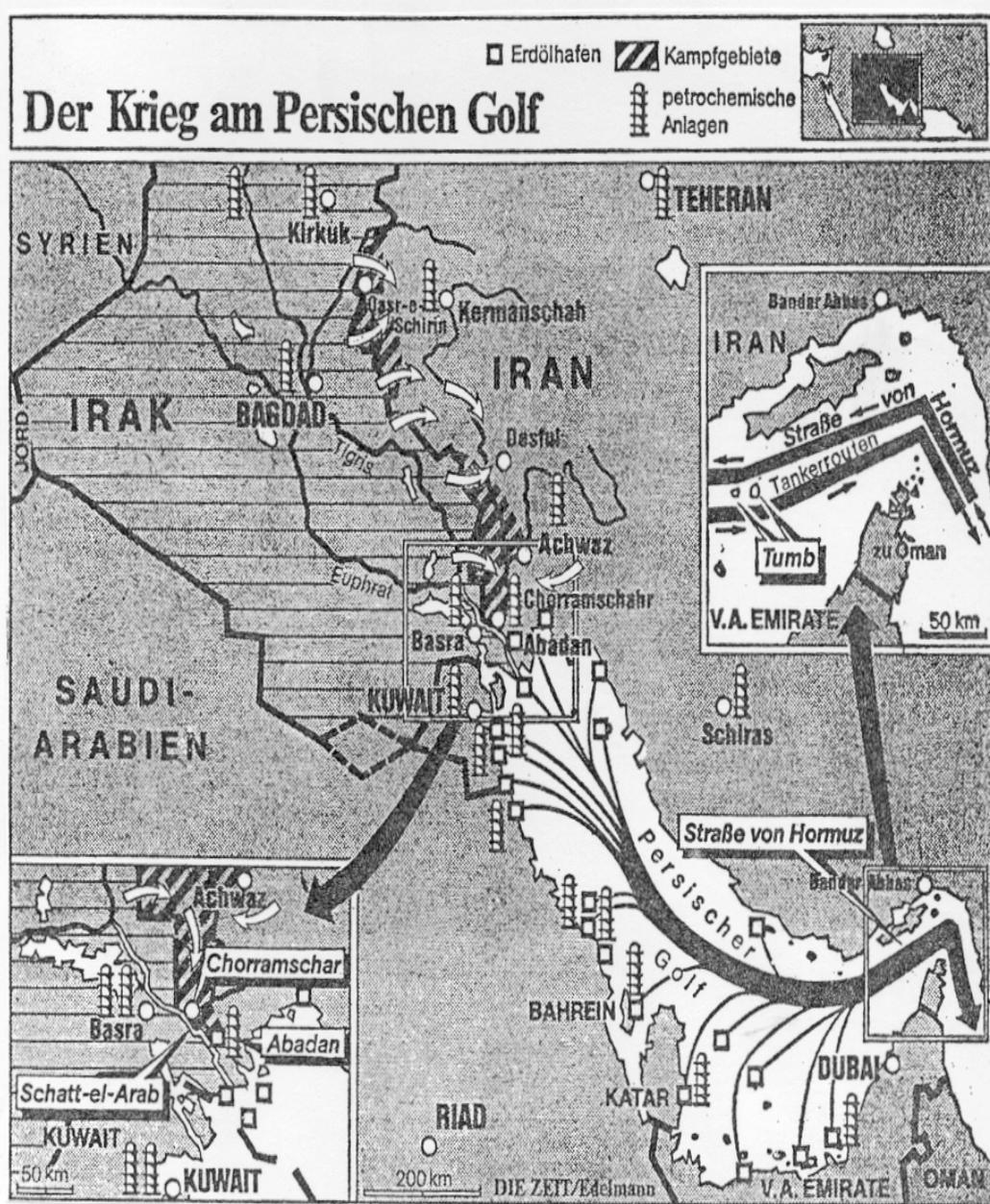


Abbildung 2

Quelle: Autonomie, Krieg Iran-Irak, Nr. 6., Hamburg, 1980, S. 5

2.12. Die außenpolitische Stärkung als Systemstabilisierendes

Faktor

Der ägyptische Präsident Nasser hatte zwar dem arabischen Nationalismus und somit dem arabischen Selbstwertgefühl Auftrieb gegeben, steckte aber im Juni-Krieg 1967 gegen Israel eine Niederlage ein, bei der Ägypten unter Nasser seinen Führungsanspruch verlor.¹⁶⁶ Ägypten suchte eine Annäherung mit Israel, die zum Ausschluss Ägyptens aus der Arabischen Liga führte. Diese, und der Sieg der Islamisten in Iran im Jahre 1979, und die Bedrohung der konservativen Regierungen der Golfstaaten durch die neuen islamischen Machthaber im Iran waren Ereignisse, die ein Machtvakuum bewirkten, das in der Region des arabisch-persischen Golfes zu einer Stärkung der irakischen Hegemonieansprüche führte.¹⁶⁷

Ein weiterer Stabilisierungsfaktor der Baath-Herrschaft ist auf die Erdölförderung zurückzuführen:

Die irakische Erdölförderung stieg von 70 Millionen Tonnen im Jahre 1972 auf 175 Millionen Tonnen im Jahre 1979 an; im gleichen Zeitraum erhöhten sich die staatlichen Erdöleinkünfte von 600 Millionen (1972) auf 23,4 Mrd. US-Dollar (1979). Als Hintergrund soll hier erwähnt werden, dass die Erhöhung der Erdölpreise nach 1973 zu einem Strukturwandel in der irakischen Wirtschaft geführt hat, durch den diese der Wirtschaftsstruktur der anderen Erdölstaaten am Golf angeglichen wurde.¹⁶⁸

¹⁶⁶) Vgl. Volker Perthes, Die Fiktion der Einheit, Koalitionen und Konflikte im arabischen Raum, in: Gert Krell und Bernd W. Kubbig, Krieg und Frieden am Golf, Ursachen und Perspektiven, Frankfurt/M, 1991, S. 23.

¹⁶⁷) Vgl. Offra Bengio, Ba'thi Irak in search of identity, between ideology and praxis, 1987, o. O., S. 516.

¹⁶⁸) Vgl. E. Wirth, Irak und seine Nachbarn, a. a. O., S. 28.

Ferhad Ibrahim schreibt dazu:

„Während das Erdöl 1970 lediglich einen Anteil von 35% am Bruttoinlandsprodukt hatte, stieg dieser Anteil 1974 auf 60%. Das Einkommen aus dem Erdöl machte 1976, nicht anders als in Saudi-Arabien und Kuwait, 87% des Staatshaushalts aus.“¹⁶⁹

Tabelle 2

Währungsreserven 1980/81 (in Mrd. US-Dollar)

Bundesrepublik Deutschland	52,3
Irak	36,5
Frankreich	31,0
USA	27,4
Italien	26,1
Japan	25,7
Großbritannien	21,5
Schweiz	19,4

Quelle: Eugen Wirth, Irak und seine Nachbarn, Köln, 1991, S. 29

Die Tabelle macht deutlich, dass der Irak mit insgesamt rund 36 Mrd. US-Dollar im Jahre 1980 über höhere Währungsreserven als die USA

¹⁶⁹) F. Ibrahim, Staat und Gesellschaft im Irak, a. a. O., S. 35.

oder Japan verfügte. Regierung und Staatspartei hatten damit so viel Geld zur Hand, dass sie alle Großprojekte mühelos finanzieren und darüber hinaus noch großzügige Kredite auch für private Investitionen gewähren konnten.¹⁷⁰ Wozu also dieser völlig überraschende Überfall auf den Nachbarstaat Iran?

Chomeini drohte die islamische Revolution auch in die arabischen Golfstaaten zu exportieren. Sein Anliegen hatte einen expansionistischen Charakter. Dies führte zu einer Annäherung der konservativen Golfmonarchien an Saddam Husseins Regierung. Damit machte sich Hussein zum Vorreiter, Verteidiger und Sprecher der arabischen Sache gegen die Bedrohung der Perser. Somit verschaffte sich Hussein die Legitimation für die angestrebte Führungsrolle am persischen Golf und innerhalb des arabischen Raumes und versuchte gleichzeitig, sich als ein charismatischer Führer zu repräsentieren. Die Monarchen am persischen Golf hofften, dass sich Irak und Iran im Laufe des Krieges gegenseitigen schwächen würden.¹⁷¹ Der Irak wurde militärisch massiv unterstützt, da die Befürchtung gross war, dass die schiitische-islamische Regierung des Iran als Sieger aus dem Krieg hervorgehen könnte.¹⁷² Eine ähnliche Befürchtung war auch gegenüber Saddam Hussein begründet. Es lässt sich hier feststellen, dass eine militärische Unterstützung von West und Ost an den Irak nicht von der Politik zu trennen ist. Es ging unter anderem um die Sicherung des Gleichgewichts im Golf.

“Die iranische Propaganda gegenüber den Nachbarländern, namentlich dem Irak, hat nicht nur die Illegalität des nichtreligiösen Baath-Regimes betont, sondern auch die schiitische Mehrheit im Lande aufgerufen, den

¹⁷⁰) Vgl. E. Wirth, Irak und seine Nachbarn, a. a. O., S. 28.

¹⁷¹) Vgl. O. Bengio, Ba'thi Irak in search of identity, S. 274.

¹⁷²) Vgl. Jochen Hippler, Qualifizierte Technokraten, in: Reader zum Golfkrieg, Einhausen, 1991, S. 34.

ihr rechtmäßig zustehenden Anteil an der Macht zu übernehmen und nach dem Vorbild der iranischen Revolution eine 'Islamische Republik' zu gründen. Ansatzpunkte dieser Propaganda waren die politische Marginalisierung der schiitischen Bevölkerung und ihre - verglichen mit der arabischen sunnitischen Bevölkerung – soziale und ökonomische Schlechterstellung."¹⁷³

Die Angst der irakischen Führung, die ihre Macht gefährdet sah durch den Export einer islamischen Revolution in den Irak, war meines Erachtens nur einer der Gründe für den Ausbruch des Krieges. Möglicherweise wollte Saddam Hussein nach dem Sturz des Schahs selber zum Herrscher am Golf aufsteigen. Die siegreiche Revolution im Iran blieb im Irak nicht ohne Wirkung. Dies gab der Opposition im Irak (Schiiten, Kurden und nationalen Minderheiten) Auftrieb, erweckte Hoffnungen für ihren Kampf und beeinflusste sie. Hussein sah seine Macht dadurch ernsthaft bedroht. Darüber hinaus hatten die Machthaber in Bagdad schon immer auf eine Gelegenheit gewartet, um das 1975 in Algier mit dem Schah von Iran unterzeichnete Grenzabkommen zu annullieren.¹⁷⁴

Saddam Hussein zerriss unmittelbar vor dem Krieg das Abkommen von Algier vor den Fernsehkameras, und ihm schien die Lage im September 1980 günstig zu sein, um den Krieg zu beginnen.¹⁷⁵ Saddam Hussein stellte den Krieg als die "zweite Qadisiya" dar und nannte ihn "Oadesiyeh Saddam" ("Saddams Qadesieh"). Das sollte an die Schlacht erinnern, bei der das islamische Heer der Araber im 7. Jahrhundert dem persischen Sassanidenreich eine vernichtende Niederlage zufügte. Dieser Krieg sollte als Blitzkrieg konzipiert werden, ähnlich wie der Sechs-Tage-Krieg zwischen Israel und den arabischen Staaten. Das

¹⁷³) Friedrich Ebert Stiftung, Schwellenbrand am Golf, a. a. O., S. 16-17.

¹⁷⁴) Vgl. Tuana/Awara, Der Krieg Irak-Iran, a. a. O., S. 19.

¹⁷⁵) Vgl. B. Nirumand, Sturm im Golf, a. a. O., S. 13.

militärische Ziel des geplanten Blitzkrieges war die Eroberung der Erdölprovinz Chusistan in wenigen Tagen.¹⁷⁶

Ein weiteres Ziel war auch eine militärische und wirtschaftliche Schwächung des Iran. Im Vordergrund stand aber für die Baath-Partei im Irak die Verteidigung ihrer Herrschaft nach innen gegen die Gefahr der Opposition und die Ausweitung einer Revolution. Denn die Baath-Partei war nicht bereit, die Macht mit anderen zu teilen.¹⁷⁷

Etwa eine Million Iraker stand unter Waffen, das Waffenarsenal genügte modernsten Ansprüchen, und der Irak empfand sich als Sieger des Krieges. Hussein war innen- wie außenpolitisch gestärkt. Er hatte seine Position trotz zwischenzeitlicher Probleme behaupten können. Die Rolle der Armee hatte während des Krieges einen Wandel erfahren. Jochen Hippler schreibt hierzu, daß der Krieg die Machtgleichgewichte zugunsten der Armee verlagert habe.¹⁷⁸

¹⁷⁶) Vgl. Tuana/Awara, Der Krieg Irak-Iran, a. a. O., S. 19.

¹⁷⁷) Vgl. ebenda, S. 23.

¹⁷⁸) Vgl. Jochen Hippler, Der Aufstieg eines Polizeistaates, Irak auf dem Weg zur Vormacht am Golf, Manuskript für den Schweizer Rundfunk, Oktober 1990, S.6.

2.13. Die Rolle der Türkei zur Herrschaftsstabilisierung der Baath-Herrschaft

Während des Irak-Iran-Krieges nahmen die militärischen Aktivitäten der kurdischen Parteien und Organisationen gegen die irakische Armee zu, und die Kurden konnten dadurch die befreite Zone im Norden des Landes errichten. Die irakische Armee befand sich in einer tiefen Krise und war nicht in der Lage, die aufständischen Kurden zu bekämpfen. Ein Ereignis, das auch die Türkei beunruhigte, denn ein Sieg der Kurden im Irak würde nach Meinung der Türkei auch für die Kurden dort Konsequenzen haben.¹⁷⁹

Vor allem die Eroberung der irakischen Hafenstadt Fao am Schatt Al Arab durch den Iran führte dazu, daß das Jahr 1986 ein Jahr der Schwäche und der Niederlagen im militärischen Bereich für den Irak wurde. Aufgrund der schon erwähnten Schwäche der irakischen Armee, die auf dem langdauernden Krieg mit dem Iran und den erfolgreichen kurdischen Guerilla-Aktionen beruhte,¹⁸⁰ schloß die irakische Regierung im Jahre 1982 ein Abkommen mit der Türkei in Ankara.¹⁸¹

Die wichtigsten Punkte dieses Abkommens waren:

- Der Armeen beider Länder sollte erlaubt werden, die Grenzen zu überschreiten, um die gegenseitige Opposition zu suchen und zu bekämpfen.
- Zu diesem Zweck sollte gegenseitiger Informationsaustausch und Zusammenarbeit auf der Sicherheitsebene stattfinden.
- Nach dem Abkommen sollten die Festgenommenen einander ausgeliefert werden.

¹⁷⁹) Vgl. I. Vanly, Kurdistan und die Kurden, Band 2, a. a. O., S.218-219; Vgl. Ferhad Ibrahim, Zur Entwicklung der Kurdenfrage, Dokumentation zur Internationalen Konferenz über Kurdistan, Bremen, 14.-16. April 1989, S. 202.

¹⁸⁰) Vgl. ebenda.

¹⁸¹) Vgl. I. Vanly, Kurdistan und die Kurden, Band, 2, a. a. O., S. 210.

- Der Irak sollte für die Finanzierung und die logistische Vorbereitung aufkommen.¹⁸²

In gewisser Weise hatte Saddam Hussein den Preis für die Intervention schon im voraus bezahlt.

Am 5. Dezember 1982 unterzeichneten der Irak und die Türkei ein Abkommen über Erdöl-Lieferungen.¹⁸³ Die Pipeline, die quer durch Kurdistan von Kerkuk nach Dortyol am Golf von Iskenderun führt, sollte statt 650.000 nun täglich 1.000.000 Barrel Erdöl befördern.¹⁸⁴

Im Jahre 1986 begann die Türkei damit, mit Unterstützung der Luftwaffe die Stützpunkte der kurdischen Partisanen im Norden des Irak in Kurdistan zu bombardieren, und türkische Soldaten marschierten in das Kurdengebiet ein. Der ehemalige türkische Außenminister Wahid Kalaf Oghlu gab bekannt, daß diese Luftangriffe mit Zustimmung der irakischen Regierung durchgeführt wurden und diese Operation jederzeit wiederholt werden könne, wenn es notwendig sein sollte.¹⁸⁵

182) Vgl. Salar Bassireh, Die Militärinterventionen der Türkei in Südkurdistan, in: Kurdistan heute (Zeitschrift von Navend e. V.), Bonn, Dezember 1997/Januar 1998, S. 44-45.

183) Was das irakische Öl-Schmuggelgeschäft betrifft, berichtete die New York Times vom Freitag, den 19.06.98, dass, die US-Regierung vom Öl-Schmuggel des Irak's über dessen nördliche Grenze in die Türkei informiert ist. Jährlich werden Millionen Tonnen Benzin, Diesel und andere Öl-Produkte mit tausenden Lkws transportiert. Vom Schmuggel profitierte direkt Saddam Hussein's Regierung und seine Familie. Ebenfalls profitierte auch der Führer der Demokratischen Partei Kurdistans, Massud Barzani von diesem Geschäft. Der Schmuggel deckte schätzungsweise 25% des Ölbedarfs in der Türkei. Irak schmuggelte Öl auch über den Seeweg nach Dubai, den Iran und anderen Staaten. Diese Einnahmen bzw. korrupte Politik, bereicherte meines Erachtens nicht nur Saddam Husseins Familie, sondern trug auch zur Stabilisierung der politischen Herrschaft der Baath-Partei bei.

184) Vgl. Middle East Report, 15.01.1983.

185) Vgl. S. Bassireh, Die Militärinterventionen der Türkei in Südkurdistan, a. a. O., S. 44-45.

An diesen militärischen Operationen gegen die Kurden hatte an erster Stelle die Türkei Interesse. Aber auch für die irakische Regierung waren sie von großem Nutzen. Der Irak konnte dadurch die Zahl seiner Soldaten an der Nordfront reduzieren und sie an die südliche Front verlegen, um sich vor einer Destabilisierung seiner politischen Macht zu retten.

Teil 3

**Bedeutung und Folgen des Zweiten
Golfkrieges für die Baath-Herrschaft.**

**Krieg als Instrument zur
Herrschaftsstabilisierung**

Teil 3

Bedeutung und Folgen des Zweiten Golfkrieges für die Baath-Herrschaft. Krieg als Instrument zur Herrschaftsstabilisierung

Wie schon in Teil 2 der Arbeit deutlich wurde, haben die Kriege, die das Regime unter einem patrimonialen und totalitären Herrscher nach innen und außen führte, für die Herrschaftsstabilisierung im Irak eine besondere Bedeutung. Die Frage von Krieg oder Frieden war davon abhängig, ob dies für die Stabilität der Baath-Herrschaft Vorteile erzielen konnte. Der Krieg wurde daher nach dem Prinzip der Opportunität als Mittel der Politik eingesetzt.¹⁸⁶

Es gibt eine Reihe von Hintergründen und Ursachen, die zur Besetzung Kuwaits geführt haben. Ob dieser Krieg der Stabilisierung der irakischen Baath-Herrschaft und der Aufrechterhaltung der politischen Herrschaft von Saddam Hussein gedient hat, soll in diesem Kapitel untersucht werden.

3.1. Das Verhältnis zwischen Krieg und Politik

Krieg ist eine direkte Gewalt und stellt eine Aktion von politischem Charakter dar. Krieg und Politik sind in diesem Sinne, wie im zweiten Teil der Arbeit beim Irak-Iran Krieg deutlich wurde, nicht voneinander zu trennen. Seit altersher hat es keinen Krieg gegeben, der nicht politischen Charakter gehabt hätte. Der erste und der zweite Golfkrieg sind nur zwei von vielen Beispielen. Der Unterschied zwischen Krieg und Frieden besteht darin, daß Krieg Politik mit Blutvergießen ist, und im Gegenteil dazu ist der Frieden Politik ohne Blutvergießen. Das heißt, es dienen beide Faktoren als Mittel zur Stabilisierung der

¹⁸⁶) Vgl. F. Ibrahim, Staat und Gesellschaft im Irak, a. a. O., S. 30.

Herrschaft und tun es in den heutigen menschlichen modernen Gesellschaften immer noch.¹⁸⁷

„In der Definition von Clausewitz bedeutet Krieg die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln. Er versucht den Krieg als Struktur eines Geschehens zu begreifen, in dem eine Krieg führende Gemeinschaft einer anderen Krieg führenden Gemeinschaft ihren Willen aufzwingen will. Der Krieg ist ein Akt der Gewalt, um den Gegner zur Erfüllung unseres Willens zu zwingen. Er bezeichnet Krieg nicht als eine Kunst oder eine Wissenschaft, sondern als eine Art Handel in dem Sinne, dass zwei souveräne Subjekte etwas tauschen. Und wie das eben bei Handelspartnern ist, kann man den Handelspartner nicht umbringen, das wäre Räuberei – sondern Krieg ist eine Art Handel, in dem bestimmte Vorteile dadurch erzwungen werden, dass man den Willen des anderen lähmt, begrenzt oder dem eigenen Willen unterwirft.“¹⁸⁸

Krieg widerspiegelt die politischen Verhältnisse eines Landes vor dem Ausbruch des Krieges. Daher ist es wichtig, die spezifische Situation des jeweiligen Landes vor dem Ausbruch des Krieges untersucht zu haben. Nicht jede Auseinandersetzung kann als Krieg gesehen werden. Ohne ein politisches Ziel, kann eine Auseinandersetzung, so scharf sie auch ist, nicht in die Kategorie des Krieges aufgenommen werden. Die Interessen der Akteure, die sich im Krieg befinden, bestimmen die Ziele des Krieges. Alle diese Zielbestimmungen, politisch, wirtschaftlich und ideologisch, werden im Krieg im Mittelpunkt stehen.¹⁸⁹

¹⁸⁷) Vgl. Tuana/Awara, Der Krieg Irak-Iran, a. a. O., S. 6-7.

¹⁸⁸) Alexander Kluge und Oskar Negt, Was ist Krieg? in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Bonn, 4/2002, S. 491.

¹⁸⁹) Vgl. Tuana/Awara, Der Krieg Irak-Iran, a. a. O., S. 6-7.

Die Baath-Partei hatte es sich stets zum Ziel gesetzt, die ganze irakische Gesellschaft zu militarisieren. Es wurden neben Armee und Polizeiapparat verschiedene Geheimdienst- und Sicherheitsapparate, auch Volksarmee, Nationalgarde, Fidaiin, die Saddam Fidaiin genannt wurden, unzählige Zivilisten und auch Fraueneinheiten, die in Rüstungsfabriken und anderen diversen Militärprojekten tätig waren, aufgebaut. Volksorganisationen waren der Baath-Partei unterstellt und mussten für sie arbeiten und sich unter dem Slogan des äußeren Feindes und der Verteidigung des Vaterlandes mit Militäraktivitäten vertraut machen. Loyalität zum Präsident steht immer im Vordergrund. Logistische Unterstützung vom Volk für das Militär und Beobachtungen von fremden Aktivitäten wurden verlangt. Die Militarisierung der Masse gehörte quasi zum festen Bestandteil der Baath-Regierung im Irak. Ideologisierung der gesamten Masse mit der Baath-Ideologie war das feste Ziel der Baath-Partei. Schließlich existierte neben Baath keine andere politische Organisation. Ständige Demonstration von Gewalt und das Präsentieren von Kriegesfilmen und Erziehung zu Militarismus und das Schwören der Präsidentenloyalität begann im Irak im Kindergarten und in der Schule. Bei allen Kriegen, nach innen und nach außen wurden dabei Zivilisten nicht verschont. Lediglich der Sieg stand im Vordergrund. Die Bürger wurden stets in das Geschehen mithinein gezogen. Im Grunde genommen wurde der Unterschied zwischen Soldaten und Zivilisten immer geringer.¹⁹⁰

¹⁹⁰) Vgl. H. Asmussen, Krieg und Frieden, a. a. O., S. 29-30.

Wenn der zweite Golfkrieg mit anderen Kriegen größeren Umfangs verglichen wird, dauerte dieser Krieg relativ kurze Zeit und brachte zumindest für die Gewinner überraschend niedrige Verluste an Menschenleben. Die Bedeutung des Krieges liegt nicht in seiner Dauer oder in der Anzahl der Verletzten und Toten, sondern in den gewaltigen politischen, technischen und militärischen Auswirkungen.¹⁹¹

3.2. Erste Auseinandersetzungen zwischen Irak und Kuwait

Unmittelbar nachdem Kuwait 1961 aus dem englischen Protektorat entlassen wurde, meldete der Irak Ansprüche auf dessen Staatsgebiet an mit dem Argument, Kuwait wäre Teil der osmanischen Provinz Basra gewesen und damit ein Teil des Irak. Das Gebiet des heutigen Kuwait war im 17. Jahrhundert Teil des Osmanischen Reiches und wurde von der Provinz Basra verwaltet.¹⁹² Der irakische Präsident Kassem erklärte Kuwait zum untrennbaren Bestandteil des Irak und drohte mit einer gewaltsamen Annexion des Gebiets. Britische und saudi-arabische Truppen wurden zum Schutz von Kuwait dort stationiert. Später hat die Arabische Liga die Verantwortung zum Schutz von Kuwait übernommen. Kuwait wurde gegen den Widerstand des Irak in die Arabische Liga aufgenommen. 1963 wurde Kassem von Anhängern der Baath-Partei gestürzt. Die Baath-Partei konnte jedoch erst 1968 unter der Führung von General Ahmad Hassan Al-Bakr endgültig die Macht übernehmen. Die Unabhängigkeit Kuwaits wurde am 4. Oktober 1972 anerkannt. Zwischen beiden Staaten gab es 1973 jedoch weitere Konflikte.¹⁹³

191) Vgl. Bruce W. Watson/Bruce George/Peter Tsouras, Erfahrungen des Golfkrieges, Düsseldorf, 1991, S. 167.

192) Vgl. Werner Ruf (Hg.), Vom Kalten Krieg zur heißen Ordnung, Hamburg, 1991, S. 41.

193) Vgl. ebenda, S. 15; Vgl. Peter Billing/Bernhard J. Trautner, Der Konflikt um Kuwait, Heidelberger Institut für internationale Konfliktforschung, Heidelberg, 1990, S. 4; Vgl. Herbert Krüger, Die Grenzen des Irak, Stuttgart, 1963, S. 99.

3.3. Die Hintergründe und Ursachen für die Besetzung Kuwait aus irakischer Sicht

Für die Annexion Kuwaits im Jahre 1990 seitens der irakischen Regierung gibt es ein Bündel von Hintergründen und Ursachen, die in wirtschaftlichen, politischen, historischen, militärischen, geographische Phänomenen und nicht zuletzt in der Psychologie von Saddam Hussein zum Ausdruck kamen.

3.3.1. Historische Gründe

Der heutige Irak, von 1534 bis 1917 Provinz des Osmanischen Reiches, hieß vor dem ersten Weltkrieg, also in osmanischer Zeit, Mesopotamien.¹⁹⁴ Das Land lag zwischen den beiden Flüssen Euphrat und Tigris. Es bestand aus drei Provinzen (welajat): Mossul (eine kurdische und von Kurden bewohnte Provinz), Bagdad und Basra. Der heutige Staat Kuwait gehörte damals zur Provinz Basra, womit die irakische Regierung unter Saddam Hussein ihren Anspruch darauf begründete. Der Sultan, der seinen Sitz in Konstantinopel hatte, war verantwortlich für die Gouverneure (Paschas), die für die Verwaltung der Provinzen ernannt wurden.¹⁹⁵

Die Kolonialmächte beschlossen nach dem Zerfall des Osmanischen Reiches im Jahre 1918, dass die mesopotamischen Provinzen einen unabhängigen Staat bilden sollten. Die Schaffung des Staates Irak nach

¹⁹⁴) Bis zum ersten Weltkrieg wurde das Wort „Mesopotamien“ weniger und ohne ersichtliche feste Vorstellungen über seine territoriale Begrenzung gebraucht. Eine konkrete politische Bedeutung bekam es erst durch die Engländer im ersten Weltkrieg, als die am Shat al-Arab gelandeten Truppen „Mesopotamien Expeditionary Force“ genannt wurden, und dieser Kriegsschauplatz hieß „Mesopotamien“ und wurde schliesslich die Occupied Territories „Mesopotamia“ genannt. Kuwait wurde dementsprechend von diesem sich verfestigenden politischen Begriff von Anfang an nicht umfasst (H. Krüger, Die Grenzen des Irak, a. a. O., S. 168).

¹⁹⁵) Vgl. Fritz Grobba, Irak, Band 10, Berlin, 1943, S. 9; Vgl. P. Billing/B. Trautner, Der Konflikt um Kuwait, a. a. O., S. 4.

dem Ende des ersten Weltkriegs durch Großbritannien war eng geknüpft mit eigenen wirtschaftlichen und geostrategischen Zielen.¹⁹⁶

Der Völkerbund stellte den Irak am 20. Oktober 1920 unter britisches Mandat. Im Lausanner Abkommen vom 24. Juli 1924 musste die Türkei alle Ansprüche auf die Gebiete außerhalb ihrer heutigen Grenzen aufgeben. Am 28. Januar 1932 gab Großbritannien das Mandat über den Irak auf. Der Irak wurde am 3. Oktober 1932 formell ein unabhängiger Staat und Mitglied im Völkerbund.¹⁹⁷

¹⁹⁶) Vgl. Adnan Ansari, Die Verfassungen des Libanon, der Vereinigten Arabischen Republik und des Irak, Bagdad, Band 2, (Berlin), 1960, S. 57.

¹⁹⁷) Vgl. P. Billing/B. Trautner, Der Konflikt um Kuwait, a. a. O., S. 4.

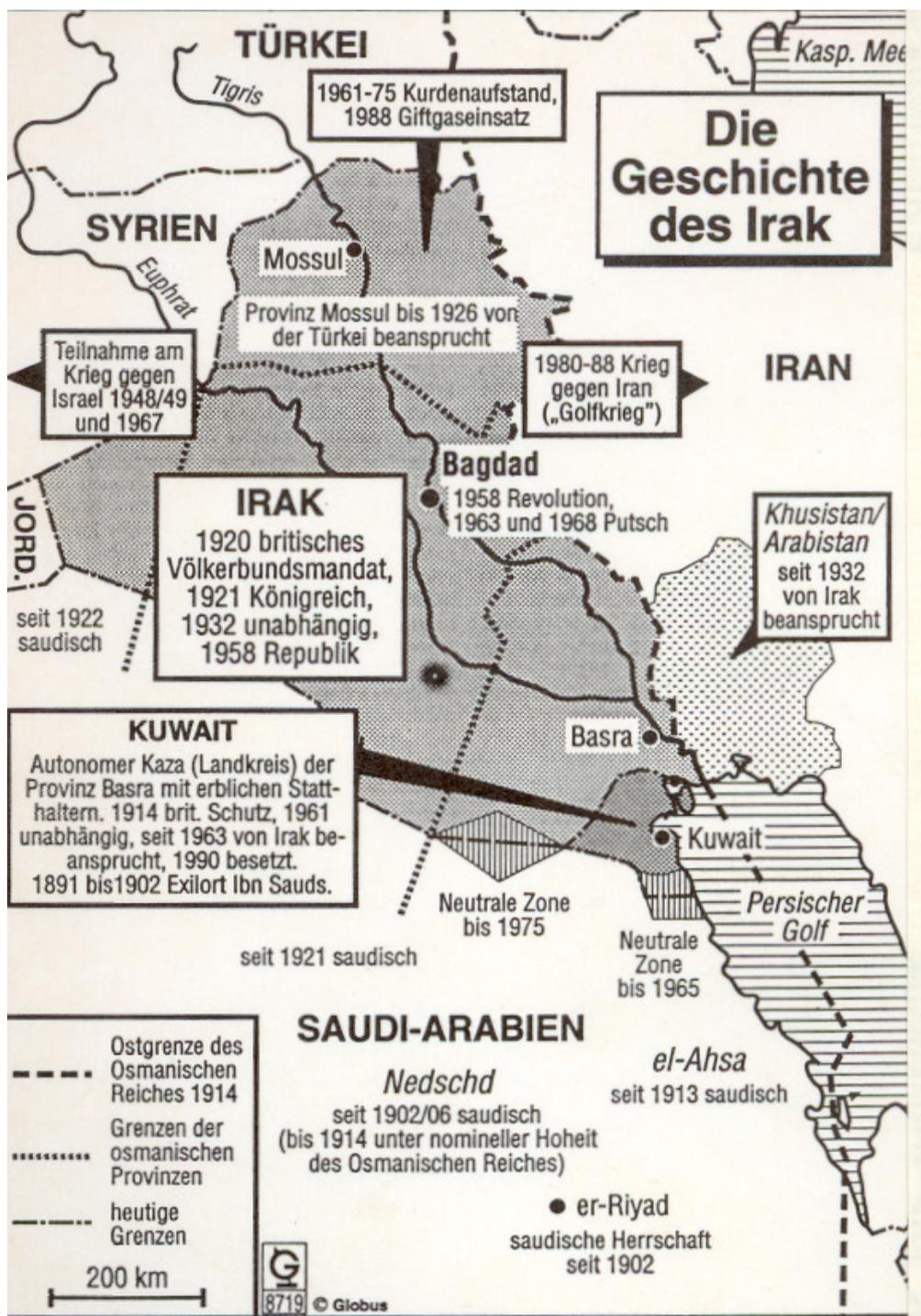


Abbildung 1

Quelle: Klaus Hornung, Krisenherd Naher Osten, München, 1991, S. 197

Schon in den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts hatten die Emirate und Scheichtümer an den arabischen Küsten des Persischen Golfs eine de-facto-Unabhängigkeit unter britischer Schutzherrschaft errungen; 1899 und 1914 wurden entsprechende Verträge zwischen Großbritannien und dem Herrscher von Kuwait abgeschlossen. Es ist daher, nach Meinung von Billing und Trautner, der Anspruch der irakischen Regierung auf Kuwait mit historischen Begründungen nicht gerechtfertigt.¹⁹⁸ Ähnlich wie gegenüber Kuwait hatte der Irak auch gegen den Iran „historisch begründete“ Gebietsansprüche geltend gemacht, denen zufolge Chusistan, das im panarabischen Sinne Arabistan genannt wird, arabischer Boden sei. Ähnlich wie bei Billing argumentiert Werner Ruf in Bezug darauf und schreibt:

„Im streng völkerrechtlichen Sinne ist die Argumentation Iraks absurd: Während der osmanischen Herrschaft existierte der Staat Irak ebensowenig wie der Staat Kuwait. Durch die gemeinsame Mitgliedschaft in internationalen Organisationen wie der Arabischen Liga und den Vereinten Nationen hat Irak die völkerrechtliche Existenz Kuwaits anerkannt – ebenso wie durch den Abschluß bilateraler Verträge. Strittig blieb allerdings die Grenze zwischen beiden Staaten.“¹⁹⁹

Auch Peter Billing schreibt ähnlich wie Werner Ruf, dass nach dem Ende der britischen Mandats Herrschaft und dem Sturz des irakischen Königs im Oktober 1963 auch die irakische Revolutionsregierung die Unabhängigkeit und territoriale Unversehrtheit des Scheichtums Kuwait anerkannt habe.²⁰⁰

198) Vgl. ebenda, S. 3-4.

199) W. Ruf, Vom Kalten Krieg zur heißen Ordnung, a. a. O., S. 41.

200) Vgl. P. Billing/B. Trautner, Der Konflikt um Kuwait, a. a. O., S. 5.

Eugen Wirth ist der Auffassung, dass territoriale Zugehörigkeiten, die viele Jahrzehnte oder gar Jahrhunderte zurückliegen, völkerrechtlich völlig irrelevant sind. Erhebliches Gewicht bei politischen Auseinandersetzungen habe allenfalls das Selbstbestimmungsrecht der Völker, und hier wäre das Votum eindeutig²⁰¹ „Mit Sicherheit würden bei einer Befragung mehr als 90% der alteingesessenen Kuwaitis eine Vereinigung des Emirats mit dem Irak nachdrücklich ablehnen.“²⁰²

Herbert Krüger kommt in der Analyse der Thematik zu folgenden Zusammenfassung: „Bei der Schaffung des Irak war Kuwait bereits als Staat vorhanden [der] deshalb in die staatliche Neuschöpfung Irak weder einbezogen werden durfte, noch einbezogen werden musste, noch einbezogen worden ist. Die heutige Forderung des Irak ist eine rein politische. Das Völkerrecht steht ihr nicht zur Seite.“²⁰³

3.3.2. Wirtschaftliche Gründe

Als der achtjährige Golfkrieg am 8. August 1988 endete, befand sich der Irak in einer widersprüchlichen Situation, mächtig und ohnmächtig zugleich. Nach dem Krieg verfügte der Irak über eine Million kampferfahrene Soldaten in 55 Divisionen und über 500 Flugzeuge und 5.000 Panzer. Das heißt, militärisch war das Land mächtig, finanziell aber war der Irak total zerrüttet. Im Jahre 1980, zu Beginn des Kriegs, besaß der Irak ca. 36 Milliarden US-\$ Währungsreserven (s. Tabelle 1). Im Jahre 1988, nach Kriegsende, hatte der Irak Auslandsschulden von 80 Mrd. US-\$, was pro Kopf 4700 US-Dollar ausmacht (s. Tabelle 2).²⁰⁴

201) Vgl. E. Wirth, Irak und seine Nachbarn, a. a. O., S. 35-37.

202) Ebenda, S. 35.

203) H. Krüger, Die Grenzen des Irak, a. a. O., S. 170.

204) Vgl. Pierre Salinger, Der Weg zum Krieg am Golf, in: Reader zum Golfkrieg, a. a. O., S. 17.

Tabelle 1

Devisenreserven

Die Entwicklung der Staatsverschuldung des Irak in Mrd. US-Dollar

Devisenreserven		Auslandsschulden
1980 / 81	36	2
1982/ 83	6	17
1985	1	42
1990	1	80

Quelle: Eugen Wirth, Irak und seine Nachbarn, in: Die Golfregion in der Weltpolitik,

Köln, 1991, S.30

Tabelle 2Die am höchsten verschuldeten Entwicklungs-und Schwellenländer 1988
Auslandsschulden

Land	Insgesamt in Mrd. US-Dollar	pro Kopf in US-Dollar
Brasilien	120	825
Mexico	107	1275
Irak	80	4700
Argentinien	60	1875
Polen	42	1135
Venezuela	35	1840
Nigeria	30	250
Philippinen	30	500
Jugoslawie	22	920
Marokko	22	916

Quelle: Eugen Wirth, Irak und seine Nachbarn, in: Die Golfregion in der
Weltpolitik, Köln 1991, S. 31

Die Iraner zerstörten in den ersten Jahren des Krieges einige der Erdölanlagen im Mündungsbereich des Schatt al-Arab. Darüber hinaus sperrte die syrische Regierung im Jahre 1982 die Pipeline, die ans Mittelmeer führte. Die Folge war ein massives Absinken von Deviseneinnahmen, da Erdöl nicht mehr exportiert werden konnte. Nur die im Jahre 1976 eröffnete Pipeline zum türkischen Mittelmeer "Dörtyol" war noch in Betrieb. Durch den Bau neuer Rohrleitungen wurde schließlich den Export von Erdöl vorangetrieben. Eine weitere Rohrleitung wurde 1985 von den Ölfeldern des Südirak nach Saudiarabien gebaut und an den Verladehafen Janbo im Roten Meer angeschlossen. (s. Abbildung 2). Damit stieg der Export von Rohöl des Iraks erneut massiv an.²⁰⁵

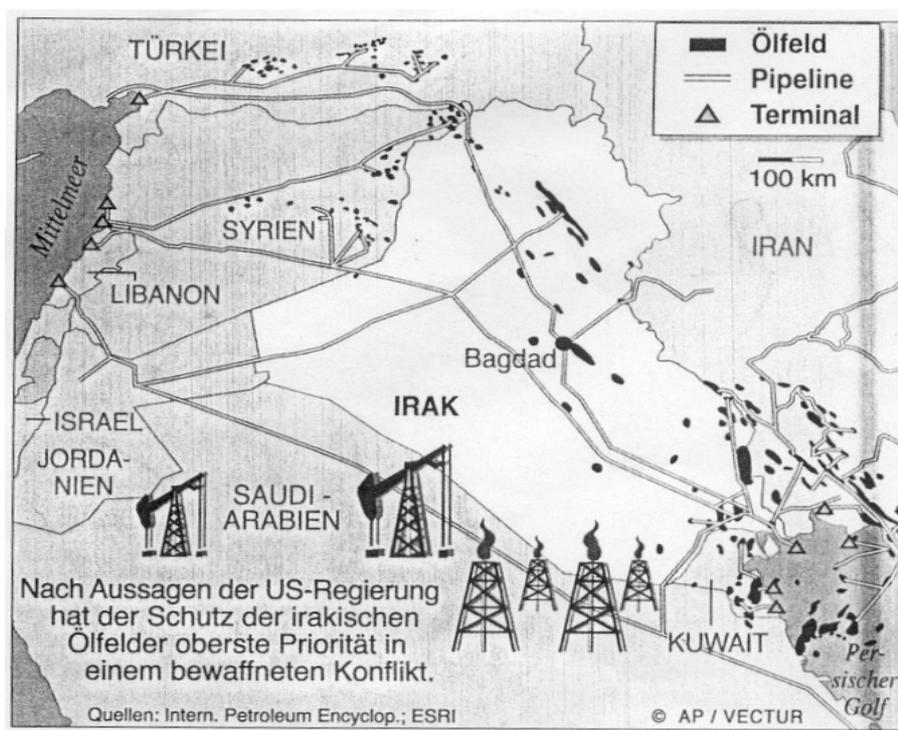


Abbildung 2

Die Wege des irakischen Rohölexportes anfang 1980

Quelle: Jürgen W. Möllermann, Für Deutschland, München, 2003, S. 87

²⁰⁵) Vgl. E. Wirth, Irak und seine Nachbarn, a. a. O., S. 31-32.

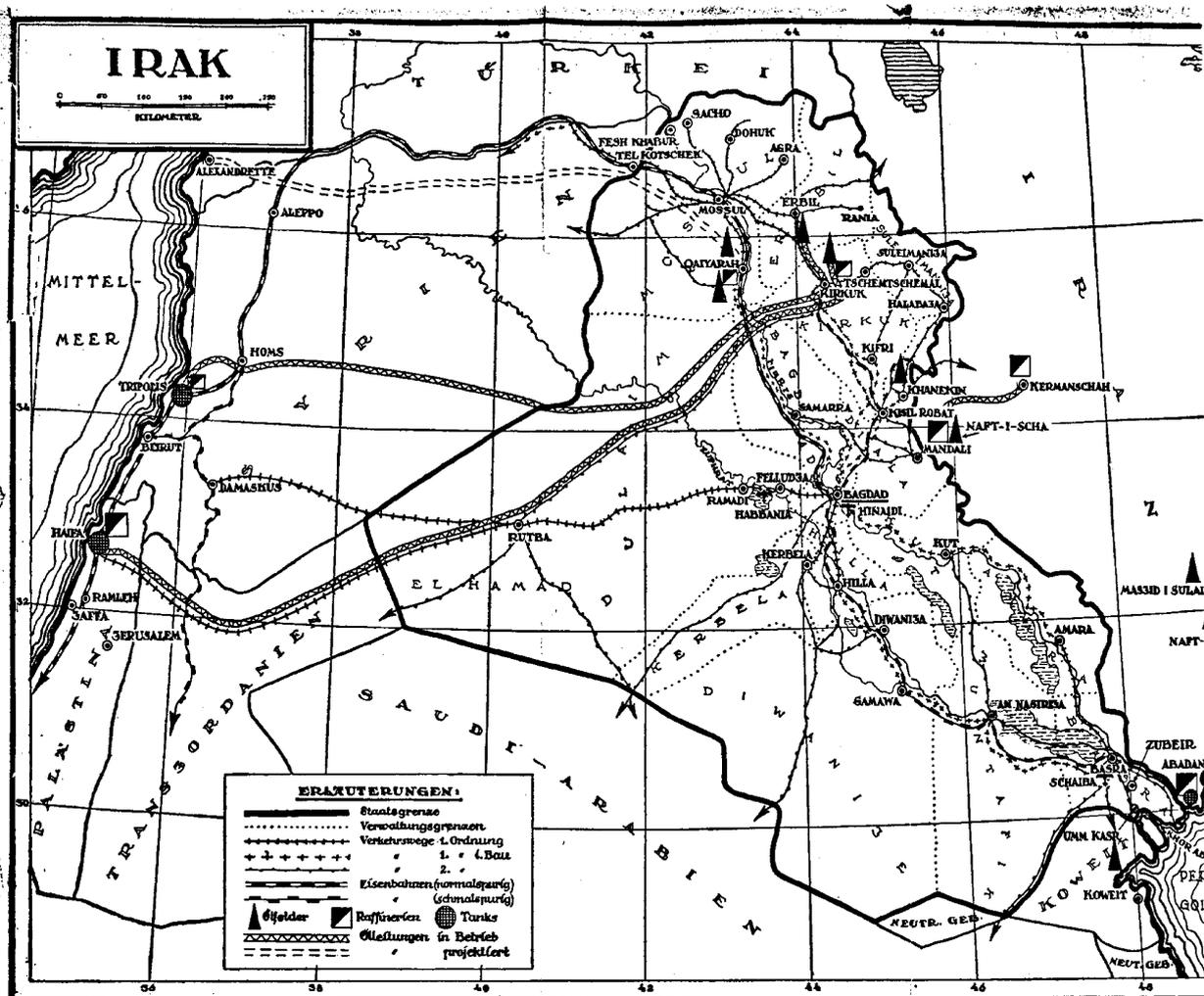


Abbildung 3

Die Wege des irakischen Rohölexportes Anfang 1940

Quelle: Fritz Grobba, Deutsches Auslandswissenschaftliches Institut, Band 10: Irak, Berlin, 1943, S. s. Anhang

„Am Tag nach dem Waffenstillstand brach Kuwait den damals gültigen Opec-Vertrag über die Förderquoten und beschloß, seine Erdölproduktion vor allem im Rumella-Feld zu erhöhen. Die ergiebigen Quellen liegen in einem Grenzgebiet, das der Irak für sich beanspruchte. Das zusätzlich geförderte Öl vergrößerte die ohnehin schon vorhandene Überproduktion und führte zu Preisstürzen auf dem Weltmarkt. Bagdads Einnahmen, zu 90 Prozent vom Öl abhängig, fielen um sieben Milliarden Dollar pro Jahr, während gleichzeitig der Schuldenberg um ebenfalls sieben Milliarden stieg.“²⁰⁶

Am 24. Februar 1990, bei einem Treffen des Rates für Arabische Zusammenarbeit, forderte Saddam Hussein von Kuwait und Saudi-Arabien 30 Milliarden Dollar an neuen Krediten, sonst werde er zu Repressalien greifen.²⁰⁷ Der Konflikt eskalierte, als Saddam Hussein am 27. Juni 1990 Kuwait und den Vereinigten Arabischen Emiraten vorwarf, dass durch die Überproduktion von Rohöl der Weltmarktpreis gedrückt würde und daher für den Irak ein Schaden von 14 Milliarden US-Dollar entstanden sei und er daher auf den Erlass sämtlicher Schulden aus der Zeit des Irak-Iran Krieges bestehe.²⁰⁸

206) P. Salinger, Der Weg zum Krieg am Golf, a. a. O., S. 17.

207) Vgl. ebenda.

208) Vgl. NZZ, 21.07.1990.

Tabelle 3

Erdölreserven in Mrd. Tonen

	1989 (1)	1980 (2)
Saudi-Arabien*	35	2,5
Irak*	13,5	4
Kuwait*	13	9
VAE*	13	4
Iran*	12,5	8
Venezuela	8	2,5
UdSSR	8	8,5
Mexico	7,5	6
USA	3,5	4
China	3	3
Libyen*	3	3
Nigeria*	2	2
Norwegen	1,5	1

1)Möglicherweise etwas großzügig-optimistische Ansätze, um höhere Förderquoten innerhalb der OPEC durchzusetzen.

2)Traditionell vorsichtig-konservative Ansätze.

*Mitgliedstaat der OPEC.

Quelle: Oeldorado 78-Oeldorado 1989 der ESSO A.G.

Tabelle 4

Welterdölproduktion und Reserven					
		Erdölförderung			
		Rohölreserven			
1. Halbjahr 1990		Ende 1989			
(in Mio. Tonnen)		(in Mio. Faß)			
<i>Golfstaaten</i>		412.438	26,00 %	586.075	62,8 %
Saudi Arabien	++	138.765	8,75 %	262.498	28,1 %
Iran	*	75.741	4,77 %	62.500	6,7 %
Irak	*	75.022	4,73 %	100.000	10,7 %
VAE	++	49.183	3,10 %	55.735	6,0 %
Kuwait	++	48.361	3,05 %	98.444	10,6 %
Oman	+	15.022	0,95 %	4.291	0,5 %
Katar	++	9.294	0,59 %	2.556	0,3 %
Bahrain	+	1.050	0,07 %	0.097	0,0 %
<i>USA</i>		210.216	13,25 %	26.324	2,8 %
<i>UdSSR</i>		287.384	18,11 %	57.875	6,2 %
<i>Westeuropa</i>		99.830	6,29 %	16.781	1,8 %
<i>OPEC insgesamt</i>		616.973	38,88 %	705.296	75,6 %

* = Opec-Mitglieder

+ = Mitglieder des Golf-Kooperationsrates

Quelle: Werner Ruf (Hg.), Vom kalten Krieg zur heißen Ordnung, Hamburg, 1991, S.147

Wie aus der Tabelle 4 deutlich wird, verfügen Irak und Kuwait zusammen über 21,3 % der bekannten Erdölreserven der Welt. Wenn die Annexion von Kuwait durch den Irak auf Dauer funktioniert hätte, hätte der Irak über ein Fünftel der Weltreserven und über 20% der OPEC-Förderung verfügt und somit nicht nur in der Golfregion einen massiven Einfluss ausgeübt, sondern auch auf die Preispolitik der OPEC. Außer der Baath-Herrschaft unter Saddam Hussein wäre sonst

niemand an dieser Hegemonialität des Irak interessiert gewesen.

Wirtschaftsmacht bedeutet eben auch politische Macht.²⁰⁹

Ibrahim schreibt dazu:

„Während das Erdöl 1970 lediglich einen Anteil von 35% am Bruttoinlandsprodukt hatte, stieg dieser Anteil 1974 auf 60%. Das Einkommen aus dem Erdöl machte 1976, nicht anders als in Saudi-Arabien und Kuwait, 87% des Staatshaushalts aus.“²¹⁰

Tabelle 5

Tabelle 2: Marktanteile der wichtigsten OPEC-Staaten 1973–1990 Anteile der einzelnen Staaten an der Erdölförderung der OPEC (1) und an der Weltförderung (2)											
	Saudi-Arabien		Irak		Kuwait		Iran		V.A.E.		
	1	2	1	2	1	2	1	2	1	2	
1973	24,5 %	13,1 %	6,5 %	3,5 %	9,7 %	5,2 %	18,9 %	10,1 %	5,0 %	2,7 %	
1974	27,6 %	14,6 %	6,4 %	3,4 %	8,3 %	4,4 %	19,6 %	10,3 %	5,4 %	2,9 %	
1975	26,0 %	12,8 %	8,3 %	4,1 %	7,7 %	3,8 %	19,7 %	9,7 %	6,2 %	3,1 %	
1976	27,9 %	14,4 %	7,9 %	4,0 %	7,0 %	3,6 %	19,1 %	9,9 %	6,3 %	3,3 %	
1977	29,4 %	14,9 %	7,5 %	3,8 %	6,3 %	3,2 %	18,1 %	9,1 %	6,4 %	3,3 %	
1978	27,8 %	13,1 %	8,6 %	4,0 %	7,1 %	3,4 %	17,5 %	8,3 %	6,1 %	2,9 %	
1979	30,7 %	14,5 %	11,2 %	5,3 %	8,1 %	3,8 %	10,2 %	4,8 %	5,9 %	2,8 %	
1980	36,7 %	15,7 %	9,8 %	4,2 %	6,2 %	2,6 %	5,4 %	2,3 %	6,3 %	2,7 %	
1981	43,2 %	16,5 %	4,0 %	1,5 %	5,0 %	1,9 %	5,8 %	2,2 %	6,6 %	2,5 %	
1982	33,6 %	11,5 %	5,2 %	1,8 %	4,3 %	1,5 %	12,4 %	4,2 %	6,5 %	2,2 %	
1983	28,1 %	8,8 %	6,2 %	1,9 %	5,9 %	1,9 %	13,8 %	4,3 %	6,5 %	2,0 %	
1984	26,1 %	7,9 %	7,0 %	2,1 %	6,6 %	2,0 %	12,3 %	3,7 %	6,1 %	1,9 %	
1985	20,7 %	5,9 %	8,6 %	2,5 %	6,2 %	1,8 %	13,4 %	3,9 %	7,4 %	2,1 %	
1986	27,0 %	8,4 %	9,0 %	2,8 %	7,6 %	2,4 %	10,0 %	3,1 %	7,3 %	2,3 %	
1987	23,0 %	7,0 %	11,4 %	3,5 %	7,2 %	2,2 %	11,4 %	3,8 %	8,1 %	2,5 %	
1988	25,4 %	8,3 %	13,0 %	4,3 %	6,9 %	2,3 %	11,0 %	3,6 %	7,7 %	2,5 %	
1989	22,8 %	8,1 %	12,5 %	4,4 %	8,0 %	2,8 %	12,8 %	4,5 %	8,5 %	3,0 %	
1990	23,1 %	8,6 %	12,7 %	4,7 %	7,9 %	2,9 %	12,5 %	4,7 %	8,5 %	3,2 %	

1990 = 1.Halbjahr 1990
Quelle: Petroleum Economist, January 1991

Quelle: Werner Ruf (Hg.), Vom Kalten Krieg zur heißen
Ordnung, Hamburg, 1991, S. 153

²⁰⁹⁾ Vgl. W. Ruf, Vom Kalten Krieg zur heißen Ordnung, a. a. O., S. 148.

²¹⁰⁾ F. Ibrahim, Staat und Gesellschaft im Irak, a. a. O., S. 30.

Tabelle 6

Währungsreserven 1980/81 (in Mrd. US-Dollar)	
Bundesrepublik Deutschland	52,3
Irak	36,5
Frankreich	31,0
USA	27,4
Italien	26,1
Japan	25,7
Großbritannien	21,5
Schweiz	19,4

Quelle: Die Golfregion in der Weltpolitik, Kohlhammerverlag, Köln, 1991, S.29

Der achtjährige Krieg gegen den Iran blieb aber für die irakische Nationalwirtschaft nicht ohne Folgen. Die Einnahmen des Irak aus dem Öl-Geschäft betragen jährlich rund 13 Mrd. US-Dollar. Die Ausgaben des Landes lagen aber erheblich höher als die Einnahmen, die fast ausschließlich aus dem Öl-Geschäft stammten. Der Irak musste für ca. 12 Mrd. US-\$ zivile Güter aus dem Ausland importieren, darunter allein für 3 Milliarden US-\$ Nahrungsmittel, investieren. Hinzu kamen 5 Mrd. US-\$ für Rüstungsimporte und darüber hinaus etwa 5 Mrd. US-\$ für Schuldendienste. Um sich an den Wiederaufbau des Landes zu machen, musste die irakische Regierung zusätzlich 10 Mrd. US-\$ aufbringen. Wie aus Tabelle 2 deutlich wurde, betragen die Auslandsschulden des Irak nach dem Iran-Krieg ca. 80 Mrd. US-Dollar. Diese Situation führte dazu, dass dem Irak von ausländischen Unternehmern und Regierungen Kredite verweigert wurden. Eine Sicherheit für die Rückgabe der Kredite war aufgrund der gegebenen schlechten finanziellen Lage des Irak sehr schwierig. Hier kann nur

von einem systemdestabilisierenden Zustand gesprochen werden, in dem sich die regierenden Baath-Herrschaft befand.²¹¹

Um diese schwere Finanzproblematik zu lösen, griff die irakische Regierung zu verschiedenen Maßnahmen:

- Sie versuchte die Golfstaaten zum Schuldenerlass für den Irak zu bewegen.
- Sie arbeitete daran, den Welterdölmarkt zugunsten des irakischen Finanzbedarfs zu beeinflussen.²¹²

Das Land ist nahezu vollständig vom internationalen Markt abhängig. Die Arbeitslosigkeit hat nach dem ersten Golf-Krieg stark zugenommen; Sparmaßnahmenprogramme sorgten für die Entlassung einer großen Zahl von Beamten und Angestellten des öffentlichen Dienstes. Ein an den Grenzen zur Türkei und zum Iran vollständig geräumter, 30 Kilometer breiter Sicherheitsgürtel, die systematische Zerstörung fast aller kurdischen Dörfer durch die irakische Regierung, sowie die Umsiedlungsaktionen bzw. Zwangsdeportation kurdischer Bauern in sogenannte Musterstädte haben große Ackerflächen unfruchtbar gemacht und der Landwirtschaft im irakischen Kurdistan einen langfristig kaum wiedergutzumachenden Schaden zugefügt. Die einstige Kornkammer lag brach; Gemüse, Obst, Reis, Fleisch und handwerkliche Produkte, mit denen sie den Irak versorgte, mussten nun durch ausländische Waren ersetzt werden. Auch die fruchtbaren Bodenflächen im flachen Süden des Landes nahmen und nehmen weiter ständig ab, da keine Mittel und Ressourcen zur Verfügung gestellt wurden, um die zunehmende Bodenversalzung zu bekämpfen - eine folgenschwere und fahrlässige Unterlassung, wenn man bedenkt,

211) Vgl. Efraim Karsh/Inari Rautsi, Die Invasion, in: Krieg und Frieden am Golf, a. a. O., S. 57.

212) Vgl. ebenda.

dass die für die Landwirtschaft geeignete Anbaufläche nur ca. drei Prozent der gesamten Landesfläche ausmachte. Rückständigkeit und Unterentwicklung der südlichen Region ist die Folge gewesen.²¹³

Shaker Alhamdani beschreibt die Situation wie folgt:

„Die seit Mitte der siebziger Jahre gestiegenen Einnahmen aus dem Rohölverkauf und die seit Jahrzehnten anhaltende Landflucht der Bevölkerung hatte der Lebensmittelproduktion den Todesstoß versetzt. Betrug die Einwohnerzahl der Hauptstadt Bagdad noch ca. eine Million, als der Irak nur etwa sieben Millionen Menschen zählte, so leben in Bagdad heute 4-5 Millionen Menschen bei insgesamt 23 Millionen Irakern. Andere Städte haben sich ähnlich entwickelt, so daß es kaum verwunderlich ist, daß der Irak drei Viertel der benötigten Nahrungsmittel zu Weltmarktpreisen importieren muss.“²¹⁴

Hanna Batatu bestätigt Anhand von Tabelle 7 die Richtigkeit diese These und schreibt dazu:

“According to official census records (s. Tabelle 7), the population of Greater Baghdad, roughly estimated at about 200,000 in 1922, rose to 515,459 in 1947, and 793,183 in 1957. Basrah underwent , it would appear, similar demographic changes, but the rate of increase for Mosul was clearly lower. The counts made by the government may or may not have been thorough or competently carried out, but the rapid growth of the population in the capital and at Iraq’s seaport is undoubted and, as noted elsewhere, largely explicable by unprecedented migrations of peasant-tribesmen from the countryside.”²¹⁵

Eine Entwicklung, die bis heute im Irak unaufhaltsam weiter geht, da keine gegenmaßnahmen entwickelt wurden.

213) Vgl. S. Alhamdani, Innenansichten aus dem Irak, a. a. O., S. 174.

214) S. Alhamdani, Innenansichten aus dem Irak, a. a. O., S. 174.

215) H. Batatu, The old social classes..., a. a. O., S. 35.

Population of Baghdād, Mosul, and Baṣrah (1908-1977)

<i>Year</i>	<i>Baghdād^a</i>	<i>Percent increase</i>	<i>Mosul</i>	<i>Percent increase</i>	<i>Baṣrah</i>	<i>Percent increase</i>
1908 ^b	150,000					
1922 ^c	200,000		70,000		55,000	
1935 ^d	350,000		100,000		60,000	
1947 ^e	515,459		133,625		101,535	
1957 ^f	793,183	53.9	178,222	33.4	164,905	62.4
1965 ^g	1,490,756	87.9	264,146	48.2	310,950	88.6
1977 ^h	2,600,000		450,000		550,000	

Tabelle 7

Quelle: Hanna Batatu, *The old social classes and the Revolutionary Movements of Iraq*, Princeton, 1978, S. 35

Hatte der Irak früher mehr als 36 Millionen Dattelbäume, so beträgt diese Zahl aufgrund der Folgen des Krieges mit dem Iran und mangelnder Pflege nur noch ca. sechs Millionen. In vielen Fällen können selbst diese Bäume nicht abgeerntet werden. Nach Hochrechnungen fehlten vor der Invasion in Kuwait den 16 Millionen Einwohnern Iraks etwa 1,75 Millionen Wohnungen. Zu dieser Zeit waren in der Hauptstadt Bagdad 120 000 Taxis registriert (in Berlin-West sollten es ca. 6000 gewesen sein). Dieser Umstand im Irak ist auf die Notwendigkeit einer zusätzlichen Einnahmequelle zurückzuführen, also um zu überleben.²¹⁶

Nach dem zweiten Golfkrieg wurde, bedingt durch eine 2000%ige Inflation und das Wirtschaftsembargo, die Mittelschicht ebenfalls arm. Das Regime war durch die schwere Wirtschaftskrise, bedingt durch den Wirtschaftsboykot der UNO gegen den Irak und die schwere Verschuldung des Irak bei den ausländischen Gläubigern, nicht mehr im Stande zu investieren. Diese Situation traf ebenfalls auf den

²¹⁶) Vgl. S. Alhamdani, *Innenansichten aus dem Irak*, a. a. O., S. 174-176.

Privatsektor zu. Zuletzt gab es im Irak nur noch die Klasse der reichen Bourgeoisie, die das Regime trug, und die der Verarmten. Eine nennenswerte Mittelschicht existiert fast nicht mehr. Die Besitzlosen und Verelendeten müssen in den Ghettos an den Stadträndern in Hungersnot leben. Viele verdingten sich als Agenten des Regime bei Polizei, Militär, Geheimdienst oder ähnlichen Apparaten.²¹⁷ Aber auch diese fragwürdige Einnahmequelle ist nun weitgehend versiegt.

Vor diesen gewaltigen wirtschaftlichen und sozialen Problemen stand die irakische Regierung nach dem achtjährigen Krieg mit dem Iran. Eine Lösung dafür war nicht einfach zu finden. Ökonomische Krisen und soziale Missstände schlugen meines Erachtens in politische Krisen um, die die politische Herrschaft ernsthaft bedrohen und destabilisieren können. Auf der Suche nach einem Ausweg aus dieser spannungsgeladenen Gesamtsituation fiel Saddam Husseins Blick auf Kuwait. Kuwait ist ein extrem reiches Land. Auf seinem Gebiet lagern die drittgrößten Ölvorkommen der Welt.²¹⁸ Kombiniert mit den irakischen, würde Saddam Husseins Regierung nun über ein glattes Fünftel der bekannten Ölvorkommen der Welt verfügen. Außerdem ist der Irak bei den arabischen Nachbarn am Golf infolge des Krieges hoch verschuldet, insgesamt mit 30 bis 35 Milliarden Dollar, davon allein gegenüber Kuwait schätzungsweise mit 10 Milliarden. Dieses Problem hätte sich durch die Annexion Kuwaits gelöst. Die Schulden an Kuwait wären mit der Eroberung des Landes gestrichen, und wie die anderen Golfanrainer ihre Außenstände nun eintreiben wollten, war nicht absehbar. Zugleich wären die Ölpreise mittelfristig gestiegen, und der

²¹⁷) Zu dieser Feststellung kam der Autor während seiner Studienreise in den Norden des Irak in den Jahren 92, 95 und 2001.

²¹⁸) Kuwait hat eine Fläche von 17 818 km² mit ca. 1 967 000 Einwohnern und einem Bruttosozialprodukt von 13 680 US \$ pro Einwohner und gilt als eines der reichsten Länder der Erde. Der Export beschränkt sich fast ausschließlich auf Erdöl und dessen Verarbeitungsprodukte. (Die Zahlen nach P. Billing/B. Trautner, Der Konflikt um Kuwait, a. a. O., S. 3; W. Ruf, Vom kalten Krieg zur heißen Ordnung, a. a. O., S. 40).

Einfluss des Irak auf die Preisgestaltung innerhalb der OPEC hätte wachsen können. Die Eroberung Kuwaits hätte somit - falls sie auf Dauer erfolgreich gewesen wäre - die irakische Schuldenkrise auf einen Schlag gelöst.²¹⁹

Tabelle 8

Auslandsverschuldung des Irak Anfang 1990

Gläubiger		Schulden
Westen (EG und USA)	ca.	35 Mrd. \$
Saudi-Arabien + VAE		20-35 Mrd. \$ ²⁾
Kuwait		10-15 Mrd. \$)
UdSSR + Ostblock	ca.	10 Mrd. \$ ³⁾
<hr/>		
insgesamt:	ca.	80 Mrd. US-Dollar

Quelle: Eugen Wirth, Der Irak und seine Nachbarn, in: Die Golfregion in der Weltpolitik, Köln, 1991, S. 33

- 1) Davon Frankreich ca. 10 Mrd. \$, überwiegend für Waffenlieferungen.
- 2) Zusätzlich dazu haben die Erdölstaaten am Golf aus der Neutralen Zone und - unter Ausnutzung der irakischen OPEC-Quoten - aus eigenen Ölfeldern für etwa 30 Mrd. \$ Rohöl auf den Markt gebracht und den Erlös dem Irak zur Verfügung gestellt.
- 3) Davon UdSSR ca. 6 Mrd. \$, überwiegend für Waffenlieferungen.²²⁰

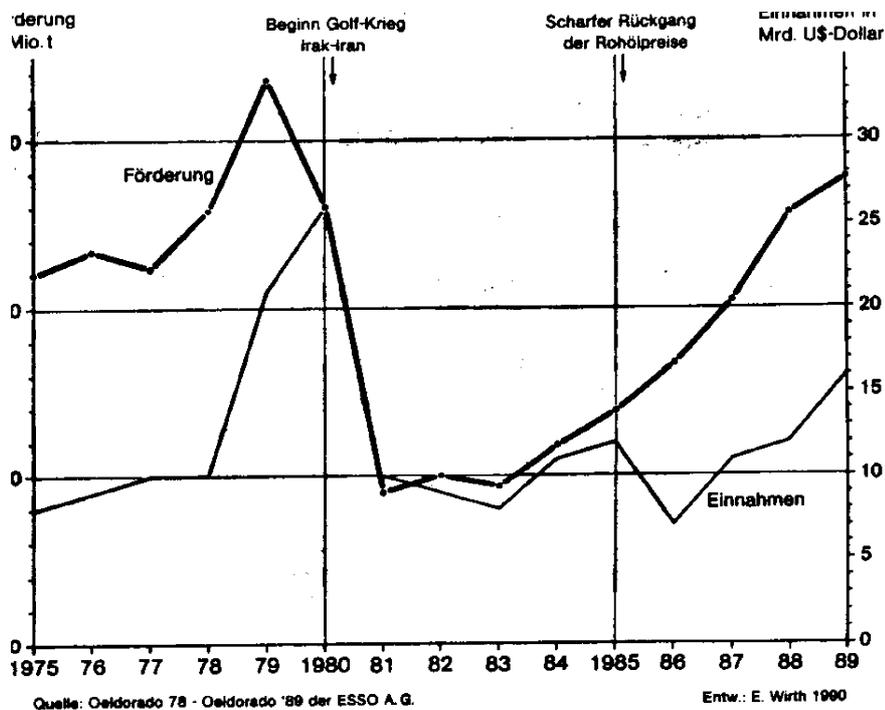
Den Absturz der Rohölpreise im Jahre 1986 musste Saddam Hussein sehr schmerzhaft empfunden haben:

„Was nützten schon die stetig steigenden irakischen Rohölpreise, wenn die Gesamteinnahmen aus dem Rohölexport weit hinter den Erwartungen zurückblieben“²²¹ (s. Abbildung 4).

²¹⁹⁾ Vgl. Jochen Hippler, Die neue Weltordnung, Hamburg, 1991, S. 114-115.

²²⁰⁾ Vgl. E. Wirth, Irak und seine Nachbarn, a. a. O., S. 33.

Abbildung 4



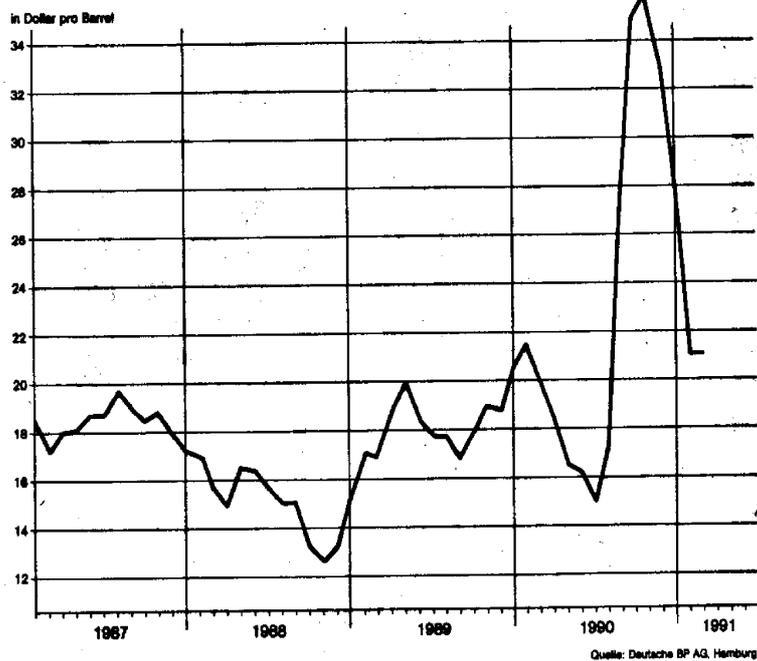
Rohölförderung und Erdöleinnahmen des Irak

Quelle: Oeldorado 78 – 1989 der ESSO A.G. Entw.: E. Wirth 1990

Vor allem die Preisentwicklung in der ersten Hälfte des Jahres 1990 (s. Abbildung 5) könnte dann eine Panik-Reaktion des irakischen Präsidenten ausgelöst haben; alles Bemühen um ein Anheben des Rohölpreises auf ca. 22 US-Dollar pro Barrel schien vergeblich zu sein.

221) Ebenda, S. 34.

Abbildung 5



Preisentwicklung für leichtes Mittelost-Öl auf
dem Spotmarkt 1987

Quelle: Deutsche BP AG, Hamburg

Saddam Hussein kritisierte am 28.05.1990 auf dem Gipfeltreffen der Arabischen Liga, das in Bagdad stattfand, einige arabische Staaten massiv. Er warf ihnen vor, durch übermäßige Förderung von Erdöl den Ölpreis herabzudrücken, und das käme einen Wirtschaftskrieg gegen den Irak gleich. In einer ähnlichen Argumentation machte Saddam bei mehreren Treffen der erdölexportierenden Staaten im Sommer 1990 vor allem Kuwait und die Vereinigten Arabischen Emirate für den Preissturz verantwortlich. Die Annexion von Kuwait am 2. August 1990 sollte ohne Zweifel auch das Angebot von Rohöl auf dem

Weltmarkt drosseln. Dass dieses Ziel nicht erreicht wurde, lässt sich an der Preiskurve (Abbildung 4) zeigen.²²²

„Der Konflikt eskaliert weiter, als der Irak Kuwait und den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE) am 27. Juni 1990 vorwirft, die von der Organisation Erdölexportierender Staaten (OPEC) festgelegten Förderquoten für Rohöl zu überschreiten und damit den Weltmarktpreis zu drücken. Saddam Hussein behauptet, durch die Überproduktion der beiden Länder sei ihm ein Schaden von 14 Mrd. US-Dollar entstanden. Er verlangt den Erlass aller Schulden aus der Zeit des Golfkriegs, da der Irak seinerzeit auch Kuwait geschützt habe.“²²³

Kuwait soll nach Meinung der irakischen Regierung seit 1980 Öl im Wert von 2,4 Mrd. US-Dollar in Rumaila gestohlen haben. Der Irak beanspruchte diese Region für sich und verlangte das Geld zurück. Wie aus der Abbildung 5 deutlich wird, erstreckt sich Rumaila als ein Öl-Fördergebiet zwischen Irak und Kuwait. Saddam Hussein musste sehr verärgert gewesen sein, dass der Emir von Kuwait dem Irak erst über ein Jahr nach dem Waffenstillstand am 23.-25. September 1989 einen Kurzbesuch abstattete. Der Emir machte bei seinem Besuch eine schnelle Regelung in der Grenzfrage (Irak-Kuwait) als Gegenleistung zur Bedingung für die Unterstützung des Irak im Golfkrieg.²²⁴

222) Vgl. E. Wirth, Irak und seine Nachbarn, a. a. O., S. 34.

223) P. Billing/B. Trautner, Der Konflikt um Kuwait, a. a. O., S. 7.

224) Vgl. ebenda.

3.3.3. Geographische Gründe

Ein weiterer Grund für die Entscheidung Saddam Husseins zur Besetzung des Scheichtums am Golf liegt meines Erachtens in der geopolitischen Lage von Kuwait. Kuwait ist geographisch betrachtet ein guter und geeigneter Zugang für den Irak zum arabisch-persischen Golf. Eine Annexion von Kuwait durch den Irak hätte es unmöglich gemacht, den Irak vom Golf abzuschneiden. Dies ist sowohl für den Handel als auch militärisch von grosser Wichtigkeit.²²⁵

„Bei der Festlegung der Staatsgrenzen nach dem ersten Weltkrieg, am Nordwestende des Arabisch-Persischen Golfs ist der Irak ausgesprochen schlecht weggekommen. Der Zugang zum Meer stand zunächst nur über den Schatt el-Arab offen. Bis zum Jahre 1975 verlief die Grenze zum Iran auf dem iranischen Ufer; seitdem ist in einem Vertrag die Mitte des Fahrwassers als Staatsgrenze festgelegt.“²²⁶

Diese Wasserstelle lässt sich wegen Schlick- und Sandbänken kaum ausbaggern. Es ist dem Irak seit langer Zeit äußerst wichtig, Pläne für einen Tiefwasserhafen zu verwirklichen. Zu diesem Zweck sind die Inseln Warban und Bubiyan (s. Abb. 6) südöstlich von Umm Qasr geeignet. Diese Inseln gehören aber zu Kuwait. Der Irak strebte eine Verpachtung oder einen Kauf der genannten Inseln für 99 Jahre an. Kuwait zeigte jedoch im Jahre 1989 wenig Entgegenkommen.²²⁷

Nicht nur die Nutzung der Wasserwege wurde durch die Grenzziehung beeinträchtigt, sondern auch der Zugriff auf die wertvollen Ressourcen im Boden.

²²⁵) Vgl. J. Hippler, Qualifizierte Technokraten: in: Reader zum Golfkrieg, a. a. O., S. 35.

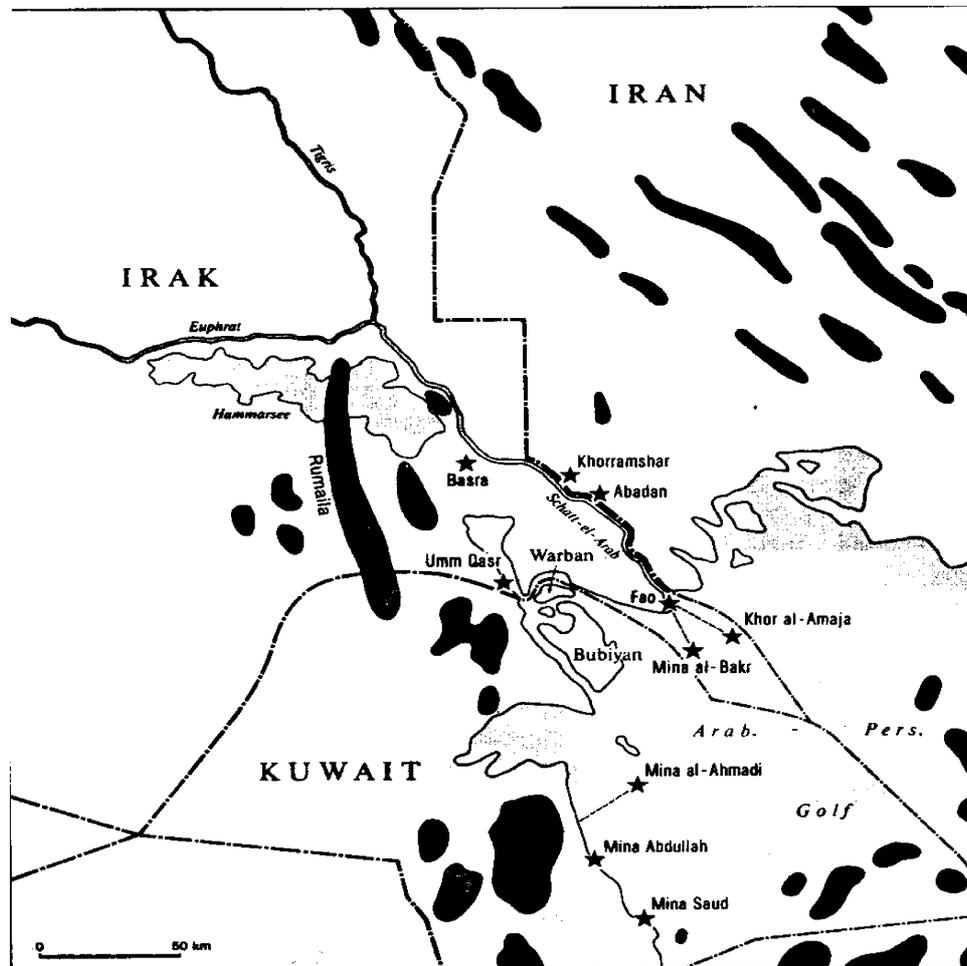
²²⁶) E. Wirth, Irak und seine Nachbarn, a. a. O., S. 34.

²²⁷) Vgl. ebenda, S. 35; H. Krüger, Die Grenzen des Irak, a. a. O., S. 33.

„Die Erdölfelder von Rumaila erstrecken sich südlich über die Staatsgrenze hinaus noch ein gutes Stück nach Kuwait hinein (s. Abbildung 6). Wie das bei grenzübergreifenden Ölfeldern im Bereich des Golfs allgemein üblich ist, hat Kuwait in den letzten Jahren damit begonnen, Öl aus dem nach Kuwait reichenden Südteil des Feldes zu fördern. Obwohl eine solche Förderung durch das Völkerrecht und durch jahrzehntelange Praxis abgesichert ist, wirft Saddam Hussein der staatlichen kuwaitischen Ölgesellschaft vor, sie hätte dem Irak für viele Milliarden Dollar Öl gestohlen.“²²⁸

²²⁸) E. Wirth, Irak und seine Nachbarn, a. a. O., S. 35-36.

Abbildung 6



Staatsgrenzen, Ölfelder und Ölverschiffung im Bereich des nordwestlichen Arabisch-Persischen Golfes.

Quelle: Eugen Wirth, Irak und seine Nachbarn, in: Die Golfregion in der Weltpolitik, Köln, 1991, S. 36

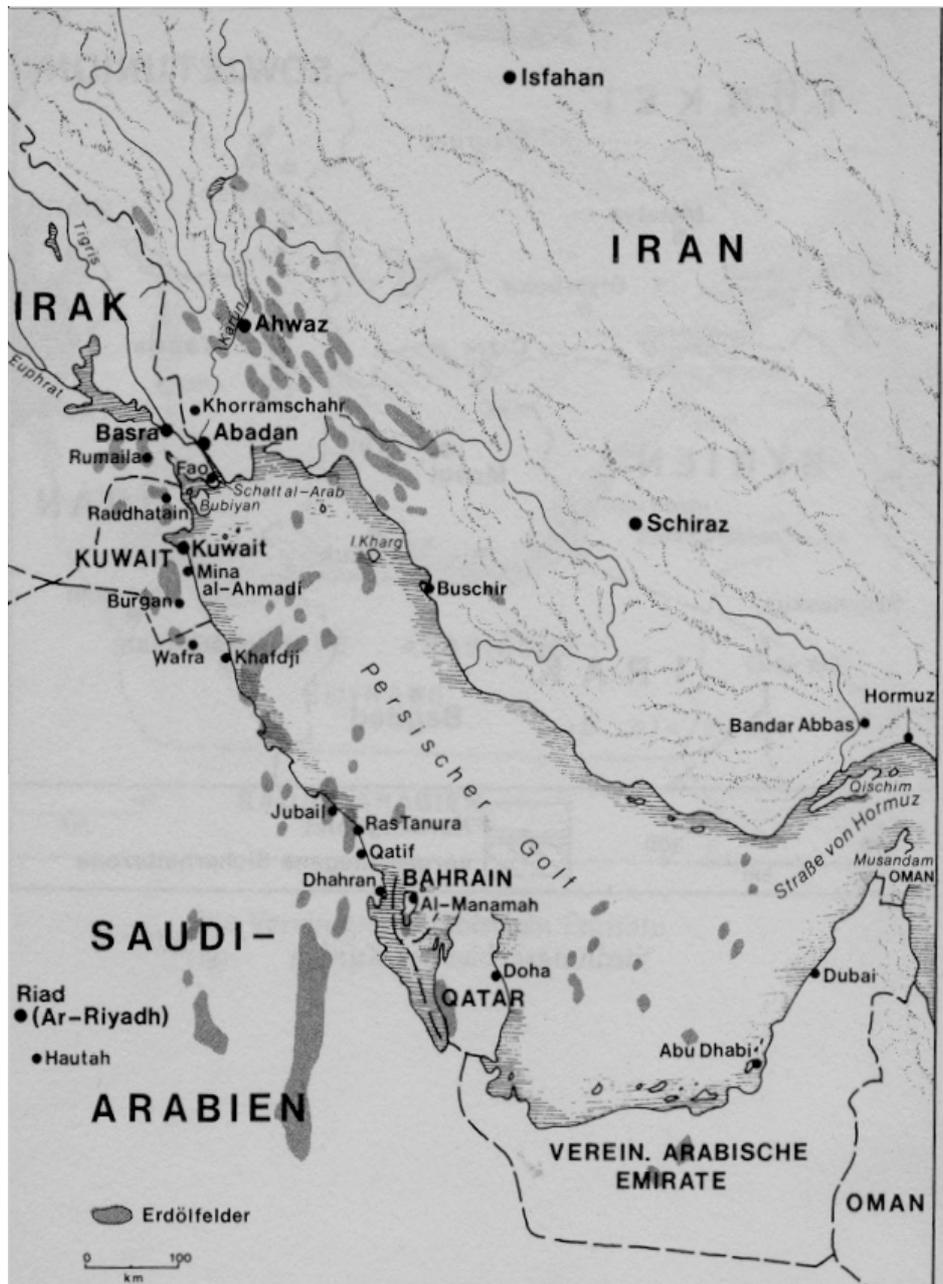


Abbildung 7

Der Persisch – Arabische Golf

Quelle: Gerhard Konzelmann, der Golf, Hamburg, 1991, S. 480

3.3.4. Militärische Gründe

Irak und Iran bildeten in den 80er Jahren den profitabelsten Waffenabsatzmarkt der Welt. Aus über 40 Staaten flossen in diesen beiden Staaten die Waffenströme zusammen, wobei mehr als 10 Staaten beide Parteien zugleich belieferten.²²⁹

Ohne kräftige Hilfe zahlreicher Staaten aus West, Ost und Süd hätte es die irakische Kriegsmaschine nie zu einer ernsthaften Bedrohung heranwachsen können. Mehr als 50 Staaten haben in den 80er Jahren die irakische Regierung mit allem beliefert, was im Rüstungsbereich gut und teuer ist. Im Gegensatz zum Korea- oder Vietnam-Krieg profitierten Ost und West vom Irak-Iran-Krieg.²³⁰

Die Behandlung der internationalen Aufrüstung des Iraks ist an dieser Stelle deshalb wichtig, da der Irak den Mittelpunkt unseres Themas darstellt.

„Mit knapp 40% Weltmarktanteil ist der Nahe und Mittlere Osten seit Jahren das Hauptabsatzgebiet für Waffen aller Art. Allein der Irak soll, nach Angaben des schwedischen Friedensforschungsinstitut SIPRI, in den 10 Jahren der 80er Kriegswaffen für ca. 80 Milliarden US-Dollar importiert haben. Damit ist er der mit Abstand weltweit größte Rüstungsimporteuer überhaupt.“²³¹

Der Irak gab im Jahre 1984, während des ersten Golfkrieges, rund 32 Milliarden Mark für Militärausrüstung aus. Das macht einen Anteil von 30% des irakischen Sozialprodukts aus.²³² Aus Tabelle 8 wird ersichtlich, dass der Irak in den 80er Jahren für schwere Militärgeräte

229) Vgl. M. Flitner, Krieg als Geschäft, in: Marianne Stern, „Bis die Gottlosen vernichtet sind“, a. a. O., S. 56.

230) Vgl. TAZ, 06.08.1990.

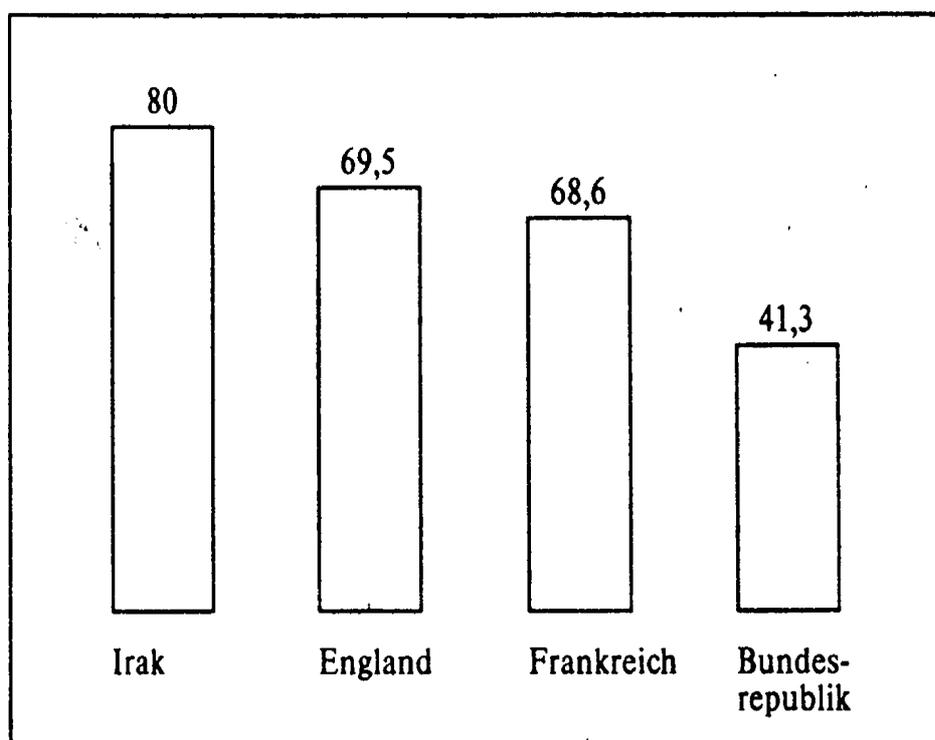
231) KOMZI (Kommunikationszentrum Idstein e.V.), Tatort Irak, Januar 1991, S. 10.

232) Vgl. Leyendecker/Rickelmann, Exporteure des Todes, Göttingen, 1990, S. 137.

mehr ausgegeben hat als große Industrie- und Rüstungsnationen Westeuropas, fast doppelt soviel wie die Bundesrepublik.²³³

Tabelle 8

Iraks Aufrüstung mit schweren Waffen: 1980-1989
(in Mrd. Us-Dollar)



Quelle: Exporteure des Todes, Steidl, Hans Leyendecker, R. Rickelmann. 1. Auflage, November 1990, S. 139

Auch die folgenden zwei Tabellen 9 und 10 machen deutlich, dass der Irak während des ersten Golfkrieges, im Vergleich zu den Staaten der Region, größere Beträge für Rüstung ausgegeben hat.

²³³) Vgl. ebenda, S. 139.

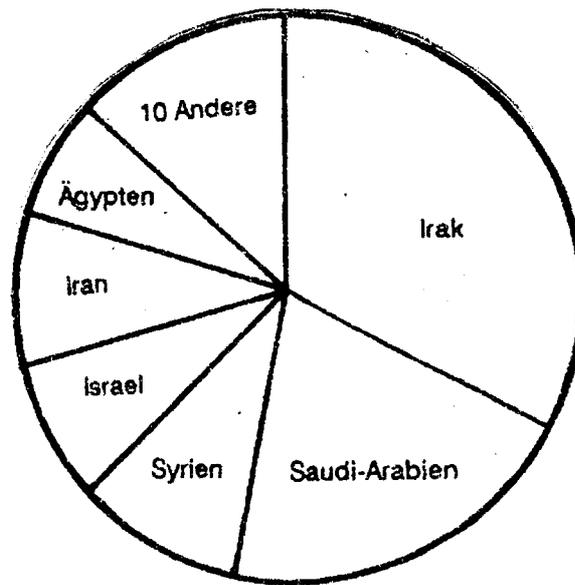


Tabelle 9

Die Rüstungsimporteure im Nahen Osten 1987

Quelle: ACDA, 1989

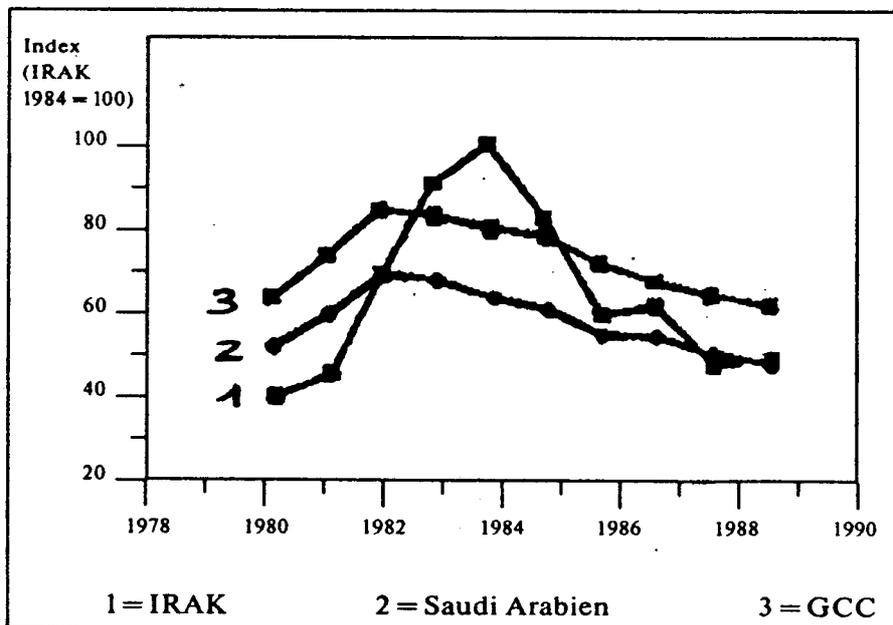


Tabelle 10

Index der Militärausgaben von Irak, Saudi-Arabien und GCC

(Konstante Preise)

Quelle: Exporteure des Todes, Steidl, 1991, S. 138

Vor allem deutsche Unternehmen haben dem Irak Rüstung und Know-How zur Entwicklung von chemischen Waffen geliefert,²³⁴ die der Irak im Krieg gegen den Iran und gegen die kurdische Zivilbevölkerung einsetzte. Neben chemischen Waffen arbeitete der Irak an der Entwicklung von biologischen²³⁵ und atomaren Waffen.²³⁶ Das bedeutet, dass der Irak nach dem ersten Golfkrieg hochgerüstet war mit allen schweren bzw. Massenvernichtungswaffen. Fast eine Million kampferprobte Soldaten standen militärisch hochgerüstet unter Waffen. Das Ganze spielte meines Erachtens ebenfalls eine besondere Rolle dafür, dass Saddam Hussein den mächtigen Mann in der Region spielte und sich in der Lage sah, einen ölreichen Staat wie Kuwait problemlos annektieren zu können.²³⁷

Nach dem UNO-Embargo von 1991 gegen den Irak konnte die irakische Führung auf dem internationalen Markt legal keine Waffen mehr kaufen. Dies macht eine Statistik in Bezug auf den Rüstungsimport des Iraks während der 90er Jahre schwer.²³⁸

3.4. Der Weg zum Krieg am Golf

Am 2. April 1990 drohte Saddam Hussein, dass ein Feuer die Hälfte Israels vernichten würde, wenn dieses seine Atomwaffen auf den Irak richten würde.²³⁹ Dies veranlasste Washington, einen Sanktionsplan gegen den Irak auszuarbeiten, welcher von John Kelly und Dennis Ross

234) Vgl. B. Nirumand, Sturm im Golf, a. a. O., S. 72; Der Spiegel, 16.01.1989.

235) Vgl. TAZ, 30.01.1989.

236) Vgl. ebenda, 03.04.1989.

237) Vgl., P. Salinger, Der Weg zum Krieg am Golf, a. a. O., S. 17.

238) Vgl. TAZ, 03.04.89.

239) Vgl. W. Ruf, Vom kalten Krieg zur heißen Ordnung, a. a. O., S. 53.

vorbereitet war. James Baker billigte dies. Der Irak sollte weder Kredite mehr bekommen, noch Militärgüter.²⁴⁰

Es ist aber aus der ausgearbeiteten Sanktionsaktion nichts geworden. Der US-Handelsminister war gegen diesen Plan, mit der Begründung, dass dieser für Weizenproduzenten und für die US-Industrie negative Folgen hätte. Saddam Hussein bekam danach nicht nur keine Sanktionssignale, sondern sogar Ermutigungssignale.²⁴¹

Am 12. April besuchte eine offizielle Delegation von fünf US-Senatoren unter Leitung von Robert Dole²⁴² Bagdad. Dole versicherte Saddam Hussein, dass es keine Sanktionen gegen den Irak geben werde, weder jetzt noch in Zukunft, und er sagte weiter, dass Präsident Bush sich gegen solche Sanktionen gegen den Irak wenden werde. Die anwesende US-Botschafterin April Glaspie sekundierte: „Ich kann Ihnen bestätigen, dass das die Politik der Vereinigten Staaten ist.“²⁴³

April Glaspie erklärte bei dieser Begegnung weiter: „Die USA betrachteten den Streit zwischen Irak und Kuwait als eine innerarabische Angelegenheit.“²⁴⁴

Mit anderen Worten hieß das freie Hand für Saddam Hussein durch die USA. Unmittelbar nach der Annexion von Kuwait reagierten die USA jedoch sofort und eindeutig feindselig. Es wurde danach die Resolution 660 vom UN-Sicherheitsrat verabschiedet.²⁴⁵

²⁴⁰) Vgl. P. Salinger, Der Weg zum Krieg am Golf, a. a. O., S. 18.

²⁴¹) Vgl. S. Bassireh, Der zweite Golfkrieg, a. a. O., S. 47.

²⁴²) Dole war der republikanische Fraktionsführer und Sprecher der amerikanischen Minderheit im Senat.

²⁴³) P. Salinger, Der Weg zum Krieg am Golf, a. a. O., S. 18.

²⁴⁴) W. Ruf, Vom kalten Krieg zur heißen Ordnung, a. a. O., S. 55.

²⁴⁵) Vgl. ebenda.

Am 25. April schickt Präsident George Bush zum Ende des Fastenmonates Ramadan einen persönlichen Freundschaftsgruß an Saddam Hussein. Saddam musste es so verstanden haben, dass die amerikanische Führung eine Konfrontation vermeiden wollte. Am 28. Mai, bei einem Treffen der 21 arabischen Staatschefs in Bagdad, griff Saddam weder Israel noch Amerika an, sondern die Staatschefs der Golfstaaten.²⁴⁶ Saddam sagte: „Ihr fördert zuviel Erdöl und sorgt damit für einen Preisverfall. Ihr führt einen regelrechten Wirtschaftskrieg gegen mein Land.“²⁴⁷

Am 16. Juli beschuldigte Bagdad Kuwait, Öl im Wert von mehr als 2,4 Milliarden Dollar aus den Feldern von Rumeila gestohlen zu haben. Der Irak beansprucht diese Felder für sich. Es hieß weiter, dass Kuwait und die Golfstaaten sich an einer zionistischen Verschwörung gegen die arabische Nation beteiligt hätten. Am 31. Juli beantwortete John Kelly im Nahostausschuß des Repräsentantenhauses die Fragen der Abgeordneten bezüglich der US-Haltung im Falle einer Besetzung von Kuwait durch den Irak. Auf eine Zusatzfrage eines Abgeordneten „Ist es unter solchen Umständen richtig zu sagen, wir hätten keinen Vertrag, keine Verpflichtung, nichts, das uns zwingen würde, amerikanische Truppen (zum Schutz Kuwaits) einzusetzen?“²⁴⁸ nahm Kelly wie folgt Stellung: „Das ist richtig“.

Die britische Rundfunkgesellschaft BBC sendete die Kellysaussage. Unmittelbar vor dem Invasionsbefehl übermittelt Kelly der irakischen Führung ein Signal, das als Nichteinmischung der USA gedeutet werden musste.²⁴⁹

246) Vgl. P. Salinger, Der Weg zum Krieg am Golf, a. a. O., S. 18.

247) Ebenda.

248) Vgl. ebenda, S. 19-21.

249) Vgl. ebenda, S. 21.

Aus dieser Darstellung vom Ablauf der Ereignisse lässt sich vermuten, dass sich Saddam Hussein dadurch zu seinem Vorhaben ermutigt fühlte und seine Eroberungspläne voran trieb. Ebenso lässt sich daraus erkennen, dass Saddam Hussein aus schweren politischen und ökonomischen Schwierigkeiten heraus ein so riskantes Unternehmen wagte. Es scheint, dass der Krieg für das irakische Regime zur einzigen politischen Strategie geworden war.

3.5. Argumente und tatsächliche Gründe für die Annexion Kuwait

Bei der Analyse des dritten Teils der Arbeit ist zu berücksichtigen, dass zwischen der offiziellen Argumentation und den tatsächlichen Gründen für die Annexion des Staates Kuwait aus irakischer Sicht unterschieden werden muss. Zusammenfassend gab es meines Erachtens vier Argumente für die irakische Entscheidung, Kuwait 1991-23 Monate nach der Beendigung des Krieges gegen den Iran - anzugreifen:

1. Der Irak argumentierte, dass er sich finanziell nicht in der Lage sah, die 10-15 Milliarden US-Dollar an Kuwait zurückzuzahlen, die Kuwait zur Finanzierung im Krieg gegen den Iran zur Verfügung gestellt hatte. Kuwait war nicht bereit, auf diesen Kredit zu verzichten und forderte von der irakischen Regierung das Geld zurück. Dies gab Saddam Hussein die ökonomische Rechtfertigung für die Invasion in Kuwait. Der Emir von Kuwait machte eine schnelle Regelung des kuwaitisch-irakischen Grenzfrage zur Bedingung für Verhandlungen über die kuwaitischen Kredite beim Irak. Die Argumente des Irak basierten darauf, dass der Krieg auch im Interesse der Kuwaitis und Saudis gegen die schiitischen Fundamentalisten des Iran geführt worden war, die auch Kuwait und Saudi-Arabien bedrohten.
2. Das zweite Argument waren angebliche kuwaitische Ölbohrungen in den Ölfeldern von Rumaila, welches im umstrittenen Grenzgebiet liegt.

Kuwait soll dadurch Erdöl für 2,3 Milliarden US-Dollar gestohlen haben.

3. Das dritte Argument war die kuwaitische Überproduktion an Öl. Am 17. Juli 1990 drohte Saddam Hussein mit der Anwendung von Gewalt als Antwort auf die kuwaitische Überproduktion und die dadurch sinkenden Preise. Saddam behauptete, daß die Verkäufe Kuwaits und der Vereinigten Arabischen Emirate die Einnahmen des Irak aus dem Verkauf von Rohöl um 14 Milliarden Dollar senkten.

4. Saddam Hussein wollte angeblich Friedensgespräche. Der Emir von Kuwait lieferte die letzte Rechtfertigung für die Invasion, weil er den direkten Friedensgesprächen nicht zustimmte, sondern die Vermittlung der Arabischen Liga befürwortete.²⁵⁰

Was die tatsächlichen Gründe für die Annexion von Kuwait aus irakischer Sicht anbetrifft, lässt sich meines Erachtens in den folgenden fünf Punkten zum Ausdruck bringen:

1. Die Kuwaitis waren unvorstellbar reich und verfügten über große Investitionen und Vermögen im Ausland. Der Zugriff auf diesen Wohlstand hätte die finanziellen Probleme des Irak lösen können.²⁵¹

2. Durch eine Invasion bzw. der Annexion von Kuwait hatte sich der Irak seines Zugangs zum Meer gesichert und hatte dadurch den kuwaitischen Hafen unter irakischer Kontrolle gebracht. Diese ist für den Irak nicht nur wirtschaftlich, z.B. für den Handel, sondern auch politisch und militärisch von enormer Wichtigkeit ist.²⁵²

250) Vgl. B. W. Watson/B. George/P. Tsouras, Erfahrungen des Golfkrieges, a., a., O., S. 3-4.

251) Vgl. W. Ruf, Vom Kalten Krieg zur heißen Ordnung, a., a., O., S. 47.

252) Vgl. E. Wirth, Irak und seine Nachbarn, a. a. O., S. 34-35.

3. Mit einer Annexion von Kuwait hätte der Irak über 20% der Weltrohölreserven verfügen können. Dies hätte auch die politische Position des Irak international verstärkt.²⁵³

4. Mit der Annexion von Kuwait hätte der Irak seinen Einfluss auf den Ölpreis verstärken und so Einfluss auf die Preispolitik der OPEC ausüben können und wenigstens mittelfristig den Ölpreis in die Höhe schieben können.²⁵⁴

5. Saddam Hussein brauchte Erfolge für seinen Prestige als ein charismatischer und patrimonialer arabischer Führer innerhalb des Irak und innerhalb der arabischen Lage überhaupt. Er musste nach den Niederlagen des Irankrieges sein Gesicht retten. Daher musste er „heldenhafte Taten“ vollbringen.²⁵⁵

Es gibt allerdings auch objektive Ursachen für den Konflikt, zumindest historische, die in der Aufteilung des Nahen und Mittleren Osten durch die Kolonialmächte begründet sind. Diese brachte Grenzprobleme mit sich, allerdings nicht nur zwischen dem Irak und der Kuwait.

Die Invasion von Kuwait hatte mit Sicherheit nichts mit Systemkonkurrenz, und auch nichts mit dem Verhältnis zu den Großmächten oder ähnlichen Faktoren zu tun. Es ging lediglich um eigenstaatliche Machtinteressen.²⁵⁶

253) Vgl. S. Bassireh, Der zweite Golfkrieg, a., a., O., S. 52.

254) Vgl. E. Karsh/I. Rautsi, Die Invasion, a. a. O., S. 64.

255) Vgl. ebenda.

256) Vgl. J. Hippler, Die neue Weltordnung, a., a., O., S. 114

3.6. Die Interessen der USA in der Golfregion und der Krieg gegen den Irak

Seit dem zweiten Weltkrieg hat noch jeder amerikanischer Präsident bis hin zu George W. Bush angesichts einer Rezession auf das Mittel der militärischen Reaktion und /oder Eskalation zurückgegriffen. Der Ex-Präsident Nixon fasste das in der "International Herald Tribune" vom 07. Januar 1991 wie folgt zusammen:

„Als Senator Bob Dole sagte, wir seien wegen des Öls am Golf, und als Außenminister James Baker sagte, wir seien dort wegen der Arbeitsplätze, wurden sie kritisiert, weil sie unser Vorgehen mit rein egoistischen Beweggründen rechtfertigten. Wir sollten uns nicht dafür entschuldigen, daß wir unsere lebenswichtigen Wirtschaftsinteressen verteidigen.“²⁵⁷

Jedoch gehen die wirtschaftlichen und geopolitischen Interessen der USA und ihre Verteidigung weit über das Öl in der Golfregion und über die einheimischen Arbeitsplätze hinaus. Es sind globale Interessen, und sie werden hauptsächlich durch die Konkurrenz aus Japan und Deutschland bedroht, beziehungsweise von einem japanisch geführten Asien und einem Europa unter der Führung Deutschlands - und dies um so mehr, als die sowjetische "Bedrohung" mittlerweile

²⁵⁷) J. Hippler (Hg.), US-Außenpolitik und Revolution in Mittelamerika, in: Intervention in Mittelamerika und in der Karibik, Wuppertal, 1984, S. 1/1/1.

Die Vereinigten Staaten von Amerika sind das politisch führende und ökonomisch immer noch das wichtigste kapitalistische Land. Westeuropa wäre - als Einheit betrachtet - den USA ökonomisch überlegen, und ist politisch nicht mehr so heterogen wie früher. Dennoch spielt die USA nach wie vor eine wichtige politische und ökonomische Rolle in der ganzen Welt, in Europa, dem Nahen und Mittleren Osten, in Südost-Asien, in Lateinamerika und anderswo. Innerhalb des kapitalistischen Lagers scheint die USA noch niemand diese Rolle streitig machen zu können; Japan ist zwar ein wichtiger Wirtschaftsfaktor, verfügt jedoch über keine nennenswerte Armee und ist auch ökonomisch extrem stark außenabhängig, besonders von USA. Japans Abhängigkeit von Rohstoffimporten ist bekannt. Die Welt der zwei Supermächte ist seit dem Ende des Kalten Krieges vorbei, und die USA ist, meines Erachtens, mehr, als früher auf Partner angewiesen. (Vgl. ebenda).

praktisch ausgeschaltet ist.²⁵⁸ Der in London erscheinende "Sunday Telegraph" vom 20. Januar 1991 kommentierte: "Es wird keine multipolare Welt geben. Wenn eine neue Weltordnung entsteht, dann nur auf der Grundlage US-amerikanischer Militärmacht, wobei Großbritannien eine Schlüsselrolle zufällt."²⁵⁹ Und für die Kommentatoren stand fest: Saddams Skalp wird die erste Trophäe dieser neuen Ordnung sein.²⁶⁰

Die wichtigsten Ziele der USA am Persisch-Arabischen Golf, die auch Irak/Kuwait miteinschließen, liegen in der Sicherung der Stabilität in der gesamten Region, aber einer Stabilität nach US-Vorstellungen. Die Staaten am Golf haben seit dem Zweiten Weltkrieg für den Westen diverse Funktionen erfüllt. Ölpolitik und gewisse regionale Ordnungsfunktionen gehören dazu. Jochen Hippler nennt drei der wichtigsten dieser Funktionen:

1. die physische Gewährleistung der Ölversorgung;
2. eine konsistente Niedrigpreispolitik, die das Interesse der westlich dominierten Weltwirtschaft oft über das finanzielle Eigeninteresse stellte oder beide zur Deckung zu bringen versuchte;
3. Die Kontrolle und Bekämpfung nationalistischer oder revolutionärer Bewegungen und Tendenzen,²⁶¹ aber auch steigender politischer Einfluss in einzelnen Ländern.

Jochen Hippler deutet auf eine zusätzliche Rolle hin, die die USA aus eigenem Interesse und auch im Interesse anderer Industriestaaten spielen müssen:

258) Vgl. S. Bassireh, Der zweite Golfkrieg, a. a. O., S. 55.

259) Sunday Telegraph, 20.01.1991.

260) Vgl. Andre Gunder Frank, Politische Ökonomie des Golfkriegs, in: Reader zum Golfkrieg, a. a. O., S. 56-58.

261) Vgl. J. Hippler, Die neue Weltordnung, a. a. O., S. 118.

„Selbst wenn die USA auf das Öl der Golfregion verzichten könnten (schließlich bezogen die USA vor dem Konflikt nur 3,6 Prozent ihres insgesamt konsumierten Öls aus Kuwait und dem Irak, 7,1 Prozent aus Saudi Arabien), andere Länder können das nicht. Frankreich importierte 35 Prozent seines Öls aus dem Golf, Japan sogar 64 Prozent. Falls diese und andere Staaten vollständig auf Golf-Öl verzichten müssten, wäre eine tiefgreifende Wirtschaftskrise unvermeidlich. Und solche Krisen in den europäischen Ländern oder Japan hätten nach Meinung der USA auch die US-Ökonomie in den Abgrund stürzen können.“²⁶²

Es gibt allerdings weitere Ziele, die die amerikanische Außenpolitik bestimmen, nämlich die Nationale Sicherheit (national security). Damit ist nicht nur die militärische Sicherheit gemeint, sondern die Verteidigung der wirtschaftlichen Interessen Amerikas, vor allem die Sicherung und Gewährleistung der Rohstoffzufuhr, insbesondere der Ölimporte.²⁶³

In Bezugnahme auf einen Bericht des amerikanischen Petroleum-Instituts schreibt die FAZ vom 15. August 1990, dass im Jahr 1989 die einheimische Ölproduktion der USA nur noch 42% des Verbrauchs deckte. Etwa die Hälfte des hohen amerikanischen Handelsbilanz-Defizits war auf die Ölimporte zurückzuführen. Die Sorge war deshalb in den USA groß, dass Saddam Hussein durch Ausdehnung seiner Macht, wie durch die Annexion von Kuwait, das Öl zur Waffe gegen die westlichen Industriestaaten machen könnte.²⁶⁴

²⁶²) Ebenda, S. 119.

²⁶³) Vgl. J. Hippler, US-Außenpolitik und Revolution in Mittelamerika, a. a. O., S. 1/1/4.

²⁶⁴) Vgl. FAZ, 15.08.1990.

Vor diesem Hintergrund muss auch die US-Außenpolitik gegenüber der Golfregion gesehen werden. Es lässt sich daraus allerdings die Frage stellen, wieso Saddam Husseins Regierung die außenpolitische Auffassung der USA dermaßen falsch einschätzte?

Wir verfügen nun über zwei sich überlagernde Raster für die Untersuchung der US-Politik gegenüber der Golfregion: die Notwendigkeiten der kapitalistischen Konkurrenz auf dem Weltmarkt und die nachlassende amerikanische Konkurrenzfähigkeit mit allen ihren Ausflüssen und das außenpolitische Konzept der nationalen Sicherheit mit ihren drei Bereichen (militärisch, ökonomisch, ideologisch).²⁶⁵

Der arabische Journalist Muhamad Hasanen Haikal kommt in seinem Buch (Der Golfkrieg) zu dem Ergebnis, dass sich die USA und Grossbritannien von Anfang an für den Krieg entschieden. Es war aber nicht leicht, diese Entscheidungswahl der amerikanischen und britischen Öffentlichkeit zu präsentieren, schon gar nicht als ein Krieg ums Öl. Haikal spricht dabei von drei Erdölkriegen, die zum Feld der Auseinandersetzungen wurden:

- 1) 1973 setzten die Araber Öl als eine wirksame Waffe gegen die Israelunterstützer, in erster Linie gegen die USA.
- 2) Der Krieg zwischen Irak und Iran fand zwischen zwei Öl-produzierenden OPEC-Staaten statt, die es sich zum Hauptziel gemacht haben, die Öl-Einrichtungen des jeweiligen Gegners zu zerstören, was letztendlich zur Verlegung von westlichen Kriegsschiffen in den Golf geführt hat. Beide Staaten galten nicht als politisch gemässigt.

²⁶⁵) Vgl. J. Hippler, US-Außenpolitik und Revolution in Mittelamerika, a. a. O., S. 1/1/4.

3) Als letztes spricht Haikal von dem Kuwaitkrieg, der für ihn in die Kategorie des Öl-Krieges eingeordnet werden muss. Er fügt seiner Analyse hinzu, dass der Westen zu diesem Zweck bereit wäre, auf den härtesten Kurs einzugehen.²⁶⁶

Zum Erreichen dieses Zieles und auf die Vorherrschaft bezogen, wurden meines Erachtens ein ganzes Bündel an Instrumenten getroffen, nämlich politische, militärische und nicht zuletzt spielten die Medien keine untergeordnete Rolle dabei. Den diplomatischen Trick der USA, mit dem sie Saddam Hussein zur Vorbereitung seines Plans zur Annexion von Kuwait ermutigten, gehört ebenfalls zu diesen Methoden bzw. Instrumenten. Die Entscheidung Saddam Husseins zur Annexion von Kuwait, die Einzelentscheidung eines einzelnen Patrimonialführers, macht es wiederum deutlich, wie sehr es diesen Staaten an kollektiven und demokratischen pluralistischen Systemen mangelt, wie es sie in den westeuropäischen Staaten gibt.

Jochen Hippler ist der Auffassung, dass für die Vereinigten Staaten die Entwicklungsländer sowohl ökonomisch als auch politisch zunehmend wichtiger werden. Sie sind Hauptlieferanten von Rohstoffen, natürlich einschließlich des Erdöls, und unser am schnellsten wachsender Exportmarkt.²⁶⁷

Das Fallbeispiel Irak und die Golfregion macht es tatsächlich deutlich, dass die Entwicklungsländer für den Westen, aber insbesondere für die Vereinigten Staaten von Amerika aus folgenden Gründen an Wichtigkeit gewinnen:

²⁶⁶) Vgl. Muhamad Hasanen Haikal, Der Golfkrieg, die Illusionen der Gewalt und des Sieges, Kairo, 1992, S. 60, (arabisch).

²⁶⁷) Vgl. J. Hippler, Intervention in Mittelamerika, a., a., O., S. 1/1/4

- 1) Quellen bzw. Lieferanten von Rohstoffen,
- 2) Länder mit Billiglohn,
- 3) Absatzmärkte,
- 4) Investitionsgebiete, die hohe Profite bringen,
- 5) Wichtige geostrategische Faktoren mit Militärbasen für die Überwachung des Globus.²⁶⁸

Es lässt sich die Frage stellen, wer ist von wem abhängig? Es ist dennoch gelungen, die existierende Abhängigkeit durch militärische Gewalt, politischen Druck, Unterstützung der Loyalen und gemäßigten Regierungen, und nicht zuletzt durch Technologie-Transfer in die Entwicklungsländer umzukehren. Und zur Legitimierung von Kriegen wurde stets ein Feindbild gebraucht.

Bassam Tibi vertritt die Auffassung, dass Kriege stets den Verlauf der Geschichte ändern. Das europäische System, so Tibi, war selbst als Folge eines Krieges ins Leben gerufen worden. Tibi bezieht sich auf Charles Tilly, nach dessen Urteil das europäische Staatensystem mit Gewalt, d.h. durch Kolonisation, auf die außereuropäische Welt übertragen worden ist. Aus dem Kampf gegen die europäische Kolonialherrschaft, d.h. aus der Dekolonisation, sind die modernen Staaten in Asien und Afrika hervorgegangen.²⁶⁹ Ich komme insgesamt zu der Feststellung, dass alle Kriege, die in der Geschichte stattgefunden haben, kein zufälliges menschliches Schicksal sind.

²⁶⁸) Vgl. S. Bassireh, Der zweite Golfkrieg a. a. O., S. 62.

²⁶⁹) Vgl. Bassam Tibi, Konfliktregion Naher Osten, München, 1989, S. 19.

3.7. Die Notwendigkeit des Krieges?

Nach Meinung von Außenminister Baker musste auf Saddam Hussein reagiert werden, um seine Macht einzudämmen, denn die Hegemonieansprüche Saddam Husseins hatten aus der Sicht der Bush-Administration unannehmbare regionale und internationale Konsequenzen. Mit einer Kontrolle über die Preispolitik des Öls hätte Saddam Hussein die Macht gehabt, die Weltökonomie durcheinanderzubringen und politische Instabilitäten zu schaffen.²⁷⁰

Die USA musste sich meines Erachtens nach der Annexion Kuwaits durch den Irak massiv auf die Seite der Golfstaaten und der Scheichtümer (ihre traditionellen, konservativen Verbündeten am Golf) stellen, sonst hätten sich diese notwendigerweise politisch - und in der Ölpreispolitik - dem Irak annähern müssen. Sie hätten den Eindruck gewonnen, die Schutzzusagen der USA seien nutzlos, und es wäre ihnen nichts anderes übrig geblieben, als sich mit Bagdad zu arrangieren. Damit wäre der Irak in der Tat unbestrittene Vormacht am Golf geworden. Die Folge wäre gewesen, dass die USA die Region nur noch schwer hätten kontrollieren oder beeinflussen können.²⁷¹ Ein Wirtschaftsboykott allein hätte den Irak kaum aus Kuwait herausgeworfen. Daher, dies ist allerdings nur einer der Gründe für den Krieg, musste aus der Sicht der US-Politik die irakischer Annexion von Kuwait mit Krieg beantwortet werden.

²⁷⁰) Vgl. B. W. Kubbig, Krieg und Frieden am Golf, a. a. O., S. 87-88.

²⁷¹) Vgl. J. Hippler, Qualifizierte Technokraten, a. a. O., S. 37; Vgl. J. Hippler, die neue Weltordnung, a. a. O., S. 118-119.

Abbildung 8



Der zweite Golfkrieg: US-Soldaten, toter Iraker am Multa Ridge

Quelle: Spiegel 15/1991, S. 177

Teil 4

**Die politische und ethnische Struktur
der Opposition als
stabilisierendes Faktor für die Baath-
Herrschaft**

Teil 4

Die politische und ethnische Struktur der Opposition als stabilisierendes Faktor für die Baath-Herrschaft

4.1 Allgemeiner Überblick über die Opposition im Irak

Immer wieder stellt sich die Frage, wie die Baath-Partei jahrzehntelang trotz Opposition allein im Irak regieren konnte. Was sind die Ursachen dafür, daß die irakische Opposition zersplittert, uneinig und schwach ist? Und nicht zuletzt fragt es sich auch: Wer ist überhaupt im Irak die Opposition? Kann sie eine Alternative zur Baath-Herrschaft darstellen? Hat die irakische Opposition die Baath-Partei destabilisiert, oder wurde sie von der Baath-Partei doch für eigene Machtinteressen ausgenutzt, um ihre Herrschaft zu stabilisieren? Um einen umfassenden Überblick über diese Fragen zu vermitteln, ist es wichtig, auf die ethnischen, religiösen, politischen und ideologischen Aspekte der Opposition bzw. des Konflikts einzugehen, die immer wieder zu politischen Krisen und Kriegen im Irak geführt und die auch bei allen Golfkriegen keine untergeordnete Rolle gespielt haben, da, wie im zweiten Teil der Arbeit deutlich wurde, nur eine einzige politische Herrschaft den Irak beherrscht, nämlich die Baath-Partei unter Führung eines Einzelpatrimonialherrschers. Aufgrund der Natur der politischen Ideologie der Baath-Partei wurde die gesamte irakische Opposition in die Illegalität getrieben.

Es werden, meiner Feststellung nach, innerhalb der irakischen Opposition insgesamt vier Bewegungen bzw. Tendenzen festgestellt, die die gesamte politische Ideologie der irakischen Opposition widerspiegeln: die kurdische (Gesamt-Kurdistan-Front des Irak), die kommunistische, die islamische und eine arabisch-nationalistische Bewegung. Innerhalb dieser Bewegungen gibt es wiederum

verschiedene politische und religiöse Tendenzen, wie unter den Schiiten und Sunniten der Fall ist, mit unterschiedlichen Glaubensrichtungen. Die Kurden stellen zwar eine einheitliche ethnische Gruppe dar, aber politisch-ideologisch sprechen sie nicht mit einer Stimme. Genauso hat es, vor allem seit dem Ende des kalten Krieges, Spaltungen innerhalb der irakischen Kommunisten gegeben. Eine Zentralfrage ist hier die Stabilisierung bzw. Destabilisierung der Zentralmacht der Baath-Herrschaft durch den langwierigen und organisierten Kampf der Opposition. Um die tatsächliche Problematik (Sieg und Niederlage) der Opposition in Irak zu begreifen, mussten bei der Analyse letztendlich folgende Aspekte berücksichtigt werden:

- 1) Die historische Ebene
- 2) Die Hintergründe der ethnischen bzw. Nationalitäten-Konflikte
- 3) Die religiösen-konfessionellen Tendenzen, aus denen politische Differenzen und Auseinandersetzungen entstanden sind.
- 4) Oppositionelle Konflikte, die aus ideologischen und sozial-ökonomischen Differenzen entstanden sind.
- 5) Die Hintergründe der Zerstrittenheit der Opposition untereinander, aber auch die Quelle ihrer Einheit gegen die Baath-Herrschaft.
- 6) Die unterschiedlichen außenpolitischen Beziehungen der Einzelparteien und Organisationen.
- 7) Schließlich die Ursachen für die Entscheidung der Einsetzung von Gewalt auf beiden Seiten, nämlich die der Zentralgewalt und die der Opposition. Und nicht zuletzt die Perspektiven der irakischen Opposition.

4.2. Die Schaffung des Staates Irak und irakisch-Kurdistan als Ursache des Konfliktes

In Teil drei der Arbeit wurden die Hintergründe für die Schaffung des Staates Irak durch die europäischen Kolonialmächte nach dem ersten Weltkrieg angedeutet. Im ersten Weltkrieg besetzten englische Truppen dieses Gebiet, das wegen seines Erdölreichtums und auch aufgrund anderer Bodenschätze schon längst das besondere Interesse des Westens auf sich gelenkt hatte.²⁷²

Die Folge war das Zusammenpferchen von unterschiedlichen Ethnien mit unterschiedlichen Kulturen und Religionen bzw. Religionsgemeinschaften in einem künstlich geschaffenen Staat, ohne Rücksicht auf die Konsequenzen, wodurch unlösbare Konflikte entstanden, die bis heute andauern.²⁷³

Das heutige Irakisch-Kurdistan,²⁷⁴ das häufig als das südliche Kurdistan bezeichnet wird, bildet einen zentralen Teil der kurdischen Gebiete.²⁷⁵ Es lag vor dem ersten Weltkrieg im Spannungsfeld der osmanischen und persischen Interessen. Irakisch-Kurdistan entspricht ungefähr dem früheren osmanischen Vilayet Mossul und sollte Teil des

²⁷²) Vgl. Fadil Khalil, Kurden heute, Wien, 1985, S. 29.

²⁷³) Der Autor stellt fest, dass der Irak zwar ein Vielvölkerstaat ist (Turkmenen im Nord- und Mittelirak und christliche Assyrer, die kleine Minderheiten darstellen), die Bevölkerung besteht aber trotzdem aus zwei Hauptnationalitäten: Arabern und Kurden. Die drei ehemaligen Provinzen Mesopotamiens, Mossul (Nord-), Bagdad (Mittel-) und Basra (Südirak) müssen heute so beschrieben werden, daß im Norden und Nordosten Kurden und im Mittel- und Südirak Araber leben. Die arabischen Sunniten leben überwiegend in Mittel- und die Schiiten in Südirak, wobei die Baath-Regierung in Bagdad aus Sunniten besteht und hier über ihre soziale Basis verfügt.

²⁷⁴) Irak-Kurdistan bildet die Verbindung zwischen dem türkischen, auch nördlichen oder westlich genannten Kurdistan im Norden und Nordwesten, und dem iranischen, östlichen Kurdistan im Osten und Südosten, es grenzt außerdem an den kurdischen Zipfel Syriens. Mit ungefähr 74.000 km² stellt das irakische Kurdistan 17% der Gesamtfläche der irakischen Republik (438 446 qkm). (Vgl. I. Vanly, Kurdistan und die Kurden, Band 1, a. a. O., S. 261-267).

²⁷⁵) Vgl. I. Vanly, Kurdistan und die Kurden, Band 1, a. a. O., S. 261.

kurdischen Staates werden, der in Artikel 62, 63 und Artikel 64 des Vertrages von Sèvres am 10.08.1920 vorgesehen war. Obwohl nach Angaben des Völkerbundes sieben von acht Einwohnern dieses Gebietes Kurden waren, wurde es 1925 dennoch entsprechend den Wünschen der britischen Mandatsherren dem arabischen Königreich Irak zugesprochen.²⁷⁶ Und so wurde ein Teil Kurdistans (Süd-Kurdistan) gegen den Willen seiner Bevölkerung dem Norden des neu gegründeten Irak zugeschlagen. Die späteren Auseinandersetzungen zwischen den Kurden und der irakischen Zentralmacht sind vor diesem Hintergrund zu sehen.²⁷⁷

Seitdem setzen alle nacheinander kommenden irakischen Regierungen systematisch sämtliche politischen und sozio-ökonomischen Methoden ein, um dadurch Kurdistan unter Rückständigkeit zu halten. Obwohl das nördliche Gebiet sehr reich an Bodenschätzen und landwirtschaftlichen Erzeugnissen, an Boden und Arbeitskräften ist, investiert die irakische Bourgeoisie nur selten Kapital in dieses Gebiet, um die Rückständigkeit weiterhin beizubehalten. Diese Politik ist seit der Gründung des Staates Irak an der Tagesordnung. Fast alle Dörfer und kleinen Ortschaften hier wurden von der irakischen Regierung systematisch zerstört und seine Bewohner zwangsdeportiert.²⁷⁸ Ähnlich wie die USA in Vietnam setzte die irakische Regierung auch bei der Zerstörung der Landwirtschaft Kurdistans Entlaubungsmittel und chemische Waffen ein. Die Folgen werden für die Menschen und für die Landwirtschaft auf Jahrzehnte wirksam bleiben.

Was den Rückgang der landwirtschaftlichen Produktion anbetrifft, macht Hanna Batatu in folgender Tabelle deutlich:

²⁷⁶) Vgl. ebenda, S. 147; Vgl. Abdelrahman Kassmlu, Kurdistan und die Kurden, Beirut, 1979, S. 80-89 (arabisch).

²⁷⁷) Vgl. F. Rasoul, Irak-Iran, a. a. O., S. 138.

²⁷⁸) Vgl. I. Vanly, Kurdistan und die Kurden, Band 2, a. a. O., S. 161-164.

**AGRICULTURAL PRODUCTION
INDICES PER CAPITA
1969-71 = 100**

	1969	1970	1971	1972	1973	1974	1975	1976	1977	1978	1979	1980
Egypt	101	99	100	99	97	94	93	93	87	89	90	91
Iraq	103	99	97	121	88	85	77	94	85	84	84	88
Syria	116	89	95	126	79	126	124	140	127	143	129	148

Source: Food and Agriculture Organization of the United Nations,
FAO Production Yearbook, 1981, Volume 34, pp. 81-82.

Tabelle 1

Quelle: Hanna Batatu, *The Egyptian, Syrian, and Iraqi Revolutions*, Washington, D.C., 1983, S. 20

Aus den oben genannten Gründen und durch das Fehlen einer Agrar-Reform im Irak ist es zu einer starken Landflucht gekommen.²⁷⁹ Die Abwanderung der ländlichen Bevölkerung hat zu einer grundlegenden Wandlung der Strukturen der irakischen Bevölkerung geführt. (s. Tabelle 2).

Tabelle 2

Jahr	Stadt- bevölkerung	%	Land- bevölkerung	%
1957	2.445.200	38,8	3.853.700	61,2
1965	2.111.800	51,1	3.935.600	48,9
1970	5.452.400	57,8	3.987.700	42,2
1975	7.083.900	63,0	4.040.400	36,3
1980	9.120.300	69,0	4.093.800	31,9

Quelle: Mohammad Saleh M. Said, *Die sozialökonomische
Entwicklung in der Landwirtschaft Iraks*, Berlin, 1982, S. 71

²⁷⁹) Vgl. W. Dosch/P. Herrlich, *Ächtung der Giftwaffen*, a. a. O., S. 157-158.

Von ca. 23 Millionen²⁸⁰ Einwohnern des Irak leben heute allein 7-8 Millionen in der Hauptstadt Bagdad. Die wirtschaftlichen und sozialen Probleme der Menschen wurden durch die Landflucht in die Städte stärker. Die Regierung setzte sich nicht für die Lösung dieses Problems ein, welches von ihr selbst verursacht wurde. Nach dem zweiten Golfkrieg wurde, bedingt durch eine 2000% Inflation und die Wirtschaftsembargo, die Mittelschicht ebenfalls arm.²⁸¹

4.3.Kurden

4.3.1. Kurden in der irakischen Verfassung

In der irakischen Verfassung werden die Kurden als Volk anerkannt.²⁸² Die Verfassung stellt fest, daß die Bevölkerung aus zwei Hauptnationalitäten besteht, der arabischen und der kurdischen. Der RCC hat im Gesetz vom 11. März 1974 eine „Autonome Region Kurdistan“ bestimmt,²⁸³ ein Status, den keiner der Nachbarstaaten den in seinen Grenzen lebenden Kurden zuerkannt hat, was Bagdad auch immer wieder betont. Es trifft zu, daß innerhalb dieser „Autonomen Region“ in den Schulen – neben Arabisch – von Zeit zu Zeit auch Kurdisch die Unterrichtssprache ist; auch dies wird den Kurden in anderen Ländern verweigert.²⁸⁴ Allerdings weiß man, daß diese Autonomie, für die das kurdische Volk durchaus hart gekämpft hat,

280) Vgl. Bodo Harenberg (Hg), Aktuell 2003, Das Jahrbuch Nr. 1, Dortmund, 2002, S. 488.

281) Vgl. S. Alhamdani, Innenansichten aus dem Irak, a. a. O., S. 174-175.

282) Laut linguistischen Untersuchungen gehört die kurdische Sprache zur iranischen Gruppe der indogermanischen Völkerfamilie. (Vgl. A. Kassmlu, Kurdistan und die Kurden, a. a. O., S. 39-41, arabisch.

283) Die exekutiven und legislativen Organe der angeblich autonomen Regierung setzten sich aus Personen zusammen, die völlig unter der Vormundschaft der Baath-Partei standen und von deren Anweisungen abhängig waren. Sie waren weder autonom in ihren Entscheidungen, noch verfügten sie über ein Budget, das aus den Ressourcen des Landes finanziert wurde und für seine Entwicklung bestimmt war. (Vgl. I. Vanly, Kurdistan und die Kurden, Band 2, a. a. O., S. 161).

284) Vgl. I. Vanly, Kurdistan und die Kurden, Band 1, a. a. O., S. 300-301.

einseitig nur von der Baath-Partei gestaltet worden ist. Das, was in Bagdad „die Region“ genannt wurde, umfaßt nur ungefähr 45.000 km², während Irakisch-Kurdistan insgesamt etwa 75.000 km² groß ist. In diesen restlichen 30.000 km²,²⁸⁵ wie in allen übrigen Gebieten, hier aber intensiver als anderswo, wurden Arabisierungsmaßnahmen durchgeführt. Die Deportationen von Kurden betraf sogar die „Region“ (es gab Deportationen sowohl dorthin als auch von dort weg). Die Zahl der Kurden wurde in dieser Region von der irakischen Regierung bewusst nach unten gefälscht, und nicht die tatsächliche Anzahl berücksichtigt.²⁸⁶

Artikel 1 der allgemeinen Prinzipien der Verfassung beschreibt „die Baath-Partei als eine panarabische Partei“,²⁸⁷ und in Artikel 41 heißt es in Bezug auf Kultur der Gesellschaft: „Die Partei versucht eine allgemeine nationale Kultur für das ganze arabische Vaterland zu entwickeln, die national, arabisch frei, fortschrittlich, allumfassend, tief und humanistisch in ihren Zielen sein soll. Sie versucht sie in allen Schichten der Bevölkerung zu verbreiten.“²⁸⁸ Angesichts dieser Charakterisierung läßt sich die Frage stellen, wie sich der Bürger einer anderen Ethnie im Irak mit der Verfassung und den Prinzipien der Baath-Partei identifizieren konnte.

285) Vgl. ebenda, S. 267.

286) Vgl. ebenda, S. 161.

287) Vgl. H. Mahr, Die Baath-Partei, a. a. O., S. 168.

288) Ebenda, S. 173.

4.3.2. Der erste Golfkrieg und die kurdische Opposition

Die Kurden haben in der Geschichte ihres Aufstandes seit der Gründung des irakischen Staates verschiedene historische Chancen erhalten, um eine Selbständigkeit aufzubauen. Der Erfolgsverlauf und die Niederlagen sollen in dieser Arbeit untersucht werden. Was die Auswirkungen des ersten Golfkrieges von 1980-88 anbetrifft, können im Zusammenhang mit der Kurdenfrage folgende Hauptphasen unterschieden werden:

Im Jahre 1982 erlitt die irakische Armee schwere Niederlagen an der Südfront gegen die iranische Armee. Daraufhin mußte Saddam Hussein einen großen Teil seiner stationierten Truppen aus Irakisch-Kurdistan (Norden des Irak) an die Südfront abziehen. Dies führte dazu, dass die Kurden zunächst über mehr Handlungsfreiheit verfügten. Die kurdischen Deserteure, die nicht zum Militärdienst eingezogen werden wollten, flüchteten in die befreiten Gebiete, die von Kurden kontrolliert wurden, und viele von ihnen schlossen sich sogar den kurdischen Organisationen an. Die kurdischen Guerilla-Organisationen wuchsen, und die Guerilla-Aktivitäten gegen die Besatzungsarmee wurden verstärkt.²⁸⁹

Der revolutionäre Kommandorat der Baath-Partei (RCC) sah sich angesichts dieses Vorgangs genötigt, in seiner Entscheidung Nr. 1534 vom 8. Dezember 1982 eine "Amnestie" zu erlassen (es war bis dahin die ca. 20. Amnestie seit Beginn der Kriege in Kurdistan). Nach der Entscheidung Nr. 1555 vom 11. Dezember 1982 wurden alle kurdischen Wehrpflichtigen, die das 30. Lebensjahr überschritten hatten, definitiv vom Kriegsdienst freigestellt. Dies traf auch diejenigen, die zwei Monate an der vorderen Front gekämpft hatten. Alle anderen, die mindestens 25 Jahre alt waren, konnten wählen:

²⁸⁹) Vgl. F. Ibrahim, Zur Entwicklung der Kurdenfrage, a. a. O., S. 202.

- a. Sie quittierten endgültig den Dienst und bezahlten dafür 500 Dinar,
- b. Sie ließen sich zur Ersten Armee verlegen, die in der 'Autonomen Region' stationiert ist und im Krieg gegen den Iran nicht zum Einsatz kommt, oder
- c. Sie arbeiteten bis zum Ende ihrer Dienstzeit in der zivilen Verwaltung.²⁹⁰

Allerdings wussten die Kurden aus leidvoller Erfahrung, dass die Baath-Regierung ihre Versprechungen nie einhielt und rückgängig machte, sobald die Zentralregierung in Bagdad wieder an Stärke gewann. Doch zunächst ermöglichte diese neu geschaffene Situation den kurdischen Organisationen, große Gebiete in Irakisch-Kurdistan zum erstenmal seit dem Zusammenbruch der kurdischen Nationalbewegung im Jahre 1975 zu kontrollieren. Infolge militärischer innerkurdischer Auseinandersetzungen konnten die kurdischen Parteien jedoch die durch den Krieg günstig geschaffene Situation nicht für ihre eigene Ziele ausnutzen. Diese wirkte auch negativ auf die gesamte irakische Opposition.²⁹¹

Der Iran eröffnete im Jahre 1983 im Norden des Irak (Kurdistan) eine weitere Front, und Irakisch-Kurdistan wurde mehr in das Kampfgeschehen einbezogen. Die Niederlage der iranischen Armee an der Südfront insbesondere nach dem Verlust der 1986 eroberten Halbinsel Fau führte zur Verlagerung des Krieges nach Kurdistan. Die iranische Armee versuchte, mit der Errichtung der Nordfront die irakische Streitmacht zu zerstreuen und den Druck auf die Südfront zu mildern. Damit wurde insbesondere Irakisch-Kurdistan zum Hauptkriegsschauplatz.²⁹²

²⁹⁰)Vgl. I. Vanly, Kurdistan und die Kurden, Band 2, a. a. O., S. 175.

²⁹¹) Vgl. F. Ibrahim, Zur Entwicklung der Kurdernfrage, a. a. O., S. 202-203; Vgl. I. Vanly, Band 2, a. a. O., S. 176-178.

²⁹²) Vgl. F. Ibrahim, Zur Entwicklung der Kurdernfrage, a. a. O., S. 203.

4.3.3. Der zweite Golfkrieg und die kurdische Opposition

Einer der wichtigsten Erfolge der kurdischen Opposition im Irak hat sich nach dem Ende des zweiten Golfkrieges im Jahre 1991 ergeben. Infolge des zweiten Golfkrieges und des kurdischen Massenaufstands gegen die irakische Zentralmacht in Irakisch-Kurdistan, nicht zuletzt aufgrund der Massenflucht von 2 bis 3 Millionen Kurden in die Berge Kurdistans aus Furcht vor der irakischen Racheaktion und infolge massiven internationalen Drucks wurde gemäß einem UNO-Beschluß im Frühjahr 1991 eine Schutzzone für die Kurden im Norden des Iraks über dem 36. Breitengrad errichtet. Daraufhin mußte sich die irakische Regierung aus Militär- und Verwaltungsverlustgründen nicht nur aus der Schutzzone zurückziehen, sondern auch aus Städten wie Sulaimania, außerhalb des 36. Breitengrades. Aus diesem Grund brach die Kurdistanfront²⁹³ ihre Verhandlungen mit der irakischen Regierung ab, die sie zuvor vor allem zur Rettung der Millionen Flüchtlinge, für die es an internationalen Schutz mangelte, aufgenommen hatte.²⁹⁴

Zum ersten Mal in der Geschichte der Vereinten Nationen verabschiedete der UNO-Sicherheitsrat ein Gesetz zum Schutz der Kurden im Irak: Das Gesetz Nr. 688. Die Staaten, die dafür gestimmt haben, waren Frankreich, Kolumbien, Griechenland, Großbritannien, Norwegen, Holland, Philippinen und die USA. Die Gegenstimmen kamen von Kuba, Rumänien, der Sowjetunion, China, Jugoslawien, Algerien, Marroko, Jordanien, Somalia, Togo und Japan. Ihrer Stimmen enthielten sich Argentinien, Costa Rica, Äthiopien, Mexiko und Nigeria.²⁹⁵

293) Kurdistanfront war ein Zusammenschluß von fast sämtlichen kurdischen politischen Parteien und Organisationen des Kurdistan-Irak.

294) Vgl. Lissy Schmidt, (Milena Ergen), *Wie teuer ist die Freiheit?*, Reportagen aus der selbstverwalteten kurdischen Region 1991-1993, Köln, 1994, S. 11.

295) Vgl. Robert W. Olson, *The Kurdish Question and Turkish-Iranian Relations from World War I to 1998*, California 1998.

Ich bin der Ansicht, dass dieser UN-Beschluß das politische Leben der Kurden im Irak grundsätzlich änderte. Die Verabschiedung der Resolution 688 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen stellt das Prinzip der absoluten Souveränität der Nationalstaaten in Frage. Wegen der ethnischen und konfessionellen Verhältnisse bzw. Spaltung des Iraks bezweifelt der UN-Sicherheitsrat dessen Zukunft als „Nationalstaat“.

Eine gemeinsame Armee der USA, Frankreichs, Großbritanniens, Italiens, Spaniens und Hollands wurde im Norden des Irak, im Kurdengebiet, zur Verwirklichung des UNO-Beschlusses stationiert, und man veranlasste die Rückkehr der kurdischen Flüchtlinge in ihre Wohngebiete. Diese auf internationaler Ebene positive Entscheidung veränderte auch die politische Landschaft völlig. Die Kurden waren von diesem Moment an nicht mehr das schwache und allein gelassene „Flüchtlingvolk“, das mit jeder Entscheidung Bagdads einverstanden sein mußte.²⁹⁶

Anfang 1992 fanden in den oben genannten befreiten Gebieten zur Errichtung eines Parlaments freie Wahlen statt. Werner van Gent bezieht sich auf den von Michael Meadcroft und Martin Lunn veröffentlichten „Monitoring Report“ (S. 13.) und schreibt dazu, dass beide Beobachter diese Wahlen, die ersten freien und demokratischen im Nahen Osten, als enormen Erfolg bezeichneten. Möglicherweise wurden die Wahlen mehr als Wahl für die Demokratie denn als Wahl für eine einzelne Partei empfunden. Insgesamt wurden 971 953 Stimmen gezählt, von denen 967 229 gültig waren.²⁹⁷ Dabei stellte sich folgendes Ergebnis heraus:

296) Vgl. Arnold Hottinger, Vom westlichen Mißtrauen gegen arabischen pluralismus, in: B. Nirumand (Hg.), Die kurdische Tragödie, Hamburg, 1991, S. 16-18.

297) Vgl. Werner van Gent, Kurdische Fronten, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Bonn, Januar 1991, S. 70.

Tabelle 3

Demokratische Partei Kurdistan (KDP)	438 979 (45,3%)
Patriotische Union Kurdistan (PUK)	423 833 (43,8%)
Islamische Bewegung	49 108 (5,1%)
Sozialistische Partei Kurdistan (PASOK)	24 882 (2,6%)
Irakische Kommunistische Partei	21 123 (2,2%)
Demokratische Volkspartei Kurdistan	9 903 (1,0%)
Unabhängige Demokraten	501 (--)

Quelle: Werner van Gent, *Kurdische Fronten*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Bonn, Januar 1991, S. 70.

Von den insgesamt 105 Sitzen gingen 51 an die KPD und 49 an die PUK. Fünf Sitze wurden den christlichen Minderheiten eingeräumt. Obwohl andere Parteien wegen der 7%-Hürde, welche kurz vor dem Wahlgang von sämtlichen Parteien akzeptiert worden war, den Einzug ins Parlament verfehlten, wurden ihnen trotzdem gewisse Verwaltungen bzw. Posten überlassen, und sie wurden dennoch in die Regionalregierung aufgenommen.²⁹⁸

Nach den Wahlen wurden ein Parlament und eine kurdische Regionalregierung gegründet. Verwaltungen und Ministerien wurden eingerichtet, und es wurden Gesetze und eine Generalamnestie auch für Kollaborateure mit der Bagdad-Regierung erlassen. Das Kabinett einigte sich auf die Gründung eines föderativen Staates Irak, d.h. eine kurdische Föderation innerhalb des Staates Irak. Darüber hinaus wurde in einer Versammlung der Kurdistan-Front die Entscheidung angenommen, den von der irakischen Regierung gegründeten Legislativen und Exekutiven Rat des sogenannten Autonomieapparates

²⁹⁸) Vgl. ebenda.

aufzulösen, da die Kurden der Meinung waren, dass der von der Regierung gegründete Autonomieapparat nur die Interessen der Regierung von Bagdad vertrete, und nicht die des kurdischen Volkes. Die Zentralregierung beabsichtigte, während der Verhandlungen mit Bagdad sehr viel weniger zu akzeptieren, als die Kurden forderten. Mit Ausnahme des KDP-Führers Massud Barzani, der das Abkommen mit der Regierung zustande bringen wollte, wollte niemand mehr die Verhandlungen in Bagdad fortsetzen. Diese Entscheidung Barzanis verursachte einen ersten Riss innerhalb der Kurdistan-Front, insbesondere zwischen PUK und KDP. Der KDP-Führer beharrte auf der Unterzeichnung des Autonomieabkommens mit der irakischen Regierung. Nur auf Druck der Parteien innerhalb der Kurdistan-Front und der Öffentlichkeit musste die KDP-Führung schließlich nachgeben und freie Wahlen akzeptieren.²⁹⁹

²⁹⁹) Vgl. Naushirwan Mustafa, Auseinandersetzung zwischen PUK und KDP, Hako, 1995, (Kurdisch).



Abbildung 1

Quelle: Lissy Schmidt, *Wie teuer ist die Freiheit?*, ISP Köln, 1991, S. 7

Die Washington Post vom 14.01.2001 berichtet vom Entschluss der US-Regierung unter George W. Bush zur Bekämpfung der irakischen Regierung und Unterstützung der irakischen Opposition. Dazu wurde der Opposition grünes Licht zu verstärkten Aktivitäten im Irak gegeben und damit die Politik der alten Regierung unter Clinton überholt; es wurden vier Millionen US-Dollar für die irakische Opposition bewilligt. Davon profitierten auch die Kurden in Irak.³⁰⁰

³⁰⁰) Vgl. Washington Post, 14.01.2001.

4.3.4. Die bedeutsten politischen Parteien und Organisationen in Kurdistan-Irak nach dem zweiten Golfkrieg

Bei meiner Studienreise nach Irakisch-Kurdistan erhielt ich vom Büro für innere Nationalbeziehungen eine Liste (Stand Januar 2002) der politischen Parteien und Organisationen mit ihrer Anschrift, und ihren Vorsitzenden, mit Hauptsitz in Sulaimania, in den von der PUK kontrollierten Gebieten. Diese Liste umfasst also nur die sich im Raum Sulaimania befindlichen Organisationen.

- 1) PUK– Patriotische Union Kurdistan (Djalal Talabani)
- 2) KDP- Demokratische Partei Kurdistans (Massud Bar)
- 3) Partei für die Befreiung Kurdistan (Rekkar Ahmad)
- 4) Union demokratisch-nationalistisches Kurdistan (Djabar Mirza)
- 5) Liga des kurdischen Nationalismus (Baktiar Zangana).
- 6) Partei der freien Arbeit (Abu Hikmmat)
- 7) Die kurdisch-islamistisch-nationalistische Bewegung (Mullah Goran Sallih)
- 8) Islamische Bewegung in Kurdistan (Mullah Ali Abdulaziz).
- 9) Bewegung des islamischen Aufstandes (Mullah Sidiq Abdulaziz).
- 10) Islamische Union Kurdistans (Salahadin Bahadin).
- 11) Bewegung der Mudjahidin (Scheik Talib Abdulkarim Barzingi)
- 12) Bewegung der islamischen Union
- 13) Der höchste Rat der islamischen Revolution im Irak (Muhammad Baqr Al Hakim)
- 14) Organisation der Islamischen Arbeit (Scheik Muhsin Al Hussein)
- 15) Liga der Vereinigten Islamisten
- 16) Die Kampforganisation (Scheik Hussein)
- 17) Kommunistische Partei der Arbeiter (Rebuar Ahmad)
- 18) Kommunistische Partei Kurdistans (Karim Ahmad)
- 19) KPI- Irakische Kommunistische Partei, (Hamid)
- 20) Bewegung der Freunde der Demokratie (Bahadin Nuri)

- 21) Demokratische Bewegung des kurdistanischen Volkes (Kdir Russi)
- 22) Aufstand zur Rettung des Irak (Dr. Ahmad Ramadan)
- 23) Union der Demokraten des Irak (Abu Aiub)
- 24) Bewegung der freien Demokraten (Muhammad Al Musawi)
- 25) Bewegung der Al Abrar (Nuri Amin)
- 26) Nationalpartei des Irak (Ajad Al Hamdani)
- 27) Nationale Irakische Zustimmung (Dr. Ajad Alawi)
- 28) Türkumenische Nationale Partei (Mustafa Kamal)
- 29) Die Ailische Türkumenische Partei (Riad Sari kahia)
- 30) Die Türkumenische Union (Irfan Karkuki)
- 31) Neutrale Türkumenische Bewegung (Kanaan Schakir)
- 32) Partei der Werktätigen Kurdistan (Kadir Aziz)
- 33) Sozialistische Demokratische Partei Kurdistan (Muhammad Hadji Mahmud)
- 34) Konservative Partei Kurdistan (Aga Omar Surki)
- 35) KDP-Demokratische Partei Kurdistan (Massud Barzani)³⁰¹

Die Organisationen Nummer 3+4 existieren offiziell nicht mehr. Die Partei Nr. 3 hat sich im Oktober 1999 nach der Entscheidung ihres Vorsitzenden auflösen lassen, ohne irgend einen Widerstand der „Basis“. Dies zeigt, daß weder eine soziale Basis noch irgend ein Politbüro ernsthaft existierte, das über die Existenz und Zukunft der Partei entscheiden konnte.

Die Organisationen Nr. 1, 2, 4, 9, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27 sind sehr schwach. Manche von ihnen bestehen fast nur aus wenigen Personen. Diese Behauptung läßt sich anhand der

³⁰¹) Die Liste der aufgeführten Organisationen habe ich im Jahr 2002 in Sulaimania/Irak beim Institut für nationale Beziehungen erhalten, die ich interpretiert und ausgewertet habe. Im Jahr 1994 brachen zwischen PUK und KDP militärische Auseinandersetzungen statt, die danach durch eine Demarkationslinie zur Trennung der beiden grossen Parteien führte. PUK machte Sulaimania zu ihrem Hauptsitz, und KDP die Stadt Erbil, und beide sprechen im Namen der kurdischen Regionalregierung.

Kommunalwahlen vom Februar 2000 bestätigen, bei denen sich nur 10 der Organisationen zur Wahl gestellt hatten. Die Kommunistische Partei der Arbeiter (Nr. 13) hat bei der Komunalwahl nur 260 Stimmen erreicht. Jede Partei, die offiziell registriert ist, erhält von der Regionalregierung, also im PUK-Gebiet, parteifinanzielle Unterstützung.³⁰²

Die Bewegung der islamischen Union ist aus dem Zusammenschluß zweier Strömungen entstanden. Im Gegensatz zur kurdischen islamischen Bewegung unter Führung von Mulla Ali, der auf der bewaffneten Ebene radikale Ziele verfolgte, arbeitet die Union auf ideologischer Basis. Bei den Kommunalwahlen vom Februar 2000 konnten sie in zwei Ortschaften sowie in der Stadt Halabja, die sich an der iranischen Grenze befindet, Gewinne erzielen. Die Union gehört nach Beobachtern zur irakischen Islamischen Bruderschaft, die in Irakisch-Kurdistan eine Zweigstelle besitzt. Sie verteilen z.B. Nahrungsmittel unter der armen Bevölkerung unter der Bedingung, daß die Frauen Kopftuch tragen müssten. Sie werden in erster Linie von Saudiarabien finanziell unterstützt. Im Gegensatz zur „Islamischen Bewegung in Kurdistan“ unterhält die Union nur schwache Kontakte zur islamischen Republik des Iran. Die Machtgebiete der islamischen Bewegung sind geographisch an den Iran gebunden. Die Entstehung und die Existenz der Islamisten insgesamt ist in erster Linie auf die politische, ideologische und materielle Unterstützung der islamischen Regierung in Teheran zurückzuführen. Der geeignete Boden dafür ist, meines Erachtens, die kurdische Gesellschaft, die islamisch orientiert ist. Die Union ist jedenfalls bevölkerungsmäßig stärker als die islamische Bewegung, wobei die Organisation der islamischen Bewegung militärisch stärker präsent ist. Dies hat sich bei der

³⁰²) Vgl. Kurdistanian News, 05.02.2000. Nach Angaben der Zeitung haben sich bei dieser Kommunalwahl 85% der Stimmberechtigten beteiligt.

Kommunalwahl eindeutig gezeigt. Die Union unterhält besondere Kontakte zur islamischen Fadila Partei in der Türkei, der Partei von Nadjmadin Arbakan. Die Union würde ihre politische und militärische Strategie mit Sicherheit ändern, wenn ihre Macht in Zukunft anders aussehen würde. Sie verhalten sich heute bei 10% Gewinne anders, als wenn sie irgendwann z.B. 30% Gewinne erzielen würden.³⁰³

4.3.5. Die Hoffnung der Kurden auf eine strategische Allianz als Gegengewicht zur Baath-Herrschaft

Die Kurden haben insbesondere seit dem ersten Weltkrieg, seit der Aufteilung Kurdistans, Interesse an einer strategischen Allianz. Zu ihrem Unglück ist die Weltlage seit dem ersten Weltkrieg bis zum Ende des kalten Krieges gegen die nationalen Interessen der Kurden gerichtet gewesen. Im Gegensatz zu dem, was die Kurden erhofften, wurden die Länder, auf deren Territorien die meisten Kurden leben, wie der Irak, die Türkei und der Iran, zu langfristigen Allianzpartnern des Westens. Veränderungen in Bezug auf die politische Situation dieser Staaten gab es im Jahre 1979, als der Iran infolge der islamischen Revolution unter Führung von Ayatollah Khomeini zum Erzfeind des Westens wurde, und im Jahr 1985, nach der plötzlicher Wende des Irak und seinem Austritt aus dem Bagdader Abkommen wie auch insgesamt aus der westlichen Stellung. Diese brachte den Kurden aber trotzdem keine positiven Veränderungen.³⁰⁴

Am Anfang dieses Jahrhunderts lag das britische Interesse darin, dass die Frage des Welayat Mossul (von Kurden bewohntes Gebiet) zu

³⁰³) Der Autor führte zum Thema Anfang Januar 2002 Gespräche mit dem Vorsitzenden des „Institutes für internationale Beziehungen e. V.“ in Sulaimania/Irak (Farid Assasard), und besuchte im gleichen Zeitraum die genannten Ortschaften der Islamisten und machte Videoaufnahmen.

³⁰⁴) Vgl. Kurdistani Nwe, 26.04.1994, S. 3.

Gunsten des nach dem ersten Weltkrieg neu gegründeten Staates Irak entschieden wurde, um sich mit der kemalistischen Türkei zu versöhnen. Diese zwei Ereignisse bzw. Entscheidungen wurden auf eine Weise erzielt, die mit den Interessen der Kurden keineswegs übereinstimmten.³⁰⁵

Die Bemühungen der Kurden, die zu verschiedenen Zeiten für eine strategische Allianz unternommen wurden, blieben nutzlos. Beide irakisch-kurdischen Parteien, die Hiwa und die Xweibun, setzten ihre Hoffnungen und Pläne auf Großbritannien, aber eine strategische Allianz scheiterte. Danach hofften die Kurden, daß die Sowjetunion ihnen bei diesem notwendigen Schritt zu Hilfe kommen würde. Die Sowjetunion kehrte den Kurden jedoch den Rücken und war nicht bereit, der Kurdenfrage zum Erfolg zu verhelfen. Dies machte die Lage

³⁰⁵) Am 30. Oktober 1918 kapitulierte das Osmanische Reich. „Von dem ehemals riesigen Reich der Osmanen ist nur die auf einen kleinen Staat zusammengeschrumpfte Türkei übriggeblieben. Die Grenzen im Nahen und Mittleren Osten wurden von den Kolonialmächten neu gezogen. Dabei sollten Armenier und Kurden berücksichtigt werden.“ (Michael Wimmer, Die Kurden, München, 1991, S. 56).

Im Vertrag von Sèvres (einem Teil des Versailler Abkommens) vom 10. August 1920 wurde das Selbstbestimmungsrecht der Völker (Kurden, Armenien) und die Lösung der Minderheitenfrage, z.B. der Assyrer und Kildanen, proklamiert und diesen Völkern die Unabhängigkeit versprochen. Die alliierten Mächte erkannten diese Rechte in Übereinstimmung mit dem 14-Punkte-Programm des amerikanischen Präsidenten Wilson an. Selbst die türkische Regierung stimmte dem Wunsche aller im Osmanischen Reich lebenden Kurden nach Unabhängigkeit zu. Der Vertrag von Sèvres wurde am 24. Juli 1923 durch den Vertrag von Lausanne abgelöst. In diesem Vertrag wurde die Kurden, denen die Ausarbeitung einer Verfassung für eine autonome Region innerhalb der Türkei gestattet worden war, nicht mehr berücksichtigt. Von Unabhängigkeitsrechten für Kurden und Armeniern war keine Rede mehr. So gingen die Kurden und Armenier leer aus, ohne eigenen Staat. Alle in Sèvres vertraglich verbrieften Rechte vom 10. August 1920 bestanden nur auf dem Papier. So wurde Kurdistan infolge des Ersten Weltkriegs durch den o.g. Vertrag von Lausanne zwischen England und Frankreich unter Beteiligung des türkischen Staates (unter Mustafa Kemal, später Atatürk = Vater der Türken genannt) gegen den Willen seiner Bevölkerung aufgeteilt und kolonialisiert. Zuvor war Kurdistan nur zwischen dem Osmanischen Reich und Persien aufgeteilt gewesen, nun kamen noch das französisch beherrschte Syrien und der Irak als britische Kolonie hinzu, wobei die Kurden überall auf den Status einer Minderheit herabgedrückt wurden. Nicht einmal ein Marionettenstaat wurde den Kurden zugestanden. (Vgl. I. Vanly, Kurdistan und die Kurden, a. a. O., S. 72-76); (Vgl. Muhammad. R. Hawar, Scheich Mahmud und der Südkurdischen Staat, Band 1, London, 1990, S. S. 332-339, Kurdisch.

der Kurden wieder hoffnungslos. Infolge der Kehrtwendung der UdSSR bezüglich einer Unterstützung der Kurden und deren festem Glauben, dass der Hauptgrund für ihre miserable Lage auf den Westen zurückzuführen sei, bauten die Kurden ihre politische Strategie auf der Grundlage darauf, dass der Westen ein langfristiger Feind sei und die Sowjetunion, trotz ihrer Ignoranz bezüglich der Unterstützung der kurdischen Frage, ein Freund und die Allianz von morgen sei.³⁰⁶

Auf einem Atlantik-Treffen haben der damalige US-Präsident Roosevelt und der britische Ministerpräsident Winston Churchill im Jahre 1941 eine gemeinsame Erklärung verabschiedet und darin die Prinzipien bekannt gegeben, die diese zwei Staaten nach dem Sturz des Nazi-Regimes in Deutschland für die Verwirklichung einer friedlichen und sozialen Welt hätten wahrnehmen müssen:

Diese Prinzipien waren:

1. Vier Grundfreiheiten: Freiheit von Hunger und Angst, Rede- und Religionsfreiheit;
2. Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts in allen Grundfragen;
3. Das Recht aller Völker auf die Wahl der Art von Regierung, die sie für die Gestaltung ihres Lebens benötigen;
4. Handelsfreiheit und Wirtschaftszusammenarbeit zwischen allen Nationen;
5. Frieden und Sicherheit für alle Staaten;
6. freie Schifffahrt auf den Meeren;
7. Verzicht auf die Verwendung von Waffen, die Einrichtung eines ständigen, allgemeinen Sicherheitssystems und die Entwaffnung jener Nationen, die den Frieden gefährden.³⁰⁷

³⁰⁶) Vgl. Kurdistani Nwe, 26.04.1994, S. 3.

³⁰⁷) Vgl. Nawschirwan Mustafa, Die Regierung von Kurdistan, Kurden im Spielfeld

Dies waren die Grundsatzpunkte der Atlantik-Erklärung. Diese hatte ähnlich wie die 14-Punkte Erklärung Wilsons, die im ersten Weltkrieg bekanntgegeben wurde, nur politische Propaganda zum Ziel, nämlich die Irreführung der unterdrückten Völker der Welt, bzw. ihre Unterstützung gegen Nazideutschland und seine Verbündeten zu gewinnen. Dahinter stand aber keine Macht und keine Kraft, um die Deklaration zu verwirklichen. Es gab keine juristische Macht, um die Staaten dazu zu zwingen, der angekündigten Deklaration Taten folgen zu lassen, und es wurde keine Militärmacht für deren Verwirklichung geschaffen. Die Kurden haben geglaubt, daß der Inhalt dieser Erklärung bezüglich der Verwirklichung der Freiheit der Völker bei ihrem Selbstbestimmungsrecht auch sie betreffe. Wie bereits während des ersten Weltkriegs haben die kurdischen Anführer in den Jahren des zweiten Weltkriegs ihre Hoffnungen und Illusionen auf Versprechungen und Erklärungen der Alliierten aufgebaut. Kein Staat hat dem kurdischen Volk oder seinen Anführern offen oder heimlich ein konkretes Versprechen über das politische Schicksal der Kurden gegeben. Der Kurdenführer Kasi Muhammad und die übrigen Parteiverantwortlichen setzten dennoch sehr viel Vertrauen in die sowjetische Führung und große Hoffnungen auf die „Atlantik-Deklaration“.³⁰⁸

Der Anführer der Demokratischen Partei Irakisch-Kurdistan, Mustafa Barzani, scheiterte 1974 in seinen Bemühungen um Unterstützung der USA, die er gern als einen strategischen Verbündeten gewinnen wollte.

Barzani wurde als Mittel zum Zweck benutzt und schließlich im Stich gelassen. Die Unterstützung der KDP-Führers Barzani sollte lediglich zur Schwächung des Irak beitragen. Der Irak sollte so mit einem

der SU., London, 1993, S. 203-204, (Kurdisch).

³⁰⁸) Vgl. ebenda.

inneren Problem beschäftigt werden, damit er seine Drohungen gegen Israel nicht wahr machen konnte. Darüber hinaus sollte die irakische Führung in der Frage von Schatt Al-Arab zu Konzessionen an den Iran gezwungen werden. Barzani wurde in seinem Kampf gegen die irakische Regierung vom Iran, von Israel und den USA militärisch, finanziell und logistisch unterstützt.³⁰⁹

Die Beziehungen zu den Großmächte waren den Staaten wichtiger als die zu den lokalen Ethnien mit ihren Befreiungsbewegungen. Dies wirkte sich zu Gunsten der irakischen Regierung aus und verstärkte ihre Machtpositionen, während Völkern wie den Kurden nur der Weg des langen und harten Kampfes blieb.

4.4. Die Schiiten

4.4.1. Die schiitische Opposition im Irak

Das Osmanische Reich beherrschte den Irak vom 16. Jahrhundert bis zum ersten Weltkrieg. Sunna, die andere große Konfession des Islam, war im Osmanischen Reich die Staatsreligion. Die Schiiten hatten im Irak keinerlei Zugang zum Staatsapparat und auch nicht zum Offizierskorps. Die Herrscher im Osmanischen Reich standen in ständiger Feindschaft zu den schiitischen Safawiden in Persien, das hatte ebenfalls Konsequenzen für die Schiiten im Irak, der damals Mesopotamien hieß. Wenn man einen Blick auf die Geschichte der Schiiten im Irak wirft, so kann man feststellen, dass die Schiiten fast immer auf der Schattenseite der Macht lebten.³¹⁰ Auch nach der

³⁰⁹) Vgl. Hella Schlumberger, *Durchs freie Kurdistan*, München, 1980, S. 112.

³¹⁰) "Der Süd-Irak ist das Kernland der Schi'a und das einzige Gebiet in der islamischen Welt, in dem über vierzehn Jahrhunderte die Kontinuität der Schi'a bewahrt wurde. Die Schi'a entstand im 7. Jahrhundert, als eine politische Partei, um den Anspruch von Ali, einem Vetter des Propheten Mohamad auf das Kalifat zu unterstützen. Über die Jahrhunderte wurden viele Staaten im Namen der Schi'a gegründet, ihre früheren Ideale der Gerechtigkeit wurden jedoch kaum verwirklicht.

Gründung und der formalen Unabhängigkeit des Irak durch Großbritannien nach dem ersten Weltkrieg und der Errichtung einer Monarchie durch Großbritannien behielten die früheren Armee-Offiziere und Staatsbeamten des Osmanischen Reichs ihre einflussreichen Positionen bzw. die wichtigsten Stellen im Offizierkorps und im Staat.³¹¹

Die sunnitischen Offiziere und Beamten waren nicht bereit, die Macht mit den Schiiten zu teilen. Während der Monarchie waren nur ein oder zwei schiitische Minister im Kabinett vertreten. In der Armee blieb der Anteil der schiitischen Offiziere vor allem in höheren Rängen sehr gering. Für die Machtausübung gab es aber keine konfessionellen Schranken. So verbündete sich die Monarchie mit den schiitischen Großgrundbesitzern des Südirak. Die Großgrundbesitzer konnten sich durch ihre Macht auf Kosten der landlosen Bauern ausdehnen. Dies bewirkte eine Schwächung der traditionellen Bindungen des Stammes und der Konfession. Gleichzeitig bahnte sich, bedingt durch die wirtschaftliche und politische Entwicklung, eine Differenzierung in soziale Klassen an.³¹²

Die horizontale politische Teilung der irakischen Gesellschaft quer durch die Konfessionen wurde immer stärker, die Überrepräsentation der Sunniten im Staatsapparat daher Ende der vierziger Jahre schwächer. Zum ersten Mal wurden schiitische Ministerpräsidenten ernannt und Söhne von schiitischen Großgrundbesitzern in die Armee

Die Hauptrichtung der Schiiten, die Imamiten, auch als Zwölfer-Schi`a bekannt, ist heute im Iran (über 90%), Irak (etwa 55%), Libanon, Pakistan, Afghanistan und einigen Golfstaaten vertreten." (Die religiös-politische Bewegung im Irak, a. a. O., S. 28).

311) Vgl. ebenda.

312) Vgl. ebenda.

aufgenommen. Kurz vor der Revolution 1958 schien ein Ausgleich zwischen beiden Konfessionen in naher Zukunft möglich.³¹³

Hanna Batatu macht in der Tabelle 3 deutlich, dass bereits bei der ersten Machtergreifung der Baath-Partei von Februar bis November 1963 die Schiiten im Nationalrat der revolutionären Führung, der höchsten politischen Instanz, nur 27.8% der Parteifunktionen einnahmen, während gleichzeitig die sunnitischen Araber 66.7% Machtanteil im Nationalrat besaßen, und dies bei einem Bevölkerungsanteil von nur 28%.³¹⁴

*Summary of the Biographical Data Relating to the National Council
of the Revolutionary Command, February to November 1963*

Religion, Sect, and Ethnic Origin				Class Origin	
	No.	%	Sect or ethnic group's estimated % in total 1951 urban population of Iraq		No. / %
				<i>Classes of low income</i>	4 / 22.2
				Peasants	2
				Worker	1
				Policeman	1
				<i>Classes of lower middle income</i>	8 / 44.5
<i>Moslems</i>				Petty agricultural entrepreneur	1
Shī'ī Arabs	5	27.8	44.9	Tradesmen	4
Sunnī Arabs	12	66.7	28.6	Member of profession	1
Kurds	1 ^a	5.5	12.7	Trading man of religion	1
Turkomans	—	—	3.4	Man of religion	1
Persians	—	—	3.3		
<i>Jews</i>	—	—	.3	<i>Classes of middling income</i>	6 / 33.3
<i>Christians</i>	—	—	6.4	Official	1
<i>Sabeans</i>	—	—	.3	Man of religion	1
<i>Yazīdīs and Shabaks</i>	—	—	.1	Army officers	2
Total	18	100.0	100.0	Landed notable	1
				Impoverished aristocratic landowner	1
				Total	18 / 100.0

Education		Sex	
	No.		No.
College	18	Male	18
		Female	—
		Total	18

Tabelle 4

Quelle: Hanna Batatu, *The old social classes and the Revolutionary Movements of Iraq*, Princeton, 1978, S. 1008

³¹³) Vgl. F. Rasoul, *Irak-Iran*, a. a. O., S. 141.

³¹⁴) H. Batatu, *The old sozial classes...*, a. a. O., S. 1008.

Der rechte Flügel der Baath-Partei übernahm – wie bereits erwähnt – am 17.07.1968 durch einen Militärputsch gegen Präsident Abdulrahman Arif erneut die Regierungsgewalt.³¹⁵ Die Offiziere und Beamten in der Führung der Baath-Partei waren Sunniten und stammten überwiegend aus Tikrit, dem Geburtsort von Saddam Hussein. Zwischen 1968 und 1977 besetzten die sunnitischen Araber im Revolutionären Führungsrat 93% der Führungsfunktionen und keine einzige von einem Araber schiitischer Konfession (s. Tabelle 5).³¹⁶

Summary of the Biographical Data Relating to the Members of the Revolutionary Command Council, July 1968 to 1977

Religion, Sect, and Ethnic Origin				Education		Class Origin		
	No.	%	Sect or ethnic group's estimated % in total 1951 urban population of Iraq		No.		No.	%
				College	11	Classes of low income	6	40.0
				Secondary	4	Peasants	2	
				Total	15	Policemen	2	
						Worker	1	
						Vendor	1	
<i>Muslims</i>						Classes of lower middle income	8	53.3
Shīʿī Arabs	–	–	44.9			Petty agricultural entrepreneur	1	
Sunnī Arabs	14	93.3	28.6			Petty landowners	4	
Kurds	1 ^a	6.7	12.7			Official	1	
Turkomans	–	–	3.4			Member of profession	1	
Persians	–	–	3.3			Tradesman	1	
<i>Jews</i>	–	–	.3			Classes of middle income	1	6.7
<i>Christians</i>	–	–	6.4			Landed local notable	1	
<i>Sabeans</i>	–	–	.3			Total	15	100.0
<i>Yazīdīs and Shabaks</i>	–	–	.1					
Total	15	100.0	100.0					

Tabelle 5

Quelle: Hanna Batatu, *Syria's Peasantry, the descendants of the Lesser Rural Notables, and Their Politics*, Princeton, 1990, S. 1090

³¹⁵) Die Arif-Brüder regierten den Irak von November 1963 bis Juli 1968. Abd Al-Salam Arif kam im Jahre 1966 bei einem Flugzeugabsturz mit zahlreichen hohen Offizieren ums Leben. Daraufhin regierte sein Bruder Abdulrahman Arif den Irak bis Juli 1968.

³¹⁶) Vgl. H. Batatu, 1978, a. a. O., S. 1090.

Die Schiiten bildeten stets einen Teil der Basis der oppositionellen Gruppierungen im Irak. Zur Gründung einer religiös orientierten schiitischen Organisation kam es erst 1959. Die Gründung der AL-Dahwe Partei [Partei des islamischen Rufs] war die Antwort auf die kommunistische Welle im Irak, geriet aber in keine ernsthaftere Auseinandersetzung mit dem Regime.³¹⁷

„Die iranische Revolution setzte neue Akzente für die religiös-politische Bewegung im Irak. Führende Mitglieder der religiös-politischen Bewegung gingen in den Iran, wo sie moralische und materielle Unterstützung bekamen. Im Winter 1979-1980 begannen die ersten bewaffneten Aktionen gegen Führungsmitglieder und Stützpunkte der Baath-Partei. Es schien, daß die Baath-Partei der größten Herausforderung ihrer Herrschaft gegenüber stand.“³¹⁸ Die irakische Regierung sah ihre Rettung vor der schiitischen Gefahr letztlich nur im Sturz der Regierung des Iran.³¹⁹

Das ist meines Erachtens aber nur einer von mehreren wichtigen Gründen für den Krieg Irak-Iran, der von der irakischen Regierung begonnen wurde. Gleichzeitig sollte durch den Krieg die irakische Opposition bekämpft und geschwächt werden.

„Die mosaikartige Struktur der irakischen Bevölkerung ermöglichte die Spaltung der Opposition entlang der ethnischen Grenzen. So haben die Verhandlungen mit den Kurden sowie mögliche Konzessionen durch das Regime primär das Ziel, die schiitische Opposition zu schwächen. Ein islamisch-schiitisches Regime stellte die arabischen Golfstaaten und ihre Verbündeten vor ein Dilemma, das unlösbar schien, was dazu

³¹⁷) Vgl. Die religiös-politische Bewegung im Irak, a. a. O., S. 21.

³¹⁸) Ebenda, S. 30.

³¹⁹) Vgl. ebenda.

führte, daß Saddam Hussein als das kleinere Übel die Macht behalten durfte.“³²⁰

Wenn hier die Rede von Schiiten ist, muss dies meines Erachtens nicht immer bedeuten, daß der Kampf stets und lediglich einen religiösen Charakter besitzt. Soziale Mißstände, wirtschaftliche, politische und religiöse Unterdrückung und Entrechtung sind ebenfalls Auslöser dieser Krisen und Kriege im Irak.³²¹

Die Wohngebiete der Schiiten im Süden des Irak wurden im Verhältnis zu den anderen Gebieten z.B. des Mittleren Irak, der überwiegend von Sunniten bewohnt wird, bewusst unterentwickelt gehalten, und die Bewohner leben in viel ärmlischeren Verhältnissen. Die schiitischen Bewohner, die aufgrund eines tiefgreifenden sozioökonomischen Wandels und einer ruinierten Landwirtschaft in die Hauptstadt abwanderten, konzentrieren sich in den Elendsvierteln, in Al Thaura, Al Horria, Al Scho`ola. Fast die Hälfte der Einwohner Bagdads lebt in diesen randbezirken, in Al Thaura allein sind es über eine Million Menschen, die mit miserablen wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen konfrontiert sind.³²²

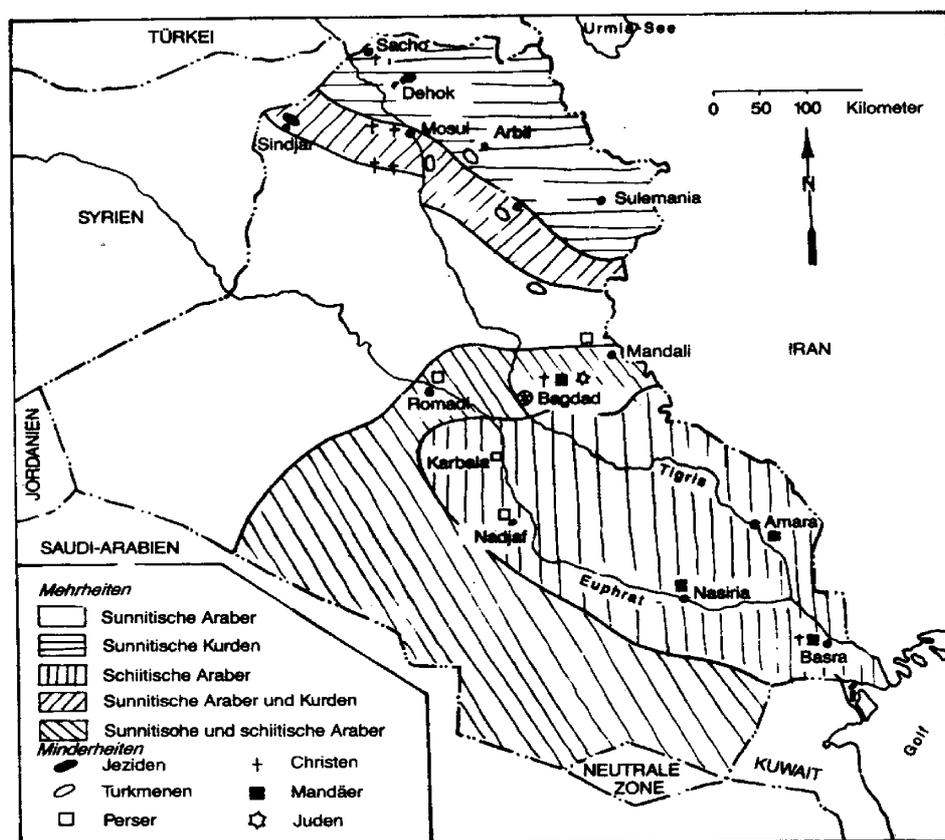
³²⁰) F. Ibrahim, Staat und Gesellschaft im Irak, a. a. O., S. 38.

³²¹) Ich möchte darauf hinweisen, dass es meiner Ansicht nach für die Zunahme der Islamisierung bzw. Radikalisierung des Islams, und zwar nicht nur im Irak, sondern im gesamten Nahen und mittleren Osten Ursachen und Hintergründe gibt, die nicht nur sozial und ökonomisch begründet sind, sondern auch auf dem Mangel an Ideologien beruhen. Der arabische Nationalismus der 50-er Jahre von Nasser ist gescheitert, vor allem seit der Niederlage der Araber im Krieg 1967 gegen Israel. Genauso ist der arabische Nationalismus der Baath-Partei gescheitert. Die kommunistischen Parteien bzw. die kommunistische Ideologie ist seit dem Zusammenbruch der SU ebenfalls gescheitert. Der Islam - vor allem in seiner fanatischen Verkleidung - scheint das letzte Mittel zu sein, das als ideologische Waffe eingesetzt wird. Verelendung, Armut und Hoffnungslosigkeit sind auch Nährboden für Fanatismus und Terrorismus.

³²²)Vgl. F. Rasoul, Irak-Iran, a. a. O., S. 141-142, zitiert nach Batatu, 1982, S. 4.

„Eine weitere Ursache für die Benachteiligung der Schiiten liegt in der ablehnenden Haltung schiitischer Geistlicher gegenüber dem Phänomen des modernen Staates und der Modernisierungsprozesse, in der Ausbildung und im Schulsystem, wobei sich diese Haltung bis in das osmanische Reich zurückverfolgen läßt, aber weder die Benachteiligung der Schiiten im öffentlichen und politischen Leben erklären noch den Monopolanspruch der Sunniten rechtfertigen kann.“³²³

Abbildung 2



Quelle: Fadi Rasoul, Irak-Iran, Wien 1987, S. 170,

In: Richard Nyrop, Iraq, A Country Study. Washington, D.C., 1979

³²³) Fadi Rasoul, Irak-Iran, a. a. O., S. 142.

4.5. Kommunisten

4.5.1. Die kommunistische Bewegung im Irak

Die Irakische Kommunistische Partei (KP-I) - al-Hizb al-Shiù`i al-Iraqi - ist eine ethnisch gemischte Gruppierung, die im ganzen Irak arbeitet und eine Sektion in Kurdistan hat. Mit Ausnahme dieser Partei, die heute eine kleine Partei ist und in allen Gebieten und Bevölkerungsschichten über die religiösen und ethnischen Trennungslinien hinweg Anhänger findet, gibt es keine politische Gruppierung mit einer übergreifenden Basis.³²⁴

„Die KP-I wurde am 31.03.1934 gegründet. Anfänglich durch den Radikalismus der Komintern geprägt und massiv unterdrückt, gab sie sich während des 2. Weltkrieges, als die UdSSR und die Angloamerikaner gegen den deutschen Nationalsozialismus kooperierten, etwas konzilianter, worauf die irakische Regierung eine politische Betätigung der KPI innerhalb eines eng begrenzten Rahmens gestattete.“³²⁵

Sie wandte sich mit einem antikolonialistischen und sozialen Programm an die breite Masse der Bevölkerungsschichten und Teile der unterdrückten Minderheiten und entwickelte sich schon während der Monarchie im Irak zur stärksten Oppositionskraft. Vor allem im schiitischen Südirak und in den von Migranten im Südirak bewohnten Vorstädten konnte sie Mitglieder und Sympathisanten gewinnen.³²⁶

Ein Flügel, der unter direktem Einfluß der Sowjetführung stand, konnte im Laufe der Jahre die KP-I kontrollieren und sich der Außenpolitik der

³²⁴) Vgl. F. Rasoul, Irak-Iran, a. a. O., S. 145.

³²⁵) H. Möller, Der Krieg Irak-Iran, a. a. O., S. 126.

³²⁶) Vgl. Die religiös-politische Bewegung im Irak, a. a. O., S. 28.

Sowjets anpassen. In Anbetracht ihrer Gründung vor Jahrzehnten müsste die KP-I heute eigentlich die stärkste Oppositionsgruppe im Irak darstellen.

Abbildung 3



Das Bild zeigt Kurden in Sulaimania/Irakisch-Kurdistan am 20.03.1959 während einer Demonstration. Die Demonstranten bekräftigen Solidarität mit Kassim (Der Vater des Autors trägt ein Porträt von Kassem auf dem Dach des Autos)
(Privat Archiv)

4.5.2. Die KP-I nach dem Putsch der Baath-Partei 1963

Am 8. Februar 1963 löste die Baath-Partei das Kassim-Regime durch einen Militärputsch ab und riss die Macht an sich. Der erste Schritt war noch am gleichen Tag die Ermordung des Oberkommandanten der irakischen Luftwaffe, der der KP-I angehörte.³²⁷ Zahlreiche andere Parteiführer, die vorhatten, gegen die Putschisten Widerstand zu leisten, wurden ebenfalls liquidiert. General Kassim war nicht bereit, Waffen an die Volksmasse zu verteilen, obwohl er sich der Gefahr seiner Entmachtung bewußt war.³²⁸

Diese Einstellung Kassems machte deutlich, wie falsch die KP-I-Führung über seine Politik urteilte. Nach diesem Militärputsch der Baathisten wurden Zehntausende von Menschen verhaftet, ermordet oder verschleppt. Tausende von Kommunisten in der Armee wurden verhaftet, hingerichtet. Zahlreiche Mitglieder und Kader flüchteten ins Ausland oder in die Berge Kurdistans und suchten dort Schutz bei der kurdischen Bewegung, bei denen, die sie ständig diffamiert hatten und denen sie bis dahin feindlich gegenüber standen. Die beiden KP-Führer Salam Adil und Djamal Haidari, die Widerstand leisteten, wurden verhaftet und ermordet.³²⁹

Ein Unterdrückungsapparat herrschte unter den Baathisten, wie es der Irak in seiner Geschichte noch nicht erlebt hatte.³³⁰ Harald Möller schreibt dazu: „Da die Kommunisten jedoch kaum über Waffen verfügten und einfach nur auf die Straße eilten, um die Putschisten zu

327) Vgl. Mahmud Nadjim, Auseinandersetzungen innerhalb der KP-I, Beirut, o. J., S. 67 (arabisch).

328) Vgl. ebenda.

329) Vgl. ebenda.

330) Vgl. H. Möller, Der Krieg Irak-Iran, a. a. O., S. 127.

‚bekämpfen‘, während die Putschisten gut bewaffnet und organisiert waren, wurde dieser Widerstand in einem Meer von Blut ertränkt.“³³¹

4.5.3. KP-I und die SU

Auf Grund der gegenüber den USA und den übrigen westlichen kapitalistischen Ländern wirtschaftlich und militärisch schwächer werdenden Sowjetunion wurde nach der 20-sten Konferenz der Sowjetischen Kommunistischen Partei 1959 die Forderung nach Frieden und guten Beziehungen zu den Staaten der Welt erhoben. Damit sollte gezeigt werden, dass in der Welt alle verschiedenen Systeme friedlich miteinander arbeiten, kooperieren und gute Beziehungen zueinander aufbauen könnten.³³² Damit wollte die Sowjet-Führung ihre Beziehung zu den USA und zu den übrigen kapitalistischen Staaten verbessern, und hierzu war die internationale kommunistische Bewegung eine wertvolle Karte im Spiel mit der westlichen Supermacht.³³³ Die Schlussfolgerung ist daher eindeutig, dass die SU deshalb gute wirtschaftliche Beziehung zur Regierung Kassems in Irak unterhalten hat.

Daher beabsichtigte der KP-Führer Chruschow nichts zu unternehmen, was die Beziehung zur Kassemregierung verschlechtert hätte, in der Absicht, in dieser Angelegenheit die US-Meinung nicht gegen sich zu wenden. Die USA und die übrigen westlichen Staaten waren sehr beunruhigt über den Sieg der bürgerlichen Revolution im Irak im Jahre 1958 unter Führung von Kassem und den Sturz der Monarchie. Wenn aber die KP-I die Macht im Irak übernommen und das Kassem-Regime gestürzt hätte, hätte dies zur erheblichen Verschlechterung der

³³¹) Ebenda.

³³²) Vgl. Mahmud Nadjim, S. 37-38.

³³³) Vgl. ebenda, S. 55.

Beziehungen der Sowjetunion zu den USA geführt, die die Sowjets aufzubauen beabsichtigten.³³⁴ Gleichzeitig unterstützte die Sowjetunion das Kassem-Regime in der Erwartung, daß der Irak seine früheren Abkommen mit dem Westen ratifizieren würde.

Auch dieses Mal verhinderten die Sowjets einen Sieg der Kommunisten. Der Grund war, daß die Sowjets ihre Beziehung zur Nasserregierung in Ägypten verbesserten. Nasser als Vertreter des arabischen Nationalismus stand den arabisch-kommunistischen Parteien feindlich gegenüber und war nicht bereit, sie zu akzeptieren. Um dieses Problem aus der Welt zu schaffen, versuchte die Sowjetführung, ihre Macht in Afrika und in der arabischen Welt zu verstärken bzw. dort Fuß zu fassen, indes wurde beschlossen, die kommunistischen Parteien des Iraks, Algeriens und Ägyptens aufzulösen.³³⁵

Auf Befehl von Chruschtschow hat sich die KP Ägyptens im August 1964 innerhalb der „Union des arabischen Sozialismus“ aufgelöst. Die KP-Algerien löste sich ebenfalls in der „Nationale Front Algeriens“ auf.³³⁶ Chruschtschow reiste vom 9. Bis 25. Mai 1964 nach Ägypten. Bei den meisten Gesprächen mit Gamal Abd-Al Nasser war der irakische Präsident Arif ebenfalls anwesend, jener Arif, der den Befehl zur Hinrichtung von Hunderten von Mitgliedern und Anhängern der KP-I gab, die sich am Aufstand vom 3. Juli 1963 gegen ihn beteiligt hatten.³³⁷

Von ihnen blieb nur die KP-Irak, die noch nicht aufgelöst wurde. Da sie in dieser Phase keine fähige Führung hatte, suchten die Sowjets nach

334) Vgl. ebenda, S. 38.

335) Vgl. ebenda, S. 71.

336) Vgl. ebenda, S. 77

337) Vgl. ebenda, S. 72.

einer Marionette, um in ihrem Namen zu sprechen und Entscheidungen zu treffen. Diese Person war Anwar Mustafa.³³⁸ Die Idee der Auflösung der KP-I gab es schon bei ihrer Führung, aber aus Furcht vor der Basis konnte dies nicht bekannt gemacht werden. Daher sollte mit der Auflösung allmählich und systematisch vorgegangen werden. Der nächste Schritt war, das Arif-Regime in der irakischen Bevölkerung beliebt zu machen. In einem Flugblatt äußerte sich die KP-Führung über die Auflösung der Partei ähnlich wie es die KP-Algerien und Ägypten im Jahre 1964 getan hatten, als sie sich auflösten.³³⁹

Es wurde die tatsächliche politische Natur des Arif-Regimes außer Acht gelassen, in Bezug auf seine soziale Klasse, und dass das Regime darüber hinaus ein entschiedener Feind des kurdischen Volkes war. Der Befreiungskampf des Volkes wurde in einem Flugblatt nach einer Versammlung der ZK-Führung der KP im Juli 1964 ganz ignoriert.³⁴⁰

„Es kam von 1963-1967 zu heftigen internen Auseinandersetzungen, mehreren Spaltungen und der Entstehung neuer kommunistischer Parteien im Irak. Die bekannteste dieser neu entstandenen Gruppen ist die irakische kommunistische Partei/Zentrale Führung (KPI-ZF), die 1968 im Süden des Iraks erfolglos einen bewaffneten Aufstand versuchte. Die KPI-ZF stand kritisch zur Außenpolitik Moskaus und zur bisherigen irakischer KP-Führung. Trotz dieser Entwicklung konnte sich die alte, prosowjetische KP reorganisieren und weiter einen gewissen Einfluss ausüben.“³⁴¹

Jenes Arif-Regime, das Tausende von Kommunisten umbrachte und zahlreiche andere in seinen Gefängnissen festhielt, wurde von der KP-I

338) Vgl. ebenda, S. 78.

339) Vgl. ebenda, S. 83-84.

340) Vgl. ebenda, S. 85.

341) Ebenda, S. 127.

zur Avantgarde und zum Verteidiger des irakischen Volkes stilisiert. Und auch das Kassem-Regime, das bis zum Putsch der Baathisten am 8. Februar 1963 von der KP-I unterstützt und komplementiert worden war, wurde nun zum Diktator degradiert. Die KP-Führung war während dieser Zeit sehr darum bemüht, dass sich die „Union des arabischen Sozialismus“ weiterentwickelte, und dass die KP ihren Platz darin fand, ohne sich der Tatsache bewußt zu werden, dass diese Organisation in erster Linie als eine Konterrevolution gegen den Kommunismus und die linken Kräfte gegründet worden war.³⁴²

Mahmud Nadjim schreibt dazu: Die Auflösung dieser Partei in der Union des arabischen Sozialismus wäre letztendlich sogar vorteilhaft für die Zukunft der Kommunisten im Irak gewesen, denn an Stelle der korrupten und heruntergewirtschafteten KP-I hätten andere, fortschrittliche Personen und Kräfte frei von der ehemaligen traditionellen bzw. nicht Moskau-orientierten Führung eine neue KP gründen können. Fast die Hälfte der Anhängerschaft verließ die Partei, und zwar aus allen verschiedenen Basisorganisationen, sowie aus der Arbeiterschaft. Die Nicht-Auflösung der KP führte zu einer Fortsetzung der bisherigen Politik, unter der die KP bis heute leidet und starke Spuren hinterlassen hat.³⁴³

342) Vgl. ebenda, S. 127-128.

343) Vgl. ebenda, S. 47.

4.5.4. Die Patriotische und Nationale Progressive Front

Die Baath-Partei versuchte nach der Machtergreifung 1968, eine Front mit der kurdischen Demokratischen Partei (KDP) unter Führung Barzanis zu gründen, die aber nicht zustande kam. Nach langen Verhandlungen wurde im Juli 1973 die „Patriotische und Nationale Progressive Front“ (PNPF) ins Leben gerufen, die auf der Grundlage der „Charta der Nationalen Aktion“ entstanden war. Diese Front bestand nur aus der Baath-Partei und den Kommunisten. Die KDP hat sich dieser Front nicht angeschlossen, sie hat vielmehr ihren Eintritt auf Grund des Art. 5, Abs. a abgelehnt. Dieser Artikel sagt aus, dass der „Irak ein Bestandteil der Arabischen Nation“, ist, das heißt, dass die irakischen Völker; Kurden, Araber und andere Minderheiten ein Bestandteil der arabischen Nation seien und die Kurden somit nicht ein Bestandteil der kurdischen Nation seien.³⁴⁴

Statt dessen baute die KDP ihre Beziehungen mit dem Iran auf und baute dies weiter aus. Eine Beziehung, die dazu führte, daß die KDP unter Führung von Mustafa Barzani von den USA unterstützt wurde.³⁴⁵ Am 17. Juli 1973 wurde die Patriotische und Nationale Progressive Front (PNPF) gegründet, die aber im Grunde genommen nur eine „pluralistische“ Fassade war unter der offiziellen Vorherrschaft der Baath-Partei. Dazu gehörte die KP-I. Per Dikret wurde jede andere Partei verboten, außer der Baath-Partei selbst. Innerhalb der Armee wurde jegliche politische Arbeit unter Todesstrafe gestellt. Mehrere Anhänger der KP-I wurden im Mai 1978 wegen solche Aktivitäten innerhalb der Armee hingerichtet, und es wurden von der Staatspolizei am 13 Mai. 1979 sämtliche Zeitungen und Druckereien der KP-I beschlagnammt. Trotzdem lebte die KP im Schatten der Herrschaft der

³⁴⁴) Vgl. PUK, Überblick über die irakische Innenpolitik, Berlin (West), 1983, S. 7.

³⁴⁵) Vgl. Mahmud Ali Osman, Die Ursachen des Zusammenbruches der Kurdischen Bewegung im Irak nach 1975, Interview, AKSA, Bonn, Juni 1976, S. 3 (arabisch).

Baath-Partei weiter. Erst im August 1979 verschwand die KP-I in den Untergrund, nachdem sie ihren Rücktritt aus der PNPf erklärt hatte.³⁴⁶

Das Mitglied des Revolutionskommandorats und Vizepräsident Taha Yasin Ramadan sagte, dass die KP-I und die Dawa (eine islamisch-schiitische Partei) verräterische Parteien waren, und solche dürfen wir nicht in die politische Arena zurückholen.³⁴⁷

Anfang 1979 gelang es einer großen Zahl Kommunisten, darunter der Führung der Partei, nach Kurdistan zu entkommen. Hier kündigten sie Widerstand gegen die Zentralregierung an. In Kurdistan gewährte ihnen vor allem die PUK Gastfreundschaft.³⁴⁸

Bei der Parlamentswahl in Irakisch-Kurdistan im Mai 1992 gewann die KP-I 2,2%³⁴⁹ an Stimmen. Dieses Wahlergebnis war meines Erachtens zu wenig für eine Partei, die, wie bereits vorher erwähnt, seit 31.03.1934 existiert. Die politische Praxis der KP-I der Vergangenheit hat hier deutlich ihre Spuren hinterlassen.

Ähnlich wie die Tudeh-Partei im Iran schwamm die KP-I im Fahrwasser der Religion. Um politischen und wirtschaftlichen Einfluß zu gewinnen, hat sie nach der Machtübernahme der Islamisten im Iran die Revolution der Mullahs als eine anti-imperialistische und anti-kapitalistische Bewegung unterstützt. Auf diese Weise hat sie versucht, in der Administration und im Wirtschaftsleben Schlüsselpositionen zu besetzen. Ziel dieser Strategie der Tudeh-Partei war der Versuch, langfristig eine Infrastruktur zu schaffen und sich auf eine engere Zusammenarbeit mit der Sowjetunion zu orientieren. Die Tudeh-Partei

346) Vgl. I. Vanly, Kurdistan und die Kurden, Band 2, a. a. O., S. 150-151.

347) Vgl. F. Ibrahim, Staat und Gesellschaft im Irak, a. a. O., S. 28.

348) Vgl. I. Vanly, Kurdistan und die Kurden, Band 2, a. a. O., S. 151.

349) Vgl. W. van Gent, Kurdische Fronten, a. a. O., S. 70.

galt als ein Instrument zur Beeinflussung der iranischen Innenpolitik. (Die Stärke dieses Instruments war allerdings schwer einzuschätzen).³⁵⁰

4.6. Die irakische Opposition nach dem zweiten Golfkrieg und das Dilemma der US-Konzeption zur Befreiung des Irak

Mit der Kuwaitkrise und dem Zweiten Golfkrieg begann für die irakische Opposition eine neue Phase. Immer mehr Staaten, darunter auch Iraks Bündnispartner während des Krieges mit dem Iran, wandten sich nun gegen den irakischen Machthaber.

Kurz nach dem zweiten Golfkrieg nahmen ca. 300 Delegierte an der Tagung einer Konferenz der irakischen Opposition teil, unter ihnen 40 Kurden, 80 Angehörige der islamischen Strömungen, 140 Vertreter der nationalistischen Gruppen und 40 Repräsentanten der demokratischen Ausrichtung und die KP-Irak. Gefordert wurden: der Sturz der Regierung von Saddam Hussein sowie die Einsetzung einer provisorischen Regierung zur Durchführung von Wahlen und einer Verfassung auf föderativer und pluralistisch demokratischer Grundlage mit Sonderrechten für Kurden und Schiiten. Der Kernpunkt war die Forderung und das Bestreben nach einem pluralistischen Gesellschaftssystem, das die Rechte aller Bevölkerungsgruppen akzeptierte und respektierte.³⁵¹

Gestärkt wurde die Position dieser Organisationen noch durch die Tatsache, daß die Konferenz zeitgleich zum Volksaufstand im Irak stattfand, der im März ausbrach und den ganzen Süden und den

³⁵⁰) Vgl. Freidrich Ebert Stiftung, Schwellenbrand am Golf, a. a. O., S. 11.

³⁵¹) Vgl. NZZ, 13.03.1991.

Zentralirak erfaßte, was die Konferenzteilnehmer glauben machte, der Sturz Saddam Husseins stünde kurz bevor. Vertreten waren auf dieser Konferenz auch eine in London ansässige konservativ-liberale Opposition sowie unabhängige Persönlichkeiten, wie der höchst umstrittene Ahmad Chalabi, die bei der späteren Annäherung der Opposition an die USA eine wichtige Rolle spielen sollten.³⁵²

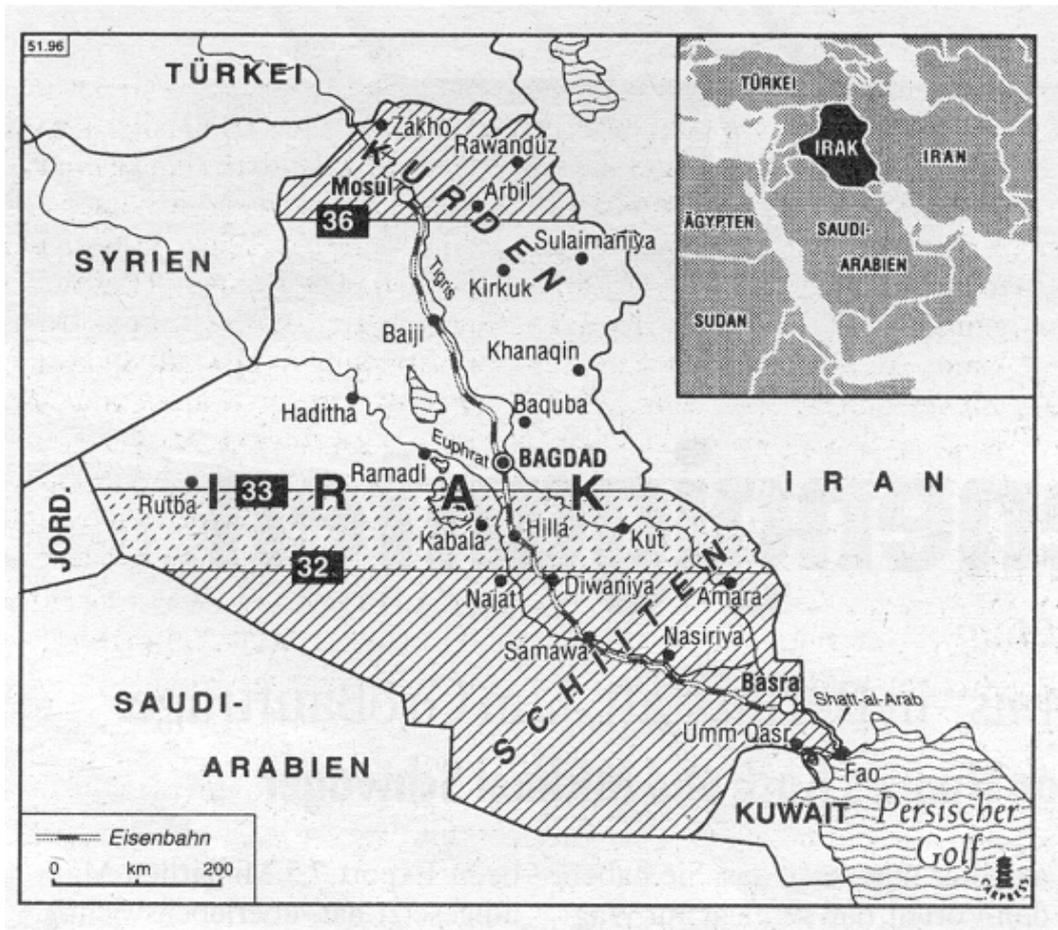
1998 erwachte das Interesse der USA für die irakische Opposition erneut, und ein „Gesetz zur Befreiung des Irak“ wurde verabschiedet. Dieses Gesetz ermöglichte eine finanzielle Unterstützung der irakischen Opposition in Höhe von bis zu 97 Millionen US-Dollar. Doch nur sieben der insgesamt etwa 70 irakischen Oppositionsparteien und Gruppen kamen in den Genuß des amerikanischen Dollarregens: der INC, der INA, der „Oberste Rat der Islamischen Revolution“, die KDP, die PUK, die "Bewegung der Konstitutionellen Monarchie“ und die Islamische Bewegung Irakisch-Kurdistan. Die meisten Organisationen lehnten jedoch eine solche, als Demütigung empfundene finanzielle Unterstützung ab, darunter sogar einige, die von den USA auskoren waren. Nur die Organisationen, die sich schon immer auf ausländische Hilfe gestützt hatten - wie vor allem der INC, die Bewegung der Konstitutionellen Monarchie und der INA - begrüßten die Hilfe. Dieser offene Schulterschuß mit den USA machte allerdings die Arbeit der Opposition, erst recht nach der amerikanisch-britischen Operation "Wüstenfuchs", noch schwieriger und führte zu einer noch größeren Zersplitterung. Als händeringend nach einer Alternative zum INC gesucht wurde, komplizierten weitere Schritte der amerikanischen Regierung, wie die Ernennung eines amerikanischen Koordinators für die irakische Opposition, die Dinge nur noch weiter. Zwar konnte nach einer langen Phase der Lähmung eine Sitzung des Exekutivrats des INC

³⁵²) Vgl. Ahmad Hissou, Jeder mit jedem gegen jeden, Die irakische Opposition, in: INAMO (Informationsprojekt Naher und Mittlerer Osten), Nr. 21, Berlin, 2000, S. 14–16.

im März 1999 in Windsor einberufen werden, auf der eine provisorische Führung aus sieben Personen ernannt wurde, darunter Vertreter der beiden kurdischen Parteien, ein Vertreter des "Obersten Rats der Islamischen Revolution im Irak", der INA und drei Unabhängige. Doch mindestens zwei der sieben lehnten ihre Ernennung ab, was ein erneutes Scheitern der Oppositionsbewegung bedeutete.³⁵³

³⁵³) Vgl. ebenda, S.13.

Abbildung 4



Die Aufteilung des Iraks in zwei Schutzzonen - im Norden oberhalb des 36. Breitengrades und im Süden unterhalb des 32. Breitengrades - nach der UNO-Resolution im April 1991 nach dem zweiten Golfkrieg.

Quelle: TAZ, Berlin, 15. Oktober 1996

Resümee

Resümee

Fast die gesamte Arbeit handelt von Konflikt (Krieg und Frieden - Macht und Geld, Interessen, Strategien und persönliche Dominanz). Eine ständige Auseinandersetzung, teils friedlich, teils kriegerisch. Und es scheint, dass die Kultur des Krieges im 21. Jahrhundert immer noch dominierend ist.

Der Wandel und Charakterzüge der Patrimonialismus

Im Irak ist, so wie an den Staaten des Nahen und Mittleren Ostens, deutlich zu beobachten, dass der Übergang zu einer zivilen Gesellschaft nicht leicht übernommen werden kann. Das heisst, dass der Wechsel bzw. der gesellschaftliche Wandel zur Demokratie einen schwierigen Prozess darstellt. Die personelle Dominanz im politischen und die Korruption im wirtschaftlichen Bereich setzt sich immer wieder durch. Die meisten Systeme sind noch traditionelle bzw. patrimoniale Systeme, da sich moderne bzw. rationale Systeme spät herausentwickelt haben. Die Unterordnung von Staat und Armee unter der Kontrolle der Partei, wobei die Partei und die bürokratischen Eliten mit ihren Institutionen wiederum unter der Kontrolle des Herrschers stehen, führt dazu, dass dieses System sich langfristig festigen kann. Es ist im Irak bisher nicht gelungen, ein institutionelles Gegengewicht zur personifizierten autokratischen Herrschaft zu schaffen. Ebenso hat die Korruption im Patrimonialen Staat des Irak der Systemstabilisierung gedient, wie verheerend sie auch für eine entwicklungsorientierte Nutzung der gesellschaftlichen Ressourcen sein mag.

Krieg

Was die Frage des Krieges betrifft, vertritt Bassam Tibi die Auffassung, dass Kriege stets den Verlauf der Geschichte ändern. Das europäische System, so Tibi, war selbst als Folge eines Krieges ins Leben gerufen worden und das europäische Staatensystem sei mit Gewalt, d.h. durch Kolonisation, auf die außereuropäische Welt übertragen worden. Aus dem Kampf gegen die europäische Kolonialherrschaft, d.h. aus der Dekolonisation sind die modernen Staaten in Asien und Afrika hervorgegangen.³⁵⁴ Ich komme insgesamt zu der Feststellung, dass alle Kriege, die in der Geschichte stattgefunden haben, kein zufälliges menschliches Schicksal sind. Aus der vorliegenden Arbeit wird deutlich, daß der Krieg nicht nur irgendein bewaffneter Zusammenstoß von Kontrahenten ist, sondern dass er eine heftige Auseinandersetzung zwischen Politik, Ökonomie und gegensätzlichen Ideologien ist. Die politischen Interessen bestimmen die Entscheidung zur Kriegsführung und beeinflussen den Verlauf des Krieges.

Es lässt sich erkennen, dass zwischen dem ersten und dem zweiten Golfkrieg ein unmittelbarer Zusammenhang besteht. Die massive Verschuldung des Irak, die dazu geführt hat, Kuwait zu annektieren, resultiert auch aus dem achtjährigen Krieg gegen den Iran. Darüber hinaus wäre der Irak ohne die internationalen Waffenlieferungen, die die Baath-Herrschaft mächtig machte, nicht in der Lage gewesen, Kuwait zu annektieren oder überhaupt Kriege zu führen. Die Kriege, die Saddam Hussein geführt hat, haben die internationalen Waffenproduzenten und Waffenexporteure bereichert. Sie kamen aber vor allem der USA außen- und innenpolitisch zu gute. Die USA konnten die Fehler von Saddam Hussein geschickt für ihre eigenen Interessen ausnutzen. Das Ziel der USA im zweiten Golfkrieg war nicht der Sturz Saddam Hussein gewesen, denn ein nach aussen schwacher

³⁵⁴) Bassam Tibi, *Konfliktregion Naher Osten*, München, 1989, S. 19.

Hussein, der nicht mehr Israel oder den Golfstaaten gefährlich werden konnte, nutzte damals den USA mehr. Dadurch konnten die USA in der Golfregion langfristig Fuß fassen, und sie hofften die westeuropäischen Interessen zu vertreiben.

Beim zweiten Golfkrieg gab es in der Tat nichts, was an den Ost-West-Konflikt erinnert hätte. Die internationale politische Lage stellte für den Irak eine sehr ungünstige Voraussetzung dar in Bezug auf den Zeitpunkt der Annexion von Kuwait. Der Einfluss der Sowjetunion war im Nahen und Mittleren Osten ohnehin begrenzt. Nach dem Ende des Kalten Krieges verlor die SU noch mehr an Einfluss in der Region und bestrebte eine Annäherung an die USA. Dies hat Saddam Hussein entweder nicht richtig erkannt, oder er hoffte mit der Besetzung von Kuwait eine so starke Position zu erlangen, dass die USA mit ihm verhandelt hätten. Diese Vermutung hatte sich jedoch falsch erwiesen.

Der Irak konnte zwar Kuwait besetzen, das Ergebnis davon führte jedoch letztendlich nur zur weiteren Destabilisierung des politischen Systems der Baath-Herrschaft. Von allen Kriegen, die die Baath-Herrschaft nach innen und nach außen während ihrer Machtperiode geführt hat, konnte sie zwar zeitweise und in bestimmten Bereichen davon profitieren, aber letztendlich haben sie dem Regime mehr geschadet als es gerettet. Die Regierung Saddam Hussein hat sich bei beiden Golfkriegen eindeutig verkalkuliert. Beide Kriegsparteien, die des Irak und die der Verbündeten, besaßen im Grunde genommen einen wirtschaftlichen Hintergrund bzw. wirtschaftliche Motive, die aber auch dazu beitragen sollten, die Stellung Saddam Husseins als eines patrimonialen, charismatischen bzw. totalitären Führers im Irak und im arabischen Raum zu verstärken.

Krieg und Gewalt als Instrument der Politik und Stabilisierung

Die Baath-Regierung vertrat die Theorie der Anwendung von staatlichen Gewalt als Instrument der Stabilität und zur Erreichung der politischen Ziele. Sie agierte mit Gewalt gegen die Opposition. Die Baath-Regierung hatte eine gewaltsame Annexion von Kuwait durchgeführt, den Krieg gegen den Iran geführt und sogar Gewalt gegen eigene Anhänger innerhalb der Partei und der Armee angewandt. Sie nutzte Gewalt und Krieg zweifellos als Instrument der Politik und Systemstabilisierung. Die Ereignisse haben aber auch gezeigt, dass solche Systeme keine unveränderbare Phänomene sind.

Der Westen, Demokratie in der Region und ethnische Konflikte

Der Westen, einerseits durch seine Stellung in der UNO, und andererseits als politische, militärische und wirtschaftliche Macht, kann bei der Lösung der Probleme im Nahen Osten mithelfen und ernsthaft bei der Gestaltung der Region mitwirken. Das gilt insbesondere für die USA aufgrund ihres besonderen und vielfältigen Einflusses auf die Region. Kann aber der Westen dies zugunsten der vernachlässigten Völker der Region entscheiden und durchführen ohne seine eigenen Interessen zu vernachlässigen? Durchaus, denn die Interessen der Kurden überschneiden sich an einigen Stellen mit den Interessen des Westens, wie im Fall der Situation im Irak. Die Kurden müssen versuchen, eine friedliche Beziehung zwischen den Völkern der Region, insbesondere mit denen sie innerhalb des jeweiligen Staates leben, auf der Grundlage der Gleichheit aufzubauen. Jede Feindschaft zwischen den Völkern, Minderheiten bzw. gesellschaftlichen Gruppen der Region baut Konflikte und Entsolidarisierung auf. Innere Auseinandersetzungen haben negative Auswirkungen auf die Beziehungen der Völker der Region und auf die staatliche Stabilität. Daher basiert der Aufbau eines neuen Nahen und Mittleren Ostens auf

dem Versuch, friedliche Beziehungen unter den dort lebenden Völkern zu verwirklichen. Das würde dann Auswirkungen auf die zwischenstaatlichen Beziehungen haben. Ein struktureller, politischer und wirtschaftlicher Zusammenhalt ähnlich der europäischen Union ist für die Region lebensnotwendig und fördert die demokratische Entwicklung der einzelnen Staaten. Ohne eine solche Beziehung bzw. Entwicklung erscheint mir eine Lösung der Konflikte nicht möglich. In einer solchen Entwicklung kann die Lösung auch der ethnischen bzw. nationalitäten Konflikte bestehen.

Am Beispiel der Kurden im Irak wird deutlich, dass auch die internationale Politik bei der Lösung der regionalen und ethnischen Konflikte versagt hat. Ein unveränderliches und grundsätzliches Interesse für die Kurden liegt darin, dass Demokratie nicht nur im Irak, sondern in allen Staaten des Nahen und Mittleren Ostens allgemein und insbesondere in den Staaten, in denen die meisten Kurden leben, entsteht und befestigt wird.

Die Ursachen der Konflikte und kriegerischen Auseinandersetzungen liegen unter anderem tief in den sozialen und ökonomischen Mißständen und im Unterdrückungsapparat. Wo es Demokratie und Stabilität gibt, gibt es meines Erachtens Entwicklung. Am Beispiel der Kurden im Irak sollten die politischen, geschichtlichen und ethnischen Hintergründe zur Debatte gestellt werden, die die Integration verschiedener ethnischer und regionaler Gruppen in den postkolonialen Staaten zum Scheitern brachten. Als Folge dieses Phänomens sind ethnische Konflikte aufgetreten. Konflikte, bei denen die Ethnien versuchen, den Status quo zu ändern.

Das Interesse des Vielvölkerstaats Irak liegt darin, dass das politische Zentrum sich nicht in die inneren Angelegenheiten diese Völker

einmischte und ihnen seinen Willen aufzwingt. Notwendig ist also die Minderung der Macht des Zentrums in der Peripherie. Die politische Natur des Zentrums ist die Ursache dafür, wenn auch in Zukunft nicht die Politik der Vernunft und Rationalität entscheiden wird. Es ist offensichtlich, dass das Streben der jeweiligen Staatsregierung nach Machterhalt oder –ausbau die Ursache für die Fortsetzung der Konflikte ist. Die politische Geschichte des Iraks macht dies deutlich. Die ethnischen Konflikte bzw. die Integration der verschiedenen Ethnien läuft in den verschiedenen Staaten unterschiedlich ab. Bei den Kurden im Irak war der Konflikt existent schon bevor der Staat Irak gegründet wurde und nicht erst nach der Dekolonisation. Die Briten haben während der Kolonialzeit nie Versuche zur Integration der ethnischen Gruppen im Irak bzw. im Nahen Osten unternommen..

Der Staat Irak entsprach weder den Auffassungen der kurdischen Nationalisten, noch den Vorstellungen der arabischen Sunniten und Schiiten, die auf einen umfassenden arabischen Staat abzielten. Der Staat wurde gewaltsam erschaffen und stützte sich nicht auf Legitimation. Ein Teil Kurdistans (Welajat Mossul) wurde gegen den Willen der Kurden dem neu gegründeten Staat Irak zugeschlagen. Die Kurden waren nicht bereit, zu Gunsten des neuen Staates ihre nationalen Interessen zu opfern. Die Entstehung einer irakischen Nation, wie es sich die Staatsgründer, die Briten, vorstellten, blieb angesichts der Vielfalt der ethnischen und religiösen Gruppen und wegen des Fehlens einer Legitimation unerfüllt.

Die britische Kolonialismus nahm bei ihrem Plan der Aufteilung des Irak infolge des ersten Weltkrieges keinerlei Rücksicht auf die ethnische und religiöse Struktur des Landes, und nur eine Ethnie wurde die Macht überlassen. Eine politische Entscheidung, die für Jahrzehnte für Konflikte sorgte. Auch die SU vertrat die Position des Statusquo in

der Region. Die Nationen, die in diesen Staaten lebten, sollten sich demnach innerhalb ihrer Staaten weiterentwickeln. Die europäischen Kolonialisten dachten nur an ihren strategischen und ökonomischen Interessen.

Die ganze Problematik liegt meines Erachtens gerade in diesem Punkt. Wenn die britische Kolonialmacht nach der Gründung des Staates Irak im Jahre 1920 alle ethnischen und religiösen Gruppen des Landes, einschließlich der Shiiten und Kurden an der Macht des neu gegründeten Staates beteiligt hätte, wären diese bis heute unlösbaren ethnischen und religiösen Fragen kein chronisches Problem in diesem Land.

Opposition

Die irakische Opposition ist aufgrund ihrer politisch-ideologischen und ethnisch-religiösen Heterogenität und ihrer unterschiedlichen Außenbeziehungen so zerrissen, daß sie keine gemeinsame politische Strategie gegenüber Saddam Husseins Regierung effektiv aufbauen konnte. Diesen Schwachpunkt der Opposition konnte die Baath-Partei für ihre eigenen politischen Ziele bzw. für die Stabilisierung ihrer Herrschaft geschickt ausnutzen.

Die Opposition hat außerdem Gründe genug, um der US-Politik mißtrauisch gegenüber zu stehen. Kurz nach dem Ende des zweiten Golfkrieges wurde den Shiiten von den britischen Militärs und von US-Offizieren der Zugang zu Waffendepots, und somit die erforderliche Unterstützung für ihren Aufstand verweigert. In Kurdistan ließ sie die Saddam Husseins Administration ungehindert nicht nur Flugzeuge einsetzen, sondern irakische Soldaten gingen brutal gegen die aufständische Zivilbevölkerung vor.

Ich bin der Ansicht, dass die Zentralgewalt unter der Baath-Herrschaft eine Gegengewalt der Opposition hervorgerufen hat und so ist eine atomisierte Gesellschaft entstanden. Mangel an Demokratie hat dazu geführt, dass die Opposition radikale Untergrundaktivitäten ergreifen musste.³⁵⁵

Einer der wichtigsten Punkte, der die irakische Opposition untereinander verband, war die Koalition gegen Husseins Politik und sein Regime, da dieses gegen die gesamte Opposition gerichtet war. Diese Koalition wird sich, meines Erachtens, nun, nach dem Sturz Saddam Husseins nicht mehr lange halten können. Die Saddam-Regierung als Allein-Herrschaft war ein Produkt der irakischen und regionalen Bedingungen, weil die Widersprüche im Land stärker sind als der oppositionelle Zusammenhalt: (1/3 Kurden, ca 55% Schiiten,³⁵⁶ ehemals stärkste KP der Region, Zersplitterung der irakischen Opposition, Grenze zu Iran, Türkei und Syrien etc.).

Die mosaikartige Struktur der irakischen Bevölkerung hat meines Erachtens die Spaltung der Opposition entlang der ethnischen Grenzen ermöglicht.

Zudem profitierte Saddam Hussein von der weitverbreiteten Furcht vor den Islamisten: Ein islamisch-schiitisches Regime hätte die arabischen Golfstaaten und ihre Verbündeten vor ein Dilemma gestellt, das

³⁵⁵) Im weiteren (soziologischen) Sinne ist Opposition das Bestreben von Parteien, Vereinigungen, Gruppen, Cliques und Einzelpersonen, Ziele zu verwirklichen, die mit denen der Träger politischer, wirtschaftlicher und sozialer Autorität im Widerspruch stehen, gleichgültig, ob sie sich hierzu parlamentarischer oder sonstiger Methoden bedienen. (Vgl. Fischer Lexikon, Staat und Politik, S. 226).

³⁵⁶) Vgl. J. Hippler, Reader zum Golfkrieg, a. a. O., S. 31.

unlösbar schien, was dazu führte, dass Saddam Hussein als das kleinere Übel betrachtet wurde und die Macht sehr lange behalten durfte.³⁵⁷

Die arabischen Staaten, und in erster Linie die USA, haben keinerlei Interesse an einer schiitischen Herrschaft im ölreichen Mesopotamien. Ein schiitischer Sieg im Irak könnte auf die arabischen Staaten überspringen. Tatsächlich haben die Besatzer jetzt, nach dem Sturz der Baath-Herrschaft, viele Probleme mit den „Glaubenskriegern“. Der Irak wurde bereits durch zwei Golfkriege und den inneren Bürgerkrieg ökonomisch und sozial zerstört. Jetzt ist das Land erst recht in eine tiefe Krise gestürzt und muß wieder aufgebaut werden, wobei der Staat bankrott ist. Auch nach ihrem Ende hinterlässt die jahrzehntelange Politik der Baath-Partei mit ihrer nationalistischen Ideologie arabischer Ausprägung und antidemokratischen Prinzipien noch für lange Zeit auf allen Ebenen des gesellschaftlichen Lebens tiefe Spuren, deren Beseitigung auch tiefgreifende Schritte benötigt. Auf die irakische Opposition, insbesondere die demokratischen Kräfte, kommen in Zukunft wichtige Aufgaben zu.

Die Irak-Problematik im Rahmen der Regionalenproblematik

Die Problematik der vorliegenden Arbeit kann dann besser verstanden werden, wenn die Ursachen der Konflikte insgesamt im Kontext der Regionalen Problematik insgesamt etwas näher dargestellt werden, die hauptsächlich auf folgende Faktoren zurückzuführen sind:

1) Im Mittleren Osten bestehen einige konkurrierende und heterogene Systeme, die einander bekämpfen. Sie versuchen einander zu unterwerfen, um übereinander zu dominieren. Diese Heterogenität und Differenziertheit ruft eine Atmosphäre von großer Konkurrenz hervor, die sowohl in der Vergangenheit wie auch in der Gegenwart zur

³⁵⁷) Vgl. F. Ibrahim, Staat und Gesellschaft im Irak, a. a. O., S. 38

Aufrüstung mit modernsten und brutalsten ABC-Waffen geführt hat. Die ideologischen und strategischen Differenzen und die Notwendigkeit der Wahrung der nationalen Sicherheit sind ebenfalls Gründe für die Unbeständigkeit des Friedens und die Unruhen in dieser Region.

Der Irak bedroht seit 1961 Kuwait mit ständigen Grenzkonflikten, die schließlich, im August 1990, zur Besetzung des Landes durch die irakische Regierung unter Saddam Hussein führten. Acht Jahre Krieg zwischen dem Irak und dem Iran, bei dem es fast zwei Millionen Tote und Verletzte gab, das Eindringen des türkischen Militärs seit 1982 in das irakische Kurdistan und schließlich die Drohungen der Türkei gegen Syrien und der ständige arabisch-israelische Konflikt haben wiederum Auswirkungen auf die Beziehungen der Völker in der Region..

2) Nationale und religiöse Minderheiten, die in der Region leben und unter Unterdrückung und Ungleichheit leiden, haben Probleme, die weit in die Geschichte zurückgehen. Die Empfindlichkeit der Staaten des Nahen und Mittleren Ostens ist außerordentlich groß gegenüber regionalen Forderungen und Wünschen, die auf eine Steigerung der Macht der Peripherie hinauslaufen.

In fast allen Staaten des Nahen und Mittleren Osten regiert(e) eine Minderheit oder ein Clan über die Mehrheit der im Land lebenden Völker, so im Iran, Irak, in Kuwait oder einigen anderen Golfstaaten.

Die Einmischung der regionalen Mächte in die Probleme der Ethnien, später die Einflußnahme der internationalen Staaten, haben weltweite Dimensionen angenommen, wie am Beispiel der Kurden im Irak nach dem zweiten Golfkrieg deutlich wurde.

3) Die Demokratie hat in der Region keine Wurzeln, und die politische Geschichte der Region ist die Geschichte einiger aufeinanderfolgender undemokratischer politischer Systeme. Bis heute glauben die meisten Regierungen der Region weder an eine Beteiligung des Volkes an der Politik noch an ein Mehrparteiensystem oder eine pluralistische Gesellschaft. Dem Volk wird das Recht verweigert, diejenige Regierung zu wählen, die es will. Es finden nur in einigen wenigen Staaten des Nahen Osten freie Wahlen statt, beispielsweise in der Türkei oder in Israel. Allerdings: In der Türkei ist das Wählen obligatorisch.

In der Türkei regiert hauptsächlich das Militär - und zwar hinter den Kulissen. In einigen Ländern wie Saudi Arabien oder Kuwait regieren Oligarchien oder Familien, die einander ablösen. Diese regierenden Kräfte haben bewiesen, daß sie auf eine gefährliche und erstaunliche Weise die Fähigkeit zur dauerhaften Existenz und Machtausübung besitzen. Die jüngere Geschichte hat gezeigt, daß die Veränderung von politischen Prozessen oft mit Zwang und manchmal sogar durch Anwendung von extremer Gewalt erreicht wurde. Beispiele hierfür sind die Annexion Kuwaits durch die irakische Regierung oder die Entmachtung der irakischen Regierung mit Hilfe des Militärs seitens der US-Regierung.

Die Bevölkerung des Iraks hat aufgrund ihrer geschichtlichen Erfahrungen das Vertrauen in die Politik und in die politische Macht verloren. Die USA hatten im zweiten Golfkrieg die Möglichkeit, die gemässigte Opposition zu unterstützen, um die Baath-Herrschaft abzulösen, die aber bewußt nicht wahrgenommen haben, und so konnte Saddam Hussein bzw. die Baath-Partei ihre Macht vor dem Gefahr eines Stürzes retten und sie stabilisieren. Diese hat bei den Irakern auf allen Ebenen des Lebens starke Spuren hinterlassen, so dass viele jetzt

– nachdem der Umsturz endlich erfolgt ist - der amerikanischen Besatzung großes Misstrauen entgegenbringen.

Lösungsansätze

Obwohl es bei den verschiedenen Ethnien starke Tendenzen zum Aufbau eigener staatlicher Gebilde gibt, beharren die regionalen und internationalen Mächte auf der Aufrechterhaltung des Status quo hinsichtlich der Staatsgrenzen. Angesichts dieser Voraussetzungen kann, meiner Ansicht nach, eine föderalistische Staatsform für die gegenwärtige Situation im Irak ein Lösungsmodell sein, ebenso wie für die Vielvölkerstaaten der Region, wie z. B. für die Türkei oder den Iran. Der Föderalismus ist ein wirksamer gesetzlicher Schutz gegen jeden Versuch des Zentrums zur Minderung der Macht in der Peripherie, und wird das Land politisch teilen, aber seiner geographische Struktur aufrechterhalten. Dieses Modell für den Irak sollte meines Erachtens so aussehen, daß im Norden eine kurdische Regionalregierung ernannt wird, und im Süden eine arabische, nämlich für die Schiiten im Süden und in der Mitte des Irak ebenfalls eine eigene Verwaltung für die Sunniten, mit Bagdad als Hauptstadt. (s. Tabelle 1)

Aufgrund der geschilderten Situation komme ich zu der Überzeugung, dass für den Irak das Modell, das sich an die Struktur der Schweiz ähnelt, denkbar, aber mit bestimmten Änderungen mit Rücksicht auf die spezifischen Situation in Irak. Das schweizer Modell ist aber allerdings nicht unproblematisch, da die Iraker, anders als die Schweizer, ihr „Bündnis“ nicht freiwillig eingegangen sind. Die Kurden im Irak fühlen sich nicht als Iraker, sondern als ein Teil der kurdischen Nation. Die irakischen Sunniten und Schiiten hingegen fühlen sich der arabischen Nation zugehörig. Dieses Modell ist im Grunde genommen nicht gegen die Politik des Status quo, die die

regionalen und die internationalen Großmächte immer noch vertreten, es sei denn die gesamte Region wird neu umstruktuiert und die Karten werden neu gemischt. Wenn der Irak nur aus einer Nation, einer Religion bzw. einer Konfession bestünde und gleicher politischer Auffassung wäre, wäre eine Diskussion über solches Modell nicht notwendig. Die arabischen Sunniten identifizierten sich mit der arabischen Nation und traten stets für einen panarabischen Staat ein. Für die arabischen Schiiten, etwa 60% der gesamten Bevölkerung, bedeutete die Identifikation mit einem Staat, der von der sunnitischen Minderheit (18% der Bevölkerung) kontrolliert wird, kann keine Zustimmung finden.

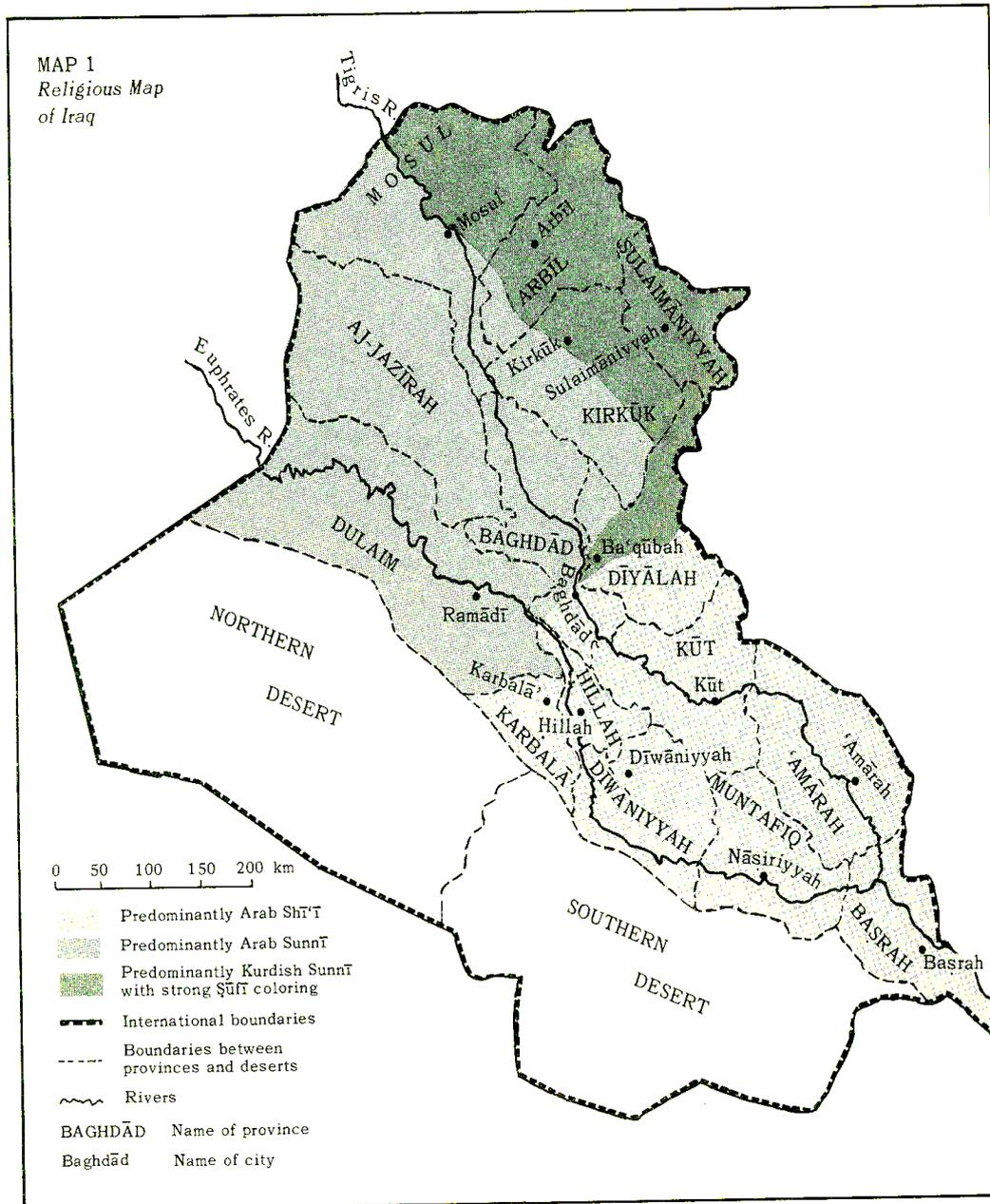


Tabelle 1

Quelle: Hanna Batatu, *The old social classes and the Revolutionary Movements of Iraq*, princeton, 1978, S. 38

Angesichts der Tatsachen halte ich das Abhalten eines Referendums (Volksbefragung) im gesamten Irak für Notwendig, dass damit die tatsächlichen Wünsche der irakischen Völker in einem zukünftigen Irak zum Ausdruck gebracht wird, das daraus eine ständige Verfassung entsteht.

Es stellt sich hier die Frage, welches Modell die USA und die Briten nach dem Sturz Saddam Husseins als politische Alternative für den Irak planen. Ein afghanisches Szenario? Stabilität oder Instabilität? Wohin der Weg führt, entscheiden letztlich wohl die politischen und wirtschaftlichen Interessen der USA und ihrer Verbündeten, aber auch der Kampf der Iraker selbst und die daraus entstehenden Struktur.

Literaturverzeichnis

Literaturverzeichnis
Dissertationen
Zeitungen und Zeitschriften

Literaturverzeichnis

Alkazaz, Aziz, Irak, in: Handbuch der Dritten Welt, Dieter Nohlen und Franz Nuscheler (Hg.), Hamburg, 1978, S. 201-241.

Alexander Kluge und Oskar Negt, Was ist Krieg? in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Bonn, 4/2002, S. 491-496.

Al Khalil, Samir, Republic of Fear, Los Angeles, 1989.

Anonym, Die religiös-politische Bewegung im Irak, in: iz3W., Nr. 147, Freiburg, 1988, S. 28-33.

Anonym, Kurze Geschichte des Konflikts, in: Reader zum Golfkrieg, Einhausen, 1991, S. 14-16.

Artikel 3 der allgemeinen Grundsätze der Statuten der Arabischen sozialistischen Baath-Partei, Bagdad, 1981 (arabisch).

Ansari, Adnan, Die Verfassungen des Libanon, der Vereinigten Arabischen Republik und des Irak, Band 2, o. J., (Berlin).

Asmussen, Hans, Krieg und Frieden, Band 15, Osnabrück, 1961.

Barazani, A. S., Schutz der Kurden, Band 2, Wien, 1985.

Bassireh, Salar, Der Golfkrieg und die Kurdenfrage, Philipps-Universität Marburg, 1992, (Unveröffentlichte Magister Arbeit).

Ders., Der zweite Golfkrieg, in: Zeitschrift für strategische Studien (Journal of the center of strategic studies), Nr. 1, 10. 02.2002, Sulaimania/Irak, (kurdisch), S. 41-66.

Ders., Die Militärinterventionen der Türkei in Südkurdistan, in: Kurdistan heute (Zeitschrift von Navend), Bonn, Dezember 1997/Januar 1998, S. (43-46).

Batatu, Hanna, The old social classes and the Revolutionary Movements of Iraq, princeton, 1978.

Ders., Syria's Peasantry, the descendants of the Lesser Rural Notables, and Their Politics, princeton, 1990.

Ders., Hanna Batatu, The Egyptian, Syrian, and Iraqi Revolutions, Washington, D.C., 1983.

Ben.dix, Reinhard, Max Weber – Das Werk, München, 1964.

Bengio, Offra, Ba' thi Irak in search of identity, between ideology and praxis, 1987, o. Ortsangaben.

Billing, Peter/Trautner, Bernhard J., Der Konflikt um Kuwait, Heidelberg, 1990.

Dosch, Werner/ Herrlich, Peter, Ächtung der Giftwaffen, Frankfurt, 1985.

Erdmann, Gero, Neopatrimoniale Herrschaft, Der Übergang zur Demokratie ist nicht gelungen, in: Deutsche Stiftung für internationale Entwicklung, Nr. 10. Frankfurt, 2001, S. 1-6.

Falioun, Hussam Eddin, Die Baath-Partei, Münster, 1977

Friedrich Ebert Stiftung, Schwelenbrand am Golf, Bonn, Juni 1981.

Frank, Andre Gunder, Politische Ökonomie des Golfkriegs, in: Reader zum Golfkrieg, Einhausen, 1991, S. 55-62.

Grobba, Fritz, Irak, Band 10, Berlin, 1943.

Gürbey, Gülistan, Politische und rechtliche Hindernisse auf dem Wege der Herausforderung einer Zivilgesellschaft un der Türkei, in: Heidi Wedel (Hg.), Probleme der Zivilgesellschaft im Vorderen Orient, Opladen, 1995, S. 95-113.

Haarmann, Ulrich (Hg.), Geschichte der arabischen Welt, München, 1987.

Haikal, Muhamad Hasanen, Der Golfkrieg, Die Illusion der Gewalt und des Sieges, Kairo, 1992, arabisch.

Hawar, Muhammad. R., Scheich Mahmud und der Südkurdischen Staat, Band 1, London, 1990 (Kurdisch).

Harenberg, Bodo (Hg), Aktuell 2003, Das Jahrbuch Nr. 1, Dortmund, 2002.

Hinnebusch, Raymond, Authoritarian Power and State Formation in Ba'thist Syria, Oxford, 1990.

Hinnebusch, Raymond, *Autoritarien Power and State Formation in Ba' thist Syria: Army, Party, and Peasant*, Boulder, 1990.

Hippler, Jochen (Hg.), *US-Außenpolitik und Revolution in Mittelamerika*, in: *Intervention in Mittelamerika und der Karibik*, Wuppertal, 1984, S. 1/1/1-19-1/2/1-6.

Ders., *Der Aufstieg eines Polizeistaates, Irak auf dem Weg zur Vormacht am Golf*, Manuskript für den Schweizer Rundfunk, Oktober 1990.

Ders., *Die neue Weltordnung*, Hamburg, 1991.

Hissou, Ahmad, *Jeder mit jedem gegen jeden, Die irakische Opposition*, in: *INAMO*, Nr. 21, Berlin, 2000, S. 13-16.

Ibrahim, Ferhad, *Staat und Gesellschaft im Irak unter der Herrschaft der Baath-Partei*, in: *Zeitschrift für Politik und Ökonomie in der Dritten Welt*, Nr. 42, Münster, S. 18-42.

Ibrahim, Ferhad, *Die arabische Debatte über Zivilgesellschaft*, in: H. Wedel, *Probleme der Zivilgesellschaft*, in: Heidi Wedel (Hg.), *Probleme der Zivilgesellschaft im Vorderen Orient*, Opladen, 1995, S. 23-49.

Ders., *Zur Entwicklung der Kurdenfrage*, in: *Dokumentation zur Internationalen Konferenz über Kurdistan*, Bremen, 14.-16. April, 1989, S. 199-210.

Kassmlu, Abdelrahman, *Kurdistan und die Kurden*, Beirut, 1979 (arabisch).

Khalil, Fadil, Kurden heute, Wien, 1985.

Kluge, Alexander / Negt, Oskar, Was ist Krieg?, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Bonn, 4/2002, S. 491-496.

Konzelmann, Gerhard, Der Golf, Hamburg, 1991.

Krell, Gert/Kubbig, Bernd W., Krieg und Frieden am Golf, Ursachen und Perspektiven, Frankfurt/M, 1991.

Krüger, Herbert, Die Grenzen des Irak, Stuttgart, 1963.

Kuhn, Reinhard, Totalitäre Herrschaft, in: Hans Ritscher (Hg.), Welt der Politik, Frankfurt/M., 1971, S. 35-39.

Laskowski, Wolfgang, Macht und Herrschaft, Seminararbeit, WS 2001/02, Manuskript, o. O.

Lobmeyer, Hans Günter, Syrien: Das Reich des Leviathan, in: Heidi Wedel, Probleme der Zivilgesellschaft, Opladen, 1995, S. 75-95.

Mahr, Horst, Die Baath-Partei, Wien, 1971.

Marr, Phebe, The modern History of Iraq, boulder, 1985.

Meiners, Lotter und R., Bürokratie, Marx-Engels Begriffslexikon, München, 1984.

Möller, Harald, Der Krieg Irak-Iran, 1980-88, Berlin, 1995.

Möllermann, Jürgen W., Für Deutschland, München, 2003.

Muhammad, R. Hawar, Scheich Mahmud und der Südkurdischen Staat, Band 1, London, 1990, Kurdisch.

Mustafa, Naushirwan, Auseinandersetzung zwischen PUK und KDP, Hako, 1995, Kurdisch.

Ders., Die Regierung von Kurdistan, Kurden im Spielfeld der Sowjetunion, London, 1993.

Nirumand, Bahman(Hg.), Die kurdische Tragödie, Hamburg, 1991.

Ders., Sturm im Golf, Hamburg, 1990.

Osman, Mahmud Ali, Die Ursachen des Zusammenbruches der Kurdischen Bewegung im Irak nach 1975, Interview, AKSA, Bonn, Juni 1976, Broschüre (arabisch).

Olson, Robert W., The kurdisch Question and Turkish-Iranian Relations from World war I to 1998, California 1998.

Pfeiffer, Albrecht, Aktuelle Probleme der Produktionssteigerung und der sozialen Umgestaltung der Landwirtschaft in Irak, Leipzig, 1972.

Pawelka, Peter, Herrschaft und Entwicklung im Nahen Osten, Ägypten, Heidelberg, 1985.

Perthes, Volker, Die Fiktion der Einheit, Koalitionen und Konflikte im arabischen Raum, in: Gert Krell und Bernd W. Kubbig, S. 20-30.

Pfeiffer, Albrecht, Aktuelle Probleme der Produktionssteigerung und der sozialen Umgestaltung der Landwirtschaft in Irak, Leipzig, 1972.

PUK, Überblick über die irakische Innenpolitik, Berlin (West), 1983.

Rasoul, Fadil, Irak-Iran, Wien, 1987.

Ritscher, Hans, Welt der Politik, Frankfurt, 1971.

Ruf, Werner (Hg.), Vom Kalten Krieg zur heißen Ordnung, Hamburg, 1991.

Mahmud Nadjim, Auseinandersetzungen innerhalb der KP-I, Beirut, o. J. (arabisch).

Schlumberger, Hella, Durchs freie Kurdistan, München, 1980.

Schmidt, Lissy, (Milena Ergen), Wie teuer ist die Freiheit?, Reportagen aus der selbstverwalteten kurdischen Region, Köln, 1991-1993.

Stern, Marianne, Iran-Irak, „Bis die Gottlosen vernichtet sind“, Hamburg, 1987.

Schukr, Mahmmud Tarik, Ökonomie der erdölexportierenden Länder in der OPEC, Bagdad, 1979, (arabisch).

Tibi, Bassam, Konfliktregion Naher Osten, München, 1989.

Ders., Militär und Sozialismus, Frankfurt/ M, 1973.

Ders., Vom Gottesreich zum Nationalstaat. Islam und panarabischer Nationalismus, Frankfurt/M, 1987.

Tuana/Awara, Der Krieg Irak-Iran, in: Yekgirtin (Einigung), Kopenhagen, 1987 (Kurdisch), S. 5-42.

Van Gent, Werner, Kurdische Fronten, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Bonn, Januar 1993, S. 69-76.

Vanly, Ismet, Kurdistan und die Kurden, Band 1, Göttingen, 1984.

Ders., Kurdistan und die Kurden, Band 2, Göttingen, 1986.

Watson, Bruce W./ George, Bruce / Tsouras, Peter, Erfahrungen des Golfkrieges, London, 1991.

Weber, Max, Wirtschaft und Gesellschaft, Tübingen, 1980.

Weiß, Johannes (Hg.), Max Weber heute, Frankfurt/M., 1989.

Wimmer, Hannes, Die Modernisierung politischer Systeme, Wien, 2000.

Wimmer, Michael, Die Kurden, München, 1991.

Wimmer, Nobert, Irak–eine revolutionäre Demokratie, Innsbruck, 1981.

Wirth, Eugen, Irak und seine Nachbarn, in: Die Golfregion in der Weltpolitik, Köln, 1991. S. 21-38.

Dissertationen

Ibrahim, Ferhad, Die kurdische Nationalbewegung im Irak, Berlin, 1983.

Saleh, Mohammad M.S., Die sozialökonomische Entwicklung in der Landwirtschaft Iraks nach der Durchführung der Bodenreformen von 1958 und 1970 und ihr Einfluß auf die Volkswirtschaft und der Reproduktionsprozeß, Berlin, 1982.

Zeitung

Die Zeit

07.09.1990

31.08.1990

Frankfurter Allgemeine Zeitung

15.08.1990

22.08.1990

22.01.1991

24.01.1991

Frankfurter Rundschau

09.10.1990

24.01.1991

08.02.1991

Kurdistani New

05.02.2000

26.04.1994

Middle East Report, 15.01.1983.

Unsere Zeit

26.10.1990

NZZ

21.07.1990

13.03.1991

TAZ

06.08.1990

30.01.1989

03.04.1989

Sunday Telegraph

20.01.1991

Washington Post

14.01.2001

Zeitschrift

Autonomie, Nr. 6, Hamburg, 1980, S. 5-6.

INAMO (Informationsprojekt Naher und Mittlerer Osten), Nr. 21,
Berlin, 2000, S. 14–16.

Der Spiegel, 16.01.1989, S. 64-75.

Geomagazin, Die Wurzeln der Konflikte, 1992, S. 200.

KOMZI (Kommunikationszentrum Idstein e.V.), Tatort Irak, Januar
1991, S. 10.

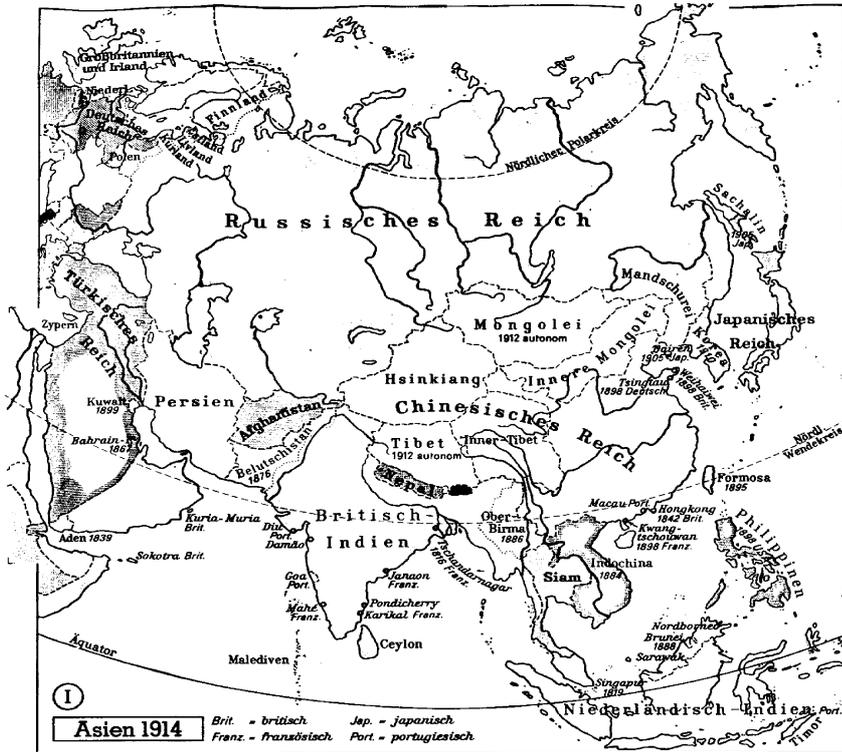
Peripherie, Zeitschrift für Politik und Ökonomie in der Dritten Welt,
Nr. 42, Münster, 1991, S. 18-42.

Iz3W., Informationszentrum dritte Welt, Nr. 147, Freiburg, Februar
1988, S. 28-30.

ANHANG

- Landkarte 1 (Nahe und Mittlerer Osten vor und nach der Aufteilung)
- Landkarte 2 (Nahe Osten)
- Landkarte 3 (Irak / Die britischen und französischen Mandate)
- Landkarte 4 (Das Siedlungsgebiet der Kurden)
- Landkarte 5 (Der Persische – Arabische Golf)
- Die Verfassung der Baath-Partei
- Familienfoto – Saddam Hussein-Clan
- Angaben zu den am ersten Golfkrieg beteiligten Ländern.

Landkarte I



Maßstab der Karten I und II 1 : 72 000 000 selbständige Mitglieder des Commonwealth of Nations

(Nahe und Mittlerer Osten vor und nach der Aufteilung)

Quelle: Weltatlas, Westermann, S. 19

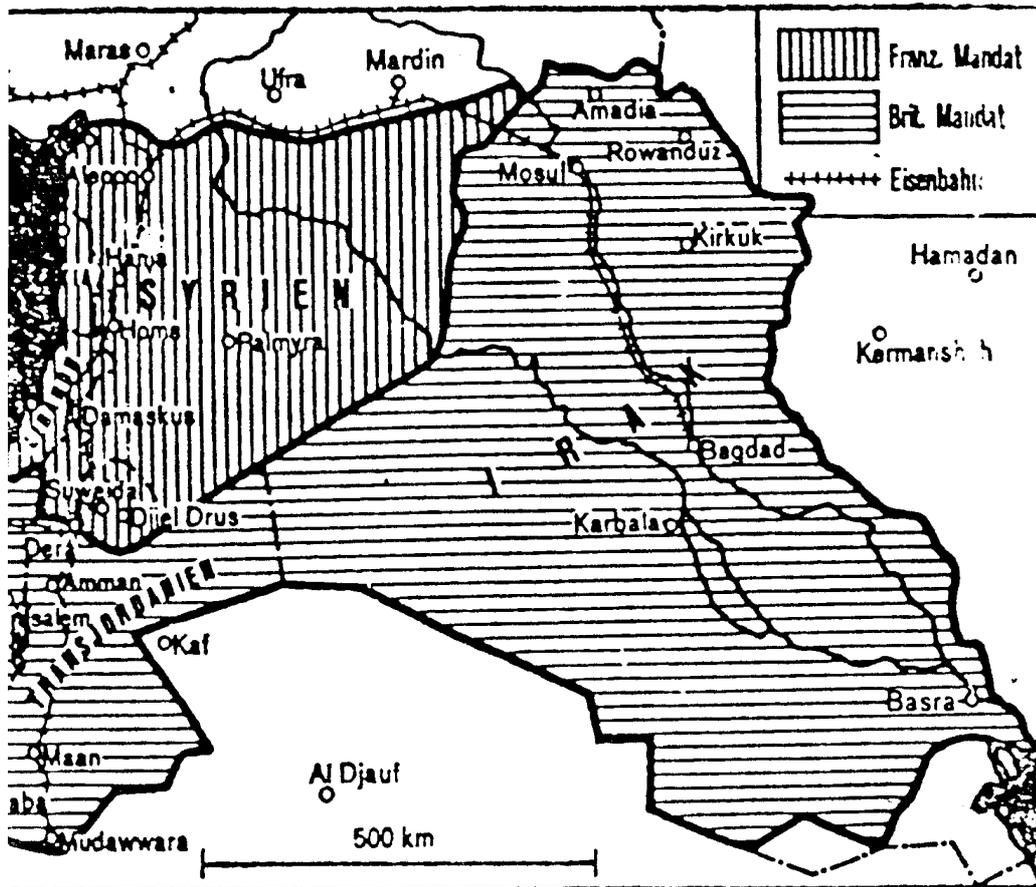
Landkarte 2



Die Staaten des Nahen Ostens

Quelle: Klaus Hornung, Krisenherd Naher Osten,
München, 1993, S. 11

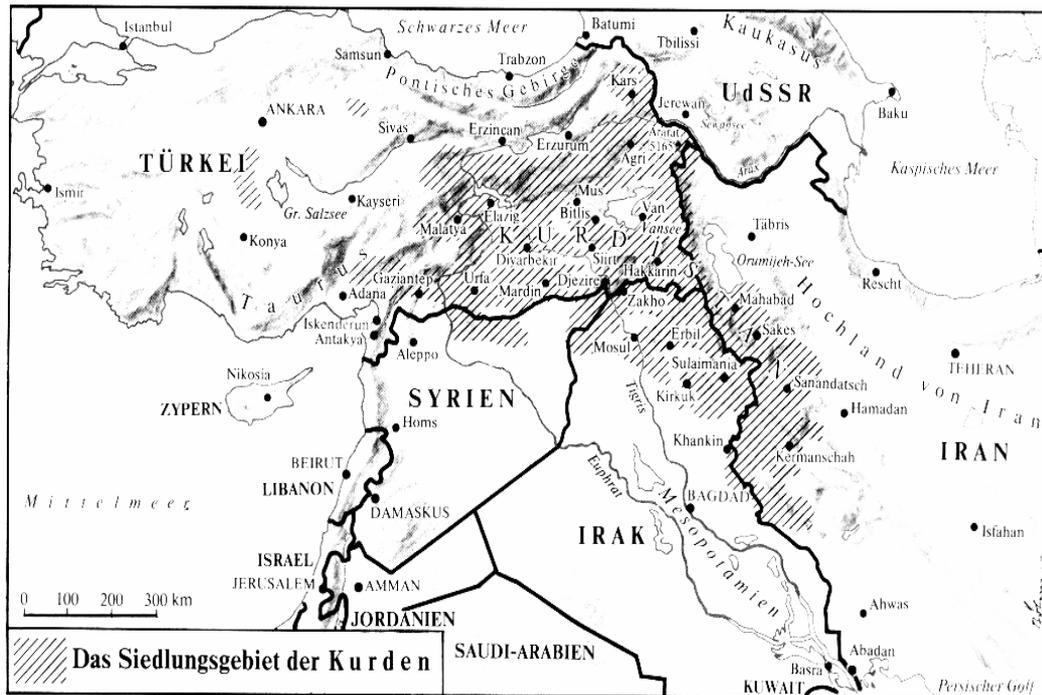
Landkarte 3



Die britischen und französischen Mandate

Quelle: Das Kurdenland, KSSE, BRD, 1988, S. 20

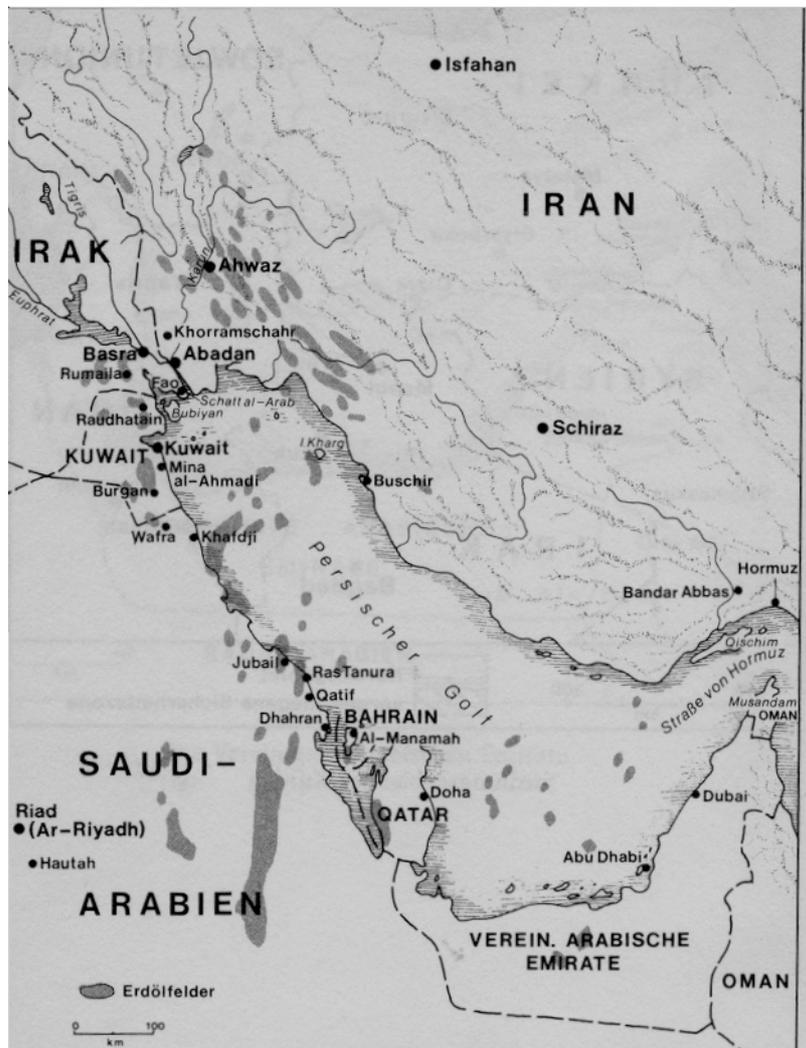
Landkarte 4



Das Siedlungsgebiet der Kurden

Quelle: Helga Schlumberger, Durchsfrfreie Kurdistan, München, 1980

Landkarte 5



Der Persisch – Arabische Golf

Quelle: Gerhard Konzelmann, der Golf, Hamburg, 1991, S. 480



Familienfoto – Saddam Hussein-Clan

Quelle: Die Tageszeitung, 26.02.1996

Die Verfassung der Baath-Partei³⁵⁸

Der wiedergegebene deutsche Text wurde mit dem arabischen Original verglichen.

1 "Sozialistische Partei der Arabischen Wiederauferstehung". In der Folge wird dafür abgekürzt jeweils "Baath-Partei" gesetzt.

ERSTES PRINZIP: EINHEIT UND FREIHEIT DER ARABISCHEN NATION

Die Araber bilden *eine* Nation. Diese Nation hat das natürliche Recht, in einem einzigen Staat zu leben und die Freiheit, ihr eigenes Schicksal zu bestimmen. Der Hizb al-Baath al-Arabi al-Ishtiraki³⁵⁹) glaubt deshalb, dass

1. das arabische Vaterland eine unteilbare politische und wirtschaftliche Einheit bildet. Kein arabisches Land kann getrennt von den anderen leben.
2. die arabische Nation eine kulturelle Einheit bildet. Alle Differenzen, die zwischen ihren Söhnen bestehen, sind nicht tiefgehend und deshalb unbedeutend. Sie werden mit dem Erwachen des arabischen Bewusstseins verschwinden.
3. das arabische Vaterland den Arabern gehört. Sie allein haben das Recht, es zu regieren, seinen Reichtum zu verteilen und sein Schicksal zu lenken.

³⁵⁸) Übersetzung von "The Party of the Arab Ba'th: Constitution", in: Sylvia G. Halm: Arab Nationalism. An Anthology. Berkeley und Los Angeles 1962. S. 233 ff. Da diese englische Fassung wiederum eine Übertragung aus dem Französischen ist, wurde der hier wiedergegebene deutsche Text vorher mit dem arabischen Original verglichen.

³⁵⁹) "Sozialistische Partei der Arabischen Wiederauferstehung". In der Folge wird dafür abgekürzt jeweils "Baath-Partei" gesetzt.

ZWEITES PRINZIP: CHARAKTERISTIK DER ARABISCHEN NATION

Die arabische Nation ist durch Werte charakterisiert, die das Ergebnis ihrer aufeinanderfolgenden Wiedergeburten sind. Diese Werte sind durch Lebens- und Schöpfungskraft und durch die Fähigkeit der Umwandlung und Erneuerung gekennzeichnet. Die Erneuerung der Werte führt zu wachsender persönlicher Freiheit. Der damit verbundene Wandel der Person erfolgt in Harmonie mit dem nationalen Interesse.

Deshalb glaubt die Baath-Partei, dass:

1. die Rede-, Versammlungs- und Glaubensfreiheit sowie die künstlerische Freiheit sind. Keine Autorität kann sie beschränken.
2. der Wert der Bürger - wenn einmal Chancengleichheit gewährleistet ist - nach ihrer Leistung für den weiteren Fortschritt und das Aufblühen der arabischen Nation zu bemessen ist, ohne Beachtung irgendeines anderen Kriteriums.

DRITTES PRINZIP. DIE SENDUNG DER ARABISCHEN NATION

Die arabische Nation hat eine ewige Sendung. Diese Sendung offenbart sich in immer neuen und doch beziehungsreichen Formen in den verschiedenen Stadien der Geschichte. Sie strebt die Erneuerung menschlicher Werte, die Beschleunigung menschlichen Fortschritts, die wachsende Harmonie und gegenseitige Hilfsbereitschaft zwischen den Nationen an. Deshalb glaubt die Baath-Partei, dass Kolonialismus und alles was damit zusammenhängt ein verbrecherisches Unterfangen ist. Die Araber müssen ihn mit allen möglichen Mitteln bekämpfen, genauso wie sie es auf sich nehmen müssen, entsprechend ihren materiellen und moralischen Möglichkeiten allen Völkern, die für ihre Freiheit kämpfen, zu helfen.

2. die Menschheit in ihrem eigenen Interesse ein solidarisches Gebilde darstellt. Sie ist durch gemeinsame Werte und eine gemeinsame

Zivilisation verbunden. Die Araber werden durch die Weltzivilisation bereichert und bereichern diese auf ihre Art. Sie reichen anderen Nationen brüderlich die Hand und arbeiten mit ihnen an der Errichtung gerechter Institutionen, die für alle Völker sowohl Wohlstand und Frieden als auch moralischen und geistigen Fortschritt sichern werden.

ALLGEMEINE PRINZIPIEN

Artikel 1

Die Baath-Partei ist eine panarabische Partei. Sie wird in allen arabischen Ländern Gruppen unterhalten. Sie befasst sich nicht mit Regionalpolitik, es sei denn, diese steht in Beziehung zu den höheren Interessen der arabischen Sache.

Artikel 2

Die Zentrale der Partei befindet sich zur Zeit in Damaskus. Sie kann in jede andere arabische Stadt verlegt werden, wenn das nationale Interesse es erfordern sollte.

Artikel 3

Die Baath-Partei ist eine nationale Partei. Sie glaubt, dass Nationalismus eine lebendige und ewige Realität ist. Sie glaubt, dass das Fühlen nationalen Erwachens, das das Individuum fest an seine Nation bindet, ein geheiligtes Gefühl ist. Dieses Gefühl birgt ein Potential schöpferischer Kraft in sich; es verpflichtet zur Opferbereitschaft, drängt zur Ausübung von verantwortlichen Aufgaben und leitet die individuelle Persönlichkeit in einer konkreten und aktiven Art.

Aus der nationalen Idee, für die die Partei arbeitet, soll der Wille des arabischen Volkes erwachsen, sich selbst zu befreien und sich zu einigen, damit es die Chance gewinne, den arabischen Auftrag in der Geschichte zu verwirklichen und mit allen Nationen

zusammenzuarbeiten, um der Menschheit den rechten Weg zu Wohlstand und zum Guten zu sichern.

Artikel 4

Die Baath-Partei ist eine sozialistische Partei. Sie glaubt, dass Sozialismus eine Notwendigkeit ist, ein Element, das aus dem arabischen Nationalismus hervorgeht. Sozialismus bildet die ideale Ordnung, die dem arabischen Volk die Garantie gibt, seine Möglichkeiten und seine Genialität auf das vollkommenste zu verwirklichen, und es befähigt, seinen Geist zu entfalten. Diese Ordnung sichert der Nation ständigen materiellen und moralischen Fortschritt und ermöglicht vertrauensvolle brüderliche Bande zwischen ihren Mitgliedern.

Artikel 5

Die Baath-Partei ist eine Volkspartei. Sie glaubt, dass die Souveränität dem Volk gehört, welches allein die Quelle aller Autorität und Führung ist. Sie glaubt, dass der Wert des Staates das Ergebnis des Willens der Massen ist, von denen er ausgeht, und dass dieser Staat geheiligt ist, jedoch nur insofern, als das Volk seine Wahl frei ausgeübt hat. Die Partei glaubt deshalb, weil sie sich in der Vollendung ihrer Sendung auf das Volk verläßt, mit dem sie engen Kontakt herzustellen versucht, dessen geistiges, moralisches, materielles und physisches Niveau sie zu heben versucht, damit das Volk sich seiner Eigenart bewusst werden kann und damit es fähig wird, seinen privaten und öffentlichen Pflichten nachzukommen.

Artikel 6

Die Baath-Partei ist eine revolutionäre Partei. Sie glaubt, dass ihre Hauptziele, nämlich die Verwirklichung der Wiederauferstehung des arabischen Nationalismus und die Einführung des Sozialismus, ohne das Mittel der Revolution und des Kampfes nicht erreicht werden können. Sich auf Evolution zu verlassen und sich mit einer teilweisen und oberflächlichen Reform zufrieden zu geben, bedeutet, diese Ziele

zu bedrohen und ihre Verwirklichung zum Scheitern zu bringen.

Deshalb entscheidet sich die Partei für

1. den Kampf gegen ausländischen Kolonialismus, um das arabische Vaterland vollständig und endgültig zu befreien;
2. den Kampf für den Zusammenschluss aller Araber in einem einzigen unabhängigen Staat;
3. die Vernichtung der gegenwärtigen fehlerhaften Struktur, eine Vernichtung, die alle Sektoren des intellektuellen, wirtschaftlichen, sozialen und politischen Lebens einzuschliessen hat.

Artikel 7

Das arabische Vaterland ist jener von der arabischen Nation bewohnte Teil der Erde, der sich zwischen dem Berge Taurus, dem Pocht-i-Kouh-Gebirge, der Sahara, dem Atlantischen Ozean und dem Mittelmeer erstreckt.

Artikel 8

Die offizielle Staatssprache wie die Sprache der Bürger ist Arabisch. Sie allein wird als Schriftsprache und im Unterricht anerkannt.

Artikel 9

Die Fahne des Arabischen Staates ist jene der arabischen Revolution, die im Jahre 1916 begann, um die arabische Nation zu befreien und zu einigen.

Artikel 10

Araber ist der, dessen Sprache Arabisch ist, der auf arabischem Boden lebt oder dort zu leben wünscht oder der - nachdem er vom arabischen Leben assimiliert worden ist - an seine Zugehörigkeit zur arabischen Nation glaubt.

Artikel 11

Ausgeschlossen vom arabischen Vaterland wird, wer jemals für eine anti-arabische Vereinigung gekämpft oder ihr angehört hat, wer in das arabische Vaterland eingewandert ist und sich für koloniale Ziele hergegeben hat.

Artikel 12

Der arabischen Frau werden alle Bürgerrechte garantiert. Die Partei kämpft dafür, das Niveau der Frau zu heben und sie damit zu befähigen, diese Rechte auszuüben.

Artikel 13

Die Partei strebt die Verwirklichung der Chancengleichheit im Unterrichtswesen ebenso wie im Wirtschaftsleben an, damit die Bürger in allen menschlichen Bereichen ihre wahren Fähigkeiten zeigen und diese maximal entwickeln können.

Der Weg

Innenpolitik der Partei

Artikel 14

Das Regime des Arabischen Staates wird ein konstitutionelles parlamentarisches Regime sein. Die Exekutive ist der Legislativen verantwortlich, die direkt vom Volk gewählt wird.

Artikel 15

Die nationale Bindung ist die einzige Bindung, die im Arabischen Staat besteht. Sie sichert Harmonie zwischen allen Bürgern, indem sie sie zu einer Nation zusammenschmilzt und jedem patriotischen Dogmatismus, jedem Konfessionalismus, Tribalismus und regionalen Separatismus entgegenwirkt.

Artikel 16

Das Verwaltungssystem des Arabischen Staates ist ein System der Dezentralisation.

Artikel 17

Die Partei arbeitet an der Stärkung des Herrschaftsgefühls des Volkes, und sie will dieses Bewusstsein zu einer lebendigen Tatsache im Leben des Individuums entwickeln. Sie verpflichtet sich, dem Staat eine

Verfassung zu geben, die allen arabischen Bürgern absolute Gleichheit vor dem Gesetz garantiert, ebenso wie das Recht, ihrer Meinung in absoluter Freiheit Ausdruck zu geben und eine echte Wahl ihrer Repräsentanten, so dass sie ihnen ein freies Leben im Rahmen der Gesetze sichert.

Artikel 18

Ein einziges Gesetzbuch ist für die ganze arabische Nation einzuführen. Dieser Kodex wird in Übereinstimmung mit dem Geist der Zeit sein und die vergangenen Erfahrungen der arabischen Nation berücksichtigen.

Artikel 19

Die judikative Gewalt wird unabhängig sein. Sie wird von Einmischung anderer Kräfte frei sein und sich vollkommener Immunität erfreuen.

Artikel 20

Die Bürgerrechte werden jedem Bürger garantiert, der auf arabischem Boden, der dem arabischen Vaterland geweiht ist, lebt, und der keine Verbindung zu irgendeiner anti-arabischen Vereinigung hat.

Artikel 21

Militärdienst ist Pflicht im arabischen Vaterland.

AUSSENPOLITIK DER PARTEI

Artikel 22

Die Außenpolitik des Arabischen Staates hat sich von den Interessen des arabischen Nationalismus und von der ewigen Sendung der Araber leiten zu lassen. In Zusammenarbeit mit anderen Nationen werden die Araber eine freie, harmonische und sichere Welt für einen ständigen Fortschritt zu errichten suchen.

Artikel 23

Die Araber werden mit all ihrer Kraft kämpfen, um die Fundamente des Kolonialismus und ausländischer Okkupation zu zerstören und jeden

ausländischen politischen und wirtschaftlichen Einfluss in ihrem Lande zu unterdrücken.

Artikel 24

Da das arabische Volk die alleinige Quelle der Macht ist, sind alle Verträge, Pakte und Dokumente aufzuheben, die mit Regierungen, die die vollkommene Souveränität der Araber schmälern, abgeschlossen wurden.

Artikel 25

Arabische Aussenpolitik versucht ein wahres Bild zu geben vom Willen der Araber, in Frieden zu leben, und von ihrem aufrichtigen Wunsch, alle anderen Nationen sich desselben Vorrechts erfreuen zu sehen.

WIRTSCHAFTSPOLITIK DER PARTEI

Artikel 26

Die Baath-Partei ist eine sozialistische Partei. Sie glaubt, dass der wirtschaftliche Reichtum der Nation gehört.

Artikel 27

Die gegenwärtige Verteilung des Reichtums im arabischen Vaterland ist ungerecht. Deshalb wird eine Überprüfung und eine gerechte Umverteilung notwendig werden.

Artikel 28

Alle Bürger sind in ihren menschlichen Werten gleich. Deshalb verbietet die Partei die Ausbeutung der Leistung anderer.

Artikel 29

Öffentliche Versorgungsbetriebe, bedeutende Rohstoffvorkommen, Gross-Produktionsmittel sind Besitz der Nation. Der Staat wird sie direkt leiten und wird Privat-gesellschaften und ausländische Konzessionen abschaffen.

Artikel 30

Landwirtschaftliches Eigentum ist so zu begrenzen, dass der Besitzer sein ganzes Land zu nutzen vermag, ohne die Leistung anderer auszubeuten. Diese Begrenzung erfolgt unter Kontrolle des Staates und in Übereinstimmung mit seinem über allem stehenden Wirtschaftsprogramm.

Artikel 31

Kleinindustrielles Eigentum wird so begrenzt, dass es im rechten Verhältnis zum Lebensstandard der anderen Staatsbürger steht.

Artikel 32

Die Arbeiter werden an der Leitung ihrer Fabrik teilnehmen. Zusätzlich zu ihren vom Staat festgelegten Löhnen, werden sie einen Gewinnanteil erhalten, dessen Prozentsatz vom Staat festgelegt wird.

Artikel 33

Sofern der Staat ein Minimum an immobilien]Eigentum garantiert, ist dessen Besitz allen Bürgern erlaubt, ohne ihnen das Recht zu geben, es zu vernieten und es auf Kosten anderer zu nutzen.

Artikel 34

Eigentum und Erbschaft sind zwei natürliche Rechte. Sie werden geschützt innerhalb der Grenzen des nationalen Interesses.

Artikel 35

Zinsnehmen zwischen Bürgern ist verboten. Eine Staatsbank ist für die Ausgabe der Währung, die von der nationalen Produktion garantiert werden wird, zu gründen. Diese Bank wird die notwendigen landwirtschaftlichen und industriellen Pläne der Nation finanzieren.

Artikel 36

Der Staat wird den Binnen- und Aussenhandel direkt leiten und überwachen, um die Ausbeutung des Konsumenten durch den Produzenten abzuschaffen. Der Staat wird die nationale Produktion gegen den Wettbewerb ausländischer Güter schützen und das Gleichgewicht zwischen Export und Import sichern.

Artikel 37

Allgemeine Pläne, inspiriert von den modernsten wirtschaftlichen Theorien und Erfahrungen, sind zu entwerfen, um das arabische Vaterland zu industrialisieren, die nationale Produktion zu entwickeln, neue Horizonte zu erschliessen, um die Industrie jeder Region entsprechend ihrem Potential und den dort vorhandenen Rohstoffen zu leiten.

SOZIALPOLITIK DER PARTEI

Artikel 38

Familie, Zeugung, Heirat

§1. Die Familie ist die Grundzelle der Nation. Der Staat hat sie zu schützen, zu entwickeln und ihr zu Glück zu verhelfen.

§2. Zeugung ist eine vertrauensvolle Aufgabe, die der Familie aufgetragen ist; indirekt aber auch dem Staat. Beide müssen ihre Zunahme sichern und auf Gesundheit und Erziehung der Nachkommen achten.

§3. Heiraten ist eine nationale Pflicht. Der Staat muß dazu ermutigen, es erleichtern und kontrollieren.

Artikel 39

Gesundheit der Gesellschaft. Der Staat wird auf seine Kosten Institutionen für vorbeugende ärztliche Hilfe, Kliniken und Krankenhäuser für die Bedürfnisse aller Bürger errichten, denen der Staat freie medizinische Behandlung sichert.

Artikel 40

Arbeit

§1. Arbeit ist eine Verpflichtung für all jene, die dazu im Stande sind. Der Staat hat sicherzustellen, dass für jeden Bürger Arbeit vorhanden ist, sei sie intellektuell oder manuell.

§2. Die Arbeitsquelle hat dem Arbeiter mindestens einen angemessenen Lebens- standard zu sichern.

§3. Der Staat sorgt für den Unterhalt aller arbeitsunfähigen Personen.

§4. Gesetze sind zu erlassen, die die tägliche Arbeitszeit des Arbeiters begrenzen, ihm einen bezahlten wöchentlichen Ruhetag und jährlichen Urlaub gewähren, seine Rechte schützen, ihm durch Sozialversicherung die Altersvorsorge sichern und ihm Entschädigung für während der Arbeit entstandene teilweise oder totale Invalidität garantieren.

§5. Freie Arbeiter- und Bauernvereinigungen sind zu gründen und zu fördern, so dass sie ein wirksames Instrument zur Verteidigung der Rechte der Arbeiter und Bauern und zur Steigerung ihres Lebensstandards bilden; sie sollen ihre Fähigkeiten schützen, die ihnen gebotenen Chancen vergrößern, einen Geist der Solidarität zwischen ihnen schaffen und sie bei den Hohen Arbeitsgerichten vertreten.

§6. Sonder-Arbeitsgerichte sind zu schaffen, in denen der Staat und die Arbeiter- und Bauernvereinigungen repräsentiert sind. Diese werden die Macht haben, Konflikte zu entscheiden, die zwischen den Arbeiter- und Bauernvereinigungen, den Leitern der Betriebe und den Repräsentanten des Staates auftreten.

Artikel 41

Kultur der Gesellschaft

§1. Die Partei versucht eine allgemeine nationale Kultur für das ganze arabische Vaterland zu entwickeln, die national, arabisch, frei, fortschrittlich, allumfassend, tief und humanistisch in ihren Zielen sein soll. Sie versucht, sie in allen Schichten der Bevölkerung zu verbreiten.

§2. Der Staat ist für den Schutz der Rede-, Publikations-, Versammlungs-, Beschwerde- und Pressefreiheit - innerhalb der Grenzen des höheren arabischen nationalen Interesses - verantwortlich. Der Staat soll alle Mittel und Möglichkeiten fördern, um diese Freiheiten zu verwirklichen.

§3. Geistige Arbeit ist eine der heiligsten Arten von Arbeit. Der Staat soll Intellektuelle und Wissenschaftler schützen und fördern.

§4. Es soll im Rahmen der arabischen nationalen Idee - die Möglichkeit gegeben werden, Klubs, Vereinigungen, Parteien, Jugend- und Touristenorganisationen zu gründen. Film, Rundfunk und alle anderen Mittel der modernen Zivilisation sollen zur Verbreitung der nationalen Kultur und zur Unterhaltung der Bevölkerung genutzt werden.

Artikel 42

Klassenunterschiede und Differenzierung nach Merkmalen sind abzuschaffen. Die Klassenunterschiede sind die Folge einer ungesunden Sozialordnung. Deshalb setzt die Partei ihren Kampf für die arbeitenden und unterdrückten Klassen der Gesellschaft fort, damit solche Unterschiede und eine solche Differenzierung verschwinden und die Bürger ihre ganze menschliche Würde wiedererlangen und es ihnen ermöglicht wird, unter einer gerechten sozialen Ordnung zu leben, in welcher keine Unterschiede zwischen den Bürgern bestehen, ausser geistiger Kapazität und manueller Geschicklichkeit.

Artikel 43

Nomadentum

Nomadentum ist ein primitiver sozialer Status. Es vermindert die nationale Produktionsleistung, lähmt einen bedeutenden Teil der Nation und behindert diese in ihrer Entwicklung und in ihrem Fortschritt. Die Partei kämpft dafür, die Nomaden zu zivilisieren und ihnen Land zu garantieren, Stammesnormen abzuschaffen und die Staatsgesetze auf die Nomaden anzuwenden.

ERZIEHUNGS- UND UNTERRICHTSPOLITIK DER PARTEI

Die Erziehungspolitik der Partei hat die Schaffung einer neuen arabischen Generation zum Ziel, die an die Einheit der Nation und an die Ewigkeit ihrer Sendung glaubt. Diese Politik, basierend auf

wissenschaftlicher Vernunft, wird frei von den Fesseln des Aberglaubens und reaktionären Traditionen sein; sie wird erfüllt sein vom Geist des Optimismus, des Kampfes und der Solidarität zwischen allen Bürgern in der Durchführung einer totalen arabischen Revolution und menschlichen Fortschritts.

Deshalb entscheidet sich die Partei wie folgt:

Artikel 44

Ein nationales arabisches Gepräge kennzeichnet alle Aspekte des geistigen, Wirtschaftlichen, politischen, architektonischen und künstlerischen Lebens. Diese Prägung soll die Bindung der Nation an ihre glorreiche Geschichte wiederherstellen und den Blick auf eine glorreiche und beispielhafte Zukunft lenken.

Artikel 45

Unterricht ist eine der ausschliesslichen Aufgaben des Staates. Deshalb sind alle ausländischen und privaten Unterrichtsstätten abzuschaffen.

Artikel 46

Unterricht ist auf allen Stufen für alle Bürger kostenlos und auf der Primär- und Sekundärstufe Pflicht.

Artikel 47

Berufsschulen mit modernsten Einrichtungen sind zu schaffen, an denen das Studium kostenlos sein soll.

Artikel 48

Der Unterricht sowie jede andere Tätigkeit, die sich mit Erziehung befaßt, darf nur von arabischen Bürgern ausgeübt werden. Von dieser Regel wird der Unterricht auf den höheren Stufen ausgenommen.

SATZUNGSÄNDERUNG

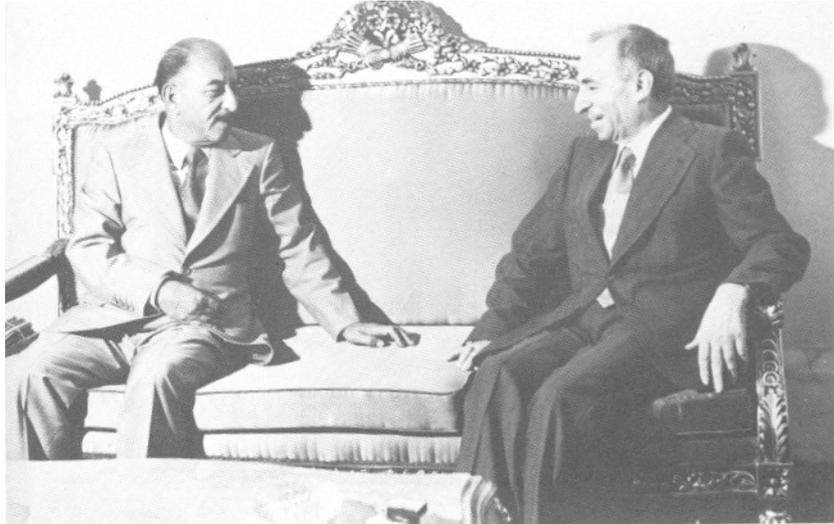
Einziges Artikel

Die Grundprinzipien und Allgemeinen Prinzipien der Verfassung

können nicht geändert werden. Andere Satzungsartikel können jedoch geändert werden (nach einem bestimmten Abstimmungsmodus der Parteigremien).

Name	Duration of Membership	No. of Terms Elected or Appointed	Year of Birth	Place of Birth	Religion and Sect	Occupation	Education	Class Origin
Michel 'Aflaq*† 'amīd (dean) (1945-1952) secretary general (1952-1958)	1945-1958	5	1910	Damascus (al-Maydān quarter); originally from village of Rāshayya	Christian Greek Ortho- dox; con- verted to Islam before his death	Secondary school teacher of history (1934-1942); minister of education, 1949, in exile in Iraq dur- ing the 1970s and 1980s; died in 1989	Sorbonne (1928-1932)	Mercantile upper middle class; son of a <i>bawāyqī</i> (grain merchant)
Ṣalāh-ud-Dīn al-Bīṭār*† secretary general (1945-1952)	1945-1958	5	1912	Damascus (al-Maydān quarter)	Muslim Sunnī	Secondary school teacher of physics (1935-1942); member of parliament (1945-1958); minister of foreign affairs (1956- 1958); minister of guid- ance, UAR (1958-1959); prime minister four times in the middle 1960s; in exile in France 1970- 1980; assassinated in Paris, July 22, 1980	Sorbonne (1929-1934)	Religious and mer- cantile upper middle class; descendant of a long line of ' <i>ulamā</i> '; son of a <i>bawāyqī</i> (grain mer- chant) and farm owner

Quelle: Hanna Batatu, Syria's Peasantry, the descendants of Ist Lesser Rural
Notables, and Their Politics, Princeton, 1990, S. 137



General **Ahmad Hasan al-Bakr**, president of the Republic, Chairman of the Revolutionary Command Council, and secretary general of the Iraqi Ba'th from 1968 to the present, with **Michel 'Aflaq** (nach rechts-Autor), founder of the Ba'th party.

Quelle: Hanna Batatu, *The old social classes and the Revolutionary Movements of*

Iraq, princeton, 1978, S. 707

Der Revolutionskommandorat hat in seiner Sitzung am 16. 7. 1970 die Promulgation der neuen vorläufigen Verfassung und deren Veröffentlichung im Amtsblatt beschlossen.

Ahmed Hassan Al-Bakr
Vorsitzender des Revolutionskommandorates

1. Die vorläufige Verfassung

Teil Eins Die Republik Irak

Artikel 1

Der Irak ist eine souveräne, volksdemokratische Republik; sein Ziel ist ein Vereinigtes Sozialistisches Arabien.

Artikel 2

Das Volk ist die Quelle der Macht und der Gesetze.

Artikel 3

- a) Die Souveränität des Irak ist unteilbar.
- b) Das Territorium des Irak ist eine unteilbare Einheit und keines seiner Teile darf abgetreten werden.

Artikel 4

Der Islam ist Staatsreligion.

Artikel 5

- a) Der Irak ist ein Teil der Arabischen Nation.
- b) Das Volk des Irak setzt sich aus zwei Hauptnationalitäten zusammen, der arabischen Nationalität und der kurdischen Nationalität. Diese Verfassung soll die nationalen Rechte des kurdischen Volkes und die legitimen Rechte aller Minoritäten innerhalb der Einheit des Irak wahrnehmen.

Artikel 6

Die irakische Staatsangehörigkeit wird durch Gesetz geregelt werden.

Artikel 7

- a) Amtssprache ist Arabisch.
- b) In der kurdischen Region ist neben Arabisch, Kurdisch die Amtssprache.

Artikel 8

- a) Bagdad ist die Hauptstadt der Republik Irak; sie kann durch ein Gesetz verlegt werden.
- b) Die Republik Irak soll in Verwaltungsbezirke geteilt werden, welche nach dem Grundsatz der Dezentralisation einzurichten sind.
- c) Das Gebiet, in dem das kurdische Volk die Mehrheit bildet, genießt im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen Autonomie.

Artikel 9

Die Flagge des Irak und das Wappen der Republik Irak werden durch Gesetz bestimmt.

Teil Zwei

Soziale und wirtschaftliche Grundlagen der Republik Irak

Artikel 10

Soziale Solidarität ist der bedeutendste Grundpfeiler der Gesellschaft. Diese setzt voraus, daß jeder Bürger seine Pflichten der Gesellschaft gegenüber erfüllt und daß die Gesellschaft dem Bürger seine vollen Rechte und Freiheiten sichert.

Artikel 11

Die Familie ist der Kern der Gesellschaft. Der Staat garantiert ihren Schutz und Unterstützung und begünstigt Mutterschaft und Kindheit.

Artikel 12

Der Staat lenkt und plant die nationale Wirtschaft zur Erreichung folgender Ziele:

- a) Errichtung des sozialistischen Systems auf wissenschaftlichen und revolutionären Grundlagen.
- b) Erreichung der arabischen Wirtschaftseinheit.

Artikel 13

Die nationalen Ressourcen und die wichtigen Produktionsmittel sind Eigentum des Volkes. Die zentrale Autorität der Republik Irak hat sie gemäß den Erfordernissen der nationalen Wirtschaftsplanung einzusetzen.

Artikel 14

Der Staat sichert, fördert und unterstützt alle Formen der Kooperation auf den Gebieten der Produktion, der Verteilung und des Verbrauchs.

Artikel 15

Das Gemeingut und das Eigentum des öffentlichen Sektors sind unverletzlich. Staat und Bürger haben dies zu respektieren und zu schützen. Jegliche Handlung dagegen oder Gewaltanwendung ist als Verstoß gegen die Grundlagen der Gesellschaft und als Angriff gegen sie zu betrachten.

Artikel 16

- a) Das Eigentum dient der Gemeinschaft. Es hat im Rahmen der gesellschaftlichen Ziele und der staatlichen Programme nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen ausgeübt zu werden.
- b) Privates Eigentum und individuelle wirtschaftliche Freiheit sind innerhalb der gesetzlichen Grenzen gesichert, soweit sie nicht in Widerspruch oder zum Schaden der generellen ökonomischen Planung eingesetzt werden.
- c) Privates Eigentum kann nur im öffentlichen Interesse gegen eine gerechte Entschädigung nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen enteignet werden.
- d) Der Höchstumfang landwirtschaftlichen Eigentums wird durch Gesetz bestimmt; was darüber hinausgeht, ist Volkseigentum.

Artikel 17

Das Recht auf Erbschaft ist gesichert und wird durch Gesetz näher bestimmt.

Artikel 18

Personen, die nicht Angehörige der Republik Irak sind, können, vorbehaltlich gesetzlicher Ausnahmebestimmungen, Grundeigentum nicht erwerben.

Teil Drei

Grundlegende Rechte und Pflichten

Artikel 19

- a) Alle Bürger sind vor dem Gesetz ohne Ansehung der Rasse, der Herkunft, der Sprache, der sozialen Zugehörigkeit oder der Religion, gleich.
- b) Chancengleichheit für alle Bürger ist innerhalb der Grenzen des Gesetzes garantiert.

Artikel 20

- a) Der Angeklagte ist unschuldig, bis er von einem zuständigen Gericht schuldig gesprochen wird.
- b) Das Recht auf Verteidigung ist in allen Stadien der Untersuchung und der Verhandlung nach Maßgabe der Gesetze unverletzlich.
- c) Die Verhandlungen vor Gerichten sind öffentlich, falls nicht das Gericht beschließt, geheim zu verhandeln.

Artikel 21

- a) Strafen sind persönlich.
- b) Es gibt keine Vergehen und Strafen ohne Gesetz. Strafen dürfen nur verhängt werden, wenn die Tat im Zeitpunkt der Begehung mit Strafe bedroht war. Eine strengere Strafe als die im Zeitpunkt der Begehung der Straftat vorgesehene Strafe darf nicht verhängt werden.

Artikel 22

- a) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Die Ausübung jeglicher Form von physischer oder psychologischer Folter ist verboten.
- b) Niemand darf, außer in den vom Gesetz vorgesehenen Fällen, angehalten, festgehalten, in Straftaft genommen oder durchsucht werden.
- c) Das Hausrecht ist unverletzlich. Wohnungen dürfen, außer in den vom Gesetz vorgesehenen Fällen, nicht betreten oder durchsucht werden.

Artikel 23

Das Brief- und Fernmeldegeheimnis wird garantiert. Es darf nur für Erfordernisse der Gerichte oder der Sicherheit nach Maßgabe gesetzlicher Bestimmungen aufgehoben werden.

Artikel 24

Jeder Bürger kann ungehindert das Land verlassen und in dieses wieder zurückkehren. Die Freizügigkeit innerhalb des Landes darf nur in den vom Gesetz vorgesehenen Fällen beschränkt werden.

Artikel 25

Die Religions- und Glaubensfreiheit und die Freiheit der Religionsausübung sind im Rahmen der Verfassung und der Gesetze garantiert, sofern sie nicht die Moral und die öffentliche Ordnung verletzen.

Artikel 26

- r Die Verfassung schützt die Meinungs-, Presse-, Versammlungs- und Demonstrationenfreiheit, sowie die Freiheit zur Bildung politischer Parteien, Gewerkschaften und Vereinigungen im Rahmen der Verfassung und der Gesetze. Der Staat wird die Ausübung dieser Freiheiten, die mit der nationalistischen und progressiven Linie der Revolution übereinstimmen, mit allen Mitteln unterstützen.

Artikel 27

- a) Der Staat hält am Kampf gegen das Analphabetentum fest und sichert das Recht auf kostenlose Bildung auf elementarer, mittlerer und universitärer Ebene für alle Bürger.
- b) Der Staat strebt eine elementare Allgemeinbildung für seine Bürger an, insbesondere die Erweiterung der beruflichen und technischen Ausbildung in Städten und Dörfern und die Förderung der Abendausbildung, um den Volksmassen die Verbindung von Arbeit und Wissenschaft zu ermöglichen.
- c) Der Staat garantiert die Freiheit der wissenschaftlichen Forschung; er fördert und belohnt alle intellektuellen, wissenschaftlichen und technischen Aktivitäten und Fähigkeiten des Volkes.

Artikel 28

Bildung soll das allgemeine kulturelle Niveau heben und entwickeln, das wissenschaftliche Denken entfalten, den Forschergeist entfachen, die Erfordernisse der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungsprogramme erfüllen helfen, eine in ihren Grundlagen und ihrem Charakter gefestigte freie, nationalistische und progressive Generation schaffen, die ihr Volk, ihre Heimat und ihre Tradition schätzt, die die Rechte der einzelnen Nationalitäten respektiert und die gegen die Philosophie des Kapitalismus, der Ausbeutung, der Reaktion, des Zionismus und des Kolonialismus kämpft, um die arabische Einheit, Freiheit und Sozialismus zu verwirklichen.

Artikel 29

Die Volksmassen sollen die Errungenschaften der modernen Zivilisation genießen; insbesondere soll der Fortschritt der modernen Zivilisation allen Bürgern zugänglich gemacht werden. Hierzu wird der Staat alle erforderlichen Mittel zur Verfügung stellen.

Artikel 30

Die Ausübung öffentlicher Ämter ist eine geheiligte Aufgabe und ein sozialer Dienst. Sie fußt auf der loyalen Verbundenheit mit den Interessen, Rechten und Freiheiten der Massen und wird durch die Verfassung und das Gesetz bestimmt. Die öffentlichen Ämter sind für alle Bürger gleich zugänglich.

Artikel 31

- a) Die Verteidigung des Vaterlandes ist für den Bürger heilige Pflicht und Ehre. Die Wehrpflicht wird durch Gesetz geregelt.
- b) Die Armee ist das Eigentum und Werkzeug des Volkes. Sie dient der Aufrechterhaltung der Sicherheit, der Verteidigung der Unabhängigkeit des Volkes, dem Schutz der Sicherheit und Einheit des Vaterlandes und der Verwirklichung der nationalen und nationalistischen Ziele und Wünsche.
- c) Die Aufstellung bewaffneter Kräfte ist dem Staat vorbehalten. Es ist keiner Körperschaft oder Gruppe erlaubt, militärische oder halb-militärische Formationen zu schaffen.

Artikel 32

- a) Die Arbeit ist ein Recht, das der Staat jedem Bürger, der dazu fähig ist, gewährt.
- b) Die Arbeit ist eine Ehre und heilige Pflicht. Sie ist notwendig für den Aufbau der Gesellschaft, ihren Schutz, ihre Entwicklung und ihre Prosperität.
- c) Der Staat wird die Arbeitsbedingungen verbessern und den Lebens-, Ausbildungs- und Kulturstandard für alle arbeitenden Bürger fördern.

- d) Der Staat soll umfassende soziale Sicherheiten für alle Bürger im Falle von Krankheit, Arbeitsunfähigkeit, Arbeitslosigkeit und Alter, schaffen.
- e) Der Staat fördert den Erholungsurlaub der arbeitenden Bürger. Dieser soll dazu beitragen, die Gesundheit der Bürger zu verbessern und ihre kulturellen und technischen Begabungen zu entfalten.

Artikel 33

Der Staat soll die öffentliche Gesundheit durch den kontinuierlichen Ausbau der kostenlosen medizinischen Dienste schützen. Dazu zählen Vorsorge, Behandlung und Bereitstellung von Medikamenten im Bereich der Städte und Dörfer.

Artikel 34

- a) Die Republik Irak gewährt allen Kämpfern politisches Asyl, die in ihren Ländern verfolgt werden, weil sie jene menschlichen Freiheitsrechte verteidigten, an denen auch das irakische Volk in dieser Verfassung festhält.
- b) Politische Flüchtlinge werden nicht ausgeliefert.

Artikel 35

Alle Bürger müssen Steuern zahlen. Die Schaffung, Änderung und Einhebung der Steuern richtet sich nach den gesetzlichen Vorschriften.

Artikel 36

Alle Handlungen, die den in der Verfassung grundgelegten Zielen des Volkes zuwiderlaufen oder die sich auf eine Zerstörung der Einheit der Volksmassen richten, sind verboten. Ebenso unerlaubt sind Aktivitäten, die sektiererischen und regionalen Fanatismus im Volk provozieren oder dessen progressiven Ziele und Errungenschaften gefährden.

Teil Vier

Die Institutionen der Republik Irak

Kapitel Eins

Der Revolutionskommandorat

Artikel 37

Der Revolutionskommandorat ist die höchste Institution im Staat. Er hat seit 17. Juli 1968 die Verantwortung übernommen, den Willen des Volkes auszuführen, indem er dem reaktionären und korrupten System die Macht entrissen und sie dem Volk wiedergegeben hat.

Artikel 38

Der Revolutionskommandorat nimmt mit Zwei-Drittel-Mehrheit seiner Mitglieder folgende Kompetenzen wahr:

- a) Die Wahl des Vorsitzenden aus der Reihe seiner Mitglieder; dieser ist zugleich Vorsitzender des Revolutionskommandorates und grundsätzlich auch der Präsident der Republik.
- b) Die Wahl des Stellvertretenden Vorsitzenden aus der Reihe seiner Mitglieder; dieser ist zugleich Stellvertretender Vorsitzender des Revolutionskommandorates. Er nimmt die Stelle des Vorsitzenden ein, wenn dieser offiziell abwesend oder an der Ausübung seiner verfassungsmäßigen Aufgaben verhindert ist.

- c) Die Auswahl neuer Mitglieder des Rates aus den Führern der Sozialistischen Arabischen Baath-Partei, vorausgesetzt der Rat hat nicht mehr als zwölf Mitglieder.
- d) Entscheidung über den Rücktritt des Vorsitzenden, des Stellvertretenden Vorsitzenden oder der anderen Ratsmitglieder.
- e) Entlassung von Mitgliedern aus dem Rat.
- g) Aufsicht und Einleitung strafrechtlicher Maßnahmen für Mitglieder des Revolutionskommandorates, der Stellvertreter des Präsidenten der Republik und der Minister.

Artikel 39

Der Vorsitzende, der Stellvertretende Vorsitzende und die Mitglieder des Revolutionskommandorates schwören vor dem Rat folgenden Eid: Ich schwöre bei Gott dem Allmächtigen, bei meiner Ehre und meinem Glauben, daß ich das republikanische System schützen und an der Verfassung und den Gesetzen festhalten werde, daß ich die Interessen des Volkes fördern werde, daß ich die Unabhängigkeit, Sicherheit und territoriale Integrität der Heimat sicherstellen werde und daß ich mich mit voller Aufopferung und in Loyalität bemühen werde, die Ziele der Arabischen Nation, Einheit, Freiheit und Sozialismus, zu erfüllen.

Artikel 40

Der Vorsitzende, der Stellvertretende Vorsitzende und die Mitglieder des Revolutionskommandorates genießen volle Immunität. Gegen sie dürfen Maßnahmen nur mit vorheriger Genehmigung durch den Rat gesetzt werden.

Artikel 41

- a) Der Revolutionskommandorat tritt zusammen, wenn der Vorsitzende, der Stellvertretende Vorsitzende oder ein Drittel der Mitglieder dies verlangen. Seine Sitzungen finden unter der Leitung des Vorsitzenden oder des Stellvertretenden Vorsitzenden und bei Anwesenheit der Mehrheit seiner Mitglieder statt.
- b) Die Beratung des Revolutionskommandorates sind vertraulich. Wer einen Vertrauensbruch begeht, hat sich vor dem Rat in einem verfassungsmäßigen Verfahren zu verantworten. Ankündigung, Veröffentlichung und Bekanntgabe von Entscheidungen des Rates haben in der verfassungsmäßig vorgesehenen Form zu erfolgen.
- c) Gesetze und Resolutionen sind im Rat mehrheitlich zu beschließen, sofern die Verfassung keine Ausnahme vorsieht.

Artikel 42

Der Revolutionskommandorat nimmt folgende Kompetenzen wahr:

- a) Promulgation von Gesetzen und gesetzesgleichen Resolutionen.
- b) Herausgabe von Resolutionen zur Durchführung von Gesetzen.

Artikel 43

Der Revolutionskommandorat nimmt durch die Mehrheit seiner Mitglieder folgende Kompetenzen wahr:

- a) Die Genehmigung von Angelegenheiten des Verteidigungs- und Sicherheitsministeriums, die Erlassung von Gesetzen und die Annahme von Beschlüssen in seinem Zuständigkeitsbereich.
- b) Die Anordnung der vollen oder teilweisen allgemeinen Mobilmachung, Kriegserklärung, die Annahme eines Waffenstillstandes und den Abschluß von Friedensverträgen.
- c) Die Genehmigung des allgemeinen Budgetentwurfs und der diesem angeschlossenen Sonder- und Investitionsbudgets und des Rechnungsabschlusses.
- d) Die Ratifizierung internationaler Verträge und Abkommen.
- e) Die Erlassung der Statuten des Rates, die Bestimmung seines Kaders, die Genehmigung des Rechnungsabschlusses, die Bestellung der Beamten und die Festlegung der Entlohnung und der Befugnisse des Vorsitzenden, des Stellvertretenden Vorsitzenden, der Mitglieder und Beamten.

- f) Die Erlassung von Gesetzen, die Zusammensetzung des Gerichts und das Verfahren bei Anklage eines seiner Mitglieder regeln.
- g) Ermächtigung des Vorsitzenden oder des Stellvertretenden Vorsitzenden zur Ausübung von Kompetenzen des Rates mit Ausnahme der legislativen Zuständigkeiten.

Artikel 44

Der Vorsitzende des Revolutionskommandorates hat folgende Aufgaben:

- a) Die Leitung der Sitzung des Rates, Vertretung des Rates nach außen, Organisation der Sitzungen und Beantragung von Staatsausgaben.
- b) Die Unterzeichnung aller vom Rat beschlossenen Gesetze und Resolutionen und deren Publikation im Amtsblatt.
- c) Die Aufsicht über die Tätigkeit der Minister und anderer staatlicher Institutionen. Der Vorsitzende hat das Recht, die Minister zur Berichterstattung über Angelegenheiten ihres Ministeriums aufzufordern, wenn notwendig, sie zu befragen und darüber dem Revolutionskommandorat zu berichten.

Artikel 45

Der Vorsitzende, der Stellvertretende Vorsitzende und jedes Mitglied ist dem Revolutionskommandorat verantwortlich für Verstöße gegen die Verfassung, für die Verletzung der Verpflichtungen aus dem Verfassungseid und für jede Tat oder Handlungsweise, die nach Auffassung des Rates in Widerspruch mit der Würde des von ihnen ausgeübten Amtes steht.

Artikel 46

Durch Gesetz wird eine oberste finanzielle Kontrollinstanz als Hilfsorgan des Revolutionskommandorates eingerichtet.

Kapitel Zwei

Die Nationalversammlung

Artikel 47

Die Nationalversammlung setzt sich aus den Vertretern aller wirtschaftlichen, politischen und sozialen Gruppierungen des Volkes zusammen. Ihre Bildung, die Bedingungen der Mitgliedschaft, das Verfahren und ihre Zuständigkeiten sollen durch ein besonderes Gesetz, das Nationalversammlungsgesetz, bestimmt werden.

Artikel 48

Die Nationalversammlung muß jedes Jahr zwei ordentliche Sitzungen abhalten. Der Vorsitzende des Revolutionskommandorates ist berechtigt, die Versammlung zu einer außerordentlichen Sitzung einzuberufen, wann immer es notwendig ist; diese Sitzung ist auf die Behandlung jener Punkte beschränkt, derentwegen sie einberufen wurde. Die Sitzungen der Nationalversammlung sind vom Revolutionskommandorat zu eröffnen und zu beenden.

Artikel 49

Die Sitzungen der Nationalversammlung sind öffentlich, es sei denn, ihre geheime Abhaltung wird nach Maßgabe gesetzlicher Bestimmungen beschlossen.

Artikel 50

- a) Die Mitglieder der Nationalversammlung dürfen wegen der in Ausübung ihres Amtes geäußerten Vorschläge und Meinungen nicht zur Verantwortung gezogen werden.

- b) Während der Dauer der Sitzungen darf kein Mitglied der Nationalversammlung ohne Zustimmung der Nationalversammlung verfolgt oder festgenommen werden, den Fall der Ergreifung auf frischer Tat ausgenommen.

Artikel 51

Die Nationalversammlung hat folgende Aufgaben:

- a) Die Erlassung ihres Statuts, die nähere Bestimmung ihres Kaders, die Genehmigung ihres Rechnungsabschlusses und die Bestellung ihrer Bediensteten. Die Entlohnung und Befugnisse des Präsidenten und der Mitglieder werden durch Gesetz festgelegt.

Artikel 52

Die Nationalversammlung hat die ihr vom Revolutionskommandorat vorgelegten Gesetzesentwürfe innerhalb von fünfzehn Tagen nach deren Einlangen im Präsidenschaftsbüro der Nationalversammlung zu prüfen. Nach Annahme des Entwurfes durch die Versammlung ist er dem Präsidenten der Republik zur Promulgation zuzuleiten. Nimmt die Nationalversammlung einen Entwurf nicht an, und besteht der Revolutionskommandorat in zweiter Lesung auf seiner Meinung, dann ist der Entwurf an die Nationalversammlung zurückzustellen, um einer gemeinsamen Sitzung von Versammlung und Rat vorgelegt zu werden. Ein sodann mit Zwei-Drittel-Mehrheit gefaßter Beschluß ist als endültig zu betrachten.

Artikel 53

Die Nationalversammlung hat die ihr vom Staatspräsidenten vorgelegten Gesetzesentwürfe innerhalb von fünfzehn Tagen zu prüfen. Eine allfällige Zurückweisung ist unter Angabe der Gründe dem Staatspräsidenten zu übermitteln. Im Falle der Annahme ist der Gesetzentwurf dem Revolutionskommandorat zuzuleiten. Sofern dieser ihn beschließt, kann er promulgiert werden. Ändert die Nationalversammlung den Entwurf ab, so ist er dem Revolutionskommandorat zuzustellen. Falls dieser ihn beschließt, kann er promulgiert werden. Weist der Revolutionskommandorat die Abänderung zurück oder nimmt er selbst eine Änderung vor, so ist der Entwurf innerhalb einer Woche wieder der Nationalversammlung vorzulegen. Schließt sich die Nationalversammlung der Meinung des Revolutionskommandorates an, so ist der Entwurf dem Staatspräsidenten zur Promulgation zuzustellen. Besteht die Nationalversammlung nach zweiter Lesung auf ihrer Meinung, so hat eine gemeinsame Sitzung des Rates und der Versammlung stattzufinden. In dieser Sitzung ist eine endgültige Entscheidung mit Zwei-Drittel-Mehrheit zu fällen. Der Entwurf ist sodann bei Annahme dem Staatspräsidenten zur Promulgation zuzuleiten.

Artikel 54

Die Nationalversammlung hat Gesetzesentwürfe zu prüfen, die ihr von einem Viertel ihrer Mitglieder vorgelegt werden, mit Ausnahme von Entwürfen, die militärische Angelegenheiten oder solche der öffentlichen Sicherheit betreffen. Nimmt die Versammlung den Entwurf an, so ist dieser dem Revolutionskommandorat zuzustellen, der ihn innerhalb von fünfzehn Tagen nach Einlangen im Büro des Rates zu prüfen hat. Beschließt der Revolutionskommandorat den Entwurf, so ist er dem Staatspräsidenten zur Promulgation zuzustellen. Weist der Revolutionskommandorat den Entwurf zurück oder ändert er ihn ab, so ist er der Nationalversammlung zurückzustellen. Besteht diese nach zweiter Lesung auf ihrer Meinung, so ist eine gemeinsame Sitzung des Rates und der Versammlung unter Leitung des Vorsitzenden des Revolutionskommandorates oder seines Stellvertreters abzuhalten. Wird dann der Entwurf mit Zwei-Drittel-Mehrheit angenommen, so ist dies als endgültig zu betrachten und der Entwurf dem Präsidenten der Republik zur Promulgation zuzustellen.

Artikel 55

- a) Bevollmächtigte des Staatspräsidenten, der Minister und gleichrangiger Personen sind berechtigt, an den Sitzungen der Nationalversammlung teilzunehmen und sich an den Diskussionen zu beteiligen.

- b) Die Nationalversammlung kann mit Zustimmung des Staatspräsidenten die Minister beauftragen, Untersuchungen einzuleiten oder Erklärungen abzugeben.

Artikel 56

Der Präsident der Nationalversammlung und jedes Mitglied der Versammlung sind dieser für Verfassungsbruch, Verletzung des Verfassungseides und für jede Tat oder Handlungsweise verantwortlich, die nach Auffassung der Nationalversammlung in Widerspruch mit der Würde des von ihnen ausgeübten Amtes steht.

Kapitel Drei

Der Staatspräsident

Artikel 57

- a) Der Staatspräsident ist das oberste Organ des Staates und oberster Befehlshaber der Streitkräfte. Er übt die Vollzugsgewalt direkt oder durch den Ministerrat aus.
- b) Der Präsident wird die zur Ausübung seiner verfassungsmäßigen Kompetenzen notwendigen Anordnungen erlassen.

Artikel 58

Der Präsident übt unmittelbar folgende Kompetenzen aus:

- a) Schutz der Unabhängigkeit des Staates und seiner territorialen Integrität, Schutz der inneren und äußeren Sicherheit und Förderung der Rechte und Freiheiten der Bürger.
- b) Überwachung der Vollziehung der Verfassung, der Gesetze, Resolutionen, Urteile und Entwicklungsprojekte in allen Teilen der Republik Irak.
- c) Bestellung und Entlassung seiner Stellvertreter.
- d) Bestellung und Entlassung der Minister.
- e) Bestellung von Richtern, Quadhis und ziviler und militärischer Staatsbeamter und, in Übereinstimmung mit dem Gesetz, die Beendigung ihrer Dienste.
- f) Zulassung und Akkreditierung der diplomatischen Vertreter des Irak in den arabischen und den fremden Ländern und der Vertreter bei internationalen Konferenzen und Organisationen.
- g) Verleihung von militärischen Rängen und Orden in Übereinstimmung mit dem Gesetz.
- h) Führung von Verhandlungen und Abschluß internationaler Abkommen und Verträge.
- i) Zulassung diplomatischer und internationaler Vertreter und die Aufhebung der Zulassung.
- j) Bestätigung von Todesstrafen und Gewährung besonderer Amnestien.
- k) Leitung der Kontrolle über die Arbeit der Ministerien und allgemeiner Institutionen und deren Koordinierung.

Artikel 59

Die Stellvertreter des Präsidenten und die Minister sind dem Präsidenten für ihre Tätigkeit verantwortlich. Er ist ermächtigt, sie, in Übereinstimmung mit den Einrichtungen der Verfassung, unter Anklage zu stellen und zwar wegen Versagens im Amt, wegen Ausnützung ihrer Macht zu eigenem Vorteil und wegen Mißbrauch ihrer Macht.

Kapitel Vier

Der Ministerrat

Artikel 60

- a) Der Ministerrat setzt sich aus den Ministern zusammen und steht unter der Leitung des Staatspräsidenten.
- b) Der Staatspräsident beruft den Ministerrat ein und führt den Vorsitz in seinen Sitzungen.

Artikel 61

Der Ministerrat hat folgende Aufgaben:

- a) Ausarbeitung von Gesetzesentwürfen und Zustellung an die zuständige legislative Instanz.
- b) Erlassung von Verordnungen und Beschlüssen in Übereinstimmung mit dem Gesetz.
- c) Bestellung von Beamten und deren Beförderung in Übereinstimmung mit dem Gesetz.
- d) Entwurf des allgemeinen Staatsplanes.
- e) Entwurf des allgemeinen Budgets und der damit verbundenen Budgets.
- f) Abschluß und Gewährung von Krediten, Aufsicht, Organisation und Verwaltung in Währungsangelegenheiten.
- g) Erklärung des vollen oder teilweisen Notstandes und dessen Beendigung in Übereinstimmung mit dem Gesetz.
- h) Aufsicht über allgemeine Einrichtungen und über offizielle oder halboffizielle Institutionen.

Artikel 62

Die Stellvertreter des Staatspräsidenten und Minister sollen vor Antritt ihres öffentlichen Amtes vor dem Staatspräsidenten folgenden Eid ablegen: „Ich schwöre bei Gott dem Allmächtigen, bei meiner Ehre und meinem Glauben, daß ich das republikanische System schützen und an der Verfassung und den Gesetzen festhalten werde, daß ich die Interessen des Volkes beachten werde, daß ich die Unabhängigkeit und Sicherheit des Landes und seine territoriale Integrität schützen werde und daß ich mich bemühen werden mit letzter Aufopferung und in Loyalität die Ziele des Volkes anzustreben“.

Kapitel Fünf

Gerichtsbarkeit

Artikel 63

- a) Die Gerichte sind unabhängig und keine Gewalt darf über sie ausgeübt werden, ausgenommen die Gewalt des Gesetzes.
- b) Die Gewährung von Rechtsschutz ist jedem Bürger garantiert.
- c) Durch Gesetz sind die Art der Zusammensetzung der Gerichte, ihre Stellung, Zuständigkeit, die Bedingungen für die Anstellung von Richtern und Quadis, sowie für deren Versetzung, Beförderung, Anklage und Pensionierung festzulegen.

Artikel 64

Durch Gesetz sind das Amt des öffentlichen Anklägers näher zu bestimmen, die Bedingungen für die Anstellung von Staatsanwälten und deren Vertreter festzulegen und die Erfordernisse für deren Versetzung, Beförderung, Anklage und Pensionierung zu regeln.

Artikel 65

- a) Mitglieder des Revolutionskommandorates, Stellvertreter des Staatspräsidenten und Minister müssen geborene Iraker oder die Kinder geborener Iraker sein.
- b) Mitglieder des Revolutionskommandorates, Stellvertreter des Staatspräsidenten und Minister dürfen keinen freien Beruf ausüben, kein Gewerbe betreiben, nichts aus staatlichen Gütern erwerben, dem Staat nichts von ihrem Gut verkaufen oder tauschen solange sie im Amt sind.

Artikel 66

- a) Diese Verfassung steht bis zur Promulgation der endgültigen Verfassung in Kraft.
- b) Diese Verfassung kann nur durch einen Beschluß von zwei Dritteln der Mitglieder des Revolutionskommandorates abgeändert werden.

Artikel 67

- a) Die Gesetze sind im Amtsblatt zu veröffentlichen und treten, falls sie nichts anderes vorsehen, im Zeitpunkt der Veröffentlichung in Kraft.
- b) Gesetze dürfen nicht rückwirkend erlassen werden, außer sie sehen etwas anderes vor. Diese Ausnahme gilt nicht für Strafgesetze, Steuergesetze und Gesetze über finanzielle Angelegenheiten.

Artikel 68

Diese vorläufige Verfassung, die Gesetze und die Urteile werden im Namen des Volkes promulgiert und vollstreckt.

Artikel 69

Die von der Promulgation dieser Verfassung vom Revolutionskommandorat beschlossenen Gesetze und Resolutionen bleiben in Kraft und dürfen nur nach den Bestimmungen dieser Verfassung geändert oder aufgehoben werden.

Artikel 70

Der Vorsitzende des Revolutionskommandorates hat diese Verfassung zu promulgieren und sie im Amtsblatt zu veröffentlichen.

**Quelle: Nobert Wimmer, Irak–eine revolutionäre Demokratie,
Innsbruck, 1981, S. 56-66**

Angaben zu den am ersten Golfkrieg beteiligten Ländern

Iran:

Einwohner: 40,5 Mio. (1982); 71,4 Mio. (WR 15) (Aktuell 2003)

Landesfläche: 1,63 Mio km² (WR 17)

Wüste: etwa 40%
Weide: etwa 27%
Ackerland: 10%

Ethn. Gruppen:

51% iranischer Perser
24% Aseri
ca. 13% Kurden
ca. 5-7% Araber
ca. 2,% Turkmenen
8% Gilaki u. Mazandaran
3% Arab
7% sonstige

Religion:

99% Muslime
ca. 75% Schiiten
ca. 18% Sunniten
ca. 1% Christen
0,5% (Juden, Bahai, Jeziden)

Staatsform: Islamisch-präsidentiale Republik (seit 1979)

Bruttonutzenprodukt: 70 Milliarden US-\$ (1982)

Erwerbstätige:

Land- und Forstwirtschaft: 40%

Industrie: 32%, (36%, 2003)

Dienstleistungen, Handel u. Verkehr: 28%

Import: 16 Milliarden US-\$ (1983)

Export: 15 Milliarden US-\$ (1983)

Exportgüter: Erdöl ca. 89%

Erdölprodukte: 7%

Militärausgaben: ca. 12 Mrd. US-\$ (1985)

Quelle: dtv-perthes Weltatlas Band 1, Naher Osten 1977; Gerard Chaliand: Kurdistan und die Kurden, Band 1, Göttingen 1984; Nohlen/Nuscheler, Handbuch der 3. Welt, Bd. 6, Hamburg 1983; Fischer Weltalmanach 1985; Bodo Harenberg (Hg.), Aktuell 2003, Das Jahrbuch Nr. 1, Dortmund, 2002.

Irak:

Einwohner: 23,6 Mio (WR 42)

Landesfläche: 438317 km² (WR 57)

Wüste 75%

Weide 9%

Ackerland 12%

Ethnische Gruppen:

75-80% Araber

15-20% Kurden

knapp 2% Türken

knapp 3% Christen

Religion:

97% Muslime

60-65% Schiiten

32-37% Sunniten

3% Christen u. Sonstige

Bruttosozialprodukt: 40 Milliarden US-\$ (1980)

Erwerbstätige:

Land- und Forstwirtschaft 43 %

Industrie 25%, (23%, Aktuell 2003)

Dienstleistungen, Handel u. Verkehr 32%

Import: 20,5 Milliarden US-\$ (1982)

Export: 10 Milliarden US-\$ (1982)

Exportgüter: Erdöl über 95%

Militärausgaben: ca. 12 Mrd. US-\$ (1985)

Quelle: Marianne, S. und Anja, M. Iran-Irak, Hamburg, Februar 1987, S. 66-67;
Bodo Harenberg (Hg.), Aktuell 2003, Das Jahrbuch Nr. 1, Dortmund, 2002.